

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 1

(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 23.54 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Ihnen sehr dafür, dass Sie jetzt Ihre Plätze einnehmen und wir mit der Ratssitzung beginnen können. Wir haben eine sehr lange Tagesordnung. Diese erfordert äußerste Disziplin, auch bezüglich der Anfangszeit, die wir schon um einige Minuten überschritten haben.

Ich eröffne die 16. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und alle, die im Livestream zuschauen, besonders unsere Nachwuchskräfte, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung, mit ihrem Dozenten Herrn Koenen.

(Beifall)

Ebenso begrüße ich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen - zwei sehe ich schon - und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Außerdem begrüße ich sehr herzlich Herrn Andree Haack, der gemeinsam mit seiner Frau auf der Zuschauertribüne Platz genommen hat.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Abé, Frau Gabrysch, Frau Heuser, Frau Jäger, Frau Steinmann und Frau Yazicioglu entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Seiger, Herrn Welter und Frau Venturini.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt haben am 1. April einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 4.4 bis 4.6, TOP 7.3 bis 7.6, TOP 10.25 und 10.26, TOP 17.5 und 17.6 sowie TOP 18.2.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ja. Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Reker. - Es geht uns zum einen um den Tagesordnungspunkt - was ist das? - A, Wahl eines Beigeordneten. Da sind wir mit dem Verfahren nicht einverstanden. Wir widersprechen der Durchführung der Wahl, behalten uns vor, das noch mal zu prüfen, und werden uns auch, wenn die Wahl dennoch durchgeführt werden sollte, enthalten.

Zum anderen haben wir noch zwei weitere Punkte zur Tagesordnung. Das wird die Kollegin sagen.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Wir möchten zur Tagesordnung noch Folgendes sagen:

Wir würden gerne den Antrag unter TOP 3.1.6 auf die nächste Sitzung schieben, da die Beantwortung noch nicht da ist und wir die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien hier schätzen.

Den Antrag unter TOP 3.1.14 „Bedarfsabfrage EC-Lesegeräte im Verkehrsdienst“ würden wir gerne in den AVR in die Sitzung am 10. Mai verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich jetzt, wenn ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, hierüber abstimmen lassen. - Es gibt aber weitere Wortmeldungen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es geht darum, Tagesordnungspunkte zusammenzulegen!)

- So weit bin ich noch nicht. Ich bin noch bei der Absetzung von Tagesordnungspunkten. Sie sind Ihrer Zeit voraus, was ja auch nicht schaden kann.

Dann lasse ich über die Absetzung von TOP A abstimmen. Wer ist dafür, dass TOP A abgesetzt wird? - Das ist nur die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bleibt TOP A auf der Tagesordnung.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 2

Das andere können wir sicherlich so wie vorgetragen berücksichtigen.

Absetzungen gibt es über diesen Antrag, der keine Mehrheit gefunden hat, hinaus nicht.

Nun komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die SPD-Fraktion hat heute zum Thema „Positionierung der Verwaltung zum Vorschlag „Ankauf der Wohnungen auf dem Kölnberg““ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist nach der uns vorgegebenen Reihenfolge TOP 3.1.17.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Kienitz und dann Herr Büschges.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche ausdrücklich gegen die Dringlichkeit dieses Antrages.

Wer sich die Mühe macht und diesen Antrag mal durchliest, muss zum einen feststellen, dass es sich dabei um eine Anfrage handelt. Diese hätte noch vor wenigen Stunden hier eingebracht werden können.

Darüber hinaus besteht am Montag im Hauptausschuss die Möglichkeit, dieses Thema per mündlicher Anfrage zu behandeln, bzw. bis gestern Mittag hätte auch eine schriftliche Anfrage für den Hauptausschuss gestellt werden können.

Insofern ergibt sich nicht ein Bezug zu einer Dringlichkeit dieses Themas - obgleich das Thema nicht ganz unwichtig ist. Aber man kann es auch an anderer Stelle thematisieren und muss nicht hier eine versteckte Anfrage als Dringlichkeitsantrag einbringen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Ich gebe Herrn Kollegin Kienitz selten recht, in diesem Fall aber sehr gerne. Auch wir sehen hier keine Dringlichkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

(Zuruf von Mike Homann [SPD])

- Sie können ja auf beide Anfragen gleichzeitig antworten.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wundert mich ein bisschen, dass auch noch jemand anders gegen die Dringlichkeit spricht. Aber okay; sei es drum. Denn normalerweise gibt es da ja nur Rede und Gegenrede.

Herr Kollege Kienitz, Sie sagten, das Thema sei nicht ganz unwichtig. Im Gegenteil! Fakt ist: Wir haben auf dem Kölnberg in Meschenich Probleme, die sehr wohl extrem dringlich sind. Wir haben hier Kinder, die auf Spielplätzen spielen, neben denen nur wenige Meter entfernt Ratten laufen. Wir haben hier Kinder, die sehen, wie Prostituierte ihrem Geschäft nachkommen. Das habe ich damals noch als Bezirksbürgermeister leider von achtjährigen Grundschulkindern erfahren müssen.

Deswegen ist jeder Tag, den wir uns nicht mit diesem Thema beschäftigen, ein verlorener Tag. Und deswegen ist es auch extrem dringlich, uns mit diesem Thema zu befassen.

(Zurufe)

Ein CDU-Kollege von Ihnen fällt vier Jahre, nachdem wir eigentlich in diesem Rat ein großes Maßnahmenpaket zum Kölnberg eingebracht haben, damit auf, dass er sich mit der Eigentümerstruktur befassen möchte - anderthalb Wochen vor der Landtagswahl.

Deswegen ist es vielleicht nicht ganz unwichtig, an dieser Stelle eine Einschätzung der Verwaltung - nicht nur eine Beantwortung von Fragen, sondern wirklich eine Einschätzung der Verwaltung - zu hören, ob dies einfach mit einem Ankauf im Kölnberg möglich ist. Und deswegen ist dieser Antrag dringlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Dagegen stimmen Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 3

Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD-Fraktion. - In den hinteren Reihen sehe ich jetzt Herrn Zimmermann gar nicht.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Er ist noch nicht da!)

- Er ist noch nicht da. Ja, es ist wirklich schwierig zu überblicken. Zum einen sind Sie zu weit weg, und zum anderen sitzen Sie in Ihren Kabäuschen. - Dann frage ich nach Enthaltungen. - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Die Dringlichkeit!)

- Die Dringlichkeit des Antrags, ja. Inhaltlich haben wir ja noch nicht darüber sprechen können.

Unter TOP 3.1.18 liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und LINKE vom heutigen Tage vor. Hier geht es um das Thema „REAL-Markt in Porz-Eil retten!“

Gibt es hier eine Wortmeldung gegen die Dringlichkeit? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist, glaube ich, ein viel zu wichtiges Thema, als dass es hier in sich androhende Landtagswahlkämpfe mit hineingezogen werden sollte. Ein bisschen erweckt dieser Antrag nämlich genau diesen Anschein. Wenn der Fraktionsvorsitzende der entsprechenden Fraktion schon Ende April, am 24., über zwei Netzwerke ankündigt: „Wir werden im Rat dazu tätig werden“, und wir dann einen Tag vor der Ratssitzung Anträge zugeleitet bekommen mit der Frage, ob wir mitmachen wollen, fragen wir uns wirklich, ob die Dringlichkeit auch so gegeben ist oder ob man das Ganze nicht hätte auch früher angehen können, wenn man hier an der Gemeinsamkeit interessiert ist.

Lassen Sie mich auch noch zwei Sätze zur Sache sagen. Ja, vor Ort herrscht Unruhe; das ist richtig. Wir wollen auch sehr gerne sehr konstruktiv mit diesem Antrag umgehen. Aber das ist in der Kürze der Zeit so nicht möglich. Deswegen sehen wir heute diese Dringlichkeit auch nicht. Der Antrag wird ja dann automatisch auf der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung landen. Dann haben wir genügend Zeit, uns auch mit den ganzen Details, die darin stehen, zu befassen. Es ist ein sehr großer Maßnahmenkatalog. Es sind fünf Punkte, die

wir dann gerne auch gemeinsam angehen können - aber nicht so holterdiepolter. Damit werden wir auch diesem ganzen Anliegen nicht gerecht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, wir haben doch eben beide gelernt: Es gibt nur Rede und Gegenrede.

(Zuruf)

Es gibt nur Rede und Gegenrede, hat Herr Kollege Homann eben gesagt, also nicht einmal eine zweite Wortmeldung gegen die Dringlichkeit. Das wusste ich auch noch nicht. Aber da ich es auch nicht besser weiß, hat jetzt der Antragsteller das Wort.

(Zuruf)

- Ja, erst einmal Gegenrede.

(Christian Joisten [SPD] begibt sich an das Redepult - Zurufe)

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin doch schon sehr verwundert, dass wir hier in einer für ganze Stadtbezirke oder auch darüber hinaus so zentralen Frage jetzt irgendwelches parteitaktisches Klein-Klein machen. Denn das, was hier als Vorwurf im Raum steht, ist doch Unsinn.

Am 29. Mai hat die Real GmbH über den Umstand informiert, dass dieser Markt geschlossen werden soll, und zwar zum 30. Juni. Meine Damen und Herren, am 20. Juni findet die nächste Ratssitzung statt. Sie glauben doch nicht, dass wir innerhalb von zehn Tagen mit der Real GmbH, Kaufland und all den Beteiligten irgendeine vernünftige Lösung hinbekommen.

Daher ist das doch erforderlich - auch im Interesse von mehr als 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

und im Interesse von mehr als 100 000 Menschen, die von dieser Versorgung mit abhängig sind. Das ist ein Thema vor Ort, und zwar nicht

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 4

nur in Porz, sondern auch in Teilen von Kalk. Lassen Sie uns das doch heute behandeln.

Da draußen stehen übrigens 50 der 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und hoffen sehr darauf,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

dass sie Unterstützung aus Politik und Verwaltung für ihr Anliegen bekommen.

Diesen Antrag haben wir ja bewusst nicht alleine eingebracht, sondern Ihnen zur Verfügung gestellt, nachdem wir mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gesprochen haben und nachdem wir mit der Führung von Real gesprochen haben. Es ist, finde ich, seriös, dass man sich erst einmal kundig macht.

Daraufhin ist ein Antrag formuliert worden. Er ist Ihnen allen, allen demokratischen Fraktionen, zur Verfügung gestellt worden. Sie hatten also alle die Chance, sich damit auseinanderzusetzen und sogar mit draufzugehen. Mehr kann man doch nicht machen, um hier gemeinsam zu einem Ziel zu kommen.

Deswegen werbe ich sehr dafür, das heute nicht einfach wegzustimmen, sondern gemeinsam hier im Rat der Stadt Köln am heutigen Tage den Menschen da draußen eine Perspektive über den 30. Juni hinaus zu geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vielleicht noch eine Ergänzung: Sollte das nicht möglich sein, würde ich als Hilfsantrag noch den zweiten Antrag stellen, dass wir diesen Antrag unmittelbar in den Hauptausschuss am kommenden Montag verweisen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist es denn jetzt dringlich? Dann muss es heute behandelt werden. Oder es ist nicht dringlich. Dann kann es am Montag behandelt werden.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Eins geht ja nur. - Der Dringlichkeitsantrag für heute wird also aufrechterhalten?

(Christian Joisten [SPD]: Selbstverständlich!)

Dann lasse ich jetzt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Das macht mich fassungslos, Kolleginnen und Kollegen!)

Das ist die Mehrheit des Rates. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung, meine Damen und Herren. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der doch sehr umfangreichen Antragslage und langen Tagesordnung bietet es sich an, mehrere Punkte zusammenzufassen.

Deswegen schlage ich vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 3.1.2 mit der aktuellen Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1 zusammen behandeln.

Außerdem schlage ich vor, den Tagesordnungspunkt 3.1.12 mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.9 zusammen zu besprechen und dann auch zu beschließen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. - Herr Hammer hatte noch etwas.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hatte noch Beratungsbedarfe anzumelden. Aber das würde ich dann auch gleich machen, wenn wir über die Anträge abgestimmt haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Über die Änderungsanträge zur Tagesordnung lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 5

Jetzt gibt es aber noch einen Beratungsbedarf. Das habe ich ja vorher wahrgenommen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum Punkt 10.24 noch Beratungsbedarf und würden ihn gern in der nächsten Ratssitzung behandeln - sowie im nicht-öffentlichen Teil zum TOP 23.1, den wir dann gern noch mal in den Liegenschaftsausschuss verweisen würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das können wir dann beim Tagesordnungspunkt machen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Meine Damen und Herren, dann rufe ich jetzt auf:

A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales 1176/2022

Ich möchte Ihnen erneut Herrn Andree Haack für die Beigeordnetenstelle vorschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr. Das ist zwar nicht üblich, aber auch nicht verboten.

Philipp Busch (AfD): Okay. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, für das mir erteilte Wort. Ich mache es auch ganz kurz und mit Ihrem Einverständnis von hier aus.

Vielen Dank, dass Sie sich noch mal bereit erklärt haben, Herr Haack. Wir werden uns diesmal aber enthalten, da wir die Befürchtung haben, dass der Kandidat bei einer jetzigen Wahl beschädigt wird. Hier wurde ja schon angekündigt, dass die Wahl überprüft werden wird, und es sind ja auch andere Dinge bereits dem Rat bekannt. Daher wird sich meine Fraktion diesmal enthalten, auch wenn wir

den Kandidaten durchaus als geeignet ansehen.
- Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse das jetzt offen abstimmen und bitte um Handzeichen. Wer für die Wahl von Herrn Andree Haack ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und Volt. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION und die AfD-Fraktion.

Damit darf ich feststellen, dass Herr Andree Haack vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat IX gewählt wurde,

(Beifall)

und bitte ihn zu uns nach unten.

(Andree Haack betritt den Ratssaal - Die Anwesenden erheben sich - Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Andree Haack begeben sich neben das Redepult)

Herr Haack, nehmen Sie die Wahl an?

Andree Haack: Ja, ich nehme die Wahl an. Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall - Andree Haack nimmt Blumensträuße und Glückwünsche entgegen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne in der Tagesordnung fortfahren und zur Durchführung der aktuellen Stunde kommen.

Wir haben eben bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen, dass dieser Tagesordnungspunkt gemeinsam mit TOP 3.1.2 behandelt wird.

Daher rufe ich auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 6**1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!“
AN/0749/2022****3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen****3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen****3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Schulanmeldeverfahren gerecht, rechtssicher und zielführend“
AN/0913/2022**

Bitte gestatten Sie mir, zunächst noch einmal klar zu sagen, dass ich der Meinung bin, dass das derzeitige Schulanmeldeverfahren modifiziert werden muss, weil es eine Zumutung für die Eltern und die Kinder gewesen ist.

Ich möchte gerne Herrn Voigtsberger Gelegenheit geben, zunächst dazu Stellung zu nehmen. Mit Ihrem Einverständnis wird er vorab aus seiner Sicht insbesondere das Verfahren darstellen. - Herr Voigtsberger, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Mitglieder des Rates! Meine Damen und Herren! Vielleicht einmal vorneweg: Auch in diesem Jahr wird es erneut gelingen, allen Kindern mit Gymnasialwunsch einen Platz an einem Gymnasium zu vermitteln. Und ich möchte mich zunächst bei allen bedanken, die auch in 2022 daran mitgewirkt haben.

Dennoch - und da sind wir uns sicher einig - ist heute kein Tag, der uns mit Freude erfüllen kann und darf. Denn wir alle wissen um die herausfordernden Situationen, vor denen Familien in den letzten Wochen standen und immer noch stehen.

Lassen Sie mich daher zunächst an dieser Stelle das diesjährige Anmeldeverfahren in den Blick nehmen.

Rahmengebend für das Anmeldeverfahren ist das Land Nordrhein-Westfalen. Basis ist das Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede einzelne Schule trifft auf Basis der im Landesgesetz definierten Kriterien ihre Entscheidungen zur Aufnahme oder Ablehnung von Schüler*innen autark.

Zu diesen Kriterien gehört zum Beispiel das Kriterium Geschwisterkind oder auch das Losverfahren, das ja oftmals auch in der Zeitung Erwähnung findet.

Die Verantwortung der Kommune ist es, die gesamstädtische Durchführung des Verfahrens auf der Grundlage dieser gesetzlichen Vorgaben zu koordinieren. In enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln und Schulleitungen aktualisieren wir den Zeitplan, stellen die Verwaltungssoftware bereit und bereiten nicht zuletzt die Anmeldescheine für die Grundschulen vor.

Das bedeutet: Ich kann aus der städtischen Rolle heraus das Anmeldeverfahren in den hier in Rede stehenden Grundzügen nicht verändern.

Aber ich bin bei Ihnen: An der landesseitigen Gesetzesgrundlage gibt es einiges zu verändern, worum ich das Land bereits ersucht habe. Und auch wenn ich auf mein Schreiben zu den Mehrfachanmeldungen vom 17. März noch keine explizite Rückmeldung erhalten habe, so gibt es dennoch bereits Signale, dass sich der neue Landtag mit dieser Thematik befassen wird. Ich finde, das ist ein gutes Signal.

Meine Damen und Herren, auch ich kritisiere diese Option und habe dies auch von Anfang an getan. Selbstverständlich haben die vielfachen Mehrfachanmeldungen die Organisation des Verfahrens enorm verkompliziert und auch in die Länge gezogen. Hierauf haben wir deutlich im Rahmen unserer Entscheidungsvorlage zum Verfahren für den ASW und auch in den flankierenden Pressemitteilungen hingewiesen. Aber wie so oft ist dies lediglich das Symptom und nicht die Ursache. Ursächlich ist die Tatsache, dass es überhaupt möglich und auch gesetzlich zulässig ist, Mehrfachanmeldungen vorzusehen.

Meine Damen und Herren, dass von dieser Option Gebrauch gemacht wird, ist nicht neu. Zum Schuljahr 2021/2022 hat das OVG NRW erneut festgestellt, dass Mehrfachanmeldungen möglich und auch rechtlich zulässig sind. Die Kolleg*innen des städtischen Rechtsamtes haben diese Auffassung im Übrigen auch aus eigener Sicht vollumfänglich bestätigt.

Die Thematik haben wir nicht zuletzt ausführlich auf der Konferenz diskutiert, zu der ich am 18. November vergangenen Jahres Vertreter*innen der Bezirksregierung, der Schulleitungen, der Schul-

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 7

verwaltung und der Schulpolitik sowie Elternvertreter*innen und Schülervertreter*innen eingeladen hatte.

Bereits dort - einige von Ihnen mögen sich erinnern - wurde die Forderung laut - und ich habe mich ihr in Gänze angeschlossen -, mit dieser Tatsache auch transparent umzugehen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits zu erkennen, dass sich die Information in den Foren von Elterninitiativen ohnehin verbreitete. Hinzu kam ja auch die öffentliche Berichterstattung, die hierauf ebenfalls bereits hinwies.

Bildung ist, wie wir alle wissen, nur allzu oft eine Frage der Herkunft sowie der Förderung und damit nicht zuletzt auch eine Frage der Information zu bestehenden Möglichkeiten. Meines Erachtens kann und darf es nicht sein, dass das Wissen um die rechtliche Option der Mehrfachanmeldungen den gut und besser Informierten vorbehalten bleibt. Transparenz ist aus meiner Sicht ein Gebot der Chancengleichheit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bereits wenige Tage nach dieser Konferenz, am 22. November, hat auch die Bezirksregierung aktiv diese Information an die Schulleitungen kommuniziert.

Eines möchte ich an dieser Stelle aber in Abgrenzung klarstellen: Zu keinem Zeitpunkt haben wir als Schulträger das Mehrfachanmeldeverfahren aktiv beworben. Vielmehr haben wir transparent auf die bestehende Möglichkeit und die damit verbundenen Herausforderungen hingewiesen.

Meine verehrten Damen und Herren, an jedem Punkt der Abstimmung - das können Sie mir glauben - war mir wichtig, die politischen Vertreter*innen zu beteiligen - sei es bei der Konferenz am 18. November, sei es im Rahmen des Austauschs, zu dem das Amt für Schulentwicklung alle vier Wochen eingeladen hatte. Und schließlich haben wir das konkrete städtische Vorgehen im Anmeldeverfahren inklusive Zeitplan dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 17. Januar zur Entscheidung vorgelegt, und der Fachausschuss hat einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, aber was bleibt unterm Strich? Was können wir tun? Wie bereits ausgeführt, folgt das Anmeldeverfahren landesgesetzlichen Vorgaben. Ich habe mich dafür eingesetzt und werde mich auch weiterhin beim Land dafür

einsetzen, eine Gesetzesänderung herbeizuführen und Mehrfachanmeldungen künftig nicht mehr zu ermöglichen.

Aber ich versichere Ihnen: Das, was wir als Schulträger tun können, um Optimierungen herbeizuführen, werden wir tun.

Natürlich geht dabei einer belastbaren Aussage zu künftigen Verbesserungen eine seriöse Analyse des letzten Verfahrens mit allen Beteiligten, auch den Kolleginnen und Kollegen der Bezirksregierung, voraus, die wir in den nächsten Tagen und auch Wochen vornehmen werden.

Aber ich will Sie gerne bereits zuvor an unseren ersten Überlegungen teilhaben lassen. Es ist beispielsweise vorgesehen, die Möglichkeit einer Onlineanmeldung zu prüfen. Darüber hinaus wollen wir die Schulen im Zeitraum des Anmeldeverfahrens auch noch einmal deutlich personell unterstützen. Auch hierüber werden wir erneut gemeinsam in den Dialog treten.

Dennoch kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass die Diskussion um ein verändertes Anmeldeverfahren oder eine veränderte Durchführung desselben abermals lediglich ein Symptom betrachtet. Die Ursache, die sich letztlich in ihren gesamten negativen Folgen im Verfahren zeigt, liegt in dem so viel beschriebenen eklatanten Mangel an Schulplätzen.

Meine Damen und Herren, genau hier nehme ich meine Verantwortung Ihnen gegenüber wirklich sehr ernst. In dem Zuge mache ich wieder und wieder darauf aufmerksam, welche Folgen es haben wird, wenn wir nicht viel schneller viel mehr Plätze schaffen. Ich betrachte es sozusagen als meine Pflicht - gestatten Sie mir dieses Bild -, das Licht anzuschalten.

Deswegen ist „Schulbau first“, verehrte Damen und Herren, für mich nicht einfach eine Parole. „Schulbau first“ - so gut sollten Sie mich auch kennen - fußt auf einer sachlichen Analyse von Prognosen zu Bedarfen auf Basis der Schulentwicklungsplanung einerseits und zur Deckung über entstehende Schulplätze andererseits.

„Schulbau first“ ist nach meiner Überzeugung die einzige Strategie, die überhaupt die Chance aufrechterhält, dass wir auch künftig noch in der Lage sein werden, jedem Kind, das dies wünscht, einen Platz an einer weiterführenden Schule anzubieten. Wenn wir dem Schulbau in der Abwägung

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 8

von Interessen nicht allerhöchste Priorität einräumen, werden wir dies bereits im kommenden Jahr nicht mehr schaffen.

Verehrte Damen und Herren, wir haben unbestritten - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen - in der Vergangenheit durch die gefassten Beschlüsse bereits viel erreicht und werden auch in Zukunft viel erreichen. Einige dieser Erfolge möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich benennen.

Allein in diesem Jahr sind zwei neue Kölner Gymnasien im Westen gestartet. Damit haben wir 162 neue Plätze geschaffen. In der Rekordzeit von knapp anderthalb Jahren ist dieser Kraftakt durch hervorragende Kooperation untereinander gelungen. Weitere 54 Plätze haben wir durch die Erweiterung der Lise-Meitner-Gesamtschule in Finkenberg geschaffen. Das sind zusammen 216 zusätzliche Plätze an weiterführenden Schulen. Die Grundschulen sind hier noch gar nicht mit eingerechnet.

Blicken wir auf die letzten sechs Jahre zurück, so haben wir mit Stand heute insgesamt 1 124 zusätzliche, neue Schulplätze an weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen geschaffen. Allein in diesem Jahr wurden 334 Millionen Euro für Neubau, Erweiterungsbau und Generalinstandsetzung eingesetzt.

Nachdem wir bereits im Jahr 2017 sehr gute Erfahrungen mit dem schnelleren Weg der Beauftragung von GU/TU gemacht haben, wurde im Jahr 2020 ein zweites Sonderprogramm durch Sie beschlossen, das nun vorbereitet wird. Es ist das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Stadt Köln und umfasst 49 Einzelprojekte. Das Gesamtvolumen dieses Programms beträgt rund 1,7 Milliarden Euro. Alles in allem belaufen sich das erste und das zweite Schulbaumaßnahmenpaket auf rund 2,5 Milliarden Euro.

Mein wertgeschätzter Kollege Herr Greitemann hat vor einigen Wochen die Gründung einer eigenen Schulbaugesellschaft auf den Weg gebracht. Zur Entlastung und auch zur Unterstützung der Gebäudewirtschaft sowie zur Beschleunigung der notwendigen Baumaßnahmen für die anstehenden Aufgaben in den aufzusiedelnden Flächen in der Stadt soll eine auf den Schulneubau spezialisierte Gesellschaft gegründet werden. Ich denke, dass das auch ein wichtiges Signal ist.

Wie ich es bereits im ASW getan habe, möchte ich auch Ihnen hier im Rat ausdrücklich für die im Schulbau erzielten Erfolge und Ihre Unterstützung dabei danken.

Aber - so leid es mir tut - es reicht nicht aus. Lassen Sie mich dies anhand der Schulentwicklungsplanung, jetzt bezogen auf die Gymnasien, kurz verdeutlichen.

Die Anmeldezahlen an den Gymnasien werden auch in den nächsten Jahren aufgrund der positiven Bevölkerungs- und Schülerzahlentwicklung weiter stark ansteigen. Mit den beiden neuen Gymnasien Zusestraße in Lövenich und Aachener Straße in Müngersdorf, die 2022/23 an den Start gehen, stehen stadtweit maximal rund 4 200 Gymnasialplätze zur Verfügung, wenn die schulrechtlich möglichen Klassengrößen von 30 und 31 maximal ausgeschöpft werden. Die zukünftig zu erwartende Nachfrage nach Gymnasialplätzen wird zeitweise auf mindestens 4 600 ansteigen. Wir haben also mindestens 400 Schulplätze an Gymnasien zu wenig; die Unterdeckung beträgt 9 Prozent. Und wenn wir auf pädagogisch vernünftige Klassengrößen an Gymnasien von durchschnittlich 27 setzen, haben wir nur 3 800 Gymnasialplätze. Es fehlen also round about 800 Schulplätze; die Unterdeckung beträgt 17 Prozent.

Entsprechend arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck an einem baldmöglichsten vorgezogenen Interimstart der in der Schulbaumaßnahmenliste gelisteten neun Gymnasien, aber auch Gesamtschulen. Ich verweise hier für weitere Details gerne auf die kommenden Sitzungen des ASW, im Rahmen derer wir Ihnen künftig regelmäßig die jeweils aktuellen Daten vorstellen möchten und auch werden.

Fakt ist aber: Das Delta an fehlenden Schulplätzen haben wir in den letzten Jahren ausschließlich decken können, indem wir Mehrklassen eingerichtet haben. Ohne die dazu nötige Unterstützung der Schulen, der Bezirksregierung und auch anderer Schulträger hätten wir schon in den letzten Jahren nicht mehr jedem Kind einen Schulplatz an einer weiterführenden Schule anbieten können. Und wir alle wissen, dass dies keine Dauerlösung ist. Der nötige Abbau dieser Mehrklassen erhöht, wie wir wissen, in der Zukunft den Bedarf.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 9

Sie haben alle der Presse entnommen, dass ich an einem Gespräch auf Einladung der Oberbürgermeisterin mit dem Schulministerium NRW und der Bezirksregierung vor einigen Wochen beteiligt war. Zu der hier verabredeten Expertengruppe habe ich nunmehr für Ende Mai eingeladen. Sie soll einen Maßnahmenkatalog für eine auskömmliche Schulplatzversorgung in den kommenden Jahren konkret ausarbeiten.

Aber - das muss man auch betonen - das Land hat uns in diesem Rahmen auch bereits mitgeteilt, ab kommendem Schuljahr sehr restriktiv mit der Bildung weiterer Mehrklassen umzugehen. Hinzu kommt die Tatsache, dass im kommenden Jahr nach jetziger Planung keine einzige neue weiterführende Schule fertig sein wird.

Verehrte Damen und Herren, unsere Oberbürgermeisterin, mein Kollege Markus Greitemann und ich werden - das verspreche ich Ihnen - alles daransetzen, auch hierauf zu reagieren. Aber machen wir uns nichts vor: Was ich Ihnen auch zukünftig zumuten muss und wofür ich Ihre Unterstützung brauche, wird noch weit über das hinausgehen, was in der Abwägung bereits heute die Gemüter erhitzt.

Wir müssen beispielsweise alle Standorte daraufhin überprüfen, ob und welche Nachverdichtungspotenziale noch erschlossen werden können. Dabei darf keine Idee unberücksichtigt bleiben, so sehr sie uns auch mit Einschränkungen belastet und missfällt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Aber ich sage: Das alles ist nötig, um - und das sollten wir uns in Erinnerung rufen - eine pflichtige Aufgabe zu erfüllen.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie uns deshalb über die Ursache sprechen, nicht über die Symptome. Lassen Sie uns gemeinsam hinschauen - bei angeschaltetem Licht. Lassen Sie uns als Verantwortungsgemeinschaft Lösungen - für die Kinder in dieser Stadt schaffen. - Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Martin hat das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Vertreter*innen der Verwaltung! Sehr geehrte Zuschauer*innen hier und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen durfte ich mit meinem ältesten Enkel einen Schulranzen kaufen, nachdem er die Zusage für einen Grundschulplatz bekommen hat - zum Glück an der Grundschule, die er und seine Eltern sich ausgesucht hatten. Sie können sich vorstellen: Die Erleichterung und die Freude waren riesig, auch bei mir als Großmutter.

Umso größer ist mein Unbehagen, wenn ich daran denke, wie es in vier Jahren sein wird, wenn er auf eine weiterführende Schule kommt. Wird es ihm dann wie den Hunderten von Kindern in diesem Jahr gehen? Werden seine Eltern ihn an 15 Schulen anmelden, aus Angst, keinen Platz zu bekommen? Wird er dann bangen und zittern? Wird er Absagen bekommen und zum Schluss auf eine Schule in Hürth oder Dormagen gehen? Ich hoffe nicht.

Um weder ihm noch irgendeinem Kind in dieser Stadt dies zuzumuten, braucht es zwei Dinge - erstens natürlich mehr Schulen. Wir wissen alle, dass sie sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen lassen. Die Schulen, die wir heute brauchen, hätten vor zehn Jahren beschlossen und längst gebaut werden müssen. Damals ging man von sinkenden Schüler*innenzahlen aus, obwohl die Kinder bereits geboren waren - ein Desaster, dem wir nun mit unseren verabschiedeten Schulbaupaketen 1 und 2, mit Interimslösungen in Containern und mit Mehrklassen begegnen müssen; wohl wissend - wir haben es eben gehört -, dass auch in den nächsten Jahren die Plätze knapp sein werden.

Umso wichtiger ist zweitens: Wir brauchen auch ein neues Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen. Und genau darum geht es heute.

Herr Voigtsberger, bitte lenken Sie nicht wieder ab. Das haben Sie bereits in der letzten Schulausschusssitzung getan. Ihr Haus ist dafür verantwortlich, dass das Anmeldeverfahren so geändert wurde, dass es in einem Fiasko endete.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Bitte versuchen Sie nicht, die alleinige Schuld auf die Landesregierung zu schieben. Es mag sein, dass auch Nachbesserungsbedarf besteht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 10

(Zuruf von der SPD: Das war das Gesetz! - Weitere Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön. - Es mag sein, dass auch die Landesregierung Nachbesserungsbedarf hat. Aber kehren wir doch erst mal vor unserer eigenen Haustür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Auch wenn Sie es anders behaupten: Die Informationen zum Anmeldeverfahren flossen spärlich, widersprüchlich und verspätet. Wir sind sehenden Auges in das viel beschriebene Anmeldechaos gelaufen - mit einer emotionalen Achterbahnfahrt für viele Kölner Familien.

Und nicht nur das: Wir haben auch die Bildungsgerechtigkeit verschärft. Denn welche Eltern haben denn die Chance genutzt, ihre Kinder an möglichst vielen Schulen anzumelden? Sie haben es selbst gesagt, Herr Voigtsberger: Es waren diejenigen, die selbst höhere Bildungsabschlüsse haben. Viele Familien waren gar nicht in der Lage, das sich ständig ändernde und komplizierte Verfahren zu durchschauen. Und das liegt in Ihrer Verantwortung und nicht in der des Baudezernats oder der Landesregierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD)

Diese Desorganisation muss aufhören, Herr Voigtsberger. Wir brauchen ein Anmeldeverfahren, das rechtssicher, transparent und gerecht ist.

Ihre Parole „Schulbau first“ greift dabei zu kurz. Sie vergessen völlig, dass wir in dieser Stadt auch andere Aufgaben haben. Und wenn wir sie gut erfüllen wollen, meine Damen und Herren, dann muss es vielmehr heißen: Kinder zuerst!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Das bedeutet mehr, als nur Schulen zu bauen. Das bedeutet, dass junge Familien während der Schwangerschaft und der Geburt bestens betreut

werden. Das bedeutet, dass Kinder in der Kita gutes Essen bekommen, dass sie auf die Schule ihrer Wahl gehen können, dass ihre Eltern eine bezahlbare Wohnung und Arbeit finden, dass sie Spiel- und Sportplätze haben, dass sie gefördert werden und dass ihnen in Notsituationen geholfen wird.

(Christian Joisten [SPD]: Ihr habt es in der Hand!)

Und vor allem, Herr Joisten, bedeutet es, dass die Welt nicht in einer Klimakatastrophe untergehen darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und nicht nur das! Deshalb kann auch der Schulbau nicht - -

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Kann das mit den Zwischenrufen jetzt wirklich mal aufhören?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Ich habe noch 30 Sekunden und bin auch gleich fertig. - Deshalb, Herr Voigtsberger, kann auch der Schulbau nicht über allem stehen. Wir erwarten von Ihnen ein gerechtes und zielführendes Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen. Kinder zuerst! Bitte folgen Sie dieser Parole. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerraum und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns, glaube ich, hier im Ratssaal alle einig, dass das diesjährige Schulplatzvergabeverfahren eine Katastrophe war. Obwohl am Ende - der Dezernent hat es ja gerade noch einmal ausgeführt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 11

- jedes Kind einen Schulplatz bekommen hat, wurden Tausende von Eltern und Kindern über Wochen im Unklaren gelassen, ob eine adäquate Beschulung in Köln möglich ist. Diese Unsicherheit für Eltern und Kinder ist definitiv so nicht akzeptabel und wirft auch kein gutes Licht auf unsere Kölner Schulverwaltung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn keine andere Kommune in Nordrhein-Westfalen hat derartige Probleme. Es kann also nicht nur am Gesetz liegen. Vielmehr muss man auch einmal schauen: Was ist hier in den letzten Monaten falsch gelaufen?

Denn wir haben hier eine klar vermeidbare Katastrophe, die sich nicht wiederholen darf - vermeidbar deshalb, weil alle wesentlichen Informationen zur Klärung der Frage bereits vor dem Beginn und Start des Verfahrens vorhanden waren. Es gilt deshalb, erst einmal in unserer Verwaltung diese Fehler abzustellen.

Wir wollen diese Fehler auch einfach einmal benennen.

Fehler Nummer eins war die fehlende Abstimmung der Zahl der zu erwartenden Schülerinnen und Schüler mit der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze. Beide Zahlen sollten aus unserer städtischen EDV und aus unseren Prognoserechnungen problemlos abrufbar sein. Das heißt, dass von Anfang an, vom Start des Verfahrens an, klar sein muss: Wir haben beispielsweise 1 000 Schülerinnen und Schüler, die kommen, und wir haben 1 000 Schulplätze, die wir zu verteilen haben. - Das hat offensichtlich hier am Ende nicht richtig funktioniert. Sonst hätten wir diese Diskussion nicht gehabt.

Fehler Nummer zwei war - und das haben mir einige Schulleiter in den letzten Wochen bestätigt - der fehlende Austausch zwischen der Verwaltung und den Schulleitern. Das war in der Vergangenheit anders. Da sind die Schulleiter regelmäßig eingeladen worden. Dann hat man gemeinsam im Vorfeld, nachdem man eine Zahl aufgerufen hat, gesagt: Wir schaffen es nicht, das mit dem bestehenden System so zu machen; bitte schaut doch einmal gemeinsam, dass wir hier Überklassen bilden können. - Man hat das also im Vorfeld abgestimmt. Das ist in diesem Jahr nicht passiert. Zumindest haben mir das eine ganze Reihe von Schulleiterinnen und Schulleitern so bestätigt.

Fehler Nummer drei war das Verfahren selbst und insbesondere auch die Kommunikation, die hier über Wochen nicht angemessen war. Deshalb - der Herr Dezernent hat ja gerade schon gesagt, dass es auch intern die eine oder andere Verbesserung gibt - möchte ich noch einmal darum bitten, hier eine tragfähige Lösung zu erarbeiten, die einerseits die Eltern mitnimmt und nicht im Regen stehen lässt, aber andererseits auch die Komplexität herausnimmt. Dazu gehört insbesondere, dass wir hier am Ende eine digitale Abbildung haben, die das Verfahren vereinfacht und die notwendige Transparenz herstellt.

Nicht akzeptieren tue ich die latente Ausrede, auch von der größten Oppositionspartei, es sei alleinige Schuld der Gebäudewirtschaft, dass wir in Köln viel zu wenige Schulplätze hätten. Denn aktuell ist die Schlagzahl der Bauverwaltung hoch. Der Dezernent hat es ja gerade noch einmal bestätigt. Von 2015 bis heute hat sich die jährliche Produktionsleistung im Schulbau von 50 Millionen Euro auf über 400 Millionen Euro mehr als verachtacht.

Wenn ich exemplarisch meinen eigenen Stadtbezirk Lindenthal anschau, so gehen dort ab der Sommerpause eine neue Grundschule in Junkersdorf und zwei neue Gymnasien - der Dezernent sprach es ja an - in Müngersdorf an der Aachener Straße und in Lövenich an den Start. Im letzten Jahr wurde die Gesamtschule Wasseramselfweg realisiert. Ich könnte auch andere Beispiele nennen. Gleich wird ja von der Opposition wieder die Diskussion geführt, dass das doch nur in Lindenthal so sei. Nein, ich kann Ihnen auch noch andere Stadtbezirke zeigen, in denen das in ähnlicher Form der Fall ist. Nicht nur in der Bildungslandschaft Altstadt Nord, sondern in allen Teilen von Köln haben wir in den letzten Jahren entsprechende Erneuerungsbauten.

Wir wollen - das ist für uns wichtig - den Schulentwicklungsplan 2020, der ja bereits fortgeschrieben ist, durch weitere Maßnahmenpakete entsprechend stärken. Denn es bleibt das erklärte Ziel unseres Ratsbündnisses, aber auch der Oberbürgermeisterin, den von der SPD hinterlassenen Sanierungs- und Erweiterungstau

(Lachen bei der SPD)

in Höhe von 3 bis 4 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren vollständig abzubauen und jedem Kind einen wohnortnahen Schulplatz mit einer angemessenen Qualität zur Verfügung zu stellen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 12

(Beifall bei der CDU)

Wenn dies dann auch noch durch ein adäquates Anmeldeverfahren und eine gute Kommunikation mit den Eltern begleitet wird, dann haben wir einen wichtigen Meilenstein für die Modernisierung unserer Stadt erreicht.

Deshalb geht noch einmal die Bitte an die Schulverwaltung: Machen Sie Ihre Hausaufgaben, und schaffen Sie tragfähige Lösungen für die Schüleranmeldung. Dann haben wir unseren Kindern, unserer Stadt und auch den Eltern den größten Dienst erwiesen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Ganz ungewohnt wieder hier im Ratssaal und nicht im Gürzenich. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Wir haben gerade schon einiges gehört. In den vergangenen Wochen und sogar Monaten - denn das Verfahren läuft ja immer noch - erreichten mich zahlreiche E-Mails von verzweifelten Eltern, die von eigenem Frust über fehlende Betreuung und demotivierten Kindern berichteten. Auch diese Woche konnten wir alle das wieder in der Zeitung lesen. Die Familien wussten oftmals nicht, ob sie an ihrer Wunschschule noch einen Platz bekommen oder ob sie an einer wenig gewünschten Schule den Platz annehmen müssten.

Die Verwaltung war für Anfragen von Familien nicht erreichbar. Transparenz und Kommunikation sind aber gerade in der Krise von besonderer Bedeutung - das geht natürlich nicht über Elternforen oder Ähnliches - und hätten Kindern wie auch Eltern viel Zeit, Nerven und Frustration erspart.

Da wir gerade beim Thema Kommunikation sind - Frau Martin hat es ja auch schon gesagt -, möchte ich hier klarstellen, dass die Übernahme einer Rhetorik, die Fronten schafft, statt Brücken zu bauen, keine angemessene Kommunikation ist. Auch im Schulausschuss haben wir klargestellt, dass wir nicht gesellschaftliche Interessen gegen-

einander ausspielen dürfen und deswegen Parolen wie „Schulbau - oder was auch immer - first“ nicht akzeptieren.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Genau solche Probleme haben uns dazu bewogen, in die Politik zu gehen.

Die vergangenen Wochen haben mal wieder eindrücklich ein Bild der Kölner und Landespolitik abgegeben, das wir eigentlich nicht wollen. Es war ein gegenseitiges Schuld-Zuschieben in vollster Wahlkampfretorik - herzlichen Dank dafür -

(Beifall bei Volt)

und zwar auf dem Rücken der Kinder, die nämlich einfach nur zur Schule gehen wollen.

Sind Wähler*innenstimmen wichtiger als Konstruktivität? Das frage ich mich manchmal. Ich vermisse auf jeden Fall diese Konstruktivität.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Dabei kann sich keine der großen Fraktionen hier im Rat aus der Verantwortung ziehen. Denn die jetzige Situation ist ein Ergebnis von vielen Jahren unzureichender Schulpolitik. Ich möchte mich jetzt gar nicht lange über Vergangenheit äußern oder mit Fehlern bei früheren Entscheidungen anfangen. Das ist echt nicht seit gestern so.

Was mich aber tatsächlich zudem ernüchtert, ist, dass der zuständige Dezernent, der ebenfalls die Verantwortung für diese unnötigen, komplizierten Verfahren trägt, seit mehr als drei Wochen nicht für ein kurzes Gespräch mit uns zur Verfügung steht.

Ich möchte Sie hiermit nochmals herzlich einladen, Herr Voigtsberger, mit uns ins Gespräch zu kommen, damit wir miteinander statt übereinander sprechen.

(Beifall bei Volt)

Die Schaffung von Mehrklassen konnte dankenswerterweise in diesem Jahr von der Verwaltung kurzfristig übernommen werden. Da dieses nächste Jahr nicht mehr möglich sein wird, müssen wir jetzt bitte die Weichen richtig stellen, damit den Neun- und Zehnjährigen im nächsten Jahr nicht schon wieder durch so ein chaotisches, frustrierendes Verfahren die Vorfreude auf die weiterführende Schule genommen wird.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 13

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass uns, wenn wir als Kölner Politik nicht gemeinsam mit der Verwaltung im Schulbau schnellstmöglich handeln, im Jahr 2025 eine hausgemachte Katastrophe bevorsteht, wenn G9 wieder startet.

Das Verfahren muss für nächstes Jahr - das haben meine Vorredner*innen ja auch schon gesagt - so geändert werden, dass es unkompliziert gestaltet wird. Im Hinblick auf Präferenzen ist eine Priorisierung unabdingbar. Um Kinder vor unnötigen Ablehnungen zu schützen, müssen diese Verfahren gleichzeitig starten. Es kann nicht sein, dass ein Verfahren vor dem anderen geschaltet ist, sodass man dann Plätze blockiert, um vielleicht erst später einen Platz an der Schule zu bekommen, auf die man eigentlich gehen möchte.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Denn das gibt den Kindern und ganz besonders auch den Eltern Planungssicherheit und keine Frustration. Und das möchten wir ja. Im besten Fall gibt es bitte ein digitales Verfahren, das der Stadt Ressourcen und den Eltern Nerven spart. Bitte nutzt eine Kommunikation, die Sicherheit schenkt und Klarheit schafft.

Darüber hinaus sollten wir - und das machen wir auch - beim Bau von neuen Schulen Gas geben, sodass keinem Kind in Köln ein Schulweg zugemutet werden muss, durch den es Abstriche in seiner Freizeit machen muss. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht ein Vertreter der Antragsteller zu TOP 3.1.2. Herr Büschges, bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream! Geschätztes Publikum auf der Zuschauertribüne! Nichts fasst die bisherigen Wortbeiträge besser zusammen als ein Zitat aus Goethes „Faust“:

Die Botschaft hör ich wohl,
allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der AfD)

Das vorliegende Thema hätte eigentlich auch schon viel früher behandelt werden müssen. Nachdem das letzte Jahr schon eine Katastrophe bei der Schulplatzvergabe war, können Sie dieses Jahr noch eine Schippe drauflegen. Die Zeitungen überschlugen sich. „Schulplatz-Tombola“ wurde dieses unwürdige Verfahren genannt. Nach Losprinzip wurden Schulplätze zugewiesen. Untragbar für eine Millionenstadt!

Es kommt selten vor, meine Damen und Herren; aber hier muss man ganz vorsichtig die FDP loben. Frau Ministerin Gebauer hat im Landtag schon auf dieses Thema aufmerksam gemacht, nachdem dort ein Kölner SPD-Landtagsmitglied im Schulausschuss herumpöbelte. Sie sagte klar, Köln habe für sich den Sonderweg der Mehrfachanmeldung gewählt; dadurch sei das Chaos unnötigerweise entstanden.

In Köln lag und liegt die Schulentwicklungsplanung seit Jahren in den Händen der SPD. Das Ergebnis ist: Es fehlen Dutzende Schulen, weil nicht gebaut wurde.

Das Land macht ganz klare Vorgaben zum Anmeldeverfahren, die seit Jahren in den Kommunen erfolgreich umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen deswegen einen kurzfristigen und einen langfristigen Lösungsansatz. Kurzfristig müssen wir vor Ort kritisch und ehrlich sein und den entsprechenden Dezernenten auffordern, ein Konzept, vielleicht angelehnt am Verfahren des Landes, zu erarbeiten, um nicht peinlicher Spitzenreiter der nächsten Kategorie in NRW zu werden.

Die aktuelle Stunde widerspricht, auch wenn Sie es sicher schon getan haben, einer kritischen Auseinandersetzung. Ich zitiere dazu aus unserer Geschäftsordnung § 5 Abs. 2:

Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Rates und der Verwaltung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem.

Wir nehmen heute also nur eine Bestandsaufnahme vor, ohne einen Arbeitsauftrag zu formulieren.

Man könnte meinen, das wäre Wahlkampf light, den Sie vom Bündnis hier fahren. Wieso schreiben Sie denn sonst keinen Antrag nach § 3 der

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 14

Geschäftsordnung, wenn der Fehlerkatalog doch so umfangreich sein soll, Herr Petelkau? Mit einem solchen Antrag hätten wir nämlich einen Beschluss fassen können. Sie hätten den Eltern ehrlich und aufrichtig zeigen können, dass Sie es wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der AfD)

Ich unterstelle Ihnen einfach, dass Sie, genauso wie wir, das Beste für diese Stadt wollen. Das Beste wäre aber gewesen, dass Sie einen Antrag zur Abstimmung stellen und wir diesen genauso behandeln können, damit die Verwaltung und hier besonders Herr Beigeordneter Voigtsberger einen klaren und unmissverständlichen Arbeitsauftrag von uns bekommt.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Pflicht ist nur die AfD-Fraktion nachgekommen.

Wir erkennen auch, dass wir zum kommenden Schuljahr schon das neue Konzept brauchen, damit der Weg zum Briefkasten nicht so unangenehm ist wie in diesem Jahr. Die Verwaltung ist den Eltern, die nämlich zitternd zum Briefkasten gegangen sind, dafür mindestens noch eine Entschuldigung schuldig.

Ich fasse es noch einmal zusammen. Nur der AfD-Antrag formuliert hier eine klare Aufgabenstellung. Nur der AfD-Antrag ist lösungsorientiert. Das Bündnis will der SPD ein bisschen auf die Füße treten, aber doch nicht so viel. Deswegen gibt es auch keinen Antrag, dessen Beschluss bindend wäre.

Der kritische Beobachter wird erkennen, dass wir im nächsten Jahr wieder hier stehen werden und bestimmt wieder nur eine aktuelle Stunde bekommen. Nur der AfD-Antrag wird diesem Verfahren heute ein Ende setzen.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht ein kleiner positiver Zukunftsblick: Nachdem Herr Voigtsberger dem AfD-Antrag entsprechend einen Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Konzeptes erhält, können wir dann im Herbst sicher mit einem neuen, gerechten, rechts-sicheren und zielführenden Verfahren in die Schulplatzvergabe ohne Tombola-Kirmes-Charakter gehen. Wir freuen uns darauf. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Bei der Einordnung Ihres Antrags haben Sie mich - das muss ich zugeben - vor eine besondere Herausforderung gestellt. Ist das jetzt die Kategorie Scheinheiligkeit? Möchten Sie Menschen für dumm verkaufen? Oder wollen Sie von Ihren Versäumnissen ablenken?

(Beifall bei der SPD)

Zudem hätte ich eine Bitte. Wenn schon die Schulpolitiker*innen von Ihnen hier nicht sprechen dürfen, sollten Sie zumindest Ihre Fraktionsvorsitzenden darüber informieren, wie es wirklich gelaufen ist, damit sie hier nicht Dinge absondern, die abseits von irgendwelchen Realitäten sind. Frau Martin, Sie sind seit 17 Jahren in der Verantwortung, und Sie lassen hier so etwas los. Wahnsinn!

(Beifall bei der SPD)

Die Mehrfachanmeldungen haben ohne Frage zu einem Chaos an den Schulen und zu noch mehr Frust bei den Eltern und Kindern geführt. Gehen wir der Sache doch einmal auf den Grund.

Mehrfachanmeldungen sind laut Gericht - Frau Martin sieht das ja anders - möglich und nur auf Landesebene zu regulieren bzw. zu ändern. Eine Kommune hat dazu gar nicht die Befugnisse.

Am 18. November 2021 gab es ein Treffen der schulpolitischen Sprecher, des Schulausschussvorsitzenden, der Vertreter*innen der Schulverwaltung, der Bezirksregierung und der Schulleitungen der städtischen Gymnasien genau zu dem Thema Anmeldeverfahren. Insbesondere die Schulleitungen haben deutlich auf das Problem der Mehrfachanmeldung hingewiesen. Von einem prominenten Schulpolitiker des Bündnisses - ich oute ihn nicht; versprochen - wurde dort auf dem Podium sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies dann wohl ein Thema der Kollegen im Landtag wäre. Die Alternative, die Möglichkeit der Mehrfachanmeldung unter der Decke zu halten

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 15

und einem exklusiven Kreis der Informierten zur Verfügung zu stellen, wurde jedenfalls damals von keinem gefordert.

Und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es verrückt. Begeben Sie sich mit mir auf eine kurze Fantasiereise. Es gibt einen Politiker, der Einfluss in sowohl Stadt als auch Land für sich reklamiert, und dies auch noch hauptberuflich. Derjenige gehört auch noch einer Fraktion an, die die Regierung im Land stellt. Zudem propagiert er die Eigentümer-Parole: Wir verantworten Köln. - Derjenige hat eine Landtagskollegin, die zufällig auch aus Köln kommt. Diejenige war vorher schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Kölner Stadtrat, während sie jetzt Ministerin ist, zufällig in derselben Regierung, und dort zuständig für Schule. Die beiden haben das Thema in den letzten, sagen wir mal, zwei bis fünf Jahren einmal besprochen.

Aber diese Geschichte, meine Damen und Herren, können Sie sich nicht ausdenken. Man würde Sie wahrscheinlich für verrückt erklären.

Zur Genese: Mehrfachanmeldungen waren bereits im letzten Anmeldeverfahren möglich. Die Presse hat ausführlich darüber berichtet. Am 18. November 2021 wurde das Thema beim Schulgipfel noch einmal deutlich artikuliert. Vier Tage später fand der Schulausschuss statt, am 14. Dezember dann übrigens der Rat. Aktuelle Stunden zu dem Thema: Fehlanzeige.

Am 17. Januar fand erneut ein Schulausschuss statt. Hier zitiere ich aus der Niederschrift:

RM Seeck sieht das Grundproblem im Mangel der Schulplätze. Es wird auch mit dem neuen Verfahren Enttäuschungen bei Schüler*innen und Eltern geben. Die SPD Fraktion fordere, ähnlich Ausschussvorsitzende*r Dr. Schlieben, eine baldmögliche Evaluation, ...

Die Sprecherin der Grünen

weist ebenfalls auf das Hauptproblem der fehlenden Schulplätze hin und bittet alle Beteiligten, positiv nach vorne zu sehen und zu versuchen, eine Lösung zu finden.

Die Vorsitzende der Stadtschulpflegschaft

weist darauf hin, dass das Formular vom Land vorgegeben sei. Hier regt sie an,

über das Anschreiben bessere Aufklärung zu betreiben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Mitteilung über das Anmeldeverfahren an weiterführenden Schulen zur Kenntnis und stimmt dem aktualisierten Verfahren und dem Zeitplan zu.

Begründung:

Mehrfachanmeldungen sind rechtlich zulässig. Es ist daher zu erwarten, dass Kinder insbesondere an mehreren Gesamtschulen und Gymnasien gleichzeitig angemeldet werden.

Abstimmungsergebnis - jetzt wird es wieder verrückt -:

Einstimmig beschlossen.

Das alles vor dem Beginn des Anmeldeverfahrens! Der Start war am 28. Januar 2022.

Während Ablehnungen in dieser Stadt versendet werden, lobt sich das Bündnis bei einer Bilanzpressekonferenz für die super Schulpolitik in dieser Stadt.

Seit November 2021 ist fast ein halbes Jahr vergangen, und Sie beantragen für heute eine aktuelle Stunde.

Jetzt gehen wir einmal davon aus, dass Sie Ihrer Verantwortung nachgekommen wären und es die Mehrfachanmeldung nicht in dieser Form gäbe. Wie viele Schulplätze gibt es dann eigentlich genau mehr? Jetzt waren es 1 000 Kinder an Gesamtschulen - es ist übrigens bezeichnend, dass sie in Ihrem Antrag überhaupt nicht genannt werden - und 500 Kinder in Gymnasien, die abgelehnt wurden. Wie viele neue Schulplätze stehen im nächsten Jahr zur Verfügung?

Die Liste Ihrer Blockaden und Bedenken aus dem Schulausschuss ist mittlerweile seitenlang. Fast jede Initiative von uns wurde von Ihnen zerredet, vertagt und abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Notwendigkeit von sofortigen Maßnahmen, von dringenden unkonventionellen Vorgehensweisen, immer noch nicht verstanden.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 16

Der Gipfel der Peinlichkeit war im letzten Schulausschuss. Wenige Minuten nach der bedrückenden Demonstration der abgelehnten Kinder mit ihren Eltern auf dem Altermarkt eiern Sie, CDU, Grüne und Volt, bei der einfachen Formulierung „Der Schulbau hat höchste Priorität“ herum und relativieren - und das als Schulpolitiker*innen - im Schulausschuss.

Eindrucksvoller konnten Sie Ihre Doppelzüngigkeit nicht zeigen. Räumen Sie endlich Ihre Devise „Jeder Grashalm ist wichtiger als ein Schulplatz“ beiseite,

(Beifall bei der SPD - Lachen bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

und sorgen Sie lieber dafür, dass stattdessen Gras eben auf Schuldächern wächst.

Ich komme zum Schluss. Auch im nächsten Jahr werden höchstwahrscheinlich wieder leider über 1 000 Kinder eine Gesamtschule nicht besuchen können und Hunderte Kinder ihr Wunschgymnasium nicht besuchen können. Warum? Weil die Zahl der Kinder ansteigt und in den nächsten Jahren keine weitere Schule fertig wird. Wir wissen also genau, was im kommenden Jahr auf die Kinder zukommt.

Um zum Ende im Schulkontext zu bleiben: Thema verfehlt, nicht gekümmert, nichts gelernt; mit diesem Armutszeugnis also eine glatte Sechse und keine Chance auf Versetzung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rats! Es ist vollkommen angemessen, wenn wir heute im Rat einmal in einer aktuellen Stunde über die schlimme Eskalation der Probleme der letzten Monate bei den Schulen in Köln sprechen. Allerdings denke ich auch, dass wir da nicht nur über das aus den Fugen geratene Schulanmeldeverfahren sprechen können, und zwar aus mehreren Gründen.

Das seelische Leiden vieler Kinder und Eltern der letzten Monate hängt in erster Linie mit dem Schulbaunotstand und dem Mangel an Schulplätzen zusammen. Dieser besteht in Köln seit vielen Jahren.

In dieser Zeit haben Sie, verehrte Antragsteller*innen von Grünen und CDU, schon lange als Mehrheitsbündnis im Rat regiert, nämlich seit 2015, und vor 2015 bildeten SPD und Grüne die Ratsmehrheit. Deshalb ist der Versuch des Mehrheitsbündnisses, hier im Antrag zur aktuellen Stunde die großen Probleme an den Schulen bzw. bei den Schulplätzen auf das Anmeldeverfahren einzugrenzen, als reine Wahlkampfveranstaltung zu werten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im Übrigen ist es ja so: Der Rat entscheidet, und die Verwaltung führt aus.

Ich finde diesen Umgang mit der Verwaltung, den Sie hier zelebrieren, recht unanständig, muss ich sagen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Fraktionen im Schulausschuss waren seit Ende letzten Jahres - das wurde bereits erläutert, und das möchte ich hier noch einmal betonen - über das Anmeldeverfahren im Detail vom Dezernenten persönlich, Herrn Voigtsberger, und über die Probleme, die auftreten könnten, informiert. Es ist auch entsprechend dargelegt worden. Ich möchte das hier noch einmal bekräftigen. Frühzeitig wurde das vorbesprochen. Wir haben es im Schulausschuss am 17. Januar auch abgestimmt.

Deshalb ist es so etwas wie die Masche „Haltet den Dieb!“, wenn man jetzt wenige Tage vor der Landtagswahl hier so tun möchte, als ob man selbst nicht großen Anteil an dem Unmut, an dem Ärger und an den realen Problemen, die es in diesem Jahr gibt, hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ihre Aufgabe als regierende Parteien des Rats wäre es gewesen, längst in Kooperation mit der Oberbürgermeisterin und ihrem Bildungsdezernenten Maßnahmen zu ergreifen, wenn Sie Verantwortung übernehmen wollen, aber nicht, heute hier so etwas zu machen und dafür die Verwaltung zu beschuldigen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 17

Natürlich muss das Anmeldeverfahren im kommenden Jahr ganz anders ablaufen. Ich begrüße die Äußerungen von Herrn Voigtsberger.

Schulplätze dürfen im Übrigen auch nicht mehr verlost werden. Das haben wir im Schulausschuss auch beschlossen. Ich glaube, es ist Konsens, dass wir einen Weg finden müssen, da herauszukommen. Denn zum Beispiel die Wohnortnähe muss als vernünftiges Kriterium über Schulplätze entscheiden.

Das Schulgesetz muss vom Land geändert werden.

Die Kölner Stadtverwaltung muss den Schulen organisatorische und digitale Unterstützung geben. Ich finde es gut - das möchte ich hier noch einmal hervorheben -, wenn die Verwaltung den personell ausgezehten Schulen auch bei diesem Verfahren hilft. Denn die Schulsekretariate sind tatsächlich hoffnungslos überfordert. Deshalb dominiert auch so ungesund das Losverfahren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Wenn der Rauch des Wahlkampfs sich verzogen hat, können wir das in Ruhe im Schulausschuss diskutieren und beschließen.

Die tieferen Probleme - das möchte ich jetzt noch einmal aufgreifen - liegen aber doch beim Kölner Schulbau. Bereits 2016 hat die damalige Bildungsdezernentin Agnes Klein den Schulbaunotstand ausgerufen, um alle Stellen der Verwaltung zu sensibilisieren.

Herr Greitemann hat als Baudezernent nach meiner Einschätzung seit seinem Amtsantritt Mitte 2018 eine Reihe sinnvoller Veränderungen durchgeführt. Die Gebäudewirtschaft wurde ein gutes Stück besser organisiert und personell aufgestockt.

Auch die großen, milliarden schweren externen Vergaben von Schulbauten an Baukonzerne zeigen ihre Wirkung. Das ist anzuerkennen, auch wenn meine Fraktion eine andere Bauweise, die weniger auf Auslagerung und Teilprivatisierung öffentlicher Aufgaben beruht, lieber sähe.

Die bisherige Baustrategie hat aber nicht genügend gewirkt. Wir haben es gerade gehört. Im nächsten Jahr wird die Situation wahrscheinlich mindestens genauso schlimm werden.

Außer dem Bauen gibt es ja noch ein großes Problem, das dem zugrunde liegt. Bei den Flächen, auf denen Schulen und im Übrigen auch Kitas entstehen können, herrscht in Köln großer Mangel. Hier ist es so, dass die Stadtverwaltung über lange Jahre den privaten Investoren für Wohnungs- und Gewerbebau nicht entschlossen genug Schranken gesetzt hat. Denn diese Investoren wollen natürlich - das ist ihre Aufgabe und aus ihrer Sicht auch verständlich - lieber Gewinne mit teuren Wohnungen und Gewerbeflächen erzielen, als der Öffentlichkeit eine Bildungsinfrastruktur bereitzustellen.

Hier, Jennifer Glashagen, hat die Forderung nach Priorität für den Schulbau übrigens ihren tieferen Sinn. Es ist oft genug der Fall gewesen, dass die Bildungspartie innerhalb der Stadt am Ende der Nahrungskette von Grundstücken stand oder Pläne für Grundstücke aus anderen Gründen verworfen wurden oder sich zerschlagen haben. Ich werde ein solches Projekt gleich noch nennen. - Ach so, meine Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank.

Dann nenne ich dieses Projekt noch kurz. Die Gesamtschule Ossendorf sollte zeitnah im Interim starten. Eigentlich wäre es so, dass diese Gesamtschule schon längst gestartet wäre und der Schulbau entstehen würde. Dies hat sich leider - das hat sich im Schulausschuss in den letzten Sitzungen ergeben - aufgrund interner Abstimmungsprobleme in der Verwaltung zerschlagen. Das ist ein großer Schaden. Es ließen sich auch noch andere Projekte aufzählen. - Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin ja ganz froh, dass Oliver Seeck und Heiner Kockerbeck vor mir gesprochen haben. Ich hatte schon Sorge, ich müsste meine Rede an Ralph Sterck weitergeben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir haben heute schon mehrfach gehört - man kann es aber immer wieder wiederholen -, wie dramatisch die Schulplatzvergabe in diesem Jahr für jedes betroffene Kind war bzw. in Teilen noch

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 18

ist. Es gibt ja noch immer Kinder, die nicht genau wissen, auf welche Schule sie gehen werden. Sie wissen zwar, dass sie irgendwo einen Platz bekommen, aber nicht, wo.

Schon im letzten Jahr waren wir uns einig: So ein Verfahren darf es nicht mehr geben. - Und wir haben das geschafft: Es wurde ein noch viel schlimmeres Verfahren.

(Beifall bei der FDP)

Niemand der handelnden Akteure war offenbar bereit, die Anmeldungen so zu modifizieren, dass das alles transparenter und schneller geht.

Doch machen wir uns hier nichts vor: Aufgrund der massiv fehlenden Schulplätze werden wir auch mit einem modifizierten Anmeldeverfahren nicht alle Familien zufriedenstellen können. Das ist einfach so.

Wir hätten ihnen aber viel Warte- und Zitterzeit und den Schulen Verwaltungsaufwand ersparen können, wenn wir zum Beispiel ein digitales Tool an den Start gebracht hätten. Das habe ich am 18. November auf dieser Veranstaltung, die alle zitieren, gefordert. Es wurde aber einfach weggeschüttelt,

(Beifall bei der FDP)

weil man Herr des Verfahrens bleiben wollte. Das kam von mehreren Seiten.

Allein das Abtelefonieren der möglichen Nachrücker war eine Zumutung für Schulleitungen. Das Warten, ob es in der nächsten Runde klappt, und die Ungewissheit, ob es noch einen passenderen Platz als den gerade ergatterten gibt, hätte man den Familien ersparen können. So etwas regelt man heute wirklich digital. An den Berufskollegs gibt es das schon im kleinen Rahmen. Man hätte das Rad also gar nicht neu erfinden müssen.

Es kann nicht sein, dass wir als einziges Instrument das Land auffordern, Gesetze zu ändern, weil wir hier nicht mit den Gesetzen klarkommen. Dann wäre es aber vielleicht schlau gewesen, das früher zu fragen. Denn die Anfrage kam vom Dezernenten zwar, allerdings erst, nachdem das Verfahren in die Binsen geschossen wurde.

Dann wird immer auf das Verlosen von Plätzen geschimpft. Ich weiß nicht, ob das tatsächlich das Schlimmste an dem Verfahren ist. Denn Lospech ist kein persönliches Pech. Ich habe noch nie in

einer Tombola gewonnen. Das ist dann so. Aber ist es nicht schlimmer, nicht angenommen zu werden, weil die Wunschschule einen für nicht passend hält? Was ist wirklich fairer als Losen? Das müssen wir uns in Zukunft fragen.

Natürlich können wir Kriterien nutzen. Aber zum Beispiel eine Profilschule, Heiner Kockerbeck, möchte eben nicht die Kinder aus der Nachbarschaft, sondern Kinder, die an dem Profil interessiert sind. Und was sagte mir mal ein Schulleiter? „Geschwisterkinder“ ist auch ein gefährliches Kriterium. Warum, überlasse ich jetzt lieber Ihrer Fantasie.

Wir haben heute und auch schon früher gehört, dass das Mantra „Bauen, Bauen, Bauen“ lautet. Wer will da schon widersprechen? Aber reicht es, das herunterzubeten? Müssen wir uns nicht vielmehr auch endlich einmal dazu bekennen und auch danach handeln?

Das tun wir aber nicht, wenn der politische Mitbewerber selbst im Schulausschuss sagt: „Schulen bauen ja, aber nicht um jeden Preis; jeder Baum muss dabei berücksichtigt werden“, wenn die Verwaltung sagt - das hat sie auch heute wieder gesagt -, dass sie unsere Anregungen prüft, Schulen durch Ergänzung von Fachräumen zu erweitern bzw. deren Zügigkeitserweiterung zu prüfen, aber bisher nichts passiert ist - darum haben wir schon zum Amtsantritt von Herrn Voigtsberger gebeten - und wenn beschlossene Schulformen aus ideologischen Gründen ständig wieder angezweifelt werden und wir eine weitere Runde drehen, ob es jetzt ein Gymnasium oder eine Gesamtschule wird.

„Warum gibt es seit Jahren keine Kooperation mit den Nachbarkommunen?“, frage ich auch. Ich weiß; Frau Dr. Klein hat das ausdrücklich abgelehnt. Aber warum sind wir da nicht schon weiter? Denn viele Kinder könnten auch in der Nachbarkommune auf Schulen gehen. In Frechen haben sie vor ein paar Jahren eine Schule geschlossen, weil sie keine Schüler dafür hatten.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und liebe Verwaltung, so wird das nichts. Denn das sind alles nur Lippenbekenntnisse. Da wird auch eine weitere aktuelle Stunde nichts nutzen; das ist heute ja schon die zweite zu diesem Thema. Wir werden allen Maßnahmen, die Schulplätze schaffen, absoluten Vorrang einräumen müssen. Alles andere hilft nicht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 19

Wir sehen mit Freude, dass die Projekte, die an Total- und Generalunternehmer vergeben werden, in Rekordzeit fertiggestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schließlich lange genug gefordert, die freie Wirtschaft mit in diese Mammutaufgabe einzubinden. Trotzdem wird das nicht reichen.

Ich rufe wirklich meine Kolleginnen und Kollegen im Schulausschuss auf: Denken wir immer Schule zuerst, und hören wir auf, alles zehnmal durchzukauen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die FRAKTION): Sehr verehrte Damen und Herren! Alle Mitgemeinten! Liebe Kinder! Wenn man die Berichterstattung über die Demonstrationen von Eltern und Kindern verfolgt oder sich die Symbol-Resolution des Herrn Voigtsberger ansieht, können wir von der FRAKTION nur zu diesem einen folgerichtigen Schluss kommen: Köln hasst Kinder. Anders lässt es sich nicht erklären.

Seien wir einmal ehrlich, was Kinder angeht. Einige von uns haben welche oder waren sogar selbst einmal Kinder.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Diejenigen können sicher meine Worte nachvollziehen. Denn seien wir einmal ehrlich: Kinder rechnen sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht überhaupt nicht. Sie verursachen Kosten in erheblicher Höhe. Und was tun diese nichtsnutzigen Kleinen dafür? Ja, richtig: Nichts.

Zumindest in den ersten Jahren sabbern sie und bringen die werktätigen Erwachsenen um ihren wohlverdienten Schlaf. Sie machen Dreck. Denken Sie allein an die vollen Windeln, die vollgekötzelten Babystrampler und auch Ihre besabberten Klamotten. Und wer muss diesen Schmadder wieder in Ordnung bringen? Ja, richtig: Sie, und Sie auch.

Wir Erwachsenen müssen uns mit den unmäßigen von Kleinkindern produzierten schmutzigen

Wäschebergen abmühen. Und die Kleinen? Richtig: Sie chillen den ganzen Tag, liegen faul herum und geben keine Antworten, wenn sie gefragt werden. Sie gehen nicht arbeiten, lassen sich bedienen und helfen kein bisschen im Haushalt mit. Sie bringen noch nicht einmal den Müll herunter.

Sobald die lieben Kleinen dann anfangen, sich selbstständig fortzubewegen, wird alles nur noch schlimmer. Überall fliegen Spielsachen herum. Es werden Schränke und Regale ausgeräumt. Alles wird von den kleinen Patschehändchen angegrabscht. Alles, und ich meine wirklich alles, wird angenuckelt: Ihre teure Schallplattensammlung, der wertvolle Teppich, ja sogar Ihr mittlerweile komplett verstörtes Haustier.

Und siehe da: Die einst wunderschöne Designerwohnung verwandelt sich in Sekunden in ein unüberschaubares Chaos. Und wer räumt das alles wieder auf? Hat Ihnen dabei jemals Ihr Kleinkind geholfen? Nein, sicher nicht. Also machen Sie weiter.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wo ist der Witz?)

Genauso wie Ihre Wohnung geraten auch Ihr Leben und Ihr Kontostand aus den Fugen. Völlig übermüdet und unkonzentriert hängen Sie auf der Arbeit herum. Darunter leiden Ihr Chef, die Kollegen, die gesamte Produktion, ja die gesamte Volkswirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Können Sie mal zur Sache reden?)

Wenn Sie mit viel Glück einen Kita-Platz gefunden haben, können Sie froh sein. Sobald aber die Einschulung bevorsteht oder, noch schlimmer, der Wechsel auf die weiterführende Schule, spätestens dann merken Sie, liebe Eltern, dass Köln Kinder hasst. Es gibt schlicht nicht genug Schulplätze für alle.

Aber: So what? Es gibt ja zum Glück das Losverfahren, um Ihrem Kind einen Schulplatz am anderen Ende der Stadt zu vermitteln. Ihr Kind darf dann bereits im zarten Alter von zehn Jahren den harten Druck der Leistungsgesellschaft erfahren und sich einem Auswahlverfahren und damit der Frage stellen, ob es ein gutes Kind ist. Dann wird es schon sehen, was es davon hat, mit den Eltern in dieser heruntergekommenen Stadt leben zu müssen - weinender Smiley.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 20

Doch kein Grund, traurig zu sein! Nein, die Stadt Köln hat sich da etwas ganz Schlaues für euch ausgedacht. Was die Verwaltung in den letzten Jahren - oder waren es Jahrzehnte? - nicht geschafft hat, wird die geplante Schulbaugesellschaft mit ihren fünf Mitarbeitern sicherlich in den nächsten zehn Jahren in den Griff bekommen. Und dann wird es Platz für alle Schüler und Schülerinnen geben. Schulbau first, Kinder second.

Ein Tipp für die geplagten Eltern: Wenn Sie keinen Schulplatz bekommen, stecken Sie Ihr Kind doch einfach in die Produktion. Eine verkürzte Schulzeit mit kostenlosem Abitur nach der 8. Klasse und gratis Vanilleeis für alle dient der gesamten Gesellschaft. Schulbildung wird im Allgemeinen überbewertet und kann auch durch eine spätere Erwachsenenbildung ausgeglichen werden. Nur Mut zu neuen Wegen!

Jetzt aber zu meinem eigentlichen Anliegen: Aus den von mir vorgetragenen Gründen befürworten wir von der Fraktion Die FRAKTION, dem legendären Zusammenschluss aus der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative Die PARTEI und der Wählergruppe GUT, eine ausgeklügelte Verhütungskampagne, um zukünftiges Leid zu vermeiden.

(Beifall bei der FRAKTION)

Hierzu wird in Kürze eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt bitte ich Sie aber wirklich, mal langsam zur Sache zu sprechen. Ihre Redezeit ist nämlich gleich abgelaufen.

(Vereinzelt Beifall)

Birgit Beate Dickas (Die FRAKTION): Aufgrund der aktuellen kinderfeindlichen Situation in Köln raten wir zum Schutz von Kindern und Eltern: Kinder raus aus Köln. Kinder, denkt immer daran: Köln hasst euch. Ihr seid nur eine belanglose Nummer im Losverfahren. Wenn es anders wäre, könntet ihr gemeinsam mit euren Grundschulfreundinnen und -freunden in eure Lieblingsschule in der Nachbarschaft gehen. Kinder, nehmt eure Eltern an die Hand und lauft schnell weg - für eine kinderfreie Stadt, für eine Zukunft ohne Zukunft.

Den Rest erledigt der Klimawandel für uns. Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels bleiben uns gerade noch mal sieben Jahre. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin auch in meiner Redezeit fertig geworden. Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann, Sie wünschen das Wort. Bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur ganz kurz eine kleine formale Anmerkung: Bei der FRAKTION handelt es sich nicht um den Zusammenschluss der PARTEI und der Wählergruppe GUT, sondern um einen Zusammenschluss von einzelnen Ratsmitgliedern und Frau Karina Syndicus. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für den klarstellenden Hinweis.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt zunächst über den Abschluss der aktuellen Stunde abstimmen und bitte um Vorschläge. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen vor, dass wir die aktuelle Stunde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Vorschläge? Es kann ja wohl niemand behaupten, dass die Sache erledigt sei. - Die AfD. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit Verlaub: Herr Hammer, es geht, glaube ich, nicht, dass man eine aktuelle Stunde einfach mir nichts, dir nichts mal eben so an die Verwaltung überweist. Entweder muss ein klarer Arbeitsauftrag da sein, oder man beendet die aktuelle Stunde. Aber das, was

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 21

Sie hier machen, ist ja Herumgeeierei vom Feinsten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich empfehle wie immer die Geschäftsordnung.

(Stephan Boyens [AfD]: Genau!)

- Ja, Ihnen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin, wir würden unseren Antrag gern zur Abstimmung stellen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, natürlich. Das kommt gleich.

Matthias Büschges (AfD): Ach so. Danke. Weil Sie es zusammengelegt hatten; deswegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ja. Aber abgestimmt werden muss ja einzeln. Über Ihren Antrag wird selbstverständlich abgestimmt.

Matthias Büschges (AfD): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es ernsthafte weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob die aktuelle Stunde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der AfD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der Rest stimmt dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Initiative ‚Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus‘“ AN/0897/2022

Ich gebe Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Nach dieser aktuellen Stunde kommen wir zu einem ganz anderen Thema. Es ist ja immer wieder merkwürdig, wie die Themen sich abwechseln. Aber das ist dann auch die Vielfalt unserer Sitzung. Die Vielfalt ist ja tatsächlich mit Thema dieses Antrages. Insofern werde ich jetzt einfach einmal in diesen Tagesordnungspunkt einsteigen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Ich freue mich sehr, dass wir heute diesen Antrag mit allen demokratischen Fraktionen und Gruppen im Rat stellen und auch beschließen werden. Damit zeigt der Rat der Stadt Köln erneut, dass es ihm ernst ist mit seiner Haltung für Weltoffenheit, für Respekt und gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

Schon die Resolution gegen Antisemitismus des Rates, aber auch viele weitere Resolutionen und Beschlüsse aller Demokratinnen und Demokraten im Rat gegen rechts haben diese Haltung immer wieder deutlich werden lassen. In der praktischen Umsetzung zeigt sich das auch auf vielerlei Weise. Ich greife nur ein Beispiel heraus: die erfolgte Erweiterung des NSDOK zu einem Haus der Demokratie.

In der Zivilgesellschaft herrscht weitgehend große Einigkeit darüber, dass Rassismus bekämpft werden muss. Vorgestern gab es dazu die Feier des 30-jährigen Jubiläums des Runden Tisches für Integration. Viele andere sind mindestens ebenso lange in diesem Kampf unterwegs.

Warum dann ein weiterer Antrag? Weil es immer wieder wichtig ist, deutlich und öffentlich Zeichen der Solidarität zu setzen; weil es immer wieder wichtig ist, die Diskurse neu zu führen und sich

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 22

der Debatte zu stellen; weil es immer wieder darum geht, das sichtbar zu machen; weil es immer wieder darum geht, Haltung zu zeigen angesichts von strukturellem Rassismus und Rassismus im Alltag.

Gerade Letzterer ist für einige unsichtbar. Für andere ist er die täglich erfahrene Dosis an Diskriminierung. Hinzu kommt, dass die Zahl rassistischer Übergriffe und Anfeindungen genauso wie die Zahl antisemitischer und antiziganistischer Anschläge jedes Jahr steigt.

In unserem Antrag liegt ein Fokus auf dem Antiziganismus. Ich folge hier Micha Brumlik vom Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, der zu Recht darauf hinweist, dass, wenn von Rassismus und Antisemitismus gesprochen wird, stets auch der Antiziganismus mit in den Blick genommen werden muss.

Antiziganismus ist in vielen Teilen der Gesellschaft verwurzelt. Er spiegelt sich in politischen Handlungen. Er zeigt sich in der Art der Berichterstattung und in der öffentlichen Wahrnehmung. Bis heute gibt es Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die Deportation und das Leid der Sintize und Romnja in der Zeit der Nationalsozialismus wurden ab 1990 in Köln von Gunter Demnig wieder ins Bewusstsein gerückt - mit seinem Konzept einer Erinnerungsspur, die an die zu dieser Zeit weitgehend vergessenen Opfer der Deportation erinnern sollte. Es gelang ihm damit, die Opfer sichtbar zu machen, ihnen dadurch ihre Würde zurückzugeben und gleichzeitig auch der Mehrheitsgesellschaft einen Spiegel vorzuhalten.

Der heutige Antrag setzt auch daran an. Er impliziert, sich der daraus erwachsenden Aufgabe zu stellen und für gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Teilhabe aller und Anerkennung der Vielfalt einzutreten.

Mein Dank gilt den Initiator*innen dieses Antrages: dem Rom e. V., dem Runden Tisch für Integration, Köln stellt sich quer und dem Verein EL-DE-Haus.

Nicht erst die WDR-Sendung „Die letzte Instanz“ mit ihren extrem rassistischen und antiziganistischen Stereotypen hat deutlich werden lassen, dass noch viel Handlungsbedarf gegen latenten und strukturellen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und menschenverachtende Hetze besteht.

Respektlosigkeit reicht von Alltagsrassismus bis hin zu extremistischen Worten und Taten. Lassen Sie uns stattdessen an diese Stelle Weltoffenheit und Respekt sowie Anerkennung und Wertschätzung setzen - als Werte, auf denen unser Zusammenleben beruht und die dieses erst möglich machen.

Nur als kurze Anmerkung: Ich freue mich, dass die Bundesregierung im März dieses Jahres einen Beauftragten gegen Antiziganismus eingesetzt hat - auch als Signal gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Anfeindung.

Wenn wir auf allen politischen Ebenen zusammen diese Ziele verfolgen, werden wir damit Erfolg haben. Ich bin auch sicher, dass in Köln gute Möglichkeiten gefunden werden, unseren Antrag umzusetzen.

Zum Abschluss möchte ich aus der Erfurter Erklärung des Deutschen Städtetages zitieren:

Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung aller Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam in Köln Zeichen für Weltoffenheit und Respekt sowie gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus setzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Akude das Wort.

Dr. John Akude (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geehrte Zuschauer in den Rängen und zu Hause! Da, wo ich herkomme - das ist übrigens Südostnigeria, Igboland -, sagen wir: Wenn ein Mensch für seine guten Taten gelobt wird, tankt er dadurch Kraft, um weiter Gutes zu tun. - Deshalb möchte ich mit einem Lob anfangen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 23

Letzte Woche wurde Köln als Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt gewählt. Herzlichen Glückwunsch an uns alle, insbesondere auch an die Verwaltung.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist wirklich lobenswert. Wie gesagt, sollten wir dadurch Kräfte tanken, um in diese Richtung weiterzumachen. Denn es gibt noch viel zu tun.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie darum, diesen Antrag zu unterstützen. Denn zusätzlich zu dem, was in der Begründung des Antrags genannt wird, bringt Rassismus Nachteile für die Stadt. Er ist auch teuer. Wenn Menschen ausgegrenzt sind, nimmt man ihnen damit die Gelegenheit, ihren Beitrag zum städtischen sowie staatlichen Leben zu leisten. Somit verliert Köln bzw. Deutschland, weil vieles nicht mehr geschafft wird. Talente gehen uns verloren. Akzeptanz und gelebte Integration hingegen machen Menschen glücklich. Und Glück verbessert, wie wir alle wissen, die Leistung.

Die Ausgegrenzten können sogar nihilistisch werden und unsere Werte angreifen. Denn wenn jemand permanent daran erinnert wird, dass er nicht dazugehört, kann er den Respekt vor einer diskriminierenden Ordnung verlieren. Das kostet uns polizeiliche Kräfte. Einige von ihnen werden psychisch krank und müssen behandelt werden. Das kostet alles Geld.

Rassismus macht uns krank. Forscher der University of Utah in den USA entwickelten vor ungefähr fünf Jahren das Konzept der Racial Battle Fatigue und verweisen damit auf die aus Rassismuserfahrungen resultierende Ermüdung, ähnlich der Kriegsmüdigkeit. Sie ist unbemerkt, nicht diagnostiziert und daher unbehandelt, eine Form eines allgemeinen Angstzustandes.

Sie entstammt rassistisch motivierten Mikroaggressionen. Diese sind subtile, überwältigende, kumulative verbale sowie nichtverbale Beleidigungen und Diskriminierungen, durchsetzt mit Rassismus, womit Schwarze und People of Color täglich konfrontiert sind.

Deshalb benötigen wir zusätzlich zu den angekündigten eher symbolischen Maßnahmen weitere Maßnahmen, die auf Umstellung des Mindsets gezielt sind. Das sind grundsätzlichere, aber auch effektivere Maßnahmen, die auf unsere gesellschaftlichen Strukturen sowie die persönliche Verhaltensweise einiger von uns fokussiert

sind. Sie sind aber auch schwieriger zu bewältigen; denn, wie die Engländer sagen, old habits die hard. Dabei müssen wir geduldig sein - wohl wissend, dass ein Phänomen von Hunderten von Jahren nicht in einer Legislaturperiode gelöst werden kann. Aber wir sind es uns und auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, in diesem Fall unser Bestes zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren draußen und hier im Saal! Ich freue mich auch, dass wir heute in einer großen Gemeinsamkeit diesen Antrag auf den Weg bringen und beschließen.

Zu Beginn möchte ich einige Zahlen nennen, um das Problem, über das wir hier sprechen, noch einmal zu verdeutlichen. Im Jahre 2021 wurden in NRW genau 3 134 Straftaten erfasst, die dem politisch rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden müssen. Im gleichen Jahr waren es 437 antisemitisch motivierte Straftaten und 110 Straftaten mit islamfeindlichem Hintergrund. Weitere 25 Straftaten hatten einen antiziganistischen Hintergrund, während 130 Straftaten flüchtlingsfeindlich waren.

Das Gesamtpaket erschreckt schon, weil man sieht, dass in NRW und damit auch in Köln diese Aspekte von Fremdenfeindlichkeit, von Religionsfeindlichkeit und von Flüchtlingsfeindlichkeit leider Raum haben. Das sind auch nur die offiziell erfassten Zahlen. Die Dunkelziffern sind deutlich größer.

Deswegen bin ich unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser sehr dankbar, die noch einmal klargestellt hat, dass die größte Bedrohung für unsere Demokratie aus dem Rechtsextremismus entstammt und dass wir uns entschieden gegen diesen stellen müssen und dementsprechend Maßnahmen ergreifen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zahlen und diese Dinge, die ich gerade benannt habe, zeigen auch, wie wichtig es ist, dass

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 24

wir eine solche Initiative, wie wir sie heute hier beschließen, auf den Weg bringen - eine Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“. Ich will „Respekt!“ hier noch einmal deutlich betonen. Denn auch der Respekt voneinander ist ein hohes Gut.

Deswegen glaube ich - das will ich hier als Sozialdemokrat durchaus noch einmal benennen -, dass Olaf Scholz und die Mitregierenden auch mit dieser Haltung „Respekt den anderen gegenüber“ erfolgreich waren, sodass sie jetzt die Bundesregierung stellen können.

Hier in Köln sollten wir auch noch einmal deutlich machen, dass wir für Weltoffenheit, für Respekt, für Toleranz und gegen jede Form von rassistischer, antisemitischer, religiöser, sozialer und kultureller Ausgrenzung stehen.

Wir sind heute veranlasst, dieses auch mit Tafeln an unseren städtischen Gebäuden sehr deutlich zu machen, selbst wenn das nur ein sehr kleines Zeichen ist. Aber auch damit symbolisieren wir in dieser Stadt sehr deutlich, wofür diese Stadt, die Menschen und auch wir als Politik stehen - und die Verwaltung selbstverständlich ebenfalls.

Wir machen damit im Alltag sichtbar, dass wir uns gegen rechte Hetze und diskriminierendes Verhalten stellen und dass wir uns zu den demokratischen Grundwerten bekennen und dafür starkmachen. Wir müssen diese wachhalten und immer wieder deutlich machen, wie fragil unsere Demokratie ist und wie wichtig es ist, auf der Straße und in der Politik Farbe zu bekennen. „Kein Millimeter nach rechts“ muss hier das Motto sein. Wir schärfen das Bewusstsein für unser Mit- und Nebeneinander und erst recht für unser Füreinander.

Aber noch wichtiger als Schilder ist meines Erachtens - das will ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen - unser Handeln. Deshalb appelliere ich auch noch einmal an uns alle - an uns selbst hier im Stadtrat, an die Politik insgesamt, aber auch an alle in unserem Umfeld und in unseren Veedeln -: Lasst uns uns mit Respekt und Achtung gegenüberstehen. Lasst uns unterschiedliche Meinungen, kulturelle und religiöse Handlungen - natürlich im Rahmen unseres Grundgesetzes - akzeptieren. Lasst uns uns gemeinsam gegen alle stellen, die unsere Werte nicht teilen, sondern diese mit Füßen treten.

Diese Entschlossenheit ist wichtig. Denn nur so werden wir - davon bin ich überzeugt - dem Geist

und der Geschichte unserer Stadt wirklich gerecht.

In diesem Sinne freue ich mich auf einen gemeinsamen guten Beschluss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin hat jetzt das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Liebe Kolleg*innen! Ich möchte mich bei allen Mitsteller*innen und Unterstützer*innen der Resolution dafür bedanken, dass wir heute in großer Einigkeit öffentlich das gemeinsame Bekenntnis ablegen werden, dass Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus in dieser Stadt keinen Platz haben dürfen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, dass rechte Ideologien durch Bekenntnisse weder erklärt noch überwunden werden können.

Dazu müssen wir uns eine Analyse und eine Praxis aneignen, die über die bloße Widerlegung oder moralische Verurteilung hinausgeht. Ich möchte das einmal am Beispiel des Antiziganismus deutlich machen.

Am 10. September 2020 haben wir hier im Kölner Rat unter TOP 10.40 über Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln gesprochen. Für die AfD-Fraktion hat Ratsmitglied Stephan Boyens eine breite Hetzrede gegen Romnja und Sintize gehalten, in der er genau das rassistische Stereotyp ins Feld geführt hat, das an andere Zeiten erinnert.

Wenn aber 75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus solche Redebeiträge im Kölner Stadtrat möglich sind und Studien belegen, dass sie in der deutschen Bevölkerung Anklang finden, dann müssen wir am Wert unserer Aufklärungsarbeit zweifeln. Wenn eine Ideologie wie der Antiziganismus in einer demokratischen Gesellschaft wie Deutschland noch immer auf so viel fruchtbaren Boden fällt, dann ist das einer Erklärung bedürftig, die über die reine Widerlegung der Thesen hinausgeht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 25

Die Ursache für den Hass und die Verachtung, die Romnja und Sintize in dieser Stadt entgegen-schlagen, liegt nicht einfach in einer falschen Ideologie, die einige oder viele Kölner*innen vertreten und die ihnen durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit ausgedreht werden könnte.

Ratsmitglied Boysens hat ziemlich deutlich gemacht, was er ihnen vorzuwerfen hat. Mangelnde Bereitschaft zur Integration, fehlende Bildungsabschlüsse und nicht erzielt Einkommen führte er als Belege für persönliche Verkommenheit an.

Ohne es zu wollen und es zu bemerken, führte er die tatsächliche materielle Grundlage seiner falschen antiziganistischen Haltung selbst an: ein Europa, das noch immer von starker sozialer Ungleichheit geprägt ist, sowohl zwischen als auch innerhalb seiner Staaten; die fortbestehende rassistische Diskriminierung von Romnja und Sintize auch und gerade in den neuen Nationalstaaten des ehemaligen Jugoslawiens mit ihren relativ frisch aufgetragenen Nationalismen; aber auch eine Bundesrepublik Deutschland, die ihre Einwohner*innen noch immer ganz selbstverständlich in In- und Ausländer*innen aufteilt, Letztere mit weniger Rechten ausstattet als Erstere und ständig von ihnen verlangt, ihre Integrationsbereitschaft unter Beweis zu stellen

Diese Integrationsbereitschaft wird an den gesellschaftlichen Kriterien erfolgreicher Biografien gemessen, nämlich Erfolg in Schule und Beruf, also Erfolg auf Feldern, die in dieser Gesellschaft als Konkurrenzveranstaltung organisiert sind, die notwendigerweise Gewinner*innen und Verlierer*innen hervorbringt. Noten von eins bis sechs sowie Abschlüsse von keinem bis Abitur sind in dieser Gesellschaft die Vorbereitung für die Hierarchie der Berufe: besser und schlechter bezahlte Jobs, erster und zweiter Arbeitsmarkt, gut Verdienende und Aufstocker*innen.

Dass aus dem Westbalkan geflüchtete Romnja in diesem Wettbewerb im Schnitt schlechter abschneiden als gebürtige Kölner*innen, deren Familien seit Generationen in dieser Stadt leben, ist praktisch selbsterklärend.

Dass es sich dabei um ein Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse handelt und nicht um das unveränderliche Merkmal einer bestimmten Personengruppe, ist offensichtlich.

Allerdings wird ebenso deutlich, dass der Antiziganismus nicht auf Sand gebaut ist, sondern an

bestehende Verhältnisse und breit geteilte Werturteile anknüpft.

In der Erfurter Erklärung zur 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages heißt es:

Stabile Stadtgesellschaften entstehen durch die Kraft aller und im gegenseitigen Respekt.

Weil das so ist, muss Aufklärungs- und Bildungsarbeit darauf achten, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern die gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus zu reflektieren.

Ich bin überzeugt: Wenn wir nicht mit dieser Konkurrenzgesellschaft brechen, wenn wir nicht die soziale und rechtliche Gleichstellung aller Menschen erkämpfen, dann werden wir auch die rechten Ideologien nicht los, die aus diesen Zuständen hervorgehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boyens? - Es wird keine Zwischenfrage gestattet.

Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Obwohl ich das Entsetzen der Kollegin von den LINKEN über die Auftritte der AfD hier im Rat durchaus gut nachvollziehen kann, möchte ich trotzdem einen positiven Blick - vielleicht auch aus meiner eigenen Erfahrung - auf diesen Kölner Rat werfen. Wir haben heute bereits den einen oder anderen Austausch oder vielleicht auch Schlagabtausch zum Thema Landtagswahlkampf erlebt und im Hinblick auf die Tagesordnung bestimmt auch noch zu erwarten. Aber dass wir alle als Kölner Rat bei diesem Punkt wieder zusammenkommen und gemeinsam sagen: „Wir stehen gegen Antisemitismus; wir stehen gegen Rassismus; wir stehen gegen Antiziganismus“, macht mich als Kölner Ratsmitglied immer unheimlich stolz.

(Beifall)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 26

Und das macht mich nicht nur als Ratsmitglied stolz. Denn das zeichnet auch die Kölner Gesellschaft aus. Frau von Bülow hat es ja gesagt. Diese Initiative kam aus der Stadtgesellschaft von verschiedenen Verbänden: Runder Tisch, Verein EL-DE-Haus, Rom e. V. und Köln stellt sich quer. Diese Initiative ist aus der Stadtgesellschaft gekommen. Sie ist dann aufgegriffen worden. Dass diese Initiativen hier in unserer Stadtgesellschaft möglich sind, zeichnet unsere Stadt auch aus. Das lohnt auch all unsere Arbeit für diese Stadt.

Die Wichtigkeit des Themas und dieser Resolution zeigt auch eine aktuelle Studie der Bundesregierung. Heute ist sie veröffentlicht worden. Darin wird deutlich, dass 25 Prozent der Befragten bereits rassistische Vorfälle beobachtet haben. 58 Prozent der Menschen mit einer internationalen Herkunftsgeschichte haben rassistische Erfahrungen gemacht.

Eine gute Nachricht ist, dass 90 Prozent der Bevölkerung glauben, dass Deutschland ein Rassismusproblem hat. Es ist also eine Erkenntnis da. Aber wir müssen uns schon anschauen, wie diese Erkenntnis umgesetzt wird. Denn wir erkennen dann auch, dass 45 Prozent der Befragten Rassismuskritik als eine Einschränkung der Meinungsfreiheit sehen - im Sinne, das sei zu sehr politisch korrekt. „Politische Korrektheit“ ist ja auch einer der Lieblingsbegriffe der AfD.

All diese Zahlen, meine Damen und Herren, zeigen, dass wir noch vieles zu tun haben und viel aufzuklären haben.

Es freut mich immer wieder, dass wir hier im Kölner Rat zusammenkommen und diese Aufklärungsbereitschaft und dieses Engagement wieder belegen - auch mit der heutigen Resolution. Deswegen freue ich mich auch auf diesen großen, breit getragenen Beschluss. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat jetzt das Wort.

Isabella Venturini (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kölnerinnen und Kölner! Ich spreche heute in Leichter Sprache, damit dieser tolle Antrag auch von allen Menschen verstanden werden kann.

Leider gibt es in Deutschland und hier in Köln Rassismus. Rassismus bedeutet, dass manche Menschen schlechter behandelt werden. Die Menschen werden schlechter behandelt, weil sie eine andere Hautfarbe haben oder weil sie eine andere Religion haben oder weil sie eine andere Kultur haben.

Das hat schlimme Folgen für diese Menschen. Sie werden ungerecht behandelt. Für sie kann es schwer sein, eine Wohnung zu finden oder eine Arbeit. Es kommt auch oft zu Gewalt gegen Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

Es gibt auch besondere Formen von Rassismus, zum Beispiel Antisemitismus und Antiziganismus. Sie beschreiben den Hass auf Juden und Sinti und Roma. Diese Menschen wurden in der Geschichte von Deutschland besonders verfolgt. Auch heute werden diese Menschen oft ausgegrenzt.

Verschiedene Gruppen von Menschen setzen sich aber gegen diesen Rassismus ein. Sie sind zur Kölner Politik gekommen.

Heute möchten wir mit diesem Antrag Tafeln beschließen, die an Gebäude kommen, die der Stadt gehören. Auf diesen Tafeln soll stehen, dass Köln klar gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus ist. Das bedeutet, dass alle Menschen in Köln respektiert werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Es ist Wahlkampf, und die ganz breite Koalition von SED, Grünen, CDU, SPD, FDP und Co bis hin zu Frau Gabrysch - die ja mittlerweile auch schon bei der LINKEN angekommen ist, zumindest als Landtagskandidatin - macht mal wieder einen auf bunt und weltoffen. Jeder will wohl wieder mal seine linksgrüne Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 27

Jetzt soll also die nächste Initiative zu den üblichen Buzzwörtern wie Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus unterstützt werden. Damit soll dann aber wohl nur wieder jeder, der auch nur eine kontrollierte Zuwanderung verlangt, gesellschaftlich verteufelt werden. Obendrein können sich irgendwelche linken Sozialpädagogen an staatlichen Steuertöpfen laben.

CDU und FDP machen brav mit. Sie haben nur noch nicht kapiert, dass sie irgendwann auch auf der politischen Abschlusliste dieser linksgrünen Initiativen stehen werden.

Meine Damen und Herren, außerdem ist das nicht konsequent, wenn man sich Ihr Abstimmverhalten in der Vergangenheit anschaut, zum Beispiel zu dem AfD-Antrag für einen Antisemitismusbeauftragten, zu dem AfD-Antrag für die Opfer religiös motivierter Gewalt oder zu dem AfD-Änderungsantrag zum Recht Israels als jüdischer Staat auf Selbstverteidigung.

Warum Sie unseren Anträgen, wenn man sich diesen Antrag anguckt und auch den einen oder anderen Redebeitrag hier anhört, nicht zugestimmt haben, ist einfach nicht nachvollziehbar und zeugt nur von politischer Borniertheit.

(Beifall bei der AfD)

Es geht Ihnen nicht um Sachfragen, sondern nur um Aktionismus.

Sie sind auch nicht ehrlich zu sich selbst und der Stadt, da Sie wieder einmal das Thema „importierter Antisemitismus“ unter den Tisch fallen lassen. Davon habe ich nichts auf der Webseite dieser Respekt!-Initiative gefunden und auch nichts in den Reden hier gehört.

Jüngst wurde die Pressefreiheit im von SPD, Grünen und SED regierten Berlin beschnitten, als Journalisten über eine antisemitische Demonstration am Samstag, den 23. April, berichten wollten. Der Veranstalter verwies die Journalisten mit Unterstützung der Polizei. Herr Joisten, das ist innere Sicherheit à la SPD.

(Beifall bei der AfD)

Nun kommen wir zu Köln. Am 20. August 2021 wurde ein Kippa tragender Mann von einer zehnköpfigen Personengruppe angegriffen.

Die Landesregierung trifft in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Sven

Tritschler zu diesem Thema in der Landtagsdrucksache 17/17063 ein paar interessante Feststellungen. Die werden Ihr buntes Weltbild sicherlich erschüttern. Ich zitiere jetzt einfach mal - und hören Sie bitte gut zu -:

Im Zuge der Ermittlungen sind neben den noch in der Tatnacht ermittelten Beschuldigten Tolga T. und Simon K. inzwischen weitere sechs Beschuldigte ermittelt worden. Dabei handelt es sich einmal um den 18jährigen, in Köln geborenen deutsch-türkischen Staatsangehörigen (...), den 19jährigen, in Köln geborenen deutschen Staatsangehörigen Can (...),

(Zurufe: Zur Sache!)

den 18jährigen, in Köln geborenen deutsch-türkischen Staatsangehörigen (...) und den ebenfalls 18jährigen, in Köln geborenen deutschen Staatsangehörigen Kadir Cemil (...) sowie die 32jährige, in Köln geborene türkische Staatsangehörige (...) und die 24jährige, in Köln geborene deutsche Staatsangehörige Serap Tugba (...).

Meine Damen und Herren, das zeigt doch, dass Sie alle miteinander vor den wirklichen Problemen in dieser Stadt und in diesem Land die Augen verschließen.

Hier soll wahrscheinlich nur wieder ein linksgrünes Gutmenschenprojekt gefördert werden, um freiheitliche und konservative Positionen zu diskreditieren. Das verwundert nicht. Denn diese Initiative scheint ausweislich der Webseite eh ein verlängerter Arm der IG Metall zu sein.

Die Gewerkschaften sollten sich lieber um die Belange ihrer Mitglieder in den Betrieben - und ich sage ausdrücklich: unabhängig von deren Herkunft - kümmern

(Beifall bei der AfD)

und sich aus dem politischen Alltagsgeschäft heraushalten. Sie sollten sich wirklich auf Arbeitnehmerrechte fokussieren. Das ist deren Aufgabe.

Ich will hier zum Schluss für meine Fraktion auch klar feststellen, dass meine Fraktion - und das zeigt auch unser Abstimmungsverhalten - Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus ablehnt.

(Beifall bei der AfD)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 28

Aber wir lehnen auch Ihren Gutmenschen-Aktivismus ab, der immer wieder nur in eine Richtung geht. Das haben wir doch hier gerade in den Reden gehört.

Deshalb werden wir uns heute enthalten. Wir werden den Antrag allerdings auch nicht ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Stephan Boyens [AfD] meldet sich zu Wort)

- Für Sie hat Herr Cremer gesprochen. Wir machen keine zweite Rederunde.

(Stephan Boyens [AfD]: Nein, nach § 21!)

- Ich habe Ihnen das Wort nicht erteilt, Herr Boyens. Wir machen keine zweite Rederunde.

(Stephan Boyens [AfD]: Ich beziehe mich auf § 21 unserer Geschäftsordnung!)

- Sie möchten einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Dann machen Sie das bitte kenntlich. Ja, okay. Bitte.

Stephan Boyens (AfD): Also: Ich beantrage nach § 21 unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit, eine persönliche Bemerkung abzugeben.

In der Rede der LINKEN wurde mir unterstellt, ich hätte hier gegen Roma und Sinti gehetzt. Ich habe lediglich referiert. Ich habe mich wirklich an die Verwaltungsvorlage gehalten und die dort aufgeführten Merkmale hier noch einmal referiert - nämlich, dass viele keinen Schulabschluss haben, dass sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, dass viele nach acht Jahren in Deutschland kaum Deutsch sprechen usw. usf. Ich habe dann lediglich die Frage gestellt, ob wir uns einen Gefallen damit tun, Menschen, die seit acht Jahren hier sind und über diese Merkmale verfügen - die sich, wie gesagt, in der Verwaltungsvorlage eins zu eins wiederfinden -, ein Integrations- und Bleiberechts- und sonstiges Angebot zu machen, weil ich der Meinung bin, dass das vergebene Liebesmüh und herausgeworfenes Geld ist.

Das habe ich gesagt. Und das möchte ich einfach nur klargestellt haben. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne zu dem Tagesordnungspunkt 3.1.1 abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Zugang zu schnellem Internet in Köln - Förderung von Glasfaserausbau und von alternativen Internet-Technologien (z. B. Satelliten, 5G, Richtfunk)“
AN/0891/2022

Ich gebe Herrn Dr. Lutz das Wort.

Dr. David Lutz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren hier im Saal! Ein ganz besonderes Hallo auch an alle diejenigen, die im Livestream unterwegs sind, hoffentlich mit einer guten Internetanbindung! Als ich mein Ratsmandat hier antrat und die entsprechende Ausrüstung bekam, wurde mir auch gesagt: Passen Sie bitte auf, dass Sie sich all die Unterlagen zu der Ratssitzung im Vorfeld herunterladen; denn wenn Sie das in einem Raum mit 100 Personen machen, könnte es sein, dass es ein bisschen länger dauert.

Da wurde mir mal wieder bewusst, wie sehr ich mich daran gewöhnt habe, dass schnelles Internet um mich herum in meiner Umgebung existiert und ich es nahezu permanent nutzen kann.

Genauso wie mir geht es vielen anderen Kölnerinnen und Kölnern auch. Das schnelle Internet wird im beruflichen und im privaten Kontext genutzt - für Homeoffice, für Homeschooling, für das eigene Unternehmen, für die eigenen Unternehmungen, für Videotelefonate mit Freunden, Bekannten und der Familie, für Online-Gaming, für Streaming und vieles mehr. Kurz gesagt: Es geht für die Kölnerinnen und Kölner bei diesem Internet schon lange nicht mehr um Neuland, sondern um

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 29

ein Werkzeug für die soziale Teilhabe in der digitalen Welt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir uns den Infrastrukturausbau in Köln anschauen, sehen wir, dass wir im deutschlandweiten Vergleich ziemlich gut dastehen. Wir sind bezüglich der IT-Infrastruktur im Smart City Index der Bitkom Research aktuell auf dem zweiten Rang. Wir waren zwar auch mal auf Rang eins. Allerdings ist es schon ein bemerkenswerter Wert, den wir hier erreicht haben. Deswegen geht von mir erst einmal ein großes Dankeschön an all diejenigen, die daran beteiligt waren, dass wir aktuell so gut dastehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig ist es allerdings auch so, dass immer noch über 10 000 Kölnerinnen und Kölner keinen Zugang zum schnellen Internet haben.

Vor dem Hintergrund, dass gerade die Coronapandemie gezeigt hat, wie wichtig dieser Zugang ist - beispielsweise für Homeoffice, beispielsweise für Homeschooling -, freut es uns, dass auf Bundesebene neue Förderprogramme bereitgestellt wurden, um nicht nur die sogenannten weißen Flecken abzubauen - also die Bereiche, in denen das Internet mit unter 30 Mbit/s wirklich langsam ist -, sondern jetzt auch den Ausbau der grauen Flecken zu fördern. Das heißt, dass alles, was bei der Internetverbindung unter 100 Mbit/s liegt, förderfähig ausbaubar ist.

Genau darum geht es uns auch in diesem Antrag. Wir beauftragten die Verwaltung, auf diese neuen Förderprogramme zuzugreifen und die entsprechenden Anträge zu stellen, damit wir schon bald allen Kölnerinnen und Kölnern durchgehend schnelles Internet zur Verfügung stellen können.

Gleichzeitig ist uns aber auch durchaus bewusst, dass dieser Ausbau, nur weil wir das hier beantragen, nicht eine Sache von wenigen Wochen oder Monaten ist, sondern durchaus länger dauern kann. Deswegen beinhaltet dieser Antrag ein zweites Förderprogramm. Wir beauftragen nämlich die Verwaltung, uns Möglichkeiten aufzuzeigen, wie denn Übergangstechnologie gefördert werden kann, damit diejenigen Kölnerinnen und Kölner, die jetzt schon so lange bezüglich des schnellen Internets benachteiligt wurden, möglichst schnell Brückentechnologien nutzen können, beispielsweise entsprechende Funktechnologien, und hiermit zumindest vorübergehend,

ehe dann der Glasfaserausbau abgeschlossen ist, auch schon schnelles Internet zur Verfügung haben.

Ich gehe davon aus, dass es sehr wichtig ist, dass alle Kölnerinnen und Kölner über schnelles Internet verfügen, und dass eine entsprechende Anbindung bald genauso wichtig sein sollte wie ein Gas-, ein Wasser- oder ein Stromanschluss. Daher freut es mich, dass sich hinter diesem Antrag, obwohl gerade Wahlkampfzeit ist, wie wir ja schon mitbekommen haben, sehr viele demokratische Fraktionen versammelt haben, die alle gesagt haben: Gemeinsam gehen wir voran; gemeinsam wollen wir die Stadt flächendeckend voranbringen. - Diejenigen, die sich noch nicht auf diesem Antrag wiederfinden, stimmen ja hoffentlich dem Antrag dann auch noch zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer am Stream und hier im Zuschauerraum! Köln ist Breitbandhauptstadt in Deutschland. Hier gibt es das schnellste Internet, gerade im Breitbandbereich. Das untermauert auch noch einmal die Studie des Bitkom.

In einem Bereich, nämlich dem Bereich der Glasfaser, handelt es sich eigentlich um den zukunftsichersten Ausbau, weil er auch für eine höhere Geschwindigkeit, die wir erst in der Zukunft erreichen können, aufwärtskompatibel ist. Deswegen geht es besonders um den Glasfaserausbau. Da liegen wir auch in der Spitzengruppe - vor München und hinter Hamburg auf dem gerade schon zitierten zweiten Platz.

Dass wir an diesem Punkt stehen, hat viel damit zu tun, dass die Verwaltung und die Politik in den letzten Jahren - man kann wahrscheinlich sagen: Jahrzehnten - hier kluge Entscheidungen und gute Entscheidungen für Köln getroffen haben. Deswegen kommt an dieser Stelle auch von der CDU-Fraktion ein herzlicher Dank.

Auf dieser guten Basis setzen wir mit unserem heutigen Antrag auf. Es geht darum, möglichst schnell allen Kölner Haushalten eine Internetge-

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 30

schwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s zu ermöglichen. 100 Mbit/s ist auch grob die Geschwindigkeit, die man braucht, um in einem Haushalt, in dem ja normalerweise mehrere Mitglieder leben, gleichzeitig Homeschooling, Homeoffice und Videostreaming zu machen. Damit ermöglichen wir diesen Haushalten also auch die digitale Teilhabe.

Diese Richtgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist für 5 Prozent der Kölner Haushalte noch nicht verfügbar. 5 Prozent hört sich jetzt wenig an. Das sind 30 000 Haushalte in Köln.

Um diese Versorgungslücke zeitnah zu schließen, müssen wir drei Dinge tun.

Erstens müssen wir den bereits begonnenen Glasfaserausbau in Bereichen mit Geschwindigkeiten unter 30 Mbit/s - das sind die weißen Flecken - zügig umsetzen. Dafür wurden in der letzten Ratsperiode auch schon die nötigen Beschlüsse gefasst. Der Spatenstich hat vergangenen Oktober stattgefunden. Soweit ich informiert bin, kommt dieses Vorhaben gut voran. Es dauert allerdings noch drei Jahre, bis es planmäßig fertig ist.

Zum Zweiten geht es heute um den Förderantrag für den Glasfaserausbau in Bereichen mit Geschwindigkeiten von 30 bis 100 Mbit/s. Wir bitten, dass er zeitnah durch die Verwaltung gestellt wird und dass auch die nötigen Vorbereitungen getroffen werden. Dazu zählt insbesondere, dass die für den Ausbau nötigen Eigenmittel - Frau Kämmerin ist gerade nicht im Saal - in die nächsten Haushalte eingestellt werden müssen. Dieser Ausbau wird wahrscheinlich sechs Jahre in Anspruch nehmen. Dafür brauchen wir dann pro Jahr circa 2 Millionen Euro im Haushalt.

Sie merken: Breitbandausbau funktioniert nicht von heute auf morgen. Deswegen ist uns auch der dritte Punkt sehr wichtig, nämlich die Prüfung einer Übergangslösung, die den Menschen in den betroffenen Haushalten bereits während des mehrjährigen Ausbaus des Glasfasernetzes - wie gesagt, geht es um 30 000 Haushalte - ein schnelles Internet von 100 Mbit/s zu zumutbaren Preisen ermöglicht.

Eine leistungsfähige und flächendeckende Breitbandinfrastruktur ist eine notwendige Voraussetzung für die Nutzung von innovativen digitalen Angeboten sowohl in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft. Deswegen bitten wir Sie: Stimmen

Sie für unseren Antrag, damit wir an diesem Punkt der SmartCity Cologne ein weiteres Stück näherkommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Digitalisierung ist ein wichtiges Thema der Gegenwart und Zukunft. Daher bin ich sehr froh und ist DIE LINKE froh, dass es trotz Wahlkampf und Wahlkampfmodus einen gemeinsamen Antrag über die politischen Grenzen und Lager hinweg zu diesem Thema gibt.

Es ist aber nicht, wie es in Kölner Perspektiven 2030+ steht, eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen, sondern, meine Damen und Herren, eine Chance, die wir ergreifen wollen und müssen. Ich möchte gar nicht wiederholen, was meine Vorredner*innen zum Antrag gesagt haben. Den Antrag können Sie ja auch lesen; er ist ja detailreich. Dann sehen Sie, worum es geht. Es geht darum, rechtzeitig einen Förderantrag zu stellen und für die Übergangsphase eine andere Förderung für die Haushalte vorzusehen. Es geht darum, die grauen Flecken entsprechend auszubauen und den Menschen ein schnelles Internet zu gewährleisten.

Für uns LINKE ist auch wichtig, dass im vorliegenden Antrag der soziale Aspekt und der Bildungsaspekt berücksichtigt werden. Darum erfolgt auch die Berücksichtigung des Köln-Passes. Wir finden es gut, dass dieser im Antrag erwähnt wird.

Für Kinder und Jugendliche ist heute der schnelle digitale Zugang ein Grundbedürfnis, und zwar nicht nur während des Homeschoolings, sondern auch für neue Lern- und Kommunikationsformen. Deshalb hatten wir im November im Digitalisierungsausschuss auch nachgefragt, wie Kinder, die daheim keinen oder keinen ausreichenden Internetzugang haben, am digitalen Leben teilnehmen können.

Für uns ist dieser gemeinsame Antrag natürlich nur ein erster Schritt, der jetzt beschlossen werden muss, um Fördergelder zu sichern. Die Erfahrung mit der KfW-Förderung hat uns gezeigt, wie

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 31

schnell die Bundesregierung zugesagte Fördermittel streichen könnte. Deswegen ist es so wichtig, dass dieser Antrag gestellt worden ist und dass wir ihn heute beschließen, und das am besten wirklich sehr breit.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes anmerken: Die stationäre digitale Versorgung ist das eine. Aber Schülerinnen und Schüler müssen doch nicht nur in der Schule und zukünftig auch zu Hause eine schnelle Verbindung ins Netz haben, sondern auch auf dem Weg dazwischen. Da hat Köln gerade im Bereich der KVB noch Nachholbedarf.

Meine Damen und Herren, bitte stimmen Sie diesem Antrag zu. Ich halte es für wichtig, dann auch einmal voranzuschreiten. Erst kürzlich - ich glaube, vorgestern - wurde auch ein Anspruch auf schnelles Internet beschlossen. Ich glaube, dass dieser Antrag genau in diese Richtung geht. Deswegen werbe ich dafür, dass auch der Rest der Fraktionen hier diesem Antrag zustimmt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat jetzt das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen ja noch die schrecklichen Tage des Lockdowns und der Ausgangssperre im vergangenen und vorvergangenen Jahr. Wir alle wissen ja noch, wie wir als politische Mandatsträger jeden Abend in irgendwelchen Zoom-Meetings hingen. Soweit man nur selber im Zoom-Meeting hängt, ist es ja in Ordnung. Aber wenn der Sohn auch an der PlayStation zockt und gleichzeitig sein Handy über WLAN eine Konferenzschaltung mit seiner halben Klasse aufgebaut hat und obendrein die Ehefrau oder der Ehemann noch Netflix streamt, weiß man in einigen grauen Flecken in Köln, wo man ist, nämlich im digitalen Nirwana.

Deswegen ist meine Fraktion sehr froh, dass die Initiative zu diesem Antrag aus dem Digitalisierungsausschuss gekommen ist. Wir freuen uns sehr darüber, dass dieser Antrag auch von einer großen, breiten Mitte des demokratischen Zentrums getragen wird. Natürlich verbinden wir mit diesem Antrag, dass davon der Impuls ausgeht, dass alle städtischen Stellen hier aktiv werden.

Wir erwarten darüber hinaus natürlich, dass auch alle nicht unmittelbar städtischen Stellen aktiv werden. Ich nenne hier nur einmal NetCologne. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Spitzenplatz in Deutschland - und für alle da draußen: ja, Köln ist hier Spitze - ist natürlich auch ein Ergebnis davon, dass wir NetCologne haben und dass die Deutsche Telekom nicht weit von Köln entfernt ihren Hauptsitz hat. Das gehört zur Wahrheit dazu.

An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass dieser Antrag erst durch ein entsprechendes Programm des zuständigen Bundesministeriums in Berlin ermöglicht wurde. Hierfür geht auch unser herzlicher Dank nach Berlin.

Last, but not least möchte ich einen Gedanken - liebe Frau Kollegin Tokyürek, als hätten Sie meinen Sprechzettel gelesen - aufgreifen. Es hört ja nicht im heimischen Wohnzimmer oder im Homeoffice auf. Der ÖPNV wurde schon angesprochen. Frau Haaks, falls erforderlich, können wir Ihnen auch gern noch einmal alle Anträge zum Bereich „WLAN an Haltestellen, WLAN in der KVB“ zukommen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das machen wir sehr gerne.

Herr Voigtsberger, der hier vorhin vollmundig von Schulinfrastruktur gesprochen hat, wird uns auch weiterhelfen können. Bei den ganzen Masterplänen - bitte merken Sie sich den Begriff „Masterplan“; er wird noch einmal fallen - benötigen wir auch einen Masterplan Digitalisierung an Schulen. Auch hier hat Köln massiven Nachholbedarf.

Letzter Punkt: Insgesamt im öffentlichen Raum gab es gerade Mitte der 2010er-Jahre fast keine Ratssitzung, in der nicht beschlossen worden wäre, dass wir hier in Köln in der Innenstadt und an anderen Standorten - Stichwort „Smart City“ - deutlichen Nachhol- und Ausbaubedarf haben. Ich möchte diese alte Beschlusslage, diese vielen Masterpläne, die wir hier als Gremium schon verabschiedet haben, noch einmal in Erinnerung rufen, damit wir gemeinsam die digitale Zukunft meistern. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 32

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe alle, die noch da sind - dafür, dass wir erst beim vierten Punkt sind, ist es ja doch schon recht spät - und im Stream zuschauen! „Digitalisierung wie in Estland“ war 2020 ein Slogan von Volt, mit dem wir erfolgreich doch recht viele Stimmen bei der Kommunalwahl geholt haben. Danach ist auch tatsächlich einiges passiert. Es gibt zum ersten Mal einen richtigen Digitalisierungsausschuss in Köln, der zugegeben noch einiges an Arbeit vor sich hat - Stichwort „Masterplan Digitalisierung“. Das wäre der nächste Masterplan. Wir haben eben auch ausführlich gehört, wie viel an der Digitalisierung in Köln noch zu tun ist.

Das Thema Digitalisierung bekommt aber gleichzeitig auch einen sehr viel höheren Stellenwert in der Verwaltung, weil wir es an das neue Dezernat anbinden. Wenn wir Glück haben, bekommen wir in Zukunft sogar noch einen CDO. Es geht in Köln also voran - wobei wir im Deutschland-Vergleich ja in der Tat schon sehr gut dastehen. Wenn es um den Glasfaserausbau geht, sind wir sogar Spitze. Wir haben es bereits gehört.

Schaut man aber einmal ins Ausland, sieht der Vergleich doch nicht mehr ganz so gut aus; da liegen wir relativ weit zurück.

Damit wir auch hier den Vergleich nicht mehr scheuen müssen, braucht es insbesondere zwei Dinge: zum einen Infrastruktur und zum anderen viel Geld, sehr viel Geld, um diese Infrastruktur zu bauen. Denn ohne Geld gibt es keine Infrastruktur, und ohne Infrastruktur gibt es keine Digitalisierung.

Da nun die Gefahr besteht, dass das Förderprogramm auf Bundesebene eben doch ein Stück weit beschnitten wird, zumindest für Kommunen, die so weit sind wie Köln, war ein bisschen Eile geboten.

Hier muss ich einen großen Dank an Frau Diemert aussprechen, die jetzt leider nicht im Saal ist. Wir haben es in sehr vielen Gesprächen, die sehr schnell gelaufen sind und teilweise ein bisschen kompliziert waren, aber doch sehr gut geschafft, diesen Eigenanteil aufzutreiben. Im Rahmen dieser Prozesse habe ich sehr viel darüber gelernt, wie in der Verwaltung gearbeitet wird und wie schwierig es manchmal sein kann, Geld zu bekommen, wenn man es denn braucht. Deswegen sage ich ein großes Dankeschön dafür, dass wir es trotzdem geschafft haben.

(Beifall bei Volt)

Das Geld ist also da. Jetzt fehlt die Infrastruktur. Der Ausbau wird, wie Herr Weber schon erwähnt hat, noch viele Jahre dauern - fünf, sechs, sieben, acht Jahre, wenn es schlecht läuft. Das hilft diesen 15 000 Haushalten aktuell leider gar nicht. Es hilft allerhöchstens den vielen Kindern, die uns allen so herzlich egal sind.

Und hier kommt der zweite wichtige Teil des Antrages zum Zuge. Hier geht es um neue Technologien und neue Möglichkeiten. Auch das gehört zum Mindset der Digitalisierung. Die Zeit, die der Ausbau benötigt, kann durch die von uns geplanten Übergangslösungen massiv verkürzt werden. Das wiederum hilft den Menschen sofort, im besten Fall noch dieses Jahr.

Auch hier ist mein großer Dank an die Verwaltung angebracht, die teilweise nahezu euphorisch auf die Idee reagiert hat, weiße und graue Flecken zum Beispiel mittels 5G oder Satelliten-Internet von der Kölner Stadtkarte zu verbannen.

Gesetzt den Fall, dass die Idee von den Bürgerinnen und Bürgern doch nicht ganz so gut angenommen wird, wie wir es uns erhoffen, können wir mit diesem Antrag und insbesondere mit diesem zweiten Punkt dennoch zeigen, dass dieses neue Mindset, das die Digitalisierung dringend braucht, auch in der Kölner Politik und in der Kölner Stadtverwaltung angekommen ist und wir uns nicht davor scheuen, auch mal unkonventionelle Wege zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hardcore Facts sind ja schon von allen genannt worden. Wir können natürlich als Sozialdemokraten ganz klar sagen: Da sind wir dabei. Imaginär sind wir auch beim Antrag mit dabei. Das liegt uns wirklich sehr am Herzen.

Es ist inzwischen eine Daseinsvorsorge. Da darf ich ein bisschen zurückschauen. Ende der 2000er-Jahre hatten wir hier in Köln einen bedeutenden Stakeholder-Prozess gestartet. Erinnern

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 33

Sie sich daran. Das war das Schlagwort „Internethauptstadt Köln“ bzw. „Internetstadt Köln“, wie es dann hieß. Damals war noch gar nicht so klar - zumindest in der großen Öffentlichkeit nicht -, wie wichtig ein schnelles Internet und schnelle Datenverbindungen für die Grundversorgung, letztendlich für die Daseinsvorsorge, einmal sein werden.

Es hat sich in der Zeit viel getan. Hier kann ich auch einen kleinen Dank ausrichten. Denn wir haben mit der NetCologne einen starken Partner, der in Köln den Netzausbau vorbildlich vorangetrieben hat.

Was den digitalen Bereich angeht, bin ich mit dem, was vorhin gesagt worden ist, auch nicht ganz einverstanden. Wir stehen im Schulbereich, was die Anbindung der Infrastruktur angeht, so schlecht nicht da. Wohl aber haben wir ein Nadelöhr. In Bezug auf dieses Nadelöhr wurde hier gesagt - ich zitiere also -, dass besonders für Köln als Millionenstadt dieser Zustand unhaltbar ist.

Ich glaube, dass es neben den genannten grauen oder hellgrauen und weißen Flecken auch noch ein zweites Nadelöhr gibt. Dieses Nadelöhr hat mit der Schule und dem Bereich des Homeschoolings zu tun, betrifft aber nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch die ganze Familie oder den gesamten Haushalt. Denn gerade für einkommensschwache Familien stellt sich die Frage bezüglich vernünftiger digitaler Endgeräte. Diese bilden dann nämlich auch ein Nadelöhr.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Da müssen wir im Bereich - und dieser Bereich wird sicher noch ganz stark ausgebaut - der Schule und der Anwendung von internetbasierten Technologien und Lernplattformen noch einiges tun.

Ich bin auch sehr froh, dass der Köln-Pass dort genannt ist und dass wir damit eine Grundversorgung Schritt für Schritt realisieren können.

Eine Frage oder einen Wunsch habe ich natürlich noch. Es ist von den 15 000 Haushalten gesprochen worden, die noch im grauen oder hellgrauen Bereich liegen. Aber bitte vergessen Sie auch nicht unsere Gewerbetreibenden. Das halte ich für sehr wichtig. Wir haben dort immer noch um die 4 000, die in einem Bereich liegen, der es dringend nötig hat, entsprechend ausgebaut zu werden. Ich weiß gar nicht, wie der voll ausgebaut

Bereich dann heißt, Herr Weber. Schwarzer Bereich?

(Zuruf von Florian Weber [CDU])

- Okay. - Es geht also darum, dass wir dort in den schwarzen Bereich kommen und damit dann natürlich auch unseren Standort Köln sichern können.

Da ist hoffentlich NetCologne auch voll mit im Boot, sodass wir da einen richtigen Weg gehen - auch was den Hinweis betrifft, dass wir, wenn es mit bestimmten Anschlusstechnologien noch nicht so klappt, Übergangstechnologien brauchen.

Wir stimmen dem Antrag also uneingeschränkt zu, freuen uns auf diese gemeinsame Initiative und hoffen, dass das dann auch mit vollem Schwung - ich denke, zusammen mit NetCologne und einer entsprechenden Bereitstellung in den zukünftigen Haushalten - realisiert wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über diesen Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Guter ÖPNV braucht mehr Bundes- und Landesunterstützung - Finanzierung einfordern!“
AN/0875/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1005/2022**

Ich gebe Herrn Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir alle wissen, vor welchen großen Herausforderungen wir hinsichtlich des

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 34

drohenden Klimakollapses stehen. Wir als Gesellschaft müssen es dringend schaffen, klimaschädliche Emissionen zu verringern, wo es nur geht.

Eine entscheidende Rolle dabei spielt der öffentliche Personennahverkehr. Wenn wir es schaffen, mehr Menschen davon zu überzeugen, mit dem Bus oder der Bahn statt mit dem eigenen Auto zu fahren, können wir einen spürbaren Beitrag zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase erreichen.

Aber wie können wir das schaffen? Neben einer besseren Taktung und Qualität des Bus- und Bahnverkehrs müssen wir dringend an den Preis im ÖPNV herangehen. Solange das Auto nicht wesentlich teurer ist, werden viele Menschen die komfortable und individuellere Fortbewegung wählen, solange sie selber wählen können. Bisher kennen die Ticketpreise bei Bus und Bahn aber leider nur immer eine Richtung. Sie steigen, weil die Kosten steigen. Und das muss aufhören.

Sehen wir uns das jetzige Finanzierungsmodell des ÖPNVs an, müssen wir feststellen: Die Stadt Köln kann das alleine, ehrlich gesagt, nicht mehr bewältigen. Hier brauchen wir als Kommune finanzielle Unterstützung, und zwar mehr, als wir derzeit erhalten.

Aktuell beruht die Finanzierung von Bus- und Bahnverkehr im Wesentlichen auf zwei Säulen. Bund und Land geben einen guten Anteil Geld in die Kommunen, die damit vor allem den Ausbau neuer und die Sanierung vorhandener Infrastruktur finanzieren. Die andere Säule leisten die Bus und Bahn Nutzenden selber über die Nutzungsentgelte, also die Fahrkartenpreise.

Das Delta, also den Fehlbetrag, der den Verkehrsbetrieben nicht über Zuschüsse oder Tickets wieder in die Kassen gespült wird, müssen wir als Kommune - bei uns ist das durch den Ausgleich bzw. die Verrechnung des Gewinns in den Stadtwerken speziell - ausgleichen.

In konkreten Zahlen sieht das so aus, dass wir in der KVB bald auf ein 150-Millionen-Euro-Defizit hinauslaufen. Das ist Geld, das wir im Grunde für andere Dinge verwenden könnten und das eigentlich über die SWK dem städtischen Haushalt zugutekommen könnte.

Dieses Delta wird immer größer. Steigende Personalkosten müssen eingeplant werden. Die Angestellten der KVB werden hoffentlich einen Inflationsausgleich als Lohnerhöhung bekommen.

Steigende Energiekosten müssen wir ebenfalls einplanen. Wir sehen also auch hier nur eine Richtung, egal, wohin wir schauen. Insofern führt kein Weg daran vorbei: Das Defizit der KVB wird beim Status quo weiter steigen.

Nun gibt es einige Möglichkeiten, wie wir mit diesen Problemen mittel- und langfristig umgehen können. Wir können die Ticketpreise immer weiter erhöhen, bis wirklich niemand mehr mit Bus und Bahn fahren will, der es sich, wie gesagt, aussuchen kann. Oder wir erhöhen den kommunalen Zuschuss an die KVB im Querverbund unserer Stadtwerke, reiten uns aber selber damit weiter in finanzpolitische Probleme. Oder wir schaffen es endlich, die verantwortlichen Akteure dazu zu bringen, den ÖPNV so zu finanzieren, dass es halbwegs auskömmlich wird.

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat es vorgemacht. Allein in diesem Jahr gibt sie über 2,5 Milliarden Euro zusätzlich aus, um die 9-für-90-Tickets zu finanzieren. Das ist ein guter Anfang und muss verstetigt werden.

Daneben muss auch das Land endlich einsehen, dass wir mehr Geld brauchen, wenn wir den ÖPNV zukunftsfähig machen wollen. Und da hupert es aus unserer Sicht noch gewaltig. Denn während im Bund endlich angekommen ist, dass das nur über finanzielle Unterstützung passieren kann, herrscht auf Landesebene immer noch weitgehend Schweigen im Walde. Im Gegenteil: Die Länder streiten sich lieber mit dem Bund, ob sie vielleicht das 9-für-90-Ticket noch zum Scheitern bringen können, weil sie lieber selber eher nichts dazugeben wollen.

Es ist Zeit, dass sich auch das Land seiner Verantwortung stellt und seinen Beitrag zur Entlastung der Kommunen leistet. Ein Signal des Rates der Stadt Köln an die Landesregierung wäre hier und heute ein wichtiges Zeichen. Ohne Unterstützung geht das so nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Bund fährt seinen Beitrag hoch. Das Land muss das endlich auch tun.

Deshalb bitten wir auch die Oberbürgermeisterin, ihrerseits das Gespräch mit Bund und Land zu suchen, um mit Nachdruck auf die schwierige Situation hinzuweisen und deutlich zu machen, was die Städte benötigen. Suchen Sie auch den Schulterschluss mit den anderen Städten und Gemeinden,

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 35

um über die kommunalen Spitzenverbände Druck auszuüben.

Jetzt haben wir einen Änderungsantrag des Bündnisses vorliegen, der heute als Tischvorlage hereingekommen ist. Ehrlich gesagt, ist er ein bisschen mit heißer Nadel gestrickt worden.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Im Grunde sagt er aber nichts anderes als das, was wir wollen. - Kollege Kienitz hat gerade behauptet, dass er sehr viel besser sei. Ich darf zitieren:

Die Verwaltung wird gebeten, sich in den zuständigen Gremien in Land und Bund (Zweckverbandsversammlung VRS ... etc.) ... stark zu machen.

Dann muss ich natürlich sagen, dass Herr Egerer für uns in Köln in der Zweckverbandsversammlung VRS sitzt. Ich bin mir relativ sicher, Herr Egerer, dass Sie sich in dieser Versammlung starkmachen wollen. Darin sitzen aber elf Personen, zehn aus dem Rat, und wir bitten Herrn Egerer, sich dafür starkzumachen. Ich finde, dass wir das selber tun könnten. Also werden wir uns mit diesem Antrag selber auffordern, uns dafür starkzumachen - bzw. der arme Herr Egerer muss das für die anderen zehn auch irgendwie machen. Ich habe keine Ahnung, wie das in dem Antrag am Ende gemeint ist.

Fakt ist: Der VRS fordert das. Der Deutsche Städtetag fordert das ebenfalls.

Deswegen war unser Ansinnen auch, die Oberbürgermeisterin zu bitten - nicht aufzufordern, sondern zu bitten -, in dieser Richtung tätig zu werden, weil die Stimme der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen sicherlich an dieser Stelle noch einmal ein besonderes Gewicht hat.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Lassen Sie uns als Rat der Stadt Köln heute ein klares Zeichen setzen. Wir wollen die Verkehrswende. Wir leisten unseren finanziellen Beitrag dazu. Und wenn es wirklich gelingen soll, die Menschen aus den Autos in die Busse und Bahnen zu bekommen, müssen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung hinlegen, die Stadt, Bund und Land einschließt. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir uns auch in dieser Ratssitzung noch einmal über die ÖPNV-Finanzierung auseinandersetzen können. Wir haben ja auch als ein Dauerthema in den entsprechenden Gremien die Frage: Wie geht es hier eigentlich mit der Finanzierung weiter?

Der Kollege Mike Homann hat gerade schon viel zur Systematik der Finanzierung erläutert. Ich will jetzt darauf verzichten, diesen Teil hier noch einmal zu wiederholen, sondern unseren Antrag vorstellen und darlegen, warum wir glauben, dass der Antrag, den die SPD-Fraktion eingereicht hat, dann doch zu kurz springt.

Ja, es ist richtig, die Kommunen finanziell stärker zu unterstützen. Aber damit alleine ist es doch nicht getan. Wir als Rat sollten auch nicht pauschal nur die Landesregierung bitten, dort etwas mehr zu tun, sondern - und das konkretisieren wir dann auch in unserem Antrag - entsprechend in den Gremien handeln, in denen wir auch explizit handeln können. Das halte ich nämlich für wesentlich sinnvoller, als Appelle an die Landesregierung zu richten, von der wir gar nicht wissen, wie sie denn nach dem 15. Mai aussehen wird.

Ja, lieber Mike, es ist richtig; nicht nur Herr Egerer sitzt in der Zweckverbandsversammlung VRS. Aber wir haben ja nicht nur die Zweckverbandsversammlung aufgezählt, sondern auch noch weitere Gremien, in denen nur Verwaltungsvertreter*innen sitzen. Daher ist dieser Appell auch genau richtig, glaube ich.

Mehr Geld im System alleine wird uns dabei aber nicht helfen. Wenn wir hier mit unserem ÖPNV-Ausbau weiter vorankommen wollen, müssen wir auch an Förderbedingungen herangehen. Wir müssen auch etwas tun, um die Genehmigungsverfahren entsprechend zu beschleunigen. Wir alle wissen, dass ÖPNV-Ausbau, gerade der Ausbau der Schiene, sich wirklich hinziehen kann. Nicht nur die Planungen werden immer komplizierter, sondern auch die Genehmigungsverfahren, die dahinterstecken. Deswegen erfolgen auch noch einmal die entsprechenden Appelle, sich hierfür starkzumachen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 36

Die ganze Debatte um die ÖPNV-Finanzierung wird uns sicherlich im Herbst noch einmal, ich will nicht sagen, heimsuchen; aber wir werden es dann damit noch einmal zu tun haben.

Jetzt kommt das 9-Euro-Ticket. Das heißt, dass jede und jeder für 9 Euro im ganzen Bundesgebiet fahren darf - ohne Fahrrad; aber das ist, glaube ich, eher eine Nebensache. Und dann ist die Frage: Wer zahlt das Ganze eigentlich? Der Bund stellt uns hier auch entsprechende Mittel zur Verfügung. Ja, es stimmt; da knirscht es noch etwas im Gebälk, was die Frage angeht, wer jetzt komplett die Finanzierung übernehmen soll.

Deswegen richten wir auch den Appell an den Bund: Lieber Bund, wenn ihr das 9-Euro-Ticket beschließt, dann zahlt es bitte auch komplett. Denn es kann nicht sein, dass das Konnexitätsprinzip hier wieder so verletzt wird, dass am Ende diejenigen, die zwar auch Nutznießer sind, es aber nie in der Form bestellt haben, das Ganze entsprechend ausgleichen müssen.

Wenn das 9-Euro-Ticket nach den drei Monaten nicht mehr gilt, stellt sich ja auch für uns die Frage: Wie teuer wird es denn dann wieder? Bleiben wir auf dem alten Stand? Oder müssen wir, wie Mike Homann bereits gesagt hat, dann auch Preissteigerungen weitergeben etc.?

Da ist es mit bloßen Zuschüssen seitens des Landes und mit bloßen Zuschüssen seitens des Bundes unserer Meinung nach nicht getan. Vielmehr sollten wir uns dann auch auf die Frage konzentrieren: Was genau liegt eigentlich in kommunaler Hoheit?

An dieser Stelle fehlen uns eben teilweise rechtliche Rahmenbedingungen, um noch mehr Geld in den ÖPNV zu bekommen, gerade auch auf kommunaler Ebene, also direkt da, wo die Nutznießenden zu Hause sind. Da gibt es auch diverse Modelle aus anderen Ländern. In Frankreich gibt es das Modell, dass sich die Unternehmen, die vom ÖPNV-Ausbau entsprechend profitieren, daran beteiligen können. Das ist hier aber alles rechtlich gar nicht möglich.

Bevor wir also wieder nur das Land um mehr Geld bitten und den Bund um viel mehr Geld bitten, halten wir es für deutlich sinnvoller, zu sagen: Regelt doch bitte auf Landes- und Bundesebene die Gesetze so, dass wir uns als Kommune hier auch teilweise noch selber helfen können, gerade wenn

Land und Bund sich weigern, da noch mehr Geld hineinzustecken.

Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Dem Antrag der SPD-Fraktion werden wir aus den genannten Gründen nicht zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und am Stream! Heute sehen wir bei dem SPD-Antrag zur ÖPNV-Finanzierung, dass wir kurz vor den Wahlen stehen und hier politisches Kalkül vor sachlicher und zielgerichteter Arbeit steht. Das ist schade, weil es unnötig Zeit und Ressourcen kostet, die wir für anderes nutzen könnten.

Auch wenn der Antrag der SPD, für die notwendige Verkehrswende neue und zusätzliche Mittel von Bund und Land für den ÖPNV zu fordern, auf den ersten Blick gut klingen mag: Der Antrag ist so, wie er von Ihnen gestellt wurde, Herr Homann und liebe SPD, vollkommen unnötig, weil diese Verhandlungen schon längst geführt werden.

Hätten Sie den Antrag so formuliert, wie Sie auch hier gerade einige Punkte vorgetragen haben, hätten wir zumindest eine Gesprächsbasis gehabt.

(Lachen bei der SPD)

Was die SPD in ihrem Antrag nicht erwähnt, ist, dass es sich die finanzierenden Stellen in der Regel nicht nehmen lassen, auch vorzugeben, welche Angebote dann wo kommen, womit die regionale Fachexpertise und die Planungshoheit der Kommune infrage gestellt werden.

So ist auch das 9-Euro-Ticket-Experiment zu bewerten. Im Übrigen könnte man meinen, dass dieses zur dauerhaften Einrichtung werden soll. Das ist aber nicht der Fall.

Hinzu kommt, dass die Kommunen sich an diesen Kosten beteiligen müssen. Mein Kollege Lino Hammer hat das auch schon kurz erwähnt. Nur

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 37

damit Sie sich einmal vorstellen können, was dieses drei Monate dauernde Experiment die Stadt Köln kostet: Das sind 50 Millionen Euro. Diese Zahlen muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Es wäre begrüßenswert, wenn die Bundesregierung, die dieses Experiment im Alleingang eingeführt hat, auch die Kosten für dieses Experiment vollständig übernehmen würde.

Zusammenfassend sind wir uns alle hier einig, dass es grundsätzlich immer gut ist, wenn die Verwaltung mit der Bundesregierung und der Landesregierung Gespräche führt und sich dafür auch Verstärkung zum Beispiel beim Städtetag und bei anderen Gremien holt.

Liebe SPD, Sie aber wollen eine Betriebskostenförderung und sind bereit, diese konsumtiven Ausgaben von heute über Schulden zu bezahlen. Es geht hier um den Einsatz von Steuergeldern

(Zuruf von der SPD)

- hören Sie zu; hören Sie genau zu -, was immer auch so übersetzt werden kann, dass die nachfolgenden Generationen für die Ausgaben von heute bezahlen. Dieser Anteil wäre extrem hoch. Genau das machen wir nicht mit.

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

- Einfach zuhören.

(Mike Homann [SPD]: Ich bin das nicht!)

Beim Ausbau der Infrastruktur ist das durchaus vertretbar, da diese in der Regel Jahrzehnte genutzt werden kann.

In klaren Worten: Der schwache Abruf der Fördermittel ist das Problem und nicht das Geld.

Wir lehnen Ihren Antrag aus den besagten Gründen ab.

Unser Änderungsantrag ist richtungsweisend und enthält viel mehr Potenzial. Das Bündnis setzt den Fokus auf die Förderbedingungen und auch auf die Förderstrukturen. Überlegen Sie sich, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, damit wir gemeinsam für die tatsächliche ÖPNV-Finanzierung auch richtungsweisend nach vorne gehen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

(Mike Homann [SPD]: Bis eben hätten wir noch zugestimmt! - Weiterer Zuruf von der SPD: Der Gesprächsfaden ist gerissen! - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Der Gesprächsfaden muss gesponnen werden!)

Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden, erkennt man an dem Antrag der SPD sehr wohl. Das muss man jetzt zugestehen. Das hat Teresa De Bellis-Olinger auch gesagt. Das ist ja ganz klar. Denn dieser Antrag hätte auch ein großer gemeinsamer Antrag sein können. Das ist er bedauerlicherweise nicht geworden. Jetzt gibt es noch einen neuen Antrag, der leider als Tischvorlage vorgelegt wurde. Das heißt, dass wir zwei Anträge haben. Auf den zweiten Antrag gehe ich gleich noch ein.

Das Thema ist nicht neu. ÖPNV ist, wie Lino Hammer gesagt hat, immer Thema. Aber das ist auch gut so, weil es ein wichtiges Thema ist - und aktuell natürlich bundesweit von besonderem Interesse.

Der Antrag der SPD ist sehr allgemein gehalten. Es ist aber, glaube ich, auch die Absicht dieses Antrages gewesen, da eine andere Richtung zu finden. Insofern gehen diese Anträge in zwei verschiedene Richtungen. Das muss man auch erst einmal verstehen.

Bei dem SPD-Antrag geht es auch um eine Selbstverpflichtung, eine Selbstvergewisserung des Rates. Das ist insoweit ja auch richtig; das kann man ja auch so tragen.

Aber das soll den wichtigen Inhalt dieses Antrages überhaupt nicht schmälern; denn darin steht sehr viel Wichtiges und Richtiges. Trotz des Wahlkampfmodus sollten wir auch diesen Antrag der SPD beschließen.

Meines Erachtens steht aber auch in dem Änderungsantrag des Bündnisses vieles Richtige. Deswegen wäre es in der Tat wünschenswert, wenn man diese Anträge heute schon zusammenführen könnte und sie beide zusammen beschließen würde.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 38

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ein attraktiver und bezahlbarer ÖPNV ist ein wesentlicher Baustein für soziale Gerechtigkeit und den Klimaschutz. Eine echte Verkehrswende ist ohne den ÖPNV nicht denkbar. Das dürfte mittlerweile jedem klar sein. Fraglich ist nur, welche Schlüsse hieraus gezogen werden. Welche Priorität hat der ÖPNV, und wie gestalten wir nachhaltige Mobilität?

Fest steht, dass nachhaltige Mobilität den notwendigen finanziellen Rahmen zwingend braucht. Hier ist Köln auch zwingend auf Land und Bund angewiesen. Das ist uns allen klar, glaube ich. Das wird auch nicht infrage gestellt. Das habe ich auch in keiner der Reden hier gehört.

Insoweit ist es meines Erachtens richtig, dass wir unsere Erwartungen an Bund und Land richten und dies in einem breit getragenen Beschluss tun - und das natürlich auch mit Frau Reker, die dann entsprechend die Gespräche führt.

Soweit im SPD-Antrag von weiteren Preiserhöhungen geredet wird - grundsätzlich heißt es ja immer, dass nach 90 Tagen Preissteigerungen erfolgen - und gesagt wird, man wolle diese gar nicht mehr, muss man natürlich in Zukunft auch in den entsprechenden Gremien gegen die weiteren Erhöhungen stimmen. Das haben wir im VRS nicht getan. Deswegen werden wir als LINKE in der nächsten Sitzung, in der auch Preiserhöhungen im VRS besprochen werden, ganz genau hinschauen, wie sich die SPD da verhält - und auch das Bündnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Das erwähnte 9-Euro-Ticket hat sehr viele überrascht. Es kam über Nacht. Überrascht hat es insbesondere auch die Verkehrsunternehmen, die für die Umsetzung zuständig sind. Sie stehen jetzt vor großen Herausforderungen, die sie hoffentlich gut meistern werden.

Tatsächlich werden wir erst nach den 90 Tagen wissen, ob und wie sich das Mobilitätsverhalten möglicherweise verändert hat - oder auch nicht. Es wird sicher in Teilen zu Mitnahmeeffekten kommen.

Die gleichzeitige Entlastung der Verbraucher*innen mit einem Tankrabbat ist an dieser Stelle, meine Damen und Herren, aber auch wirklich

nicht zu Ende gedacht. Die Hoffnung des Umstieges von Autofahrer*innen auf den ÖPNV ist da doch wirklich sehr fraglich.

Natürlich geht keiner davon aus, dass mit einem günstigen Nahverkehrsticket über Nacht die Verkehrswende eintritt. Es kann nur ein erster Schritt sein. Die nächsten Schritte müssen aber zwingend folgen, damit das Projekt 9-Euro-Ticket nicht lediglich als ein Strohfeuer in unseren Erinnerungen bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wichtig ist es nunmehr, ernsthaft über Folgemodelle für vergünstigten ÖPNV nachzudenken. Da möchte ich jetzt auf den Antrag des Bündnisses eingehen, in dem von einem 365-Euro-Ticket gesprochen wird. Aber das Gespräch darüber wird gar nicht geführt. Führen wir doch diese Gespräche. Führen wir doch das Gespräch über ein 365-Euro-Ticket. Aber da kommt vom Bündnis überhaupt nichts. Nur in diesen Antrag schreiben Sie es hinein.

Der Ausbau des ÖPNV muss ernsthaft vorangetrieben werden. Der Zeitpunkt, meine Damen und Herren, ist jetzt besonders günstig; denn einen Anreiz, auf den ÖPNV umzusteigen, gibt es derzeit. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen rechnet nach ersten vorsichtigen Schätzungen damit, dass insgesamt 30 Millionen alte und neue Fahrgäste das 9-Euro-Ticket nutzen werden. Nach den 90 Tagen so weiterzumachen wie bisher, wäre nicht nachhaltig und den Nutzer*innen überhaupt nicht mehr zu vermitteln.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, kann es schaden, wenn, wie die Nahverkehrsbranche es für möglich hält, wegen der weiter steigenden Kosten die Verkehrsunternehmen die Angebote vielleicht reduzieren müssen und Preise anheben könnten. Umso wichtiger ist es daher, dass hier das Land und Bund die Kommunen bei der Finanzierung massiv unterstützen.

Ich habe jetzt leider keine Redezeit mehr, möchte aber ganz kurz noch einmal dafür werben. Auch in dem Bündnis-Antrag steht vieles Richtige. Diese beiden Anträge vernünftig zusammenzuführen, wäre das Gebot der Stunde. Dann könnten wir heute einen breiten Antrag zusammen beschließen, das Ganze auf den Weg bringen und Frau Reker bitten, die entsprechenden Gespräche zu führen - ich glaube, dass Frau Reker das

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 39

sehr gerne machen würde -, damit wir in dem Bereich des Ausbaus des ÖPNV die Verkehrswende auch wirklich voranbringen. -Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich freue mich immer über Rückenwind. Aber kann nur eine Person in diesem Raum wirklich ernsthaft der Meinung sein, dass ich diese Gespräche nicht führen würde und nicht Geld für die Stadt einwerben würde, wo auch immer es möglich ist? Das mache ich natürlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! An Ihrer Bemerkung, Frau Oberbürgermeisterin, sieht man, wie überflüssig dieser Antrag ist. Das ist noch ein Wahlkampfantrag, für den die SPD anscheinend noch nicht einmal einen Mittragsteller gefunden hat; so dünn ist er formuliert.

Die SPD fordert hier ÖPNV-Ausbau. Ich bin da ganz bei meiner Kollegin De Bellis; denn das Geld ist gar nicht das Problem. Die Fördertöpfe sind voll. Ich weiß - ich war ja auch im Verkehrsausschuss -, dass unsere damalige Verkehrsdezernentin, Frau Blome, das auch immer gesagt hat. Die Fördertöpfe sind voll. Wir wissen nur nicht, wohin wir das Geld geben können; denn wir haben keine Projekte in Köln. Das Problem ist also, dass wir keine fertigen Planungen haben.

Wenn ich mir überlege, welche Partei in den letzten Jahrzehnten für diesen ÖPNV verantwortlich gewesen sein sollte, geht mein Blick als Erstes einmal zur SPD,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

die hier über Jahrzehnte Verantwortung getragen hat, aber anscheinend den ÖPNV nicht in der notwendigen Form vorangebracht hat. Wo sind denn die Planfeststellungsbeschlüsse, lieber Herr Kollege Homann? Wo ist denn der Planfeststellungsbeschluss für Zündorf-Süd, für die Gürtel-Verlängerung, für Flittard, für Widdersdorf, für Neu-

brück? Ich könnte die Liste noch fortsetzen. Gerade im letzten Monat war es 56 Jahre her, dass in Neubrück die ersten Schlüssel übergeben worden sind. Die Menschen in Neubrück warten seit 56 Jahren auf ihren Stadtbahnanschluss. Wie viele Jahre von diesen 56 Jahren hatte die SPD denn die Verantwortung dafür, dort einen ÖPNV-Anschluss zu realisieren?

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

In welcher Schublade der Fraktionsvorsitzenden der SPD - oder vielleicht im Archiv Ihrer ehemaligen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren? - schlummern denn diese Planfeststellungsbeschlüsse? Das ist doch das Problem.

Wir können das sogar noch fortsetzen, wenn wir jetzt einmal auf die aktuelleren Jahre schauen. Als es darum ging, die Teilbetriebnahme Süd der Nord-Süd-Stadtbahn vorzunehmen, sind die Grünen, die nun wirklich keine U-Bahn-Freunde sind, in die Bresche gesprungen und haben es ermöglicht, dass diese Linie, die Linie 17, in Betrieb gegangen ist.

(Beifall bei der FDP)

Die SPD hat vehement dagegen gekämpft und mit Taschenspielertricks versucht, hier die Parteien auszuhebeln.

(Christian Joisten [SPD]: Wollen wir nach vorne gucken oder zurück?)

Es ist Ihrer Frau dos Santos Herrmann bis heute unangenehm, dieses Thema anzusprechen, weil die SPD hier eine sehr schlechte Performance gemacht hat.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hätten bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts gewartet, bis diese Stadtbahnlinie in Betrieb gegangen wäre. Da wären Geisterzüge durchgefahren, und da wären die Rolltreppen gelaufen, damit sie nicht einrosten, nur weil Sie nicht in der Lage waren, diese Linie in Betrieb zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich setze noch ein aktuelles Beispiel drauf. Als es darum ging, für die neue Ost-West-U-Bahn 1 Mil-

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 40

liarde Euro nach Köln zu holen, hat die Verkehrsdezernentin berichtet, dass man ihr in Düsseldorf gesagt hat: Liebe Stadt Köln, bitte baut diese U-Bahn, damit wir die Milliarde aus Berlin nach Köln holen können. - Dass wir in diesem Thema nicht weitergekommen sind, hat die SPD versaut.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Zurufe von der SPD)

Heute versuchen wir, da eine Mehrheit hinzubekommen, um eine U-Bahn und das Geld dafür zu bekommen. Und Sie erzählen mir etwas von ÖPNV-Ausbau in Köln? Da ist keine Partei so unglaublich wie die SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann kommen Sie zehn Tage vor der Wahl mit solchen Anträgen. Da muss ich sagen: Für wie blöd halten Sie Ihre Wählerinnen und Wähler? Für wie blöd halten Sie die Kölnerinnen und Kölner, auf solche Wahlkampftricks reinzufallen?

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Daher bin ich froh, dass es jetzt einen anderen Antrag gibt. Sie haben sich viel Mühe gegeben, meine Damen und Herren vom Bündnis, da noch etwas zu retten. Man will ja nicht, dass nachher in der Zeitung steht, der Rat sei gegen ÖPNV-Ausbau. Dann setzt man sich hin und versucht, da noch etwas zu retten. Das ist Ihnen gelungen. Deswegen wird die FDP-Fraktion Ihrem Antrag auch gerne zustimmen.

Aber die Schuldigen für die schlechte Ausstattung, die wir in der Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten haben, sind bei der SPD zu suchen, meine Damen und Herren, wegen der Politik der letzten Jahrzehnte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort. - Nein, sie verzichtet. Gibt es darüber hinaus Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag von - Herr Homann, ich wollte abstimmen lassen.

Mike Homann (SPD): Ich hatte mich gemeldet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich mache keine zweite - Sollen wir tatsächlich eine zweite Runde machen?

Mike Homann (SPD): Nein, ich will keine komplette zweite Runde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist klar, dass Sie das nicht wollen.

(Heiterkeit)

Mike Homann (SPD): Nein, nein, nein. Ich mache auch eine; so ist es nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bleibt uns ja nichts anderes übrig. Soll es hier also wirklich eine zweite Runde zu diesem Tagesordnungspunkt geben?

(Zurufe: Nein!)

Mike Homann (SPD): Ich würde gerne mit zwei Sätzen erklären, wie wir gleich abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das merken wir dann ja.

(Zurufe: Genau!)

Der Änderungsantrag von CDU, Grünen und Volt ist ja ein Ersetzungsantrag, wie man ihm nicht nur ansieht, sondern auch als Beschlussvorschlag lesen kann. Deswegen bitte ich, jetzt über ihn abzustimmen. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist dieser Antrag trotzdem beschlossen. - Vielen Dank.

Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt; denn er ist, wie ich eben schon gesagt habe, ersetzt worden.

Tagesordnungspunkt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 41**3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Beendigung des Projekts ‚Muezzinruf‘“
AN/0912/2022**

Ich gebe Herrn Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Diesen Antrag stellen wir als AfD-Fraktion ganz bewusst mit Blick auf die Landtagswahl am 15. Mai. Wir wollen allen Kölner Landtagskandidaten, die hier im Stadtrat sitzen - Herr Petelkau und Herr Joisten sind ja heute hier, Frau Steinmann und Frau Gabrysch nicht -, die Möglichkeit geben, Farbe zu bekennen. Ich hoffe, dass ich niemanden vergessen habe; wenn, dann sehen Sie es mir bitte nach. Der Rat bekommt als Ganzes auch die Möglichkeit, sich zu äußern.

Frau Oberbürgermeisterin hat hier im letzten Jahr darauf verzichtet, sich den Muezzinruf vom Rat legitimieren zu lassen. Das war übrigens schon im Oktober letzten Jahres. Anträge scheinen ja wohl auch vorzuliegen, unter anderem von der DİTİB oder, besser gesagt, Erdoğan-Moschee. Glücklicherweise ist es noch nicht zum Geträllere über die Stadt gekommen. Es gibt in Deutschland ja Lärmschutzvorgaben.

Deshalb sollten wir jetzt die Chance ergreifen und das ganze Vorhaben beenden. Es tritt für keinen ein Schaden ein. Der gesellschaftliche Frieden wäre gewahrt. Die Moscheegemeinden würden damit auch nichts verlieren. Beenden wir das doch einfach.

Meine Fraktion sagt Ja zur Glaubensfreiheit, aber Nein zum politischen Islam. Wir wollen schon gar nicht, dass der Autokrat Erdoğan seine totalitären Ideen über dieser Stadt erschallen lässt. Ich hoffe, dass alle hier unsere Ablehnung des Erdoğan-Regimes teilen.

Wir waren deshalb zunächst wirklich positiv von unserem NRW-Ministerpräsidenten, Herrn Wüst, überrascht. *WELT.de* zitiert ihn am 20. April 2022 mit den Worten:

Ohne Not und Anlass, wie mir scheint, wird nun in Köln in diesen Frieden eingegriffen. Denn die Ankündigung der Stadt kommt ja quasi einem Aufruf an alle Moscheegemeinden gleich, Anträge auf Einführung des Muezzin-Rufs zu stellen.

Ich habe die Sorge, dass damit möglicherweise mehr Streit in die Gesellschaft getragen als der Integration gedient wird.

Da hat er vollkommen recht.

Aber dann war wahrscheinlich der Druck vom potenziellen Koalitionspartner, den Grünen, zu groß. Deshalb hat der gute Mann sich ein Beispiel an der Kölner CDU genommen und ist gleich mal schnell zurückgerudert. Ich habe übrigens Zweifel, ob das mit den Grünen ein erfolgsversprechendes Rezept ist. Aber das ist dann sein Problem.

Er wurde dann nämlich von der *Neuen Zürcher Zeitung* mit folgenden Worten zitiert:

Ein Muezzin-Ruf kann ein Beitrag zur Integration sein, ...

Das war leider schon an dem Tag der Antragseinschreichung, sodass unser Antrag dann so ist, wie er jetzt ist; sonst hätten wir ihn ein bisschen anders geschrieben.

Aber, Herr Wüst und liebe CDU hier im Saal, was denn nun? Muezzinruf ja oder nein? Sie können jetzt hier wirklich Farbe bekennen.

Es gab ja selbst aus der Kölner CDU kritische Stimmen, zum Beispiel von Herrn Schramma.

Auch die Wortmeldung von Herrn Spehl im AVR war recht eindeutig. Ich zitiere bewusst nur kurz aus dem Protokoll der Sitzung des AVR am 25. Oktober 2021 Herrn Spehl:

Die DİTİB habe in der Vergangenheit nicht gezeigt, dass sie als Verteidiger unserer offenen Werte für unsere Gesellschaft eintreten würde.

Da gab es noch eine ganze Menge andere Sachen. Ich habe mich jetzt aus Zeitgründen nur darauf fokussiert. Aber es scheint ja alles so zu sein.

Die CDU Köln kann also heute hier einmal ihre Eigenständigkeit von den Grünen unter Beweis stellen und für eine Beendigung dieses Muezzin-Projektes stimmen, und alle anderen können jetzt auch Position ergreifen, gerade mit Blick auf die Landtagswahl. Der Wähler hat Transparenz verdient, glaube ich, und die Frau Oberbürgermeisterin hätte sich, je nachdem, ob Sie dem Antrag zustimmen oder nicht, dann auch endlich einmal eine Legitimierung durch den Rat geholt oder nicht geholt.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 42

Die Frage, die sich hier stellt, ist: Wer will dem politischen Islam die Tür öffnen und wer nicht? - Sie können das dem Wähler gegenüber transparent machen. Deswegen stimmen Sie bitte ab. Ich fasse mich kurz. Die Frage ist eindeutig. Wir sagen Nein zum Muezzinruf. Wir sind die Einzigen, die das bis dato in Köln gefordert haben. Folgen Sie uns, oder lassen Sie's. Sie haben die Wahl. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist eine Unverschämtheit der AfD, den Ministerpräsidenten für sich zu vereinnahmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Es ist eine Unverschämtheit der AfD, die Tatsachen zu verdrehen und die Beendigung des Projektes einzufordern.

Ich kann und möchte nicht für den Ministerpräsidenten sprechen. Ich kann aber den Ministerpräsidenten zitieren. Frau Oberbürgermeisterin, darf ich aus der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 30. April 2022 zitieren?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Selbstverständlich.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Danke schön. - Meine Damen und Herren, ich zitiere aus der letzten Samstagsausgabe der *Neuen Zürcher Zeitung*.

Frage:

Kürzlich haben Sie in die Debatte um den möglichen Muezzin-Ruf in Köln eingegriffen und das Vorhaben kritisiert.

Antwort Ministerpräsident Wüst - Zitat -:

Das wäre verkürzt: Ein Muezzin-Ruf kann ein Beitrag zur Integration sein,

man muss bei seiner Einführung umsichtig vorgehen, indem man die Angelegenheit breit diskutiert und sich in einer Kommune eng abstimmt. Die Zuwanderung von Menschen unterschiedlichen Glaubens ist bereichernd und hat in Nordrhein-Westfalen eine lange Geschichte. Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne die Einwanderinnen und Einwanderer gar nicht möglich gewesen. Ich bin dankbar, dass sie und ihre Nachkommen geblieben sind. Sie müssen ihren Glauben frei ausleben können.

So weit der Ministerpräsident. Weiter will ich dazu auch nichts hinzufügen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt zu dem Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Wer dem Antrag der AfD zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6 hatten wir eben bei der Festlegung der Tagesordnung einen Verweis in die nächste Ratssitzung.

Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend „Ein International Welcome Desk für Köln“ AN/0901/2022

Frau Karadag hat das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Verwaltung! Liebe Bürger*innen am Livestream! Ich habe heute das Vergnügen, die Zuwanderungsdebatte, die wir ja gerade schon gestartet haben, auf ein konstruktives Niveau zu heben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 43

Köln ist eine internationale Metropole. So attraktiv, wie wir als Stadt auch sind, herrscht aber auch hier seit vielen Jahren Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt. Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, Unternehmen beklagen mangelndes und fähiges Personal, und der demografische Wandel schwebt wie ein Damoklesschwert über uns. Die Zahl der erwerbstätigen Menschen geht stark zurück, da viel mehr Menschen in Rente gehen, als neu auf den Arbeitsmarkt kommen.

Das hat gravierende Folgen für unsere Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme. Aus diesem Grund müssen wir in Köln in der Fachkräftezuwanderung attraktiver werden.

Neben diesem Status quo zum Arbeitsmarkt wird unser Leben in den letzten Jahren leider durch Krisen geprägt. Corona hat den Arbeitsmarkt in Systemrelevanz, Homeoffice, Kurzarbeit und noch vieles mehr gesplittet. Aufgrund des schrecklichen Krieges in der Ukraine kommen immer mehr Geflüchtete ins Land. Der Ausgang dieser schrecklichen kriegserischen Lage ist offen und ungewiss.

„Offen und ungewiss“ ist aber keine Grundlage, wie wir in Köln diese ganze Arbeitsmarktlage weiter begleiten wollen. Vielmehr weiß Köln, dass ein buntes Köln Zuwanderung braucht. Zuwanderung ist ertragreich. Diesen Ertrag möchten wir in der Gesellschaft bestmöglich implementieren.

Der International Welcome Desk soll diese Hürden abbauen: Sprachbarrieren, aufwendige Behördengänge, Verwaltungsaufwand, Anerkennung von Berufsabschlüssen, Nachweis über Fachkenntnisse und Fähigkeiten. Diesen Hürden soll der Welcome Desk begegnen. Als zentrale Anlaufstelle für neue Fachkräfte soll der Welcome Desk dienen, und zwar digital und analog. Mit interkultureller Kompetenz und Sprachkompetenz wollen wir internationale Arbeitskräfte und deren Familien an die Hand nehmen und ein Willkommen in Köln ermöglichen.

Integration und Ankommen gelingen aber am besten, wenn man nicht nur Arbeit hat, sondern auch ein Zuhause, natürlich einen Schulplatz für die Kids und im besten Fall noch einen Sportverein oder Ähnliches, wo man ankommen und seine Freizeit gestalten kann.

Der Welcome Desk soll aber auch bestehende Strukturen nicht ersetzen. Vielmehr brauchen wir

ein Zusatzangebot. Lohndumping bei Zuwanderungskräften und ausbeuterische und unseriöse Arbeitsangebote, zum Beispiel aktuell in der Fleischindustrie, machen immer mehr Schlagzeilen. Dies ist nicht tragbar. Dem kann nur durch kompetente Beratung begegnet werden.

Der International Welcome Desk soll Zuwanderung als Optimum in Köln ermöglichen. Wir möchten in Köln ein optimales Zusammenführen von Arbeitskraft und Arbeitsangebot in unserer Stadt. Im Idealfall bekommen wir alle hier im Rat in circa einem Jahr aus der Wirtschaft und von den Zugezogenen das Feedback: It's a match. - Herzlichen Dank. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heithorst das Wort.

Claudia Heithorst (CDU): Verehrte Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Anwesende, wo auch immer Sie sein mögen! „Hilfe zur Selbsthilfe“ könnte man dieses Konzept, das ja erst einmal zu erstellen ist, für einen solchen Welcome Desk auch nennen. Es ist natürlich auch so, wie Frau Karadag gesagt hat. Aber es gibt auch sehr viele Fachkräfte, die nach Deutschland einreisen, um hier eine Arbeitsstelle zu finden. Das dürfen sie. Sie dürfen sechs Monate lang suchen. Aber bei vielen Fachkräften besteht die Unsicherheit: Wie wird mein Beruf hier anerkannt? - Aber auch Unternehmen sind unsicher: Mache ich keine Fehler, wenn ich denjenigen einstelle? Wie anerkannt ist sein Beruf?

Bei diesen großen Unsicherheiten soll der Welcome Desk mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe Unterstützung bieten und aufklären: „Welche Institutionen sind ins Boot zu holen, wenn ich Fachkräfte einstelle? An welche Institutionen kann ich weiterleiten? Welche Behörden sind zuständig?“, um den Weg zu erleichtern und für diese Unsicherheiten insbesondere in Bezug auf den beruflichen Hintergrund der Fachkräfte Kompetenz zu bündeln.

Man liest im Zusammenhang mit einem solchen Welcome Desk bei Fachkräften immer fälschlicherweise den Begriff „Experts“. Hier muss man ein bisschen aufpassen. Experts sind bestens betreut. Das sind Fach- und Führungskräfte, die im

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 44

Auftrag der Unternehmen entsendet werden. Sie sind von ihren Personalabteilungen bestens betreut. Dabei handelt es sich um internationale Unternehmen. Das ist also etwas anderes als das kleinere Unternehmen, das neue Kräfte einstellen will, oder der Mensch, der berufliche Anerkennungsverfahren hinter sich bringen muss.

Im Prinzip geht es in diesem Zusammenhang also meistens um nicht international tätige oder kleinere Unternehmen. Wie gesagt, wünschen wir uns hier ein Konzept, das wir dann im Herbst abschließend beraten können. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Die zweieinhalb Minuten Restredezeit meiner Vorrednerin kriege ich draufgeschlagen? Nein, die brauche ich auch nicht. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage des Willkommens und der Willkommenskultur ist eine Frage der Haltung. In dem Begriff „Welcome Desk“ steckt natürlich auch „willkommen“. Es ist deutlich geworden, dass es aus vielerlei Gründen Anlass gibt, die Menschen, die zu uns kommen wollen, willkommen zu heißen.

Für uns steht bei diesem Antrag im Vordergrund, dass wir eine Brücke bauen - eine Brücke in den Arbeitsmarkt für diejenigen, die in Deutschland wie hier in Köln Fuß fassen wollen. Das Konzept des Welcome Desk hat sich in einigen großen deutschsprachigen Städten bereits bewährt. In Hamburg gibt es bereits ein Welcome Office.

By the way: Der Begriff „Office“ - schönes deutsches Wort - hätte mir auch besser gefallen als nur „Desk“. Denn ein Desk hat im Business-Englisch eigentlich eine etwas andere Funktion als das, was hier gemeint ist. Aber es ist ja nur ein Konzept, sodass wir noch an den Details schrauben können.

Wir kennen auch den Welcome Desk von großen internationalen Universitäten, die sich im Wettkampf um die Besten befinden. Deswegen meinen wir, dass das ein ausgesprochen guter und kluger Antrag ist, weil er auch ein Symbol für ein

Klima des Aufnehmens und des Willkommen-Heißens ist.

Ich möchte allerdings darauf hinweisen - das ist auch in dem Redebeitrag von Frau Heithorst durchgeklungen -, dass es natürlich für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bereits bestehende Strukturen gibt. Es ist kein Geheimnis, dass große internationale Unternehmen entsprechende interne Abteilungen haben und dass auf dem privaten Markt Relocation-Agenturen existieren, die mit solchen Themen, die wir hier anfasen wollen, ihr Geld verdienen. Insbesondere im kleinen und mittelständischen Bereich gibt es auch gerade in Köln und im Rheinland sehr viele Unternehmen, die mit genau diesem Geschäftsmodell auf dem Markt sind. Hier möchten wir diesen Gesichtspunkt in die Debatte und die Konzepterstellung einbringen.

Wir möchten uns außerdem - das ist meine letzte Bemerkung - bei den Initiatoren dieses Antrags, der Fraktion von Volt, ausdrücklich dafür bedanken, dass sie unsere Anregung - wenn auch nicht im Beschlusstext, aber zumindest in der Begründung - aufgenommen haben. Denn wir meinen, dass es sich hier nicht nur um eine städtische Aufgabe handelt, sondern dass wir die Unternehmen mitnehmen müssen - ich habe es gerade schon angesprochen -, aber auch die Kammern, die IHK, die Innungen und die Verbände, die ebenfalls massiv unter Fachkräftemangel leiden und natürlich auch ein Interesse daran haben, dass wir hier in Köln die Besten gewinnen, damit unsere Unternehmen in Köln florieren und wir mit unserer Stadt in eine schöne Zukunft schauen. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier und im Stream! Mit diesem Antrag wollen wir neue Chancen für zugewanderte Fachkräfte und für Kölner Unternehmen eröffnen. Das Ziel des International Welcome Desk ist es, einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen und zur Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten zu

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 45

leisten. Fehlende Fachkräfte sind, wie wir ja wissen, zunehmend eine wirtschaftliche und soziale Herausforderung. Denn aufgrund des Fachkräftemangels werden wir den Bedarf künftig nicht mehr allein durch die hier vorhandenen Erwerbspersonen decken können. Deshalb soll der International Welcome Desk Fachkräfte mit ihren Familien in Köln willkommen heißen und erste sowie weiterführende Informationen zum Leben und Arbeiten in unserem schönen Köln anbieten.

Köln bietet bereits an vielen verschiedenen Stellen Beratungen und Dienstleistungen für die Zugewanderten an. Es fehlt jedoch eine zentrale Anlaufstelle, die alle bestehenden Angebote bündelt. Als eine Art Lotse vereint der International Welcome Desk Informationen, Netzwerke und Institutionen wie Behörden und Ämter, aber auch Vereine.

Im Fokus der kostenfreien und mehrsprachigen Serviceleistungen stehen Beratung und Unterstützung bei behördlichen, beruflichen und organisatorischen Themen.

Die Unternehmen hier in Köln sollen gleichermaßen von diesem International Welcome Desk profitieren. Sie erhalten einen zentralen Ansprechpartner für ihre Fragen rund um internationale Fachkräfte.

Dabei soll sich das Konzept an europäischen Best Practices orientieren. Denn auch hier müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Hier möchten wir uns zum Beispiel an Kopenhagen oder Brüssel orientieren. Aber auch in unseren Nachbarkommunen wie in Düsseldorf oder im Münsterland gibt es bereits gute und funktionierende Welcome Desks. Sie haben zwar teilweise andere Namen, funktionieren aber auch.

Mit einem solchen Konzept und hoffentlich irgendwann auch der Errichtung können wir in Köln neue Chancen für zugewanderte Fachkräfte und für Kölner Unternehmen eröffnen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Scheinbar hinken wir in Köln dem einen oder anderen etwas hinterher. Jetzt haben wir ein konkretes Thema. Da darf ich auch sagen: Hier kann man natürlich nicht wieder behaupten, dass die SPD das vor 20 Jahren nicht erkannt habe. Sehr wohl haben wir diese Dinge erkannt.

Wir freuen uns selbstverständlich sehr, wenn Stichworte wie „Zuwanderung“ und „Integration“ jetzt mit dem Antrag zum International Welcome Desk an erster Stelle stehen. Dahinter stehen wir. Dafür sind wir auch.

Wenn eine Frage am Schluss - dann frage ich die Oberbürgermeisterin oder die Stadtdirektorin, die ich gerade nicht auf ihrem Stuhl sehe - auch noch positiv beantwortet werden kann, werden wir dem Antrag auch sehr gerne zustimmen.

Wie eben gesagt worden ist, soll dieses Integrationspaket, das wir mit dem Welcome Desk starten, in der Breite angelegt werden. Es soll nicht für Experts sein, sondern wirklich bis in den kleinen Handwerksbetrieb hinein Möglichkeiten zur schnellen Vermittlung und zur schnellen Integration geben.

Was die Wortfindung angeht, die Herr Görzel ebenfalls angesprochen hat, könnten wir es auch „Welcome Agency“ nennen. Ich darf daran erinnern, dass wir vor einiger Zeit hier in Köln die One Stop Agency mit ähnlichen Zielen eingesetzt haben. Dort ging es darum, alles in einer Hand zu bündeln, um auch die ganzen Schwierigkeiten der Schnittstellen zu überwinden. Das haben wir in vielen Bereichen nötig, glaube ich. Umso besser ist es natürlich, das hier auch zu tun.

Bei den Schnittstellen geht es ja nicht nur um die Schnittstellen, die wir innerhalb der Ämter haben. Wir müssen jetzt natürlich auch - es ist gerade schon gesagt worden; wir unterstützen das deutlich - die IHK, die Handwerkskammer und die Kreishandwerkerschaft mit im Boot haben.

Im Übrigen ist das ist eine vornehmliche Aufgabe der KölnBusiness. Insofern müssen wir dort die Schnittstelle schaffen. Ich nehme doch an, dass der Welcome Desk oder die Welcome Agency verwaltungsmäßig gesetzt sein soll.

Die Frage, die ich an die Verwaltung stellen möchte, lautet: Brauchen wir sie? - Wenn die Verwaltung nickt, würden wir sehr gerne zustimmen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 46

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Man kann immer alles noch besser machen. Auch dieser Antrag verbessert die Versorgung der Menschen. Vor allen Dingen hieß die entsprechende Einrichtung früher nicht Welcome Agency, sondern One Stop Agency. Sie hat überhaupt nicht mehr damit aufgehört. Das ist natürlich inzwischen etwas anders. Es gibt zum Beispiel auch das China Desk Cologne. Denn es ist nun einmal so, dass Menschen, die nach Köln kommen, je nach Herkunftsland und Bleibeperspektive einen ganz anderen Beratungsbedarf haben. Deswegen gilt: Mehr hilft in dem Sinne auch mehr.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Gut. Das ist überzeugend. Insofern nicken wir und machen den Haken dran.

Wir haben aber noch eine Bitte. Das Konzept wird ja erarbeitet. Wir geben jetzt den Auftrag, das Konzept eines solchen Welcome Desk oder einer solchen Welcome Agency vorwärtszubringen. Es wäre natürlich schön, wenn dieses dann in die Diskussion des Integrationsausschusses bzw. des Digitalausschusses käme. Es wäre sehr sinnvoll, wenn es dort beraten werden könnte. Wie gesagt, ist das nur eine Bitte und optional. Wir wollen das jetzt nicht als Bedingung stellen. Aber es wäre sehr schön, wenn das mit auf den Weg genommen werden könnte und wir anschließend dieses Konzept - dann hoffentlich auch gemeinsam - als Beitrag zur internationalen Integration beschließen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Das Land Berlin hat eine Art Welcome Center für alle Menschen, die sich dort niederlassen wollen. Von dort werden die Personen dann auf die jeweiligen Verwaltungseinheiten verteilt und verwiesen. Das wollen die Antragsteller aber nicht, sondern eine Anlaufstelle für Fachkräfte und Führungskräfte bei der KölnBusiness GmbH.

Unsere linke Ratsfraktion ist der Meinung, dass wir ein solches Konzept nicht brauchen, weil die Aufgaben insbesondere bei der Bundesanstalt für

Arbeit und beim Jobcenter liegen. Hier werden unnötige freiwillige staatliche Mittel ausgegeben und Doppelstrukturen geschaffen.

Dieser Antrag passt meines Erachtens auch gar nicht in die aktuelle Lage. Wir haben nämlich einen Zuzug von ukrainischen Fachleuten und Geflüchteten. Und was haben wir da für Probleme? Ich will einmal zwei benennen.

Erstens gibt es Sprachbarrieren, die durch Sprachkurse, aber auch betriebliche Kommunikation durch und in Arbeit abgebaut werden müssen. Kürzlich gab es in der „Lokalzeit“ ein sehr gutes Beispiel. Eine Konditorin aus der Ukraine hat nämlich im Café Riese gearbeitet, ohne Deutsch zu können. Trotzdem haben sie einen Weg gefunden, wie diese Dame dort gut arbeiten konnte. An solchen praktischen Lösungen müssen wir arbeiten.

Das zweite Problem ist die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Das sind die zwei zentralen Knackpunkte, an denen wir eigentlich aktuell arbeiten müssen. Deswegen brauchen wir ein solches Konzept unseres Erachtens nicht - zumal es, wie schon gesagt wurde, meine Damen und Herren, ja auch nur ein Konzept ist.

Interessant finde ich Folgendes - und daran arbeiten wir auch nicht -: Die Bundesregierung hat ja beschlossen, dass ab 1. Juni alle Geflüchteten aus der Ukraine - Betonung: alle Geflüchteten aus der Ukraine - das Recht auf SGB II bekommen sollen. Wenn ich jetzt auf die Seite des Jobcenters Köln gehe, sehe ich, dass das schon unterschiedlich behandelt wird. Da wird gesagt, dass auch alle eine Fiktionsbescheinigung haben müssen. Das heißt, dass Personen, die nicht die ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen, jetzt schon wieder unterschiedlich behandelt und herausgefiltert werden.

Das sind zum Beispiel aktuelle Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und mit denen wir uns beschäftigen müssen.

Ich wundere mich doch sehr sowohl über die Oberbürgermeisterin als auch über die Antragsteller. Wir haben - vielleicht haben Sie das alle getan - in den letzten Wochen mit Herrn Klapper und mit Frau Würker gesprochen. Beide haben sich zu diesem Antrag kritisch geäußert. Deswegen wundere ich mich, dass Sie das so durchziehen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 47

Aber die Diskussion können wir ja führen. Es muss ein Konzept entwickelt werden. Ich glaube, dass Sie genau definieren müssen, was Sie denn wollen. Wollen Sie, dass es eine Anlaufstelle für alle Geflüchteten ist? Oder soll es eine Anlaufstelle für Fachleute sein? Im Antrag ist zwar von Fachleuten die Rede. Aber Berlin macht es anders. Gerade haben Sie noch die Städte Münster und Düsseldorf genannt. Ich weiß jetzt nicht, wie die das machen.

Natürlich kann man eine solche Anlaufstelle einrichten. Aber dort werden im Wesentlichen die Leute rasch auf die jeweiligen Fachämter verteilt. Sie werden an das Ausländeramt, an das Sozialamt usw. usf. verwiesen - oder an das Jobcenter. Der Bund hat jetzt aber durch die Regelung, dass die ukrainischen Geflüchteten beim Jobcenter auflaufen, einen, wie ich finde, vernünftigen Beschluss gefasst, der uns als kommunalen Akteur auch etwas entlastet.

Insofern muss ich sagen, dass dieser Antrag meines Erachtens danebenliegt. Aber Sie haben ja eine Mehrheit für den Antrag. Lassen Sie das Konzept erstellen. Dann werden wir uns darüber unterhalten - insbesondere aber mit Frau Würker und Herrn Klapper. Dann werden wir einmal sehen, was die dazu sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag bestätigt einmal mehr die These: AfD wirkt.

(Beifall bei der AfD)

Wie komme ich darauf? Nun, die Antragsteller dokumentieren ja mit ihrer Forderung nach Einrichtung eines Welcome Desk für Fach- und Führungskräfte aus dem Ausland, dass auch sie endlich verstanden haben, was wir als AfD von Anfang an gesagt haben: dass es nämlich einen Unterschied macht, ob, um ein Beispiel zu nennen, in diese Stadt 10 000 funktionale Analphabeten oder 10 000 ausgebildete Programmierer kommen. Die Antragsteller haben offensichtlich endlich begriffen, dass die unkontrollierte und ungesteuerte

Massenmigration zu den Honigtöpfen des deutschen Sozialstaates ein Desaster war, jede Menge Probleme verursacht hat und definitiv nicht geeignet ist, den Fachkräftemangel in Deutschland zu beheben.

Dass diese Erkenntnis nun ganz offensichtlich bei den Antragstellern Platz greift, vermerken wir als AfD - das werden Sie uns nachsehen - mit einer gewissen Genugtuung.

(Beifall bei der AfD)

Es ist nur schade, dass Sie dafür fast sieben Jahre gebraucht haben - aber besser spät als nie.

Vor diesem Hintergrund haben wir als AfD-Fraktion für einen kurzen Moment überlegt, ob wir dem Antrag nicht zustimmen sollen. Wir werden dies gleichwohl nicht tun.

Deutschland ist - nehmen Sie das bitte zur Kenntnis - laut einer aktuellen OECD-Studie für ausländische Fach- und Führungskräfte weitgehend unattraktiv. Ich prophezeie Ihnen: Sie werden dort kaum echte Fach- und Führungskräfte sehen.

Warum ist das so? Das hängt letztlich auch damit zusammen, dass Deutschland die weltweit zweithöchste Abgabenlast hat. Ein Mensch, der seine Zukunft gestalten möchte und Geld verdienen möchte, geht nach Irland, in die USA oder nach Kanada. Aber er geht sicher nicht in das Hochsteuerland Deutschland. Ein Welcome Desk wird an dieser Tatsache nichts ändern.

Wir sollten uns, meine Damen und Herren, zweitens fragen, ob es den jeweiligen Ländern hilft, wenn wir deren beste Kräfte abwerben - Stichwort „Braindrain“. Ist es wirklich gut, wenn zum Beispiel bulgarische Ärzte hierhin auswandern, statt in ihrem Land zu bleiben? Stärken wir die ohnehin fragilen Zivilgesellschaften in vielen Herkunftsländern, wenn wir die wenigen gut Ausgebildeten auch noch abwerben und hierher holen?

Und schließlich: Was wir benötigen, meine Damen und Herren, ist eine aktivierende Familienpolitik, um den demografischen Trend, den wir sicher nicht umkehren können, wenigstens abzumildern.

(Beifall bei der AfD)

Der hier skizzierte Welcome Desk, meine Damen und Herren, wird keines dieser Probleme lösen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. - Danke.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 48

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der Fraktion DIE LINKE. Dann ist diesem Antrag zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Museumsdirektor*in des NS-Dokumentationszentrums demokratisch benennen“ AN/0896/2022

Da würde ich anbieten, dass der Kulturdezernent erst Stellung nimmt. - Herr Charles.

Beigeordneter Stefan Charles: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag nehme ich gerne zum Anlass, zum Stand des Verfahrens der Nachbesetzung der Leitungsstelle im NS-Dokumentationszentrum Köln kurz Stellung zu nehmen.

Das Verfahren zur Neubesetzung der vakanten Leitungsstelle des NS-Dokumentationszentrums Köln ist in Vorbereitung. Die Ausschreibung der Stelle wird voraussichtlich in Kalenderwoche 22 erfolgen, sodass das Auswahlverfahren dann direkt nach den Sommerferien starten kann.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass der Besetzungsprozess mit hohem Anspruch an Sorgfalt und an Qualität geführt wird und eine Findungskommission so zusammengesetzt wird, dass neben der wissenschaftlichen Fachexpertise sowohl die Qualifikationen für die Leitung einer bedeutenden Kultureinrichtung als auch die einschlägigen Kenntnisse der Kölner Geschichte der Kandidat*innen eingehend überprüft werden können.

Zeitgleich zur Stellenausschreibung in relevanten Fachportalen sollen mit Unterstützung des Deut-

schen Museumsbundes und zahlreicher Universitäten gezielt geeignete Kandidat*innen im deutschsprachigen Raum identifiziert werden.

Das Profil und die regionale Wahrnehmung des NS-Dokumentationszentrums als Gedenkstätte, als Ort historischer und politischer Bildungsarbeit, also der wissenschaftlichen Forschung, und als Informationseinrichtung mit Bibliothek, Dokumentation, öffentlichem Archiv und Beratungsangeboten sollen mit der neuen Direktion konsequent weiterentwickelt werden.

Für die Zukunft soll auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 14. Dezember 2021 die Vernetzung der stadthistorischen Kultureinrichtungen gestärkt werden, welche gemeinsam zur aktiven Vermittlung der über 2 000-jährigen Stadtgeschichte beitragen.

Mit der städtebaulichen Positionierung der Historischen Mitte eröffnet sich für die städtischen Kultureinrichtungen die Möglichkeit, gemeinsame Potenziale zu entwickeln und einen herausragenden historischen Kulturstandort zu schaffen, der in seiner Dichte in Europa wirklich einzigartig ist.

Gemeinsam sollen sich die einzelnen Institutionen den großen Herausforderungen stellen, die ihnen bevorstehen. Denn nicht nur Köln ist im Umbruch; auch in ganz Europa stecken die historischen Museen und Kultureinrichtungen in einem radikalen Transformationsprozess.

Deshalb ist es äußerst wichtig, hier und heute die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

An diesem Entwicklungsprozess werden die stadthistorischen Museen und Kultureinrichtungen direkt mitwirken. Die Leitungen und die Mitarbeitenden der Häuser sollen ihn aktiv mitgestalten.

Die Überlegungen zur dichteren Vernetzung der historischen Häuser sind daher auch als verstärkende Impulse für die Arbeit und Wirkung des NS-Dokumentationszentrums zu verstehen.

Seit Anfang dieses Jahres arbeiten wir gemeinsam mit den Teams der historischen Museen und führenden Expert*innen aus dem In- und Ausland daran, die Möglichkeiten an Koordination und Vernetzung zwischen den Institutionen zu identifizieren. In Entsprechung des Auftrags aus dem Rats-

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 49

beschluss werden wir die Ergebnisse dieser Arbeit anschließend zur Diskussion stellen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Charles. - Ich glaube, es war gut und richtig, Ihnen einen Überblick über den Stand des Besetzungsverfahrens zu geben, damit hier nicht der Eindruck entsteht - - Und ich muss Ihnen sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des NSDOK sind schon ganz schön sauer darüber, dass man meint, sie wüssten nicht, was sie zu tun hätten; es würde alles nur der Museumsdirektor machen. Das muss ich einfach einmal dazusagen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Stefan Charles, herzlichen Dank für die Erläuterungen und damit auch die Klarstellungen, die wir uns natürlich auch erhofft haben.

Das Besetzungsverfahren zur Findung einer neuen Leitung für das NSDOK wird also erfreulicherweise im Mai beginnen. Diese Nachricht hier und heute ist besonders erfreulich - vor allem vor dem Hintergrund der Genese des Antrags, den wir hier gemeinsam mit der LINKEN-Fraktion für die heutige Sitzung noch einmal eingebracht haben.

In der letzten regulären Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur wurde dem von SPD, FDP und LINKEN eingebrachten Antrag zur schnellstmöglichen Besetzung der vakanten Leitungsstelle des NSDOK mit den Stimmen der Antragstellenden sowie den Stimmen von Grünen und Volt zugestimmt. Es war also eine breite Mehrheit, die sich dort für die Frage bzw. für die Tatsache ausgesprochen hat, dass die Nichtbesetzung eben doch zu einer politischen Frage geworden ist.

Bereits seit Ende Oktober ist die Leitung des NSDOK unbesetzt. Als wir im Januar als SPD-Fraktion im KuK die Anfrage stellten, warum die Leitungsstelle des NSDOK unbesetzt bleibe, erhielten wir eine Antwort, die noch unter ganz anderen Vorzeichen stand als die Äußerungen, die

wir hier gerade vernommen haben. Damals nahm die Verwaltung Bezug auf den gerade auch von Stefan Charles erwähnten Ratsbeschluss und begründete damit, bis auf Weiteres von der Neuensetzung absehen zu wollen, bis ein Konzept zur Historischen Mitte vorliege.

Ich möchte hier und heute auch noch einmal klarstellen: Wir als SPD-Fraktion teilen die Interpretation der Verwaltung dieses Ratsbeschlusses nicht. Dass mögliche Synergien geprüft werden sollen, bedeutet keineswegs, diesen wichtigen Erinnerungsort in seiner Eigenständigkeit einzuschränken. Gerade dann, wenn ein Konzept zur etwaigen Neuaufstellung entstehen sollte - und über dieses müssten wir hier in diesem Haus dann auch noch diskutieren -, braucht dieses Haus doch eine starke Leitung, um mündig und transparent Einfluss auf diesen Entwicklungsprozess nehmen zu können.

Die in der Kulturausschusssitzung vorgebrachte und hier gerade noch einmal erwähnten Argumentation, dass das Team derzeit die Vakanz auf der Leitungsposition, bis diese neu besetzt sei, hervorragend vertreten könne, ist natürlich richtig. Aber dahinter steckt doch gerade, dass dies bis zum Oktober sehr stark geführt wurde und man diesem Haus jetzt auch wirklich schnellstmöglich wieder Orientierung und Klarheit über die Zukunft der Leitung und des Hauses geben sollte.

Auch auf das Argument, dass wir uns Neuerungen und Innovationen verschließen würden, wenn wir die Eigenständigkeit des Hauses so vehement bewahren wollten, möchte ich an dieser Stelle noch einmal entgegenen. In seiner analogen und digitalen Vermittlungsarbeit und in der Kooperation mit externen Partner*innen beschreitet das NSDOK seit vielen Jahren einen mutigen und überzeugenden Weg, der zeigt, dass man hier offen für Neues - bei gleichzeitiger Wahrung des schwierigen Erbes des Ortes - ist.

Ich fasse zusammen: Das NSDOK ist in seinem Wesen als Gedenk- und Bildungsstätte zwingend als eigenständig zu betrachten. Ein Haus, das gegen Rassismus und für demokratische und politische Bildung eintritt, muss ein starkes Haus sein. Dass der von mir vorhin erwähnte, mit breiter Mehrheit gefasste Beschluss im Kulturausschuss nun von der Stadtspitze nicht anerkannt wird oder wurde, bedauern wir sehr. Dies ist der Beweggrund gewesen, heute noch einmal diesen Antrag einzubringen. - Das wollte ich noch einmal festhalten.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 50

Denn wichtig ist uns - und das ist zentral -, dass der Förderverein des EL-DE-Hauses nun eng mitgenommen und bei der Entwicklung ausgewogener Ausschreibungskriterien beteiligt wird. Das war Kernintention unserer Antragsinitiative. Dazu haben wir in der Sondersitzung des Kulturausschusses am Dienstag auch positive Signale bekommen, die hier und heute nicht explizit wiederholt wurden. Das würde ich mir noch einmal wünschen.

An dieser Stelle möchte ich auch die Frage formulieren, inwiefern der Förderverein des EL-DE-Hauses nun bei der Entwicklung der Ausschreibungskriterien beteiligt werden wird.

Ich hoffe, dass wir aus diesem Fallbeispiel einiges mitnehmen. Denn es gibt in dieser Stadt noch weitere Häuser, deren Leitung neu gefunden und besetzt werden muss. Vakanz steht unseren Häusern nicht gut. Es schwächt sie.

Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis des nun hoffentlich anlaufenden Neubesetzungsprozesses und danke der Verwaltung noch einmal ausdrücklich für die sich nun stark abzeichnende Bewegung in der Sache.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Helms, an einer Stelle würde ich Sie gerne ergänzen. Ich erkenne selbstverständlich die Meinung des Kulturausschusses an. Aber ich arbeite nach der Gemeindeordnung. Die macht meine Vorgaben in erster Linie.

Jetzt habe ich weitere Wortmeldungen, und zwar zunächst von Herrn Kockerbeck für die antragstellende Fraktion DIE LINKE.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rats! Die Ankündigung von Herrn Charles, Ende dieses Monats ein Besetzungsverfahren einzuleiten, begrüßen wir natürlich. Die Vorgänge, die zuvor passiert sind, werden dadurch aber erst einmal nicht besser.

Am 5. April hat der Kulturausschuss mit großer Mehrheit die Verwaltung damit beauftragt, ein Verfahren für die Neubesetzung der vakanten Stelle des NSDOK sofort einzuleiten. Bereits in der März-Sitzung war der Kulturausschuss in diesem

Thema dabei und hat den Wunsch geäußert, aber auf einen Antrag verzichtet.

Der Grund für unseren heutigen Antrag liegt darin, dass auf diesen Beschluss eines Ratsgremiums vom 5. April Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sinngemäß geantwortet haben, dass dieser Beschluss aufgrund der Zuständigkeiten für Sie nicht bindend sei; besetzt werden solle der Chefposten weiterhin erst im Herbst.

Das sollte nicht der Umgang zwischen Oberbürgermeisterin und Rat sein.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ende Oktober letzten Jahres ging Dr. Werner Jung, der bundesweit angesehene bisherige Direktor des NS-Dokumentationszentrums, in den Ruhestand. Es blieb ihm leider verwehrt, seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger noch beim Start in die neue Aufgabe Hinweise zum Haus zu geben.

Die monatelange Vakanz der Stelle hat bundesweit Aufsehen erregt und erheblichen Schaden für Köln und das NS-Dokumentationszentrum angerichtet. Das war der Grund, warum der Kulturausschuss in diesem Frühjahr tätig geworden ist. Die Zurückweisung dieser Hilfestellung zur Heilung eines Schadens hat ein verheerendes Signal in die Öffentlichkeit gesendet.

Es ist weithin bekannt, dass das NSDOK eine einmalige Konzeption hat, die bundesweit mittlerweile Vorbildcharakter hat, weil es ein Ort der Erinnerung und des Gedenkens an die Verbrechen des NS-Regimes ist, und zwar mit direktem lokalen Bezug. Es macht sich aber auch zur Aufgabe, die wissenschaftliche Erforschung zu fördern und zu betreiben. Und schließlich ist es ein Haus der politischen Bildung.

Der verhängnisvolle Umgang mit dem NSDOK hat nicht nur die Kölner Öffentlichkeit in den vergangenen Monaten aufgeschreckt und beunruhigt. Der EL-DE-Haus e. V., der Förderverein des Hauses, hielt vor wenigen Wochen eine Pressekonferenz ab, die von der AG Arsch huh und dem Bündnis Köln stellt sich quer unterstützt wurde. Eine Erklärung an die Verantwortlichen der Stadt hat zahlreiche Unterstützer*innen gefunden.

Der Kulturausschuss ist in seinen Sitzungen von März und April deshalb lediglich seiner demokratischen Aufgabe gerecht geworden - und auch

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 51

sachlich. Es geht darum, die Arbeitsfähigkeit des Hauses sicherzustellen.

Im Übrigen hat der Ratsbeschluss vom 14. Februar, von dem hier bereits die Rede war, auch in Teilen der Stadtgesellschaft große Sorgen hervorgerufen. Maria Helmig hat das gerade schon geschildert. Wir teilen diese Sorgen. Wir sehen auch die Gefahr einer Interpretation, die darauf hinausläuft, dass das NS-Dokumentationszentrum seine Eigenständigkeit verliert. Im Beschluss wird es in einer Liste mit Römisch-Germanischem Museum, MiQua, Jüdischem Museum und Stadtmuseum genannt. Es ist herauszulesen, wenn man das will, dass die Häuser der Stadtgeschichte vernetzt werden, und zwar auch organisatorisch. Denn warum ist sonst von möglichen Synergieeffekten die Rede? Wenn das nicht gemeint ist, dann müsste das klargestellt werden.

Das heißt, dass viele Menschen sich in den vergangenen Monaten mit der Befürchtung zu Wort gemeldet haben, dass das NSDOK seine Eigenständigkeit und seinen bisherigen Charakter als Ort der politischen Bildungsarbeit verlieren wird. Wir werden über diesen Ratsbeschluss vom 14. Februar noch diskutieren müssen.

Wenn Herr Charles, unser Kulturdezernent, jetzt zusagt, Ende Mai ein Besetzungsverfahren einzuleiten, bei dem der EL-DE-Haus-Verein angemessen beteiligt wird, dann begrüßen das die Antragstellerinnen und Antragsteller. Wir betrachten dies als Erfolg unseres Antrags.

Ich stelle und wiederhole allerdings auch die Anfrage: Herr Charles, in welchem Rahmen und in welchem Verfahren wird der EL-DE-Haus-Verein in welcher Weise an der Personalentscheidung beteiligt sein? Das müssen wir noch klären.

Wir werden als Antragstellerinnen und Antragsteller gleich beraten, wie wir mit unserem Antrag umgehen. - Erst einmal vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, ich bitte Sie zunächst, wenn Sie aus Mitteilungen der Verwaltung zitieren, dies auch vollständig zu tun. Das Wort „Herbst“ steht in dieser Mitteilung, die am 11. April zur Sitzung am 31. Mai an den Kulturausschuss ging, überhaupt nicht drin.

Im Übrigen sind Anfragen an die Verwaltung zu stellen. Ich gebe dann das Wort an denjenigen in der Verwaltung, von dem ich glaube, dass er der Richtige ist.

Es ist so wie in der Mitteilung vom 11. April, die bei Ihnen - das kann ich mir denken - nicht gut angekommen ist. Aber weiterhin liegen die Amtsleitungsstellen - und das ist eine Amtsleitungsstelle - in der Befugnis der Verwaltung und der Oberbürgermeisterin. Daran wird niemand sonst beteiligt, auch nicht ein anderes Amt oder Fördervereine von anderen Ämtern - über die ich sehr glücklich und für die ich sehr dankbar bin. Deswegen räume ich ihnen auch jede Möglichkeit ein, mir Ratschläge zu geben oder Kritik zu äußern. Aber das entscheidet die Verwaltung.

Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kockerbeck, sachlich war an diesen Vorträgen jetzt überhaupt nichts. Das muss man einmal ganz klar sagen.

Sie haben sich in den letzten Monaten bei der Dezernentenwahl, die heute hoffentlich ein finales Ende gefunden hat, doch immer als die Lordsiegelbewahrer der Gemeindeordnung NRW herauskristallisiert und wussten ganz genau Bescheid, wie Dezernentenbesetzungsverfahren durchgeführt werden.

Aber Sie hätten noch zwei, drei Kapitel weiterlesen müssen. Dann wären Sie zu den Amtsleitungen gekommen und zu den Zuständigkeiten der Oberbürgermeisterin vorgestoßen. Dann hätten Sie genau das, was die Oberbürgermeisterin gerade vorgetragen hat, nachlesen können - dass nämlich die Oberbürgermeisterin das Besetzungsverfahren von Amtsleitungsstellen durchführt. Dabei lässt sie sich natürlich beraten - von jedem, der gute Ratschläge geben kann, aber insbesondere von den zuständigen Fachdezernentinnen und -dezernenten.

Bei Amtsleitungsstellen machen wir auch keine politischen Besetzungsverfahren. Schon gar nicht werden der Rat der Stadt Köln und irgendwelche Ausschüsse daran beteiligt, weil wir ja nicht wollen, dass wir eine politische Verwaltung haben, sondern es eine Fachverwaltung sein soll, die uns in allen Belangen hier in der Stadt gut zuarbeitet.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 52

Man kann natürlich alles in alles hineininterpretieren. Man kann jedem das Wort im Munde herum-drehen. Das ist aber nicht hilfreich.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Je näher der Wahltermin gerückt ist, umso lauter ist das Säbelras-seln geworden. Gebetsmühlenartig werden immer wieder Dinge wiederholt, die überhaupt nichts mit dem aktuellen Sachverhalt zu tun haben.

Der Dezernent hat jetzt mehrfach erklärt, dass das Verfahren Ende dieses Monats angeschoben wird. Er hat erklärt, wer alles beteiligt wird und von wem man sich beraten lässt. Er hat immer wieder erklärt, dass natürlich die Eigenständigkeit des Hauses in keinerlei Weise gefährdet ist, sondern dass es hier schlicht und ergreifend darum geht, die Leitung des Hauses neu zu besetzen und dem Haus eine Perspektive zu geben. Im Augenblick gibt es auch gar keinen Grund, daran zu zweifeln.

Ihre ständige Kritik, liebe Freunde von LINKEN und von der SPD, und dieses gebetsmühlenartige Wiederholen von Unwahrheiten und Halbwahrheiten haben am Ende dazu geführt, dass wir zu diesem Thema mittlerweile bundesweit Pressebe-richterstattung von halb informierten Journalisten aus anderen Städten haben, die die Stadt Köln jetzt im schlechten Licht dastehen lassen. Und das ist Ihr Produkt, liebe Damen und Herren. Das haben Sie letztendlich zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und dem Bünd-nis 90/Die Grünen - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Das ist ein Sturm im Wasserglas. Das ist komplett selbst konstruiert. Das wissen Sie ganz genau, weil hier und auch im Kulturausschuss jetzt schon zehn Mal erklärt worden ist, dass alle das Verfahren im Griff haben. Es gibt auch überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Das wäre doch ein Treppenwitz. Seit Schwarz-Grün oder jetzt Grün-Schwarz hier die Ratsmehrheit verant-wortet, haben wir zig Prozent mehr in dieses Haus investiert. Wir haben zum Beispiel die Bildungs-einrichtungen gestärkt. Wir haben mehr Räume zugesetzt. Das Haus ist überall und allenthalben immer wieder mit Stellenzusetzungen gestärkt worden. Und jetzt, wo wir das gemacht haben, sollen wir das Haus schließen wollen, nur weil Herr Jung in Ruhestand gegangen ist? Es ist doch ein Treppenwitz, so etwas zu erzählen.

Dass das leider ungefiltert in die Öffentlichkeit ge-langt ist, ist unter anderem auch uninformierten Journalisten zuzuschreiben, die mich beispiels-weise - - Wir sind ja auch immer erwähnt worden, und es hieß, dass wir das EL-DE-Haus schließen wollten, um das Museum dann als Abteilung der Neuen Mitte zu führen. Das erste Mal, dass ein Journalist mich seriös dazu interviewt hat, ist vor zwei Wochen gewesen. Aber es ist monatelang geschrieben worden, wir wollten das Haus schlie-ßen; das sei die Hidden Agenda des Antrags zu den Synergieeffekten, die wir in der Neuen Mitte wecken wollten. Man kann natürlich alles in alles reininterpretieren.

Es ist ein Wahlkampfthema. Es ist schade, dass dieses Thema, das ein so wichtiges Haus betrifft, einen solchen Sturm entfacht hat, weil Sie hier im-mer wieder das Gleiche erzählen und immer wie-der Unwahrheiten oder Halbwahrheiten behaup-ten.

Fakt ist ganz klar: Wir wollen das Haus weiter stär-ken. Wir wollen das Haus weiterentwickeln. Es ist einer der wichtigsten, weit über die Region Köln hinaus strahlenden Orte - unter anderem auch deswegen, weil wir uns über Jahrzehnte für die-ses Haus starkgemacht haben. Über 70 000 Men-schen gehen jedes Jahr in dieses Haus. Es ist ein-fach grandios. Es wird sich auch weiterhin so grandios draußen darstellen, weil wir dieses Haus stärken und weil das Haus sich mit einer neuen Direktion, die jetzt bald gefunden wird, auch in Siebenmeilenstiefeln weiterentwickeln wird.

Der stellvertretenden Leitung, die von ihrer Befä-higung her das Haus ja auch selber leiten könnte, und dem Team immer wieder die Fähigkeiten ab-zusprechen, dieses Haus zu führen, ist einfach lä-cherlich. Das ist auch ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden dieses Hauses. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei der CDU und dem Bünd-nis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeis-terin! Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen irritiert bis erzürnt darüber, dass dieser Antrag immer noch auf der Tagesordnung des Rates steht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 53

Schließlich hat die Verwaltung in der Sondersitzung des Kunst-und-Kultur-Ausschusses auf Anfrage der SPD am letzten Dienstag, also vor zwei Tagen, genau dargelegt, wie der Prozess der Besetzung dieser Stelle jetzt läuft - inklusive der Gespräche, die geführt worden sind. Es ist klar, dass die Verwaltung mit dem EL-DE-Haus-Verein, mit den Mitarbeitenden und, und, und gesprochen hat.

Insofern ist dieser Antrag nicht nur obsolet, sondern vielleicht in gewisser Weise sogar ein bisschen schädlich. Denn wenn man jetzt sagt: „Ich will noch eine Findungskommission einziehen, ich will dieses und jenes machen, und ich will noch einmal definieren, wer eigentlich alles daran zu beteiligen ist“, kann es ja sein, dass das zu den Verzögerungen führt, die wir alle gar nicht wollen.

Am Anfang der heutigen Sitzung, direkt nach der aktuellen Stunde, haben wir darüber gesprochen, wie der Rat sich zu der Frage positioniert, was gegen rechts und für die Demokratie zu tun ist. Ich glaube, dass dieses Signal aus dem Rat ganz deutlich sagt: Natürlich brauchen wir solche Einrichtungen wie das NSDOK.

Das steht ja auch gar nicht infrage. Das finde ich das Ärgerliche an der Diskussion, die meines Erachtens auch mit der Anfrage im Kulturausschuss am Dienstag hätte beendet sein müssen, weil die Verwaltung, wie gesagt, sehr offen dargelegt hat, auf welche Weise dieser Prozess jetzt angestrengt wird und mit welchem Zeitrahmen das dann auch ganz schnell umgesetzt werden soll. Da kommt doch ein Zungenschlag hinein, der nicht in Ordnung ist.

Dann und wann wird ja der Politik vorgeworfen, Verwaltung zu spielen, und der Verwaltung vorgeworfen, Politik zu machen. An diesem Punkt ist allerdings klar, dass die Verwaltung ihre Arbeit machen muss. Wenn die Verwaltung uns transparent darlegt, was sie vorhat und auf welche Weise sie das vorhat, müssen wir der Verwaltung auch zutrauen, dass sie das dann auch tatsächlich umsetzt. Es ist in der Tat laut Gemeindeordnung nicht unsere Rolle, in diese Prozesse auch noch einzusteigen und dort selber noch einmal Hand anzulegen.

Es ist eigentlich alles gesagt worden, denke ich. Für mich ist dieser Antrag deswegen obsolet. Es ist klar, dass der Dialog in dieser Stadt weiterhin geführt wird, gerade auch zu der Frage dieser Be-

setzung. Es ist klar, dass es um die Eigenständigkeit des Hauses geht. Sie ist auch nie infrage gestellt gewesen.

Natürlich heißt „Eigenständigkeit des Hauses“ dennoch, dass sich alle an einen Tisch setzen, um ihre jeweiligen Profile miteinander auszutauschen, und dass auch die Museen im Dialog darüber stehen, was denn jeweils ihre eigene Aufgabe ist, wie ihr Profil aussieht und wie man das dann auch verknüpfen kann.

Nichts anderes war auch dieser Beschluss zur Historischen Mitte. Wir sollten das jetzt nicht überfrachten und nicht Zungenschläge in diese Stadt tragen, als sei da irgendetwas gefährdet. Auch ich bin im Gespräch mit dem EL-DE-Haus-Verein. Selbst der ist meines Erachtens langsam auch der Meinung, dass das alles auf einen guten Weg kommen kann, und zwar auf die Art und Weise, die jetzt angesprochen worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Sie werden sich vielleicht fragen, warum die FDP-Fraktion beim heutigen Antrag zur Besetzung der Leitungsstelle des NSDOK nicht als Antragsteller auftaucht. Schließlich haben wir im Kulturausschuss gemeinsam mit SPD und LINKEN eine sofortige Neubesetzung ebendieser Stelle gefordert. Ich darf Ihnen noch etwas verraten: Wir tauchen nicht nur nicht als Antragsteller auf; wir werden dem Antrag auch nicht zustimmen.

Ich will Ihnen auch die Frage beantworten, warum wir nicht als Antragsteller auftauchen. Bei der Diskussion um die Neubesetzung geht es nämlich um zwei unterschiedliche Aspekte - einmal um einen verfahrenstechnischen Aspekt und einmal um einen politischen Aspekt.

Wir Freien Demokraten bestreiten nicht, dass die Verfahrenshoheit bei der Besetzung bei der Verwaltung - sprich: bei der Oberbürgermeisterin - liegt. Deshalb können wir uns auch dem Punkt 2 dieses Antrags nicht anschließen, in dem ein Berater*innenkreis gefordert wird, der gemeinsam

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 54

mit der OB einen Ausschreibungstext entwirft und das Besetzungsverfahren begleitet. Dieses Recht und diese Pflicht liegen bei der Verwaltung.

Nebenbei bemerkt: Das von SPD, LINKEN, der FRAKTION und Frau Gabrysch vorgeschlagene Verfahren ist meines Erachtens - das hat Frau von Bülow auch schon angesprochen - dem Wunsch nach einer zügigen Besetzung alles andere als dienlich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Oper! Findungskommission! Hat es alles schon gegeben!)

Aber kommen wir zur politischen Dimension der Diskussion - das wird Ihnen jetzt vielleicht besser gefallen, Herr Detjen; dann brauchen Sie auch nicht mehr dazwischenzurufen - um die Neubesetzung und damit zu unserer Enttäuschung über das bisherige Vorgehen der Verwaltung. Dass es der Verwaltung nicht gelungen ist, die Stelle, die seit dem 1. November letzten Jahres vakant ist, zu besetzen, ist für die FDP nicht hinnehmbar.

Sie haben in der Tat - das ist richtig - schon in der April-Sitzung des Kulturausschusses gesagt, Herr Dezernent, dass in der 22. KW jetzt ein Besetzungsverfahren erfolgen soll. Aber ganz ehrlich: Das ist über ein halbes Jahr später. Und es wird dieser Stelle nicht gerecht, dass sie so lange unbesetzt geblieben ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dies war für uns auch der Grund, aus dem wir im Kulturausschuss den Antrag auf sofortige Neubesetzung der Leitungsstelle unterstützt haben. Das NSDOK ist ein Schatz in unserer Stadt und für unsere Stadt.

Es ist ein Schatz in unserer Stadt, weil es eine Gedenkstätte und ein demokratischer Lernort von großer Bedeutung ist. Die meisten Kölner Schülerinnen und Schüler sind hier zumindest einmal in ihrer Schullaufbahn unmittelbar mit dem Schrecken der NS-Herrschaft in Köln konfrontiert worden - eine Erfahrung, die tief wirkt.

Es ist ein Schatz für unsere Stadt, weil sich das NSDOK weit über die Grenzen Kölns hinaus einen exzellenten Ruf als Forschungsstelle zum Rechtsextremismus erworben hat. Es ist eben nicht ein Museum unter anderen historischen Museen; es ist ein einzigartiges Museum.

Diese Einzigartigkeit des NSDOK ist auch der Grund dafür, dass viele Gruppen in der Kölner Gesellschaft, aber auch bundesweit nicht verstehen können, warum die Stelle immer noch nicht besetzt ist.

Herr Kollege Elster, Sie haben eben von uninformatierten Journalisten gesprochen. Ich habe zumindest einen Artikel in der *FAZ* gelesen, der mir absolut nicht den Eindruck von Uninformiertheit machte. Da wäre ich vorsichtig mit der Beurteilung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Und der Sturm, der jetzt entfacht wurde, wie Sie gesagt haben, ist doch nicht auf den Antrag zurückzuführen, den wir im Kulturausschuss gestellt haben. Der Grund ist die langwierige Besetzungsgeschichte. Das hat den Sturm entfacht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Diese Kritik muss doch jedem zu denken geben. Sie ist politisch brisant. Ich bin daher den Kollegen und Kolleginnen von Grünen und Volt dankbar dafür, dass sie diese politische Dimension erkannt haben und in der Kulturausschusssitzung im April unseren Antrag unterstützt haben.

Meine Damen und Herren, ich schließe meine Ausführungen mit dem Wunsch, dass sich das NSDOK bald über eine neue Leitung freuen kann und das leidige Thema der Auseinandersetzung über diese Neubesetzung ein baldiges Ende hat. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Machen wir jetzt eine zweite Runde? Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herr Kockerbeck und ich hatten ja die konkrete Frage an die Verwaltung gestellt, inwiefern und über welche Formen der Verein einbezogen wird. Das muss ja kein Gremium sein. Die entsprechende Bestätigung - das haben wir auch beide in unseren Reden gesagt - würde dazu führen, dass wir unseren Antrag im Sinne einer heutigen Mitteilung der Verwaltung -

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 55

so wie es im KuK übrigens geschah; deswegen war das jetzt eine andere Mitteilung; dann würden auch wir zustimmen, dass wir damit d'accord gehen können - für erledigt erklären. Das haben wir beide so gesagt. Ich würde mich sehr über diese Bestätigung freuen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich gerne einmal Folgendes sagen: Herr Detjen, ich bitte Sie auch, in Zukunft genauer zuzuhören. Es gibt nämlich eine Findungskommission - abgesehen davon, dass die Oper eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist und die Findungskommission dort vielleicht anders aussieht. Aber Herr Charles hat eben auch erläutert, wie die Findungskommission zusammengesetzt wird.

Herr Charles ist auch - das wurde eben auch mehrfach betont - im Gespräch mit dem Förderverein des EL-DE-Hauses. Ich bin davon überzeugt - aber Herr Charles kann das gleich gerne noch einmal selber bestätigen oder es abstreiten -, dass auch der Förderverein ihm sicherlich gute Ratschläge gibt, was der Verein von einem Museumsdirektor erwartet. Insoweit wird er einbezogen. Eine Einbeziehung in die Findungskommission wird es nicht geben. - Herr Charles, sind Sie im Gespräch mit dem Förderverein?

Beigeordneter Stefan Charles: Genau so kann ich das bestätigen. Es hat schon Gespräche mit dem Verein gegeben - und auch mit den Mitarbeitenden. Wir haben auch schon schriftliche Rückmeldungen, die uns da wirklich helfen können - gute Hinweise, gute Ratschläge, die wir natürlich berücksichtigen. Sonst ist es genau so, wie Sie gesagt haben, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir beantragen eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten, bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann treffen wir uns im Viertel vor acht wieder. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
19.39 bis 19.46 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen. Ich würde gerne mit der Ratssitzung fortfahren. - Ich gebe noch mal der Antragstellerin das Wort. Für die SPD Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Nach unserer Beratung erklären wir, dass wir den Antrag im Sinne der heutigen Stellungnahme und, wenn wir sie ernst nehmen, auch im Sinne der Stellungnahme, die am Dienstag im Kulturausschuss getroffen wurde, als erledigt ansehen. Es ist sicherlich noch mal deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass wir weiterhin über Interpretationen und Visionen der historischen Mitte eng in den Austausch kommen und da auch unsere Konzepte wirklich deckungsgleich nebeneinanderlegen und diskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann komme ich jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt, und das ist ausweislich unserer Diskussion zur Tagesordnung der Tagesordnungspunkt 3.1.9, der gemeinsam mit TOP 3.1.12 behandelt wird:

3.1.9 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit und eines Masterplans Sauberkeit“
AN/0906/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1002/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1004/2022

3.1.12 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gründung einer Kölner Aktion gegen Vandalismus - Präventionsprogramm auf den Weg bringen“
AN/0813/2022

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 56

Ich gebe als Erstem Herrn Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen der heutigen Ratssitzung! Liebe Kolleg*innen von SPD und LINKE, wenn ihr mit so einer Art von Anträgen und Verhalten weitermacht, dann schafft ihr es noch, den Rat komplett leerzuspielen. Ich bitte doch, die Würde des Hauses weiter zu respektieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Wir sind, wie heute Nachmittag unsere Bürgermeisterin Bri von Bülow sagte, stakkatohaft beim Themenwechsel im Rat der Stadt Köln und kommen sofort nach diesem spannenden Thema - Volker Görzel, jetzt aufwachen! - zu den Masterplänen Kommunale Sicherheit und Sauberkeit.

Wir beauftragen heute die Erstellung von zwei Masterplänen, einmal für Sicherheit, einmal für Sauberkeit. Wir haben zwei Masterpläne, weil es verschiedene Akteure, verschiedene Handlungsempfehlungen sind, wobei gleichwohl die Schnittstellen betrachtet werden sollen.

Werfen wir erst einen Blick auf die kommunale Sicherheit. Obwohl sich die objektive Sicherheitslage in Köln in den vergangenen Jahren stetig verbessert hat und zum Beispiel die Polizei sagt, dass die Situation in vielen Bereichen der Kriminalität gut ist und sich verbessert hat, nachdem in den letzten Jahren unsere kritisch beobachtete Videoüberwachung ausgebaut worden ist, nachdem auch der Ordnungsdienst besser ausgestattet wurde, ist doch eine andere Wahrnehmung der Bürger*innen vorhanden: Durch Nachrichten von einzelnen Ausschreitungen in einzelnen Quartieren, durch Berichte zu einzelnen Gewalttaten oder auch durch individuelle Erlebnisse ist trotzdem eine Unsicherheit vorhanden. Und wir merken auch, dass in einer stetig komplexer werdenden Welt - nicht erst seit dem Ukraine-Krieg, auch durch die Pandemie und, und, und - das Grundbedürfnis nach Sicherheit und Schutz zunimmt.

Dabei sind die Anforderungen an Sicherheit und Schutz ganz unterschiedlich: Die Schutzbedürfnisse von Obdachlosen im Hinblick auf Übergriffe oder Stigmatisierung oder die Anforderungen und Bedürfnisse von Touristen, dass ihre Geldbeutel

nicht entwendet werden, oder von Anwohnerinnen, dass sie in einer sicheren Nachbarschaft leben wollen, all dies spielt dort mit rein. So vielfältig die Akteure im öffentlichen Raum sind, so vielfältig muss auch der Masterplan Kommunale Sicherheit sein. Wir wissen, dass mit dieser Art von Sicherheit und Schutz ein wichtiger Beitrag zu einem guten Leben in Köln geleistet wird.

Unsere heutige Beauftragung der Erstellung eines Masterplans Kommunale Sicherheit schafft die Grundlage für eine integrierte Strategie zur Beibehaltung und Ausgestaltung von Sicherheit auf kommunaler Ebene. Viele Akteure, Behörden, Dienststellen arbeiten seit Jahr und Tag an diesen Sicherheitsfragen. Diese Vielfältigkeit muss sich auch bei der Erstellung des Masterplans Kommunale Sicherheit widerspiegeln - natürlich unter Beteiligung der Bundes- und Landespolizei, unseres Ordnungsamts und der Deutschen Bahn, aber auch der Stabsstelle Diversity, der freien Träger der Jugendhilfe und auch zivilgesellschaftlicher Gruppen, die auch mal bestehende Sicherheitskonzepte kritisch hinterfragen. All die sollten einbezogen werden. Bei den geplanten Beteiligungsformaten ist es uns auch wichtig, dass die Perspektive von Kindern und Jugendlichen miteinbezogen wird. Sie blicken immer mit ganz anderen Augen auf unsere Straßen und Plätze. Ihre Anforderungen wollen wir berücksichtigen.

Das heißt, heute beauftragen wir den wichtigen Prozess der Erstellung des Masterplans Kommunale Sicherheit. Wir wissen alle, dass der Erstellungsprozess fast genauso wichtig ist wie das Ergebnis später, und wollen, dass der Plan, wenn alles gut läuft, im dritten Quartal 2023 vorgelegt wird. Und natürlich werden bis dahin alle Sicherheitsthemen und -fragen weiter bearbeitet; nichts bleibt ruhend liegen. Die Zusammenführung soll bis Ende 2023 erfolgen.

Ich komme ganz kurz auf die anderen Anträge zu sprechen. Heute Morgen kam die Tischvorlage von den LINKEN rein. Wir waren schon fast beleidigt, dass gar nichts reinkam. Jetzt ist sie da. Ihr habt eine sehr begrenzte, rein kommunale Sicht auf die Sicherheitsfragen und schaut gar nicht auf den interkommunalen Vergleich, auf andere Stakeholder. Insofern werbe ich dafür, dass ihr, nachdem wir eure Vorlage abgelehnt haben, unserem Antrag zustimmt.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der LINKEN: Ist schon wieder Weihnachten?)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 57

Denn ich glaube, dass sich eure Gedanken bei uns wiederfinden werden.

Wir behandeln ja den Antrag der SPD mit; so war es vereinbart. Vandalismus haben wir zum Beispiel bei den Einzelfällen aufgebrochener Schlösser von E-Bikes usw. Das ein reales Thema, bei dem eine eskalierende Sprache zu Aktionismus führt. Wir sehen nicht, dass wir in Köln einen „grassierenden Vandalismus an Schulen“ und im öffentlichen Raum haben. Wir sehen eher in manchen Punkten einen grassierenden Vandalismus in der Sprache der SPD.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zurufe von der SPD)

Jetzt ist die Zeit abgelaufen. Beim Thema Sauberkeit haben wir einen Blick darauf, dass wir schon das Konzept des Zero Waste haben, das da mitberücksichtigt werden soll, ebenso die vielen Stakeholder. Die vorhandenen Kompetenzteams in der Verwaltung, im Dezernat III, wirken mit. Es gibt schon Kompetenzteams für Sauberkeit, die hier mit reinlaufen müssen.

Wir werden dann im dritten Quartal 2023 gemeinsam die Masterpläne würdigen, diskutieren, bewerten und auch beschließen und damit einen wichtigen Beitrag zu einem guten Leben in Köln leisten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerraum und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für das Zusammenleben und das Wohlfühlen aller Kölnerinnen und Kölner, aber auch aller Besucherinnen und Besucher in unserer schönen Stadt sind Sicherheit und Sauberkeit wichtige Bausteine. Sie tragen zur Lebensqualität bei und sind vielfach konstitutiv für die Wahrnehmung von Freizeitaktivitäten. Denn wer nutzt beispielsweise am Wochenende gerne die Klubszene nachts in der Innenstadt, wenn der Weg dorthin nicht sicher ist? Das ist nur ein Beispiel dafür, welche Auswirkungen es hätte, wenn eine Stadt nicht sicher und am Ende auch sauber wäre.

In den letzten Jahren haben wir hier im Kölner Stadtrat - im AVR, aber auch hier - eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit beschlossen. Das haben wir im Haushalt entsprechend abgebildet, das heißt, die Maßnahmen waren auch immer finanziell unterlegt. Aber wir haben auch erkannt, dass im Zusammenspiel mit den anderen Akteuren, insbesondere auch mit den Sicherheitskräften des Landes und unseren kommunalen Unternehmen, immer wieder Lücken entstanden sind und die Maßnahmen sich meistens nur auf kleine Teilbausteine bezogen haben. Deshalb ist es wichtig, das Ganze zusammenzuführen und diese Aktivitäten so zu koordinieren, dass wir insgesamt für Köln, für die Bewohnerinnen und Bewohner und für die vielfältigen Gäste unserer Stadt, ein vernünftiges Sicherheitsbild darlegen. Dazu gehört insbesondere auch die enge Zusammenarbeit - Manfred Richter sprach es an - mit allen Beteiligten, weil hier natürlich nicht nur das Ordnungsrecht dazu beiträgt, die Situation besser zu gestalten. Vielmehr wollen wir auch auf Sozialverbände, Streetworker und ähnliche Akteure setzen, um die Situation zu verbessern.

Wir haben herausgehobene Brennpunkte wie den Neumarkt oder Teile des Rudolfplatzes, wo sicherlich andere Maßnahmen nötig sind als in den städtischen Grünanlagen, wo nach den Wochenenden die Reinigungsleistungen drastisch erhöht werden müssen, weil das Thema Zero Waste in den Gedanken der Bürgerinnen und Bürger der Stadt derzeit eben noch keine große Rolle spielt. Hier brauchen wir neue Ansätze; denn auch das gehört zum Thema Lebensqualität dazu.

Das Entscheidende ist - und das betrifft die Sauberkeitsseite -, dass wir eine ordentliche Abstimmung zwischen den kommunalen Akteuren in der Verwaltung, aber auch zwischen den stadteigenen Betrieben haben. Denn es macht absolut Sinn, beispielsweise die Sauberkeit bei den Kölner Verkehrs-Betrieben genauso einzubeziehen wie die Sauberkeit in unseren Grünanlagen und die Reinigung unserer Straßen. Hier bedarf es abgestimmter Konzepte, die dann auch mit Geld zu unterlegen sind. Ich glaube, dass die ersten Ansätze in den letzten Jahren gezeigt haben, dass man teilweise auch mit wenig Geldeinsatz eine ganze Menge erreichen kann und damit zur Attraktivierung von ganzen Bereichen beitragen kann.

Im Bereich der Sicherheit gilt es, auch das Thema Stadtentwicklung miteinzubeziehen, weil gerade

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 58

die Beseitigung von Angsträumen in unserer Stadt eine wichtige Maßnahme ist. Ein schönes Beispiel ist der Ebertplatz; wir werden an anderer Stelle noch über Reaktivierungen und Attraktivierungen reden. Hier zeigt sich, was man mit kleinen städtebaulichen Eingriffen erreichen kann. So ist ein Platz, der über Jahre eher ein Hort der Kriminalität war, zwischenzeitlich wieder ein Platz der Lebensqualität geworden. Wir stellen es uns nicht nur für die Innenstadt, sondern auch für unsere Außenbezirke so vor, dass wir in der Breite eine sichere und saubere Stadt schaffen, im Zusammenspiel mit den einzelnen Akteuren. Ich glaube, das ist besonders wichtig.

Dazu gehört sicherlich auch der Bildungsbereich. Wenn wir das Thema im schulischen Bereich vielleicht etwas stärker ausprägen würden, dann könnten vielleicht die bisherigen Maßnahmenkataloge im Bereich Sauberkeit, die wir hier im Rat einstimmig beschlossen haben, auch mal erfolgreich umgesetzt werden. Aktuell wäre unser Ordnungsamt, wenn es hier alle Delikte konsequent verfolgen würde, hoffnungslos überlastet. Deshalb: Lasst uns dort gemeinsam vorankommen.

An die Kolleginnen von LINKEN und SPD, die ja in gewisser Weise in dieselbe Richtung argumentieren: Wir werben für die Zustimmung zu unserem Antrag. Er wird uns nach vorne bringen, und dann können wir die anderen Punkte ebenfalls erledigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von der SPD das Wort? - Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren draußen an den Bildschirmen und die letzten hier im Saal! Es ist schon vieles zum Thema gesagt worden. Ich glaube, wir sind uns einig: Eine Stadt wie Köln braucht Sauberkeit, braucht Sicherheit. Aber was wir eigentlich nicht brauchen, ist eine Masterplanitis.

(Beifall bei der SPD)

Im Moment habe ich das Gefühl, dass alles, was bisher nicht gelöst wurde, in irgendwelche Kommissionen oder Masterpläne verlagert wird.

Liebes Ratsbündnis aus Grünen und CDU, wenn ich mal daran erinnern darf: Seit 2015 stellen Sie die Oberbürgermeisterin bzw. sie wird zumindest von Ihnen unterstützt. Seit 2016 bilden Sie ein Bündnis. Sie haben jetzt also sechs Jahre Zeit gehabt, um sich auch um diese Thematik intensiver zu kümmern. Und siehe da - so viel auch zum Thema Wahlkampf, den angeblich nur die anderen machen -, kurz vor der Landtagswahl merken Sie doch: Da gibt es ein Thema, bei dem wir hier in Köln noch nicht so richtig gut aufgestellt sind, da muss man noch mal schnell ein paar Masterpläne beschließen. - Wir wollen uns denen ja gar nicht verwehren; aber der Stillstand und der Schmutz, die Unordnung, die Angsträume, die wir heute haben, müssten nicht sein, wenn Sie in den letzten Jahren Ihre Hausaufgaben gemacht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Und noch etwas ist auffällig: Statt uns jetzt konkrete Lösungen zu präsentieren, statt uns schon zu sagen, wo Sie denn eigentlich hinwollen - und ich glaube, wenn Sie draußen die Kölnerinnen und Kölner befragen, dann merken Sie sehr schnell, wo der Hase im Pfeffer liegt -, kommen Sie mit ein paar Masterplänen, frei nach dem Motto: Wenn du nicht mehr weiterweißt, dann gründe einen Arbeitskreis. - Sie holen mal alle zusammen, die in irgendeiner Weise mit dem Thema zu tun haben. Das mag alles sinnvoll sein; aber Handlung ist angesagt, meine Damen und Herren. Stattdessen tagen wir wieder in Masterplan-Arbeitskreissitzungen und überlegen uns, was alles noch getan werden könnte. Ich glaube, dies ist alles andere als das, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten. Dennoch: Lieber dies als gar nichts. Wir sind durchaus der Meinung, dass man am Ende ein Stück weiterkommt, wenn wir dem folgen.

Allerdings will ich auch darauf hinweisen: Die SPD hat in den letzten Jahren viele gute Vorschläge gemacht. Ich glaube aber: Nur weil es die SPD war, weil SPD draufstand, sind all die Anträge zu Spielhallen und Wettbüros, zum Nachtbürgermeister, zur besseren Ausstattung des Ordnungsamtes, zur Abfallvermeidung nicht beschlossen worden. Stattdessen hat man gesagt: Es ist ja Wahlkampf, es ist von der SPD, machen wir nicht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 59

Mal schauen, was Sie gleich mit unserem Vandalismuspräventionsantrag machen. Sie haben ja völlig recht, Herr Petelkau: Wir müssen früher anfangen, wir müssen vorne anfangen und Menschen dahin bewegen, sich im öffentlichen Raum anders zu verhalten. Dafür müssen wir auch Prävention betreiben, und dazu dient jetzt unser Antrag. Gerade anlässlich einer Situation, in der wir von mehreren Tausend Leihfahrrädern der KVB am Ende nur noch ein paar Hundert einsatzbereit hatten - das sollte man nicht bagatellisieren, lieber Manfred Richter -, ist Handlungsbedarf angezeigt. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn dieser Antrag gleich hier eine Mehrheit finden würde; aber wahrscheinlich tut er das nicht.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, da sind ganz neue Ansätze zu formulieren, weil wir ein neues Problem haben. Sauberkeit ist ein Problem, das die CDU schon in ihrem Wahlprogramm gehabt hat, das auch Andreas Kossiski mit einem ganz ähnlichen Ansatz, wie er jetzt hier formuliert wird, in seinen Oberbürgermeisterwahlkampf eingebracht hat. Da war das alles pfui; jetzt machen wir das.

Weil wir aber meinen, dass dies ein Ansatz ist, den man vor fünf, sechs Jahren hätte verfolgen können, wollen wir uns ihm heute nicht verschließen. Wir wollen ihn aber am Ende insofern präzisieren, dass wir in dieser Stadt Verantwortlichkeit brauchen. Auch dazu sagt dieser Antrag nichts. Was macht denn am Ende dieser Masterplan? Wer hat denn bei den Themen Sauberkeit und Sicherheit den Hut auf? Das ist doch ein Teil des Problems: viel zu viele Zuständigkeiten schon in der Stadtverwaltung und darüber hinaus. Also lasst uns heute klare Zuständigkeiten mit auf den Weg geben, damit ein Ergebnis dieses Verfahrens ist, dass einer oder eine in dieser Stadt den Hut aufhat, wenn es um Sauberkeit geht, und einer oder eine, wenn es um Sicherheit geht. Das wollen wir sozusagen als Teil dieses Verfahrens verstanden wissen.

Genauso meinen wir: Die Prioritätensetzung - und da kommen jetzt auch noch mal unsere Bezirke ins Spiel - müssen wir noch gemeinsam mit denen, die vor Ort sind, die die Stadt am besten kennen, nämlich mit unseren Bezirksvertretern organisieren. Deswegen darf sich die Prioritätensetzung nicht einfach auf urbane Stadtteile beziehen, wie es in Ihrem Antrag steht. Lasst uns vielmehr genau hingucken, wo in den verschiedenen Stadtbezirken die Bedarfe sind. Lasst uns das mit den

BVen ermitteln. Ich glaube, dann können wir sehr viel zielgerichteter die Angsträume beseitigen.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir hier Ihren Antrag ergänzt um den aus unserer Sicht konkretisierenden Änderungsantrag, den wir gerade hier eingebracht haben, beschließen könnten, genauso wie den Antrag zum Vandalismuspräventionsprojekt, wo wir sagen, dass wir analog zur KASA eine breite Allianz brauchen, damit wir so etwas wie das, was wir gerade mit den KVB-Rädern erlebt haben, vermeiden können. Ich glaube, wenn wir das alles heute im Paket beschließen, dann kommen wir tatsächlich ein Stück weiter. Aber noch einmal: Handeln ist angesagt, nicht Tagen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß heute nicht, was ernst gemeint ist und was nicht. Natürlich sind die Zuständigkeiten für Sauberkeit und Sicherheit geregelt, und sowohl die Stadtdirektorin als auch der Beigeordnete des achten Dezernats, der für Sauberkeit zuständig ist, nehmen an dieser Sitzung teil.

Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! An diejenigen vor dem Stream: Vielen Dank, dass Sie noch durchhalten! Es wird auch noch eine Weile dauern.

Dass die Geschicke einer Stadt in den vergangenen Jahrhunderten in erster Linie von Männern gelenkt wurden, spiegelt sich in unserer Lebensrealität heute wider, auch wenn uns Männern das oftmals nicht bewusst ist. Denn männliche Politiker und Stadtplaner haben selbstverständlich einen anderen Blick auf die Bedürfnisse der Bewohner*innen einer Stadt als Frauen. Sie konnten sich oftmals nicht vorstellen, wie es wäre, im öffentlichen Raum belästigt zu werden, als Schwangere oder menstruierende Frau dringend eine Toilette zu benötigen oder mit Kindern verzweifelt einen Platz zum Windelnwechseln zu suchen. Daher ist es allerhöchste Zeit, Sicherheit und Sauberkeit in Köln im 21. Jahrhundert auf den Prüfstand zu stellen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 60

Daher möchte ich in dem Kontext, auch weil meine beiden Vorredner Herr Richter und Herr Petelkau schon viele andere Aspekte herausgegriffen haben, auf diesen Aspekt der Sauberkeit, nämlich die öffentlichen Toiletten eingehen, auch wenn das Thema „Frauen und Stadtplanung“ natürlich ein viel größeres ist. Ich bitte, zu verzeihen, dass wir es in dieser Ratssitzung nicht komplett aufrollen. Für eine Millionenstadt in einem der reichsten Länder der Welt ist es ein Armutszeugnis, dass wir es bis jetzt nicht hinbekommen haben, ausreichend öffentliche Toiletten auf dem Kölner Stadtgebiet bereitzustellen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Hier erwarten wir durch diesen Antrag schnelle Besserung.

Nun zur Struktur und zu einzelnen Aspekten dieses Antrags: Im ersten Schritt erhalten wir durch die Status-quo-Berichte einen schnellen Überblick, eine eindrückliche Übersicht über die aktuellen Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit und Sauberkeit, auch bezüglich des gerade angesprochenen Themas. Im zweiten Schritt wird die Stadtverwaltung gemeinsam mit Akteur*innen aus Sicherheitsbehörden, Sozialamt, Stadtplanung, Verkehrsbetrieben, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und vielen weiteren umfassende Konzepte erstellen, die zu einer Verbesserung des Kölner Stadtbildes beitragen. Insbesondere auch Kinder und Jugendliche sollen hier explizit eingebunden werden, sodass ihre Bedürfnisse an dem Punkt nicht untergehen. Das Thema „Einbindung von Kindern und Jugendlichen“ steht ja gleich auch noch auf der Tagesordnung. Besonders hervorheben möchte ich hier die Verbindung zum Zero-Waste-Konzept. Diese Stringenz zeigt, dass das Konzept auch in diesem Kontext ein ganz wichtiges Thema ist.

Nun zu den Änderungsanträgen von LINKEN und SPD, über die ich mich beim Lesen dann doch gefreut habe, weil das ja am Ende bedeutet, dass Sie auch zustimmen werden; denn da steht ja jetzt nicht viel anderes drin.

LINKE, Punkt 1: Nur kommunal zu verantwortende oder durchzuführende Maßnahmen sollen im Bericht erscheinen. - Ich bin mir relativ sicher, dass unsere Stadtverwaltung, wenn sie diesen Masterplan erarbeitet, nur Dinge planen wird, die sie auch selber durchführen kann, und nichts, was irgendwo anders durchgeführt werden sollte. Alles andere wäre ja auch wenig sinnvoll.

Auch Punkt 3 Ihres Antrags ist eine überflüssige Änderung; denn die Formulierung „urbane Zentren in der Innenstadt und den Stadtteilen“ unter Punkt 4 unseres Antrags deckt sie schon ab. Also gibt es auch hier keine große Differenz. Von daher freue ich mich, dass Sie das genauso sehen.

Punkt 4: Sie wollen über die Masterpläne am Ende im Rat entscheiden lassen. - Nun, die Masterpläne gehen ja in die Ausschüsse; das steht bei uns unter Punkt 6. Wenn Sie also möchten, dass das im Rat dann noch mal diskutiert wird, können wir in den Ausschüssen besprechen, ob es sinnvoll ist, dass der Rat darüber entscheidet. Diese Möglichkeit haben wir ja im Prozess.

Zum Antrag der SPD. Herr Joisten, Sie haben kritisiert, dass die konkreten Vorschläge fehlen. Aber im Änderungsantrag waren ja jetzt auch keine konkreten Vorschläge.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Zu Punkt 4 in Ihrem Änderungsantrag, nach dem eine verantwortliche Stelle innerhalb der Stadtverwaltung benannt werden soll, hatte ich mir gerade schon etwas Schönes aufgeschrieben. Ich könnte es aber nicht besser sagen, als es die Frau Oberbürgermeisterin gerade schon getan hat. Von daher spare ich mir das. Ich denke, wir wissen ganz genau, wer in der Stadtverwaltung verantwortlich ist und wer uns dann auch entsprechend in den Ausschüssen berichtet.

(Zuruf von der SPD: Deswegen läuft es ja so gut!)

Zu Ihrem Punkt 5: Ich sehe - wie bereits bei den LINKEN - keinen Mehrwert in Ihrem Zusatz. Die Veedelszentren und natürlich ihre Bezirksvertretungen werden mitgedacht und einbezogen. Wie könnte es denn anders sein? Wie soll es denn anders funktionieren? Ohne sie wird das nicht gehen.

Also freue ich mich über eine breite Mehrheit; denn die Ergänzungen hier sind ja jetzt nicht fundamental. Mit der Umsetzung unserer Masterpläne wird die Lebensqualität der Kölnerinnen und Kölner gesteigert und Köln seinem Ruf als schönste Stadt Deutschlands in jeder Hinsicht hoffentlich nun für alle Geschlechter gerechter. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 61

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von den LINKEN das Wort? - Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer zu Hause! Unser Änderungsantrag zu den Masterplänen ist ein Ersetzungsantrag. Er beinhaltet vier Punkte, wie eben auch schon angesprochen.

Erstens. Wir möchten nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Wir wollen nicht gleichzeitig einen Bericht beschließen, der uns erst mal die Situation und den Handlungsbedarf vor Augen führt, und im selben Schritt die Entwicklung zweier Maßnahmenpakete in Auftrag geben. Wir wollen erst die Situation kennen und danach entscheiden, ob Masterpläne notwendig sind. Schließlich beschäftigten sie viel Personal, und das ist knapp in der Verwaltung. Da sollte man vorher den kleinen, aber wichtigen Zwischenschritt einlegen und erst einmal ernsthaft die Status-quo-Berichte lesen, bevor sie in der Schublade verstauben. Aber wir haben Wahlkampf - das haben wir ja heute hier schon öfters gehört -, und das erklärt die hektische Aktivität.

Zweitens. Wir wollen die Preisschilder der einzelnen Maßnahmen kennen. Manches Wünschenswerte ist nicht finanzierbar. Zum Beispiel wünschen sich viele Kölnerinnen und Kölner flächendeckende Kontrollen des Ordnungsamtes, ob Hundebesitzer auch immer schön die Hinterlassenschaften ihres Tieres entsorgen. Das ist aber schlichtweg zu teuer.

Drittens. Auch das Sozialamt, die Jugendverwaltung und das Gesundheitsamt sind wichtige Akteure, was Sicherheit und Sauberkeit angeht. Sie haben einen Blick auf die Situation, der durch Helfen geprägt ist, weniger durch Bestrafung. Auch dieser Blickwinkel muss eine wichtige Rolle beim Erstellen der Status-quo-Berichte spielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss. Wir wollen, dass genau herausgearbeitet wird, wie viele Gelder für Maßnahmen in die Innenstadt fließen und wie viele in die Randbezirke. Wir wollen untersuchen, ob das Links- und das Rechtsrheinische gleichbehandelt werden oder nicht. Und wir müssen Aussagen darüber bekommen, wie viel Geld für die Lebensqualität in armen Veedeln in die Hand genommen wird

und was die reichen Veedel bekommen. Ohne all diese Erkenntnisse sind die beiden Status-quo-Berichte nicht wirklich aussagekräftig, und ohne fundierte Information wird es keine gerechte Entwicklung der Lebensqualität in den einzelnen Veedeln geben.

Der Antrag zu einem runden Tisch gegen Vandalismus - TOP 3.1.12 - lehnen wir ab. Prävention gegen Vandalismus klingt zwar vernünftig; wir glauben aber nicht, dass die hier vorgeschlagene Vernetzung an einem runden Tisch das Problem löst.

Im Alter von 13 bis 21 Jahren haben Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich viele dumme Ideen. Vandalismus gehört dazu. Das ist kein neues Phänomen; das wissen wir alle. Neu ist die Schnelligkeit, mit der solche dummen Ideen sich verbreiten. Früher konnten einzelne Täter und Täterinnen vielleicht noch ein, zwei Freunde dazu überreden, aus Langeweile oder Übermut Dinge im öffentlichen Raum zu beschädigen oder zu zerstören. Heute wird so eine Idee tausendfach im Netz geteilt. Darum ist der Schaden weitaus größer als in früheren Zeiten. Aber das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und das werden wir nicht auf kommunaler Ebene lösen. Natürlich muss es Aufklärung und Gespräche mit den Jugendlichen in Schulen und Jugendzentren geben; aber das passiert auch heute schon. Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiterinnen bemerken solche Phänomene.

Ich möchte hier ganz klar betonen: Auch die Eltern sind gefordert, ihren Kindern schon in der Kindheit beizubringen, den Abfall in die Mülltonne zu werfen und keine Beschädigungen vorzunehmen. Mein Neffe, der 30 Jahre alt ist, hat mir noch gesagt: Uschi, das hat doch auch was mit der Erziehung zu tun, wie die Jugend heute das alles handhabt. - Über Gespräche muss Einsicht bei den Jugendlichen wachsen. Anders kann dieses Phänomen nicht bekämpft werden. Wollen wir die Sozialarbeiter jetzt bei ihrer Arbeit mit den Jugendlichen belassen, oder sollen sie in Vernetzungsrunden am runden Tisch sitzen? Wir sind für die Arbeit direkt mit den Jugendlichen.

Wenn die Täterinnen und Täter erwischt werden, werden sie natürlich bestraft; aber ist eine Illusion, dass wir den öffentlichen Raum flächendeckend überwachen können. Das wollen wir LINKEN auch nicht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 62

Ihr Verweis auf die Kölner Anti Spray Aktion ist noch ein Argument für unsere Ablehnung. Die Graffiti in Köln haben in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen. Wir haben nicht den Eindruck, dass die Kölner Anti Spray Aktion gut funktioniert. Wir denken, dass ein runder Tisch „Vandalismus“ ebenso nutzlos wäre. - Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von der FDP das Wort? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin von den LINKEN, mein Kompliment für Ihre besonnene, auch inhaltlich gute und zutreffende Rede! Das möchte ich hier deutlich machen.

(Beifall bei Teilen der FDP und der LINKEN)

Lieber Christian, du hast vollkommen recht. Ich hatte auf meinem Sprechzettel auch stehen: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann gründe ich einen Arbeitskreis. - Frei übersetzt: Wenn ich nicht mehr weiterkann, beauftrage ich einen Masterplan.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Denn das, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den Grünen und von der CDU, was Sie hier präsentieren, ist ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der FDP)

Es offenbart die Unfähigkeit, Ihre vielen eigenen beschlossenen Konzepte und Pläne zu erkennen, geschweige denn umzusetzen. Das ist Wahlkampfgetöse, liebe Freundinnen und Freunde.

Was wir erleben, ist Folgendes: Eigentlich wollen Sie den globalen Gigaplan, den Plan, der alles löst, der Plan, der alle Fäden, die diese Stadt zusammenhalten, zusammenführt. Das wird nicht gelingen. Und dafür wollen Sie allen Ernstes Steuergeld in Höhe von 350 000 Euro einsetzen. Damit könnten Sie zehn Menschen bei der AWB anstellen. Das wäre sinnvoller; sie hätten einen höheren Output als Ihr Antrag.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Ich habe eben die Zeit während der Redebeiträge der Kolleginnen und Kollegen genutzt, um mal das Wort „Masterplan“ in unser System Mandatos einzugeben, und ich habe nur die Masterpläne herausgesucht, die mit den Themen zusammenhängen, von denen eben berichtet wurde. Es gibt den Masterplan Innenstadt. Die Älteren erinnern sich: Da kam ein Architekt aus Frankfurt, ein Heer Speer, von der IHK bezahlt, mit einem sensationellen Masterplan. Viele von Ihnen waren damals bei den Präsentationen dabei. Was wurde umgesetzt? Jawohl, das KVB-Begleitgrün auf der Cäcilienstraße, ansonsten nichts.

(Zurufe)

Wir haben einen Masterplan Grün. Wir haben kürzlich einen Masterplan Parken beschlossen; auch Sicherheit wurde dort genannt. Wir haben einen Masterplan Licht. Wir haben ein Toilettenkonzept. Wir haben, hier in diesem Rat kürzlich beschlossen - Frau Schneeloch erinnert sich; wir haben uns heftig Komplimente gemacht -, einen Masterplan Zero Waste zur Abfallvermeidung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das alles. Wir haben hier kein Masterplandefizit; wir haben ein Vollzugsdefizit.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Ich kann es nicht deutlicher sagen - read my lips - : Das ist Volks- und Wählerverdummung, was Sie hier anstellen. Sie tun gerade so, als müssten wir erst mal eruieren, was es denn alles gibt, durch Status-quo-Berichte. Hätten Sie die Zeit genutzt und mal im Internet recherchiert, dann hätten Sie einen Status quo. Sie kennen ja alle den Status quo; aber Sie tun gerade so, als wären die Verwaltung und wir in den letzten Jahren untätig gewesen. Das ist unehrenhaft, und das ist auch ein bisschen schäbig.

Ich muss an dieser Stelle die Verwaltung ausdrücklich in Schutz nehmen. Sie tun doch gerade so, als würden die Ämter, als würden die Dezernate nichts tun und tatenlos zusehen. Viele von Ihnen sind doch bei der AWB im Aufsichtsrat. Sie tun doch gerade so, als würden wir nicht seit Jahren tagein, tagaus in allen Bezirksvertretungen, in allen Gremien nichts anderes tun als dahin zu schauen. Natürlich sind Sicherheit und Sauberkeit immer auf der Agenda. Deswegen an alle Zuschauerinnen, wenn sie draußen noch dabei sein

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 63

sollten: Lassen Sie sich bitte hier nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Ich habe mir den Antrag in der Tat auch mal durchgelesen - Zeit war ja genug. Da werden ja auch alle Stakeholder, neudeutsch: Player, genannt. Die Kammern, die Innungen, die Kölner Anti Spray Aktion - wie sie alle heißen - sitzen da in irgendwelchen Runden, aber die Politik ist ja gar nicht eingebunden. Das Ergebnis soll ja nur vorgelegt werden. Deswegen waren wir als FDP-Fraktion fast versucht, einen Ergänzungsantrag zu stellen, dass ein Begleitgremium aus der Politik gegründet wird,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der LINKEN)

das die Umsetzung dieses Antrags, die Konzepterstellung für diesen mega-giga-globalen, alles umfassenden Plan begleitet. Aber diese Blöße wollten wir uns nicht geben.

Volksverdummung, Wahlkampfgetöse, auch die beiden Änderungsanträge, das alles muss dahin, wo der ganze Dreck hingehört - ich sage es wirklich pointiert, überspitzt -, das alles muss bitte in die Tonne. Und wenn sich jeder daran halten würde, dann wäre Köln sauberer. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von der AfD das Wort? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn die sozialdemokratische Hauspostille in dieser Stadt, der *Kölner Stadt-Anzeiger*,

(Lachen bei der SPD)

jüngst sichtlich erschüttert über eine Vandalismuswelle berichtet, der die halbe Leihradflotte der KVB zum Opfer fällt, na, dann ist klar, dass sich die Kölner SPD genötigt sieht, hierzu einen entsprechenden Antrag einzubringen. Und Ihrem Antrag, liebe SPD, könnte man ja etwas abgewinnen, wenn er denn wenigstens den Leitsatz von einem der erfolgreichsten Sozialdemokraten der Britischen Inseln, nämlich Tony Blair, folgen würde. Von Tony Blair stammt nämlich die Aussage: hart gegen die Gewalttäter, hart gegen die

Ursachen der Gewalt. - Aber nein, Ihr Antrag fabuliert wieder nur von noch mehr Sozialarbeitern, noch mehr Streetworkern, kurz: noch mehr von alldem, was schon in der Vergangenheit nicht funktioniert hat, liebe SPD. Über die wahren, tieferliegenden Ursachen der Misere schweigen Sie sich vornehm aus.

Da will ich gerne versuchen, Ihnen ein bisschen bei der Ursachenforschung zu helfen. Kurz gesagt, liebe SPD, fällt Ihnen hier gerade die verfehlte sozialdemokratische Gesellschafts-, Bildungs- und Justizpolitik der vergangenen Jahrzehnte auf die Füße. Das Ganze reicht weit zurück, bis in die 60er-Jahre, als die 68er mit der fatalen Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen anfang und etliche Sozialdemokraten dies gerne aufgriffen.

(Beifall bei der AfD)

Und schon damals, meine lieben Kollegen von der SPD, haben Sie sich da auf eine ganz schiefe Bahn begeben. Denn eines ist klar: Gewalt, ganz gleich, gegen wen oder was, bleibt immer Gewalt. Heute, liebe SPD, können wir sehen, wohin es führt, wenn man ein nicht geklärtes Verhältnis zur Gewalt hat.

Später dann - die Älteren unter Ihnen werden sich vielleicht noch erinnern - war es das SPD-Mitglied Oskar Lafontaine, der die bürgerlichen Tugenden in unserem Lande verächtlich gemacht hat, indem er Respekt vor fremdem Eigentum, Anstand, Fleiß, Ordnung, Sauberkeit usw. als sogenannte Sekundärtugenden abgetan hat, mit denen man ja angeblich auch ein KZ führen könne. Heute, liebe SPD, können wir sehen, wohin das führt.

Vor zwölf Jahren war es wieder die SPD, diesmal zusammen mit den Grünen, die in Nordrhein-Westfalen die Kopfnoten abgeschafft haben. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wer meint, darauf verzichten zu können, Kindern und Heranwachsenden frühzeitig eine klare Rückmeldung zu ihrem Sozialverhalten zu geben, zu ihrem Verhalten in den Bereichen Rücksichtnahme, Gemeinsinn, Einhalten von Regeln etc., der darf sich doch nicht wundern, liebe SPD, wenn plötzlich eine Horde von TikTok-Zombies die halbe KVB-Leihradflotte demoliert.

(Unruhe)

Heute, liebe SPD, können wir sehen, wohin das führt.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 64

Nicht zuletzt waren es die sozialdemokratische Ponyhofpädagogik und Ihre Kuscheljustiz nach dem Motto: Du, Kevin, das macht mich jetzt aber echt betroffen, dass du heute Nacht wieder ein halbes Dutzend KVB-Leihräder gespoilert hast.

(Beifall bei der AfD)

Heute, liebe SPD, können wir sehen, wohin das führt.

Dass nun ausgerechnet die KVB, der bedeutendste Erbhof der Sozialdemokratie in Köln, Opfer dieser über Jahrzehnte verfehlten Bildungs-, Gesellschafts- und Justizpolitik wird, das entbehrt nicht einer gewissen Tragik. Ich weiß auch nicht, was man dazu sagen soll. Vielleicht Folgendes: Die Revolution frisst ihre Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Sehr wohl weiß ich aber, was selbst ein in der Wolle gefärbter, sozialdemokratisch sozialisierter Oberstudienrat zu Ihrem Antrag sagen würde. Er würde sagen: Liebe Genoss*innen, setzen, sechs!

Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diesen Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier und vor dem Bildschirm! Wir haben uns ein wenig über den Antrag zu den Masterplänen Kommunale Sicherheit und Sauberkeit gewundert; denn uns ist nicht ganz klar, ob diese Masterpläne eben auch beinhalten, was die Definition von Sicherheit und Sauberkeit ist. Ich glaube, da hat in der Stadt Köln jeder eine etwas andere Auffassung. Ich zum Beispiel finde es überhaupt nicht sauber, wenn der Grünstreifen, an dem eben noch schöne Pflanzen gewachsen sind, vom Grünflächenamt einfach so weggeschreddert wird, im Sinne der Sauberkeit des Stadtbildes.

Jetzt steht hier etwas von „externer Expertise“. Interkommunaler Austausch mit relevanten Stakeholdern ist richtig; ja, dem stimme ich zu. Aber wieso wieder externe Beratungsfirmen?

Was wollen wir noch alles abgeben, und wieso trauen wir uns, unseren Bürgern und uns als Politik, das nicht einfach mal selber zu?

Was die Sicherheit betrifft, rege ich an, den Masterplan umfassend unter diesem Stichwort zu betrachten: die Sicherheit, einen Schulplatz, eine Wohnung zu bekommen, und die Sicherheit, dass politische Beschlüsse eben auch umgesetzt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt zunächst über den Tagesordnungspunkt 3.1.9 und dann über TOP 3.1.12 abstimmen.

Bei TOP 3.1.9 beabsichtige ich, zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und Frau Gabrysch abzustimmen, dann über den Änderungsantrag der SPD und dann über den Ursprungsantrag.

Wer dem Änderungsantrag der LINKEN und Frau Gabrysch zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD, Die FRAKTION, Herr Zimmermann, DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt komme ich zu Tagesordnungspunkt 3.1.12. Wer wünscht, dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 65**RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
betreffend „Kostenfreie Ferien-
angebote für Schüler*innen und
Auszubildende in den Sommer-
ferien anbieten“****AN/0894/2022**

Ich gebe Herrn Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Der Winter war hart, aber leider nicht nur der letzte Winter, sondern auch die letzten zwei Jahre, in denen uns dieses kleine, fiese Virus namens Corona mal mehr, mal weniger, aber niemals nicht beherrscht oder drangsaliert hat. Es war für uns alle schwer, aber besonders schwer war es für unsere Kids und Jugendlichen: Homeschooling mit wackligen Internetverbindungen und zumindest zu Anfang mangelhafte Onlinestruktur zum Lernen. In diesen Tagen quälen sich Abiturient*innen durch die Prüfungen, die ihre ganze Oberstufenzeit im Coronakrisenmodus erlebt haben. Und vor allem war immer wieder alles zu, wo man sich mit Freund*innen hätte treffen können: Schule zu, Jugendtreffs und -klubs zu, Schwimmbäder zu, alles, was irgendwie Spaß macht, zu. Und wer Pech hatte und sich Corona einfing, der musste in Quarantäne - in kleinen Wohnungen alles andere als ein Zuckerschlecken!

Liebe Kolleg*innen, als wir dachten, im Frühjahr würde alles besser, ist uns am Morgen von Weiberfastnacht das Alaaf im Hals stecken geblieben, weil wir, wie es unsere Außenministerin Annalena Baerbock auf den Punkt gebracht hat, in einer neuen Welt aufgewacht sind: Es war Krieg in Europa, Putins Russland hat die Ukraine überfallen. Das macht etwas mit uns, den Erwachsenen, aber es macht auch etwas mit den Kids und den Jugendlichen. Das macht Angst und Sorgen, besonders in jungen Herzen, die sich noch keine dicke Hornhaut angelebt haben. Und mit dem Krieg haben sich Menschen zu uns geflüchtet, oft mit nicht mehr als einem Rucksack auf dem Rücken und dem, was sie auf dem Leib trugen, darunter ganz viele Kinder und Jugendliche, die wie die urkölschen Kids und Jugendlichen jetzt ganz dringend eine Auszeit brauchen.

Diese Auszeit ist jetzt in Sicht - für die urkölschen und die neukölschen Kids. Die Sommerferien stehen vor der Tür: sechs Wochen freie Zeit, endlich mal wieder mit der KVB ins Müngersdorfer Schwimmstadion und das Zehner ausprobieren, endlich mal wieder ins Waldbad und unter den Bäumen abhängen, ab in die Abenteuerhalle und klettern, und wenn das Wetter doof ist, gerne auch mal ein Angebot des Museumsdienstes nutzen. Na ja, und klar: Im Zoo muss man auch mal vorbei, um nachzusehen, ob die Giraffen noch keinen Knoten im Hals haben.

Aber Stopp! Dat jitt et nit ömesöns. KVB? Kostet! Schwimmbad? Auch nicht billig. Und der Zoo ist sogar richtig teuer. Das ist schon mit einem normalen Taschengeld kaum zu stemmen, erst recht nicht mit dem, was Hartz-IV-Familien und Geflüchtete ihren Kindern als Spielgeld geben können. Und auch den besser situierten Eltern steckt die Angst im Nacken: hohe Inflation, die Mama und Papa beim Tanken und Einkaufen direkt im Portemonnaie merken, Kurzarbeit und Sorge um den Job. Das sind keine guten Voraussetzungen, um beim nächsten Familienrat über eine Taschengelderhöhung oder wenigstens ein erhöhtes Ferienbudget zu verhandeln.

Wo wir gerade bei Familien sind: Mit ein paar Kindern schlägt der Familienbesuch im Freibad ein großes Loch in die Familienkasse, und der Besuch im Zoo kostet ein kleines Vermögen, wenn dann auch noch eine Portion Pommes und eine Limo dabei sein sollen.

Also heißt Sommer 2022 für unsere Kids und Jugendlichen dann doch wieder nur Abhängen auf dem nächsten Spielplatz, weil eben ohne Moos nix los ist? Wir sagen Nein! Unsere Kids, unsere Jugendlichen, ob urkölsch oder neukölsch, brauchen jetzt einfach mal eine unbeschwertere Zeit, in den Sommerferien.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie sollen, sooft sie wollen, mit der KVB hinfahren, wo immer sie hinwollen. Sie sollen, sooft sie wollen, ins Schwimmbad gehen. Sie sollen alle Angebote unserer Jugendzentren nutzen und gerne, sooft sie wollen, durch den Zoo schlendern oder mal im Museum nachschauen, ohne eben aufs Geld achten zu müssen. Denn das alles soll nach unserem Antrag in diesen Sommerferien für sie ömesöns sein.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 66

Ja, das wissen wir: Nix es ömesöns. Das kostet uns als erwachsene Stadtgesellschaft Geld. Aber es ist kleines Geld, und - Sie haben es gelesen - wir haben Deckungsvorschläge vorgelegt.

(Lachen bei der CDU)

- Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Zuruf von der CDU)

- Hören Sie mir mal zu!

Über alle Parteigrenzen hinweg reden wir immer und immer wieder davon, dass unsere Kids und unsere Jugendlichen die Zukunft unserer Stadt sind. Lassen wir jetzt mal den Reden Taten folgen, und tun Sie unseren Kids und Jugendlichen, unserer Zukunft also, mal etwas Gutes.

Ich bin, wie viele von Ihnen, schon ein ganz paar Jahre Mitglied im Rat der Stadt Köln, und ich meine, mich erinnern zu können, dass wir schon für deutlich dümmere Ideen Geld ausgegeben haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Also: Hören Sie bei der Abstimmung gleich mal auf Ihr Herz und nicht auf die Haushaltskasse der Stadt Köln, und stimmen Sie für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat jetzt das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Dieser Sommer ist ein besonderer, mitten in Pandemie und Krieg. Das war und ist der Grund dieses Antrages. Für viele Jugendliche ist es der dritte Sommer in der Coronapandemie. Für viele Jugendliche aus der Ukraine ist es außerdem der erste Sommer im Krieg und in einem neuen Land. All diesen Jugendlichen wollen wir spannende Sommerferien ermöglichen. Wir wollen alle Jugendlichen zusammenbringen. Was wissen die Jugendlichen heute, was noch alles geschehen wird? Trauer und Resignation in einer ungewissen Zukunft, vielleicht dramatische Preiserhöhungen, die vor allem die Familien mit wenig Einkommen treffen werden?

Der zweite Grund für diesen Antrag ist der Beschluss der Bundesregierung für ein 9-Euro-Ticket im ÖPNV. Er eröffnet mit einem Bundeszuschuss von etwa 50 Millionen Euro für die KVB die Chance, mit vergleichbar geringen weiteren Mitteln Jugendlichen in den sechs Wochen der Sommerferien ein kostenloses Fahren anzubieten. Um kostenlose Ferienangebote rund zu machen, sollten die Schwimmbäder für Jugendliche kostenfrei sein,

(Beifall bei der LINKEN)

ebenfalls Zoobesuche. Gerade mit dem kostenlosen ÖPNV können Jugendliche verschiedene Einrichtungen erschließen, zum Beispiel die Museen, die ja schon kostenlos sind. Das geht aber nur mit einem kostenlosen ÖPNV-Ticket.

Die Vorsitzenden des DGB und des Stadtsportbundes finden diesen Antrag sehr gut, weil mit sozialen, mobilen und sportlichen Angeboten die Ferien interessant gemacht werden. Es gibt viel nachzuholen, zum Beispiel beim Schwimmen. Angebote mit Bewegung und Spielen sind ein Schlüssel zu einem bewussten und freiheitlichen Leben für alle Jugendlichen, wo auch immer sie herkommen, für alle geflüchteten eine Chance, abzuschalten sowie Freundinnen und Freunde kennenzulernen. Gerade Freizeitangebote haben eine geringe Sprachbarriere und erleichtern das Miteinander. Bildung, Natur, Kultur und Sport sollten den Kindern und Jugendlichen helfen, über die Bedrohung und den Stress hinwegzusehen. Den Besuch im Zoo oder im Museum verfolgt man mit den Augen. Er öffnet die Herzen der Menschen.

Aus den Kreisen von Schwarz-Grün hört man nun, das sei ein Wahlkampfantrag.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:
Niemals! - Nein!)

Ich finde das unterirdisch; denn ich habe ja eben versucht, die Begründung darzustellen. Wir haben diesen Antrag lange vor dem Antragsschluss allen Parteien zur Verfügung gestellt und haben die Möglichkeit gegeben, ihn zu unterstützen. Und jetzt kommen diese Ausreden. Wenn Sie, meine Damen und Herren von CDU und Grünen, dieses Thema überhaupt ernst genommen hätten, dann hätten Sie gesagt: Hört mal zu, der Antrag geht uns zu weit, aber was haltet ihr davon, wenn wir jedem Jugendlichen 20 Mal freien Zutritt zur KVB,

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 67

zu den Museen, zum Zoo, zu den Bädern etc. anbieten? - Dann hätten wir darüber gesprochen, dann hätten wir gesagt: Okay, wenn wir uns darauf verständigen können, wäre das auch ein Weg. - Aber nichts dergleichen ist von Ihnen gekommen. Und das ist, was so ärgerlich ist. Denn die Idee, in diesen Ferien etwas zu machen, ergibt sich aus der Stimmung in dieser Stadt. Was uns als SPD und LINKE jetzt so ärgert, ist, dass Sie so salopp darüber hinweggehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das, muss ich sagen, finde ich schade.

Selbstverständlich haben wir einen Deckungsvorschlag gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ja verraten, dass der SWK-Konzern 2021 einen deutlich höheren Gewinn gemacht hat als geplant. Mehr will ich jetzt dazu nicht sagen. Da sind schon einige Millionen drin, die man über eine Querfinanzierung zumindest für den ÖPNV geschickt einbringen könnte.

Es gibt eine hochangespannte Lage. Deswegen sollten wir meines Erachtens in der Stadt jetzt, wo Jugendliche nicht mit ihren Kräften umzugehen wissen, ausgleichend, sozial und gerecht agieren. Wir sollten die jungen Menschen zum Lachen bringen, damit sie mit diesem Lachen die Stadt in Bewegung bringen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Und wir wissen noch gar nicht, wie es jetzt weitergeht. Deswegen sollte man doch versuchen, ein bisschen Hoffnung zu bringen, ein paar Angebote zu machen. Das ist das, was diese Stadt im Moment jetzt fehlt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Antragstellerinnen, Sie haben mich jetzt eigentlich ein bisschen sprachlos gemacht,

(Zuruf: Sie reden doch!)

weil ich mich die ganze Zeit gefragt habe - auch bei Herrn Paetzold -: Welche Zielrichtung verfolgen Sie, und wie passt das zu Ihrem Antrag? Sie haben hier noch mal sehr dezidiert auf die Situation von Jugendlichen hingewiesen, die aus sozial benachteiligten Elternhäusern kommen oder denen es einfach an Geld mangelt. Für diese Jugendlichen sich zu engagieren und etwas zu tun, das ist, glaube ich, hier Konsens. Dies ist ein Thema, aber das schreiben Sie nicht in Ihren Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Paetzold, sehr geehrter Herr Detjen, eines ist mir gerade aufgefallen: Diese Debatte, die wir jetzt hier im Rat führen, hat der Fachausschuss, der Jugendhilfeausschuss, nicht geführt. Und er hat sie deswegen nicht geführt, weil die Jugendpartie, auch Ihre, nichts gesagt hat - Herr Heinen hat ja auch nichts gesagt, und Sie, liebe LINKE, sind ja auch mit sehr engagierten Kolleg*innen hervorragend im Jugendhilfeausschuss vertreten -, weil wir eine Fülle von Angeboten haben, die ein Ferienprogramm ermöglichen. Und Sie wissen genauso wie wir, dass die meisten Jugendlichen in dieser Stadt zumindest ab der Klasse 5 ein Schülerticket haben. Das kostet natürlich die Eltern, das zahlt manchmal auch das Amt, wie wir wissen; aber dieses Schülerticket ist da und wird auch genutzt. Es kann so oft genutzt werden, wie man will, und man hat es auch in den Ferien zur Verfügung.

Worüber reden wir hier also? Diese Frage ist es, die mich ein bisschen aus meinem Konzept bringt. Herr Paetzold, Sie versuchen mit Ihrer Rede, in der Sie ja wirklich ernste Themen angesprochen haben, eigentlich das zu verschleiern, was in Ihrem Antrag drinsteht. Sie haben die hochbrisante Situation der Geflüchteten aus der Ukraine angesprochen. Sie sprechen über geflüchtete Kinder, Sie sprechen über die Situation von Jugendlichen, die auch unter der Pandemie gelitten haben. Und dann kommt diese Wahlkampfblase hier reingeschwabbert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Für mich ist genau das der Punkt, der mich so ärgerlich macht. Wären Sie mit diesem Anliegen in den Jugendhilfeausschuss gekommen, wären Sie mit diesem Anliegen auf uns zugekommen,

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 68

(Zuruf: Sind wir doch!)

dann wären wir heute in einer ganz anderen Situation, und wir würden vielleicht auch über die Umsetzung einzelner Punkte sprechen. Aber Sie haben hier ein Programm vorgelegt nach dem Motto: Wir versprechen euch die Welt, wie sie euch gefällt.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben hier wirklich eine Wundertüte vorgelegt.

Wenn man in den Antrag reinschaut, dann fragt man sich: Was ist denn eigentlich Ihre Absicht? Die Absicht haben Sie in Ihrer Begründung angeführt. Darin schreiben Sie nämlich, dass Sie Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote machen wollen, um einen kleinen Beitrag zu leisten, die Flucht und auch die Beschwerden der Pandemie zu vergessen. Das ist natürlich ein mehrheitsfähiges Ziel; da wären wir ja auch dabei. Aber dann frage ich mich: Wollen Sie dieses Ziel tatsächlich erreichen? Wollen Sie - ich sage es jetzt mal ganz böse - als Geschenkeonkel und Geschenketante das Ziel tatsächlich erreichen? Wenn ich mir anschau, welche Forderungen Sie in Ihre Wundertüte gepackt haben, wann der Antragsentwurf zu den anderen Fraktionen gekommen ist und dass wir bereits gut sechs Wochen vor den Sommerferien sind, zur Umsetzung also gar keine Zeit bleibt, dann weiß ich, dass Sie eigentlich Ihr Ziel, zumindest als Gesamtfraktion, gar nicht erreichen wollen.

(Franz Philippi [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Und wenn ich dann noch weiß, dass Sie weder mit den Trägern der Jugendhilfe noch mit der JugZ über diese Pläne gesprochen haben - und ich vermute, das Waldbad, die VHS, die Bäder, der Zoo, Herr Charles und auch die KVB kannten Ihre Wundertüte auch noch nicht -, dann merke ich: Da stimmt was nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wenn ich mir die Vielzahl von Angeboten, die es in dieser Stadt gibt, vor Augen führe und genau hinschaue, dann weiß ich auch, dass viele Angebote - ich sage mal: Kinder Kultur Sommer - zu diesem Zeitpunkt längst ausgebucht sind und von den Eltern auch bezahlt wurden. Das muss man einfach mal googeln. Und wenn ich weiß, dass mit

diesem Antrag kein einziges neues Angebot in dieser Stadt entsteht, dann komme ich wieder zu dem Schluss, dass Sie dieses Geschenk gar nicht überreichen wollen.

Und dann suche ich einen seriösen Finanzierungsvorschlag, aber den finde ich nicht. Es war eben auch bezeichnend: Da sagte Herr Detjen erst so ein bisschen was zu dem Geld für die KVB, für das wunderbare 9-Euro-Ticket. Und dann kommt: Wir haben ja auch noch die Stadtwerke. - Das ist für Sie so ein bisschen wie ein nie versiegender Geldtopf. Aber, liebe SPD, liebe LINKE, so einen Geldtopf gibt es gar nicht. Insofern gibt es auch keinen seriösen Finanzierungsvorschlag, und das wissen Sie eigentlich auch selbst; denn Sie sitzen genauso wie wir in den Gremien der Stadtwerke wie auch im Finanzausschuss.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wenn ich dann sehe, wie dieser Antrag formuliert ist, der jugendpolitische Zielsetzungen beschreibt, aber nicht aus der Jugendpolitik kommt, dann erkenne ich viel Dilettantismus und auch Populismus. Und dann komme ich zu dem Schluss: Sie wollen gar kein Ja zu diesem Antrag, sondern ein Nein, weil wir nämlich Wahlkampf haben.

(Mike Homann [SPD]: Unglaublich! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Frau Oberbürgermeisterin, wie lange ist die Redezeit noch?)

Die absehbare Ablehnung des Antrags ist doch das Beste, was Ihnen passieren kann. Sie wollen den Medien die traurige Geschichte verkaufen - und so war ja auch die Presseberichterstattung -, dass die Guten, nämlich Sie, ihre Geschenke nicht verteilen dürfen, weil die Bösen, nämlich wir, keine Geschenke gönnen wollen, und erst recht keinen kleinen Kindern und Jugendlichen. Liebe SPD, liebe LINKE, das ist Wahlkampfgetöse. Wenn ihr glaubt, dass die Bürgerinnen und Bürger blöd sind, dann täuscht ihr euch. Sie sind es nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Liebe Antragsteller, ich habe genug zu Form und Inhalt gesagt. Wir werden das tun, was ihr erwartet: Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zuruf von der SPD: Bin überrascht!)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 69

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Antragsteller! Liebe Ulrike Kessing als meine direkte Vorrednerin, ich danke dir ganz herzlich für eine ganze Reihe von Argumenten,

(Zuruf von der SPD: Ich nicht!)

die ich jetzt nur kurz ansprechen muss, die ich aber an vielen Punkten teile.

Wenn ich feststelle, dass wir heute, am 71. Kriegstag, über diesen Antrag hier sprechen, komme ich zu dem Ergebnis: Es ist ein reiner Wahlkampf Antrag. Und wieso komme ich zu diesem Ergebnis? Wenn es den Antragstellern darum gegangen wäre, etwas für die Kinder zu machen, hätte man die Debatte am 31. Mai, im nächsten Jugendhilfeausschuss, führen können,

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

oder man hätte schon am 30. Kriegstag, im letzten Jugendhilfeausschuss, diesen Antrag debattieren können. Dann hätte man der Fachpartei - zumindest zwei davon hören Sie gerade -, dem Fachgremium und dem zuständigen Dezernenten die Möglichkeit gegeben, darüber zu befinden. Das passierte aber nicht. Jetzt bin ich mir nicht sicher: War nächste Woche Landtagswahl? Keine Ahnung! Da kommt der 31. Mai sicherlich zu spät.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wollen schon nicht in den Fachausschuss. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wenn es von der Sozialpartei kommt: Wann tagt denn der Sozialausschuss? Das habe ich jetzt gar nicht nachgesehen. Auch da hätte man das debattieren können.

Ich gucke mir Ihren Antrag jetzt mal an. Punkt 1 beschreibt ja korrekt, dass es in dieser Stadt zahlreiche Angebote schon gibt, dass durch das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ diese Angebote noch erweitert wurden. Ich möchte lobend erwähnend, dass der Dezernent sowohl im Hinblick auf Kita und Schule als auch auf die geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die wir jetzt in dieser Stadt haben, ganz konkret weitere Angebote realisiert.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das gehört auch zur Wahrheit.

Wenn ich mir den Antrag jetzt mal angucke - ich könnte noch mal sagen, dass der 71. Kriegstag ist, oder einfach auf das heutige Datum gucken -, dann sehe ich: Er kommt ja viel zu spät. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist wie letztes Jahr: Da sind Sie ja mit dem Antrag zum Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche wenigstens in den Jugendhilfeausschuss gegangen, aber erst am 15. Juni. Und jetzt kommen Sie mit dem Antrag zur Nutzung der Ferienangebote. Da will ich sagen: Wären Sie in den anderen Ausschuss gegangen, wäre das schon mal gut gewesen, doch zu spät wäre es immer noch. Denn die Programme sind nach meiner Kenntnis fertig und zum Teil auch schon ausverkauft.

Und wo kommen denn in Ihrem Antrag die Träger der freien Jugendhilfe und die Jugendzentren Köln gGmbH vor, die die Angebote durchführen? Zu denen höre ich nichts, lese ich nichts, und ich weiß auch nicht, ob sie im JHA damit beschäftigt sind oder überhaupt schon mit dem Thema beschäftigt waren. - Das ist aus sachlicher Perspektive das Hauptargument.

Auf die Minderleistung bzw. die Low Performance bei der Finanzierung ist ja schon die Vorrednerin eingegangen. Aber dieses Blabla über den Querverbund, das Sie schreiben, heißt doch auf Deutsch: Es geht um Mindereinnahmen in dem Haushalt, wenn wir das so machen. Das heißt, die Mittel sind eigentlich schon an anderer Stelle verplant. Deshalb ist das eine reine Luftbuchung.

Daher, meine Damen und Herren, wird es Sie nicht überraschen, dass wir diesem nicht sehr positiv ausgestalteten Antrag nicht zustimmen können. - Danke.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin, als wir die beiden ersten Reden gehört

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 70

haben, wusste ich nicht, in welcher Stadt Sie Oberbürgermeisterin sind: im schönen Köln oder in Gotham City. Wir hatten hier gerade zwei Batmans, die meinten, hier jetzt für die Entrechteten eintreten zu können.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Ich bin der Meinung: Köln ist eine soziale Stadt. Sie waren Dezernentin, sind jetzt Oberbürgermeisterin. Was wir alles für unsere Kinder und Jugendlichen tun, das wurde hier schwarzgemalt. Mit tiefer Stimme, sehr betroffen, haben die Onkels uns hier erzählt, was wir alles machen müssen.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, ich weiß, was für tolle Arbeit im HöVi-Land geleistet wird - ich war da, Sie waren da -, was da für die Kinder gemacht wird.

(Zuruf: Ach!)

Haben Sie von den beiden Rednern irgendetwas zu dem Engagement gehört? Ich jedenfalls nicht.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN:
Wir waren im HöVi-Land! - Natürlich waren wir im HöVi-Land!)

Und das zeigt: Sie kennen gar nicht unsere Stadtgesellschaft, wissen nicht, was sie schon alles für Kinder und Jugendliche tut, ob jetzt aus der Ukraine oder hier geboren. Schauen Sie sich das bitte mal an. Sie haben ja wenigstens noch reingeschrieben, was es für Angebote im Sport ist. Herr Detjen, Sie wissen, was die Sportvereine alles tun. Die brauchen nicht plötzlich Ihre Rede hier, in der Sie sagen: Wir müssen jetzt etwas tun.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, Herr Paetzold - ich bin, glaube ich, noch ein bisschen länger im Rat als Sie -: Als wir damals den ersten Haushalt gemacht haben, war mir - so hieß es damals noch - Stadtranderholung wichtig. Die hatte die SPD abgeschafft, und die CDU, die Grünen und die FDP haben sie wieder eingeführt und eine Finanzierung von Angeboten in den Sommerferien für Kinder und Jugendliche ermöglicht. Und die wollen uns jetzt erzählen, wie man das macht,

meine Damen und Herren? Die wollen uns das erzählen?

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Lernen Sie mal von uns, wie man das macht. Das macht man nämlich in Haushaltsberatungen. Ja, da kommt man nicht mal kurz eine Woche, bevor eine wichtige Wahl stattfindet. Nein, man muss die Finanzierung richtig angehen.

Anscheinend, liebe Sozialdemokraten, lieben Sie es, etwas auf Kosten Dritter zu finanzieren - das muss ich auch mal sagen -, anstatt selber mal in den Haushalt reinzugucken und zu schauen, in welcher Produktgruppe man das machen könnte. Nein, da gehen Sie einfach mal an die Mittel Dritter, nämlich der Stadtwerke, ran. Ich glaube, Sie wissen selber, dass das nicht seriös ist. Darum muss ich auch nicht weiter sprechen.

(Beifall von Michael Paetzold [SPD])

Diesem Antrag können wir bei aller Liebe nicht zustimmen. Vielleicht sollten Sie sich auch mal bei der Wortwahl überlegen, ob wirklich die Kinder und Jugendlichen so eine Ansprache benötigen. Ich glaube, mit denen redet man ein bisschen anders. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Oberbürgermeisterin, kurz der Hinweis: Wir, Die FRAKTION, sind Mit Antragsteller. Sie haben uns vorher nicht aufgerufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben sich nicht gemeldet. Wir haben Rednerlisten, und nach denen gehe ich normalerweise vor. Aber Sie können sehr gerne das Wort haben. - Herr Zimmermann, wenn Sie gestatten, gebe ich das Wort erst der FRAKTION.

Michael Hock (Die FRAKTION): Sie können auch erst Herrn Zimmermann nehmen. Das ist mir eigentlich auch recht.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 71

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. - Bitte, Sie haben das Wort, Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Bald ist Landtagswahl. Ich glaube, das merken wir heute bei sehr vielen Anträgen. Von daher ist dieses Vorwurfspingpong wirklich interessant zu beobachten.

Wir sind bei diesem Antrag Mitantragsteller*innen; denn wir setzen uns natürlich auch für die Interessen der Kinder und Jugendlichen ein. Un wann wat för ömesöns es, dann sin mer dobei.

(Beifall bei der FRAKTION und der SPD)

Bei der Ermöglichung der kostenlosen Angebote auch über die Grenzen des elterlichen Portemonnaies hinweg wird schwer geatmet - ja, ich weiß.

(Lukas Lorenz [SPD]: Sie haben genügend im Portemonnaie! Deswegen können Sie auch atmen!)

- Sie haben genügend im Portemonnaie? Das freut mich außerordentlich, wirklich! Wunderbar!

(Lukas Lorenz [SPD]: Nein, Sie!)

Viele haben es aber nicht. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag der LINKEN sehr.

Wir müssen uns auch keine Sorgen darüber machen, ob die Schwimmbäder oder der Zoo deswegen überfüllt sein werden; denn dank des 9-Euro-Tickets sind ja demnächst eh alle auf Sylt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Wortbeitrag von Frau Kessing hat mich darauf gebracht, auch kurz etwas zu sagen, und zwar in dem Sinne, dass ich sie gerne unterstützen möchte. Denn, Herr Homann, wenn wir ganz ehrlich sind, ist Ihr Share

Pic doch schon längst vorbereitet. Da wird höchstwahrscheinlich draufstehen: CDU und Grüne lehnen kostenlose Angebote ab. - Das oder Ähnliches werden Sie schreiben. Damit werden Sie selbst innerhalb von wenigen Minuten oder, sagen mir mal, in einer Stunde bestätigen, dass es eben doch nur ein Wahlkampfantrag ist.

Das andere ist - das hatte auch der Kollege der CDU gerade gesagt -: Es ist auch nicht wirklich respektvoll gegenüber dem kostenlosen Angebot, das es in dieser Stadt gibt. Sie haben es in Ihren Reden überhaupt nicht groß erwähnt. Ich höre zwar jetzt hier im Off, im Hintergrund: „Natürlich, natürlich, die machen tolle Angebote“, aber in Ihren Reden ist das nicht irgendwie groß erwähnt und gelobt worden. Es gibt jede Menge kostenlose Angebote. Es wäre natürlich schön, wenn es noch mehr geben würde. Ich finde den Eintritt zum Zoo persönlich auch etwas sehr teuer. Aber es gibt jede Menge gute Arbeit, und das sollten wir mal anerkennen und respektieren. Mit dem 9-Euro-Ticket ist es doch was Gleiche: Dieses Ticket - okay! - kostet 9 Euro im Monat, aber es ist ein super Angebot. Es wird sich jede Menge bemüht. Das sollte man mal anerkennen.

Dieser Antrag ist in dem Sinne in der Tat kontraproduktiv, weil er das andere nicht anerkennt und weil er zu offensichtlich bloß ein Showantrag ist, was den Wahlkampf angeht, um einfach nur mal hier irgendwie vielleicht ein paar Punkte auf Kosten von CDU und Grünen zu machen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Christer Cremer [AfD]: Hier!)

- Bitte, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf den Tribünen und am Livestream! Wir wollten uns eigentlich gar nicht melden. Nur eines müssen wir hier jetzt mal sagen: Wenn wir hier schon Wahlkampfanträge machen, sollte wenigstens jeder dazu stehen. Wir haben das zumindest bei einem unserer Anträge gemacht. Man sollte das offen aussprechen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 72

Ich muss auf zwei Punkte eingehen. Wir haben jetzt seit 2020 die Coronakrise. Dann kam jetzt der Ukraine-Krieg. Das sind alles finanzielle Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Und so schön das jetzt alles klingen mag: Es ist nicht richtig, jetzt noch mal Freibier für alle zu fordern. „Freibier“ ist hier der falsche Ausdruck; aber wenn Sie jetzt hier große Gratisdienstleistungen einführen, dann werden die Kinder, die davon vielleicht profitieren, irgendwann mal dafür zahlen müssen. Das hat also auch was mit Generationengerechtigkeit zu tun. Nur weil man jetzt irgendwie eine tolle Wahlkampfsache machen will, bindet man den Kindern und Jugendlichen neue Schulden an den Hals. Wir wissen, auf gut Deutsch, auch nicht, was die kommenden Monate und Jahre uns bringen werden, und die Ressourcen unseres Gemeinwesens sind endlich. Keiner hätte, als es 2020 mit Corona losging, damit gerechnet, dass 2022 der Ukraine-Krieg kommt. Allein dieses Beispiel zeigt es schon. Wir sollten mit unseren Reserven gut haushalten; denn die Kinder sind auf einen funktionsfähigen Staat und geordnete Finanzen angewiesen. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

Wenn jetzt hier über die Folgen der Inflation gesprochen wird, dann muss ich eines sagen: Leider Gottes hatte die AfD recht. Wir haben die ganze Politik der Europäischen Zentralbank immer wieder kritisiert.

(Beifall bei der AfD)

Das sind die Folgen. Sie kommen jetzt hier in Köln an; sie werden auch weiter auf uns zukommen. Leider haben wir recht behalten. Ich wäre froh, wenn es nicht so wäre.

Wir werden den Antrag ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss sagen: Ich bin fast auf Sie reingefallen, Herr Paetzold und Herr Detjen. Ich finde auch: Man muss den Kindern irgendwas ermöglichen. Ich denke jetzt daran, dass es beim Zoo für die Kinder, die aus der Ukraine kommen, ein ermäßigtes Ticket gibt, das 4,50 Euro kostet, für die Erwachsenen 8 Euro. Freier Eintritt zum Zoo wäre für mich ein Punkt - ich habe schon überlegt, ob ich überhaupt einen Änderungsantrag stellen kann -, der einen gewissen Charme

hätte. Aber es ist wirklich so, dass wir viel machen, und das sollte nicht vergessen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Ich lasse jetzt über Tagesordnungspunkt 3.1.10 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Jugendparlament“
AN/0781/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die
Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch
(KLIMA FREUNDE)
AN/1003/2022**

Ich gebe Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit 2018 ist Köln kinderfreundliche Kommune und verpflichtet sich damit, die UN-Kinderrechte auf kommunaler Ebene umzusetzen. In diesem Jahr wurde der zweite Aktionsplan verabschiedet. Er ist somit der Fahrplan mit Mindestzielen, den wir einhalten wollen und müssen, um das Siegel zu behalten.

Unser Anspruch ist es aber, besser zu sein als gerade nur ausreichend. In unseren Augen müssen wir das Thema ernster nehmen. Dazu gehört unter anderem, dass der Aktionsplan nicht nur von einer einzigen Mitarbeiterin der Stadt betreut wird. Solange der Bereich so unterbesetzt ist, was wir als Fraktion sehr kritisch sehen, ist das Vorhaben umso mehr auf breite Unterstützung aller weiteren politischen Akteure angewiesen. Daher ist es jetzt vordringlichste Aufgabe der Politik, dieses Projekt mit weiteren Vorschlägen zu untermauern.

Einen ersten, sehr umfassenden Vorschlag haben wir als FDP unseren Kollegen der anderen Fraktionen im Rat unterbreitet. Als Freie Demokraten haben wir bereits zur Kommunalwahl klargemacht, dass Jugendpartizipation ein zentrales

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 73

Thema für uns ist, welches wir in dieser Wahlperiode voranbringen möchten.

Bereits im letzten Sommer ist unsere Jugendpartie unter Chantal Schalla auf die anderen Fraktionen im Jugendhilfeausschuss zugegangen und hat um Zusammenarbeit geworben. Leider wurde unser erster Antragsentwurf noch komplett ignoriert; sonst wären wir heute schon ein ganzes Stück weiter.

Wir haben uns dann ohne die anderen Fraktionen an die Arbeit gemacht und uns mit der Fachpraxis, mit anderen Kommunen, die bereits Erfahrungen gesammelt haben, und natürlich auch mit jungen Menschen intensiv ausgetauscht. Unsere Initiative kommt daher alles andere als überraschend, sondern ist Ergebnis jahrelanger Arbeit. Vielleicht hätte man diese Arbeit verkürzen können; denn auch in eurem Bündnisvertrag, liebes Ratsbündnis, steht das Jugendparlament als einziger Vorschlag für bessere Jugendpartizipation.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass wir nichts vollkommen Neues vorschlagen. Allein in NRW machen es uns über 80 Kommunen vor. Ich nenne hier nur Düsseldorf, weil uns Kölner das meist besonders motiviert. Wir wollen auch gar nicht über die Landesgrenzen, zum Beispiel bis nach Schottland schauen. Es gibt seit den 90er-Jahren erfolgreiche Jugendparlamente, wo politische Ideen eingebracht und diskutiert werden. Nichts hilft mehr gegen Politikverdrossenheit, als junge Menschen schon an die Kommunalpolitik heranzuführen, sie direkt und nicht nur projektorientiert teilhaben zu lassen. Durch Wahlen an Schulen stünden diese Parlamente allen jungen Menschen offen, und Jugendpolitik würde wie viele andere wichtige Themen nicht nur in der Jugendhilfe stattfinden, sondern ein Gehör darüber hinaus finden.

Wir freuen uns, dass sich die Kolleginnen und Kollegen nun doch auf einen gemeinsamen Antrag in Form des Ihnen heute vorliegenden Änderungsantrags einigen konnten. Denn auch wir sehen: Eine wissenschaftliche Begleitung ist vielleicht genau das Richtige für diese schon etwas festgefahrene Debatte über das Ob und Wie von mehr Jugendpartizipation. Da muss sich unsere Ergebnisfindung aber auch an dieser orientieren und nicht an Interessen einzelner Gruppen. Da uns das beste Ergebnis für Kinder und Jugendliche am Herzen liegt, werden auch wir offen für wissenschaftliche Erkenntnisse sein.

Wir haben bereits viel Arbeit in unseren Antrag investiert. Dennoch sind wir bereit, einige Schritte zurückzugehen und für die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen ergebnisoffen zu diskutieren. Dies erwarten wir aber auch von allen anderen Beteiligten, das heißt von euch. Es bleibt zu hoffen, dass die Fachtagung auch Früchte trägt und nicht nur ein weiterer Arbeitskreis gegründet wird, in dem wir uns buchstäblich im Kreise drehen. Darüber haben wir heute an anderer Stelle auch schon mal gesprochen.

Machen wir unseren Job gut, so können wir etwas Großartiges für Köln schaffen. Machen wir ihn schlecht, enttäuschen wir ein weiteres Mal junge Menschen. Nach zwei Jahren Pandemie, in denen die Interessen junger Menschen eine viel zu geringe Rolle gespielt haben, haben diese mehr Rechte und Gehör verdient. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Oberbürgermeisterin! Ich stelle jetzt gerade erst mal fest, dass wir hier in dieser Stadt einen Grundkonsens haben, nämlich dass wir Partizipation nicht mehr als Lippenbekenntnis haben, sondern Taten sehen wollen. Wir wissen: Kinder und Jugendliche wollen mitreden bei allen Belangen, die sie betreffen, und sie sind die besten Expert*innen für ihre Interessen und Bedürfnisse. - So weit der Grundkonsens.

Und wir haben, liebe Frau Ruffen, auch schon eine ganze Menge in diesem Bereich: Wir haben die Jugendforen, wir haben die Beteiligung an den Spielplatzplanungen, wir haben auch politische Formate wie den Tag der Jugend im Rathaus. Wir haben die Bezirksschüler*innenvertretungen gestärkt. Heute gibt es ein kleines, sehr schönes Beispiel aus einem ungewöhnlichen Ausschuss: Auch unsere Abteilung „Law and Order“ weiß, dass Sicherheit und Sauberkeit Themen auch für Jugendliche sind, für alte wie junge Menschen. Wir haben bei dem entsprechenden Antrag ganz bewusst dafür gesorgt, dass Kinder und Jugendliche mit am Tisch sitzen, wenn dieses Thema verhandelt wird.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 74

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Wir werden auch noch mal - und da bin ich nicht ganz so pessimistisch wie Sie, Frau Ruffen - mit dem zweiten Aktionsplan ein neues Niveau erreichen; denn da geht es wirklich darum, die strukturelle Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu schaffen und zu stärken, und das ist auch mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Ich gebe Ihnen recht: Das Team muss wachsen. Ich finde es beachtlich, was Ihre Kolleginnen, Herr Voigtsberger, dort mit den wenigen Personalmitteln, die vorhanden sind, erreicht haben. Chapeau!

Wir haben also einen Instrumentenkasten, und den müssen wir jetzt zum Einsatz bringen. Aber, liebe FDP, wenn man Partizipation will und dann Partizipation von oben macht, dann stimmt da etwas nicht. Das war auch der Grund, warum wir gesagt haben: Da müssen wir einen Änderungsantrag formulieren. Ich bin froh, dass wir jetzt dabei sind und dass wir über die Fragen, wie Partizipation richtig und gut funktioniert, ob ein Parlament hier ein Baustein sein kann und wie es ausgestaltet sein muss, offen diskutieren können und dass wir bei der Organisation dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen mit am Tisch sitzen. Denn nur so können wir Partizipation ernst nehmen und ernsthaft leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD und der LINKEN)

Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, auf dieses Thema zu fokussieren. Denn ich habe vor allem Kinder und Jugendliche im Kopf, die es schwer haben, die entweder daran gehindert werden oder dabei behindert werden, ihre Interessen zu vertreten, etwa aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund sozialer Benachteiligung. Und da müssen wir rangehen. Ich bin froh, dass wir gleich - so hoffe ich - den gemeinsamen Antrag verabschieden können.

Aber einen kleinen Schwenk muss ich noch machen. Auch wenn ich mich vorhin im Großen und Ganzen sehr über die Rede von Herrn Breite und auch über Ihre Rede, Frau Ruffen, gefreut habe: Wenn wir über Partizipation und Demokratie reden, kann es nicht sein, dass wir einen Antrag nicht in den Ausschuss setzen, wo er hingehört. Und der Jugendhilfeausschuss ist zurzeit der einzige Ausschuss, wo Kindervertretungen, Jugendorganisationen und Träger an Bord sind, wo die Politik keine eigene Mehrheit hat, wo Sie wie wir

das Risiko haben, dass die Träger bei einem Antrag, den wir einbringen, nicht mitmachen. Wenn wir in der Argumentation nicht gut genug sind, dann gehen wir da baden. Das ist alles schon vorgekommen. Den Weg über den Jugendhilfeausschuss hätten Sie gehen können und gehen sollen. Sie sollten nicht zu häufig so vorgehen, wie Sie es getan haben, weil Sie sonst unsere demokratischen Strukturen nicht ernst nehmen. So schön die Debatte hier ist - sie gehörte eigentlich in den Fachausschuss. Aber da kommt sie ja jetzt auch wieder rein, und dann kommt sie irgendwann wieder hierher. Ich freue mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Vorrednerinnen! Da wir gerade schon zwei inhaltlich sehr gute Beiträge gehört haben und wir eine ganze Menge unseres gemeinsamen Antrags hier besprochen haben, kann ich es wirklich kurz machen. Wir hätten zwar noch genug Zeit - es ist ja noch nicht mal halb zehn -; aber ich möchte nur zwei, drei Punkte betonen, die mir und meiner Fraktion am Herzen liegen.

Ich bin einverstanden mit allem, was wir gehört haben. Ich möchte nur betonen: Das Jugendparlament ist nur ein Baustein der Partizipation. Es ist in manchen Bezirken - ich darf jetzt den ehemaligen Porzer Bezirksbürgermeister in Erinnerung rufen - ein sehr erfolgreicher Baustein gewesen und ist es noch immer. Aber es ist nur ein Baustein, und wir haben auch noch andere. Das klang ja auch im Beitrag von Frau Kessing an.

Ebenso wurde gesagt, was uns wichtig ist, wo auch Konsens ist: Der JHA soll eingebunden werden. Jetzt sage ich: Mir geht es nicht um das Gremium Jugendhilfeausschuss, mir geht es auch nicht um die tollen jugendpolitischen Sprecher, die da sitzen, mir geht es auch nicht allein um die Jugendverbände und den Jugendring, die wir erreichen; letztendlich geht es um die Kinder und Jugendlichen, die wir in all den Gremien nicht erreichen. Es ist also völlig richtig, in den JHA zu gehen und unsere Struktur der Eliten zu benutzen, um auch die Kinder zu erreichen. Aber wir müssen

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 75

uns auch überlegen: Erreichen wir durch dieses Format auch die Kinder und Jugendlichen, die nicht zu der Elite gehören, die nicht organisiert sind, die vielleicht nicht warten, was wir hier heute Interessantes debattieren. Das ist keine Kritik, sondern nur ein Aspekt, der mir wichtig ist.

Jetzt komme ich zu dem letzten Punkt: der Blick auf die Fachtagung. Wenn man es bezahlen kann, ist Breite ja immer gut - Entschuldigung, nicht Uli Breite, sondern mit den Möglichkeiten in die Breite gehen. Auch hier werbe ich dafür: Wenn wir mehrere Strukturen anbieten können und sie erfolgreich sind, sollten wir sie auch nutzen. Und noch mal: Das Jugendparlament kann da ein wichtiger Teil der Partizipation sein, wird es vielleicht auch. Aber wir gucken: Was haben wir schon in dieser Stadt, und was können wir noch verbessern? Ich freue mich umso mehr, dass das jetzt so breit aufgestellt wurde. Danke natürlich auch für die ursprüngliche Initiative, die dazu geführt hat, dass wir es heute besprechen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Helge Schlieben, du hast gerade etwas zu den Funktionen des Jugendhilfeausschusses gesagt. Ich spreche jetzt auch als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, des einzigen Ausschusses in der Zweigliederung der Verwaltung mit eigenem Haushaltsrecht usw. usw., also mit einer besonderen Stellung. Kollegin Kessing hat es ja auch schon genannt: Die freien Träger sind dort ebenfalls vertreten und haben dort komplettes Stimmrecht. Es ist also eine ganz andere Situation als in anderen Ausschüssen. Eines eint uns, nämlich das Ziel der Stärkung der Partizipation von Jugendlichen.

Partizipation bedeutet aber - und das ist der große Unterschied, liebe FDP; keiner von Ihnen, im Rat der Stadt Köln, ist ja im Jugendhilfeausschuss, deswegen etwas Nachhilfe -, eine Strategie mit den und für die Kinder und Jugendlichen für eine eigene Jugendpolitik zu entwickeln. Ein Format, das dezidiert in die Richtung geht, wie Sie es jetzt vorgeschlagen haben, was ein Weg sein könnte,

nicht sein muss, wäre ein Top-down-Format und genau das Gegenteil von Partizipation. Wir als Sozialdemokraten und, wie ich gesehen habe, die meisten anderen hier im Rat lehnen einen solchen Vorstoß ab. Ich weiß auch aus den Gesprächen, dass es der größte Teil des Jugendhilfeausschusses so ablehnen würde.

Von Wahlkampfgetöse haben wir in vielen Wortbeiträgen schon gehört. Sicher, das ist es in vielen Bereichen. Keiner kann sich davon freisprechen. Auch wenn Herr Görzel das Wort „Wahlkampfgetöse“ in einem Beitrag achtmal in den Mund genommen hat: Jetzt ist es bei der FDP gelandet.

(Widerspruch von der FDP)

Insofern geht es darum, wer den ersten Stein wirft.

Die Wirklichkeit ist aber schon viel weiter, als es uns die FDP erzählen möchte. Jetzt in Kurzform: JHA und kooperatives Kinder- und Jugendbüro haben zusammen mit vielen Akteuren - die Kollegen haben es schon angeschnitten, ich sage es aber noch mal deutlich - ein ganz innovatives Format zur Weiterentwicklung des Aktionsplans umgesetzt. Es heißt Veedels-Check, ein Teil heißt „Hey Mülheim!“ Wenn das funktionieren würde - das ist ein riesiger Partizipationsprozess in der Stadt, in einem kleinen Versuchsgebiet - und auf alle Stadtteile und Veedel ausgeweitet werden könnte, dann hätten wir eine Wahnsinns-partizipation, die jetzt schon startet. Außerdem sind es nicht wenige Akteure, sondern wir werden durch Kooperationen sehr viele mit im Boot haben. Begleitet wird es nicht nur von einer Person - was gesagt wurde, stimmte nicht -, sondern von vielen mehr.

Ich darf kurz zitieren - und damit kann ich auch schon fast enden -, was das Ziel ist: Ein wesentliches Ziel des neuen Aktionsplans soll es daher sein, Kinder und Jugendliche frühzeitig und systematisch in geeigneter Weise aktiv an gesellschaftlichen Prozessen, Planungen, Entscheidungen innerhalb der Stadtwelt zu beteiligen. - Wir machen also genau das, was Partizipation verlangt. Das ist der Schritt, mit dem wir starten. Und wenn wir weitergehen wollen, dann ist es richtig, in einem Partizipationsprozess zu überlegen: Wie soll es denn mit weiteren Elementen ausgestattet sein? - Wir stehen also nicht am Anfang, wir sind mitten-drin.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 76

Ich freue mich trotzdem sehr, dass die FDP auf den Änderungsantrag mit draufgegangen ist und dass wir dann nachher im Fachausschuss zusammen ein solches Konzept mit einer entsprechenden Beteiligung erarbeiten und dann gemeinsam überlegen, welche weiteren Elemente zur Verstärkung der Partizipation noch kommen sollen.

Insofern freue ich mich auf die Diskussion. Ich bin sehr positiv gestimmt, dass wir für die Millionenstadt Köln einen guten Weg finden. Köln ist nicht vergleichbar mit anderen Kommunen; das kann ich am Schluss noch sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche vom Platz aus. Wir bedanken uns für den umfassenden Antrag, der tatsächlich die Fehler des FDP-Antrages, dem wir nicht hätten zustimmen können, sozusagen geheilt hat, und zwar durch die umfassende thematische Einordnung in ein übergreifendes Konzept. Der Vorschlag eines Jugendparlaments ist sicherlich ein achtbarer, diskussionswürdiger Vorschlag. Er ist aber nicht der einzige Vorschlag im Hinblick auf Instrumente zur Partizipation.

Den anderen Argumenten möchte ich mich auch anschließen: Die Jugendorganisationen, die Träger und Jugendliche müssen bei der Erstellung eines solchen Konzepts und vor der Nutzung eines solchen Instruments in den Diskussionsprozess einbezogen werden. Deshalb werden wir jetzt dem vorliegenden Ersetzungsantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Jeschka.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe anderen, die noch da sind! Tatsächlich ist es das erste Mal, dass ich der SPD recht gebe. Herr Heinen, ich gebe Ihnen recht: Das ist schon ein Stück weit Wahlkampf. Sie haben zwar gerade gesagt, es habe sich bei

Ihnen vor acht Monaten niemand gemeldet; aber die Voltfraktion, genau genommen meine Wenigkeit, hat gleich mehrere E-Mails geschrieben mit der Bitte um Rücksprache, damit wir dieses Thema gemeinsam angehen können. Lange Zeit ist gar nichts passiert. Zwei Wochen vor der Wahl kriege ich auf einmal eine Nachricht: Wir haben da was geplant. Habt ihr Lust, da mitzumachen? - Ich habe diese E-Mail vor zwei Wochen bekommen, und vor acht Monaten hat mir niemand geantwortet. Es ist aber auch wirklich egal, weil wir hier, wie alle meine Vorredner schon gesagt haben, einen sehr guten Kompromiss gefunden haben.

Ich bin wirklich froh und dankbar, dass die FDP-Fraktion mitgegangen ist. Denn was alle anderen schon gesagt haben, kann ich explizit für Volt sagen: Jugendparlamente halten wir grundsätzlich für eine gute Idee, und sie können sicherlich eine Lösung sein; aber sich von vornherein auf nur ein Format festzulegen, und zwar über die Kinder hinweg, die ja in dem Fall nicht entschieden hätten, wäre, wie es eben gesagt wurde, keine echte Partizipation, mit der man die Menschen mitnimmt, die es betrifft. Deswegen bin ich jetzt wirklich sehr froh.

Wir sitzen leider nicht im Jugendhilfeausschuss - vielleicht nach der nächsten Wahl; ich bin gespannt. Wir werden diesen Prozess selbstverständlich trotzdem sehr wohlwollend begleiten.

Ich habe meine Rede ein bisschen geändert. Ich wollte noch sagen - das habe ich mir extra aufgeschrieben -: Die Ein-Frau-Armee der kinder- und jugendfreundlichen Kommune leistet sensationelle Arbeit. - Das muss hier noch mal ausdrücklich erwähnt werden.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Daran sollten wir festhalten, und die sollten wir auch unterstützen. Das werden wir sicherlich alle gemeinsam tun können. Ich freue mich auf jeden Fall. - Danke schön.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht so.

Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Tagesordnungspunkt 3.1.11, über den Änderungsantrag, der ja fast alle von Ihnen umfasst. Gibt es

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 77

Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Dann ist der Antrag so beschlossen, und der Ursprungsantrag hat sich erledigt.

TOP 3.1.12 haben wir gemeinsam mit TOP 3.1.9 beraten.

Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Übereignung der Russenhäuser-Platz für Menschen und FC“ AN/0888/2022

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0997/2022**

Ich gebe Herrn Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die sogenannten Russenhäuser in exponierter Lage in Klettenberg scheinen an der Drehscheibe politischer und eigentümlicher Gegebenheiten und Ereignisse zu sein. Von der UdSSR vor circa 45 Jahren als Tagungs- und Unterkunftseinrichtung für Angehörige des diplomatischen Dienstes erbaut, kam an der Friedrich-Engels-Straße mit Glasnost 1991 der schlechende Leerstand und Verfall. Seit dieser Zeit sind die Gebäude Eigentum der Russischen Föderation und wurden alsbald zur Unterbringung russischer Einwandernder zur Verfügung gestellt.

In all den Jahren muss es Kontakte unterschiedlicher Ämter und Dienststellen mit den Eigentümerinnen gegeben haben, insbesondere weil die untergebrachten Zuwanderer nahezu ausnahmslos Anrecht auf Sozialbezüge hatten. Parallel schaffte es 2011 ein dubioser deutscher Geschäftsmann, Franz Sedelmayer, Vertrauter des heutigen russischen Präsidenten, seine millionenschweren Forderungen gegen den russischen Staat einzuklagen und durch die Zwangsversteigerung von zwei Gebäuden einzutreiben. In beiden Fällen übrigens ersteigerte Russland das Eigentum zurück. Ebenso wurden laufende Mieteinnahmen beschlagnahmt. Nach meinem Dafürhalten handelt es sich um Mieten, die die Stadt Köln an die Russische Föderation für die Unterbringung zahlte. Immer waren Dienststellen involviert, unterhielten Kontakte, auch zum Klagesteller, aber sahen dem Treiben offensichtlich eher zu; denn niemals hat

die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt versucht, die Verrottung der Bausubstanz konstruktiv zu stoppen oder anstelle der Übernahme von Mietkosten für die Unterbringung bedürftiger Menschen ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Nun denn, unser Antrag geht an die Verwaltung, nichts unversucht zu lassen, diese Liegenschaften in das Eigentum der Stadt zu bekommen oder zumindest Putins Administration Zugriff und Nutzung zu verwehren, und das mit anhaltender Dynamik und unter Einsatz aller Institutionen und Mittel. Bei unserem Anliegen geht es nicht um 600-Millionen-Yachten oder One-Man-Villen, die glücklicherweise auf dem Zweitmarkt dramatisch an Wert verlieren, sondern um verwertbaren Grund und Beton in bester Stadtlage.

Aber alles hat sein Gutes; denn um endlich dem Thema „Gleueler Wiesen“ ein Sahnehäubchen zu verpassen, schlagen wir vor, Teile des Geländes dem Fußball-Club, dem 1. FC, zu verpachten, damit er dort, in greifbarer Nähe zum Hauptsitz, endlich sein Trainingszentrum bauen kann. Die Umgestaltung ginge dann nicht zulasten der Stadtkasse, und laufende Pachteinnahmen wären ein zusätzlicher Nutzen.

Daher stimmen wir mit ein in den Ruf der Initiative „Her mit den Schlüsseln“ und wollen Platz für Bedürftige und Europapokalträume schaffen. Stimmen Sie unserem Antrag bitte zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist spät; ich will es kurz machen, aber trotzdem kurz erläutern, warum wir zu diesem Antrag, den Die FRAKTION gestellt hat, einen Ersetzungsantrag stellen. Für uns ist es eigentlich unerträglich, zu sehen, dass diese Häuser in Lindenthal schon sehr lange leer stehen. Dazu hat der Kollege Wortmann ja schon gesprochen. Deswegen will ich das nicht alles wiederholen. Aber es ist natürlich jetzt noch mal ein Stück weit unerträglicher geworden, sich das anzusehen, wenn wir wissen, dass wir Unterkünfte für Geflüchtete brauchen und auch für Obdachlose, die hier leben. Die Geflüchteten flüchten vor einem Krieg der russischen Regierung, zeitgleich stehen hier

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 78

die russischen Häuser leer. Dass es so ist, ist nach meiner Meinung sehr schwer zu ertragen. Deswegen halten wir es für richtig und wichtig, dass wir eine Initiative starten, um diese Situation zu verändern.

Wir wissen, dass das rechtlich eine sehr komplizierte Sache ist. Deswegen geht unser Antrag jetzt auch nicht direkt auf die Fragen einer Enteignung oder Beschlagnahme ein. Vielmehr möchten wir, dass die Stadt mit den zuständigen Ministerien redet, um einen Weg heraus aus dieser sehr unbefriedigenden Situation zu finden. Deswegen würde ich darum bitten, dass Sie tatsächlich diesem Antrag zustimmen, damit wir die Häuser einer Nutzung zuführen, die angebracht ist und die auch dem Allgemeinwohl dient.

Vielleicht noch eine Sache zu dem ursprünglichen Antrag: Wir halten es nicht für zielführend, den Umgang mit diesem Gebiet jetzt noch mit einer FC-Debatte zu überlagern.

Wenn ich es richtig verstanden habe, haben die Kolleginnen und Kollegen von der SPD noch eine kleine Ergänzung. Vielleicht kann man sie kurz vorstellen? Dann würde ich direkt von hier aus darauf eingehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann folgt jetzt eine Zwischenfrage von Herrn Homann.

Mike Homann (SPD): Ja, wir können das auch gerne so machen, Frau Oberbürgermeisterin. - Die Zwischenfrage: Lieber Michael, würdet ihr im zweiten Absatz, in dem es darum geht, dass die Häuser schnellstmöglich einer Nutzung zugeführt werden sollen, für den Fall, dass dies aufgrund der Bausubstanz einfach überhaupt nicht mehr möglich ist - das sind unsere Informationen -, den Satzteil einfügen:

die Häuser, sofern die Bausubstanz dies nicht zulässt, die Grundstücke, schnellstmöglich einer Nutzung zugeführt werden?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Das würden wir übernehmen.

Mike Homann (SPD): Vielen Dank.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, da sind Sie mit Ihrer Frage nah an der Realität, Herr Homann. Es ist wirklich mehr als zweifelhaft, ob die Häuser noch zu Wohnzwecken dienen können. Man kann sich ja für Grundstücke in dieser Lage in Köln viele Nutzungen vorstellen.

Ich würde jetzt gerne einmal der Kämmerin, die auch Rechtsdezernentin ist, kurz das Wort geben, um ganz kurz die rechtliche Situation zu erhellen, und dann den Antrag zur Abstimmung stellen. - Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein ganz kurzer Rückblick: Die Verwaltung hat das Thema der Grundstücke an der Friedrich-Engels-Straße in Köln-Sülz bereits in der Vergangenheit, wie Sie wissen, in verschiedenen Vorlagen mehrfach beleuchtet und dazu Stellung genommen. Ich kann Sie darüber informieren, dass wir angesichts der aktuellen Situation des Ukraine-Kriegs und der durch die EU verhängten Sanktionen eine erneute Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten angestoßen haben, ob und, wenn ja, wie eine Übereignung dieser Gebäude möglich ist. Ich kann hier zusagen, dass wir, sobald die Ergebnisse der Prüfung vorliegen, natürlich darüber unverzüglich informieren werden. - So weit vielleicht zur kurzen Einordnung der rechtlichen Möglichkeiten. Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich würde dann zur Abstimmung kommen und lasse zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, der gleichzeitig ein Ersetzungsantrag ist, in der mündlich geänderten Fassung, die nicht nur die Gebäude, sondern auch die Grundstücke umfasst. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 79

Ich lasse über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich finde aber, prüfen sollten wir es trotzdem mal. Wir können Grundstücke ja auch für viele andere Möglichkeiten gebrauchen. Wir haben das 2015 schon mal geprüft, weil ich das auch unbedingt als Unterbringung für Geflüchtete nutzen wollte. Da war die Nutzung zu Wohnzwecken auch schon sehr zweifelhaft.

TOP 3.1.14 ist in den AVR verwiesen.

Tagesordnungspunkt

**3.1.15 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Unterstützung Partnerstadt Kattowitz“
AN/0900/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/0979/2022**

Ich gebe Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Meine Damen und Herren hier und an den Endgeräten! Um 20 Uhr waren es an den Endgeräten noch fünf Leute. Jetzt dürften wahrscheinlich nur noch unsere Mitarbeiter da sein. Jochen, Janja, Tom, macht Feierabend! Es wird wahrscheinlich nicht viel besser. Danke, dass ihr dabei wart!

Wir hatten das Thema Wahlkampf. Wir können versichern, dass wir diesen Antrag nicht aus Wahlkampfgründen gestellt haben. Wir machen keinen richtigen Wahlkampf. Das machen die anderen Parteien; wir haben das längst schon ausgelagert. An dieser Stelle einmal herzlichen Dank an alle anderen für unseren Wahlkampf!

Unseren Antrag stellen wir, weil wir ihn sinnvoll finden; er ist ausnahmsweise auch mal relativ realpolitisch. Ich halte mich in Anbetracht der späten Stunde kurz: Wir beantragen, unserer Partnerstadt Kattowitz - polnisch: Katowice - zur Unterstützung und Versorgung ukrainischer Geflüchteter eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, und zwar in Höhe von 100 000 Euro, entnommen aus den Mitteln zur Pflege der Städte-

partnerschaft mit Wolgograd. Ich gebe zu: Wir haben es aus der verbotenen Stadt abgeguckt; Düsseldorf hat etwas Ähnliches für Warschau gemacht.

In der Besprechung dieses Antrags mit den zuständigen städtischen Mitarbeitern wurde uns aber nahegelegt, darüber noch mal nachzudenken, weil es gar keinen expliziten Posten für die Städtepartnerschaft mit Wolgograd gibt. Diese Städtepartnerschaft sei sowieso auf Eis gelegt, und alles, was da an Geldern fließe, würde momentan Opfern des NS-Regimes als Entschädigung zugutekommen. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag zu unserem eigenen Antrag gestellt. Natürlich wollen wir die Opfer des NS-Regimes weiter unterstützen und ihnen nicht das Geld wegnehmen.

Damit wir dennoch die in unserem Antrag vorgesehenen 100 000 Euro finanziert bekommen, haben wir uns Gedanken gemacht. Vorhin kam es bei dem Antrag nach dem Motto „Umsonst für alle, denkt an die Kinder usw.“ zur Sprache: Es muss auch alles finanzierbar sein. - Wir haben also tief in die Anträge der vergangenen Monate reingeguckt und sind auf den Posten in Teilplan 0301, Teilplanzeile 13 gestoßen. Da müsste wahrscheinlich noch jede Menge Geld rumliegen; denn darüber wurde in der ersten Ratssitzung die Aufstockung der Fraktionsmittel finanziert. Im Vergleich zu den damals entnommenen Mitteln dürften die 100 000 Euro unseres Antrages, euphemistisch gesprochen, wahrscheinlich einigermaßen günstig sein.

In dem Sinne gehe ich davon aus, dass wir wie immer 100 Prozent plus x Zustimmung bekommen, und freue mich auf die Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hock, Sie haben, wie Sie sagen, den Antrag zwar nicht aus Wahlkampfgründen gestellt, aber das macht ihn nicht besser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 80

Sie sagen, Sie haben sich Gedanken gemacht. Aber vielleicht waren es nicht genug; vielleicht haben Sie auch schlecht recherchiert.

Zunächst einmal zur Sache: Kattowitz hat in der Tat in den letzten zwei Monaten 96 500 geflüchtete Menschen aufgenommen. Die Bevölkerungszahl von Kattowitz von 300 000 auf fast 400 000 gestiegen. Das ist eine unvorstellbare Zahl. Wenn man von der Bevölkerungszahl Kölns ausginge, die fast viermal so hoch ist, bedeutete dies 400 000 zusätzliche Geflüchtete in der Stadt. Das zeigt ungefähr die Dimension.

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung den Partnerstädten Kattowitz und Cluj Unterstützung zugesagt. Ich bin übrigens vor einigen Wochen in Kattowitz gewesen und habe mich dort in Vertretung der Oberbürgermeisterin informiert. Da haben wir sehr genau abgesprochen, wo Hilfe benötigt wird. Ich danke der Oberbürgermeisterin und auch der Verwaltung für die Unterstützung dabei, dass wir jetzt schon Güter im Wert von 120 000 Euro - Sie wollten 100 Prozent Zustimmung zu Ihrem Antrag, der nur 100 000 Euro vorsieht - nach Cluj und nach Kattowitz schicken konnten,

(Beifall)

übrigens organisiert durch viele Spenden.

Ich danke auch den Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung der Stadt Köln, die über die Restcentspende - und die Stadt Köln hat noch ein bisschen was draufgelegt - zweimal 15 000 Euro an Geldern in die Städte geschickt haben. Zum Beispiel werden diese Gelder jetzt in Kattowitz - das hat mir eine Kollegin von dort erzählt - für Übersetzungsarbeiten verwendet, aber auch für Instandsetzungsarbeiten in den Geflüchtetenunterkünften.

Dank gebührt auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen, den Vereinen, den Initiativen, die so viel gespendet haben, allen voran das Blau-Gelbe Kreuz, das aufgrund von Spenden 122 Transporte in die Ukraine schicken konnte, vor allen Dingen Sanitätsprodukte. Pro Transport gehen da Materialien im Wert von etwa 200 000 Euro raus.

Wir lehnen Ihren Antrag zum einen ab, weil schon so viel Geld - mehr als das, was Sie beantragt haben - nach Kattowitz geschickt worden ist. Wir lehnen ihn zum anderen ab, weil wir eine Verantwortung gegenüber den Geflüchteten haben, die

nach Köln gekommen sind, insbesondere gegenüber den Tausenden von Schülerinnen und Schülern, die wir jetzt hier in den Schulen versorgen müssen, wofür wir die entsprechenden Mittel nutzen. Deshalb verstehe ich den Deckungsvorschlag nicht, den Sie an der Stelle gemacht haben.

Ich finde den Antrag wirklich nicht besonders gut durchdacht. Er läuft den Fakten hinterher. Mit Ihrem Änderungsantrag laufen Sie auch noch Ihrem eigenen Antrag hinterher. Es ist also insgesamt schlecht recherchiert worden. Zum Stichwort Zwangsarbeiterinnen: Selbstverständlich werden wir da unserer historischen, unserer humanitären Verantwortung gerecht.

Leider ist dieser Antrag ein Schnellschuss, und wir werden ihn ablehnen, weil wir im Übrigen das, was Sie fordern, schon machen und darüber hinausgehen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt Frau Röhrig auf meiner Rednerliste. Wenn von CDU und SPD nicht das Wort gewünscht wird, würde ich Frau Röhrig jetzt bitten. - Doch! Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Erst mal danke, Herr Kollege Wolter, für die Beschreibung der Sinnhaftigkeit oder Nicht-Sinnhaftigkeit des Antrags und außerdem der schlechten Recherche. - Es ist natürlich manchmal ein Unding, liebe Fraktion Die FRAKTION, dass wir bei so vielen Anträgen auf der Tagesordnung viel Zeit mit Anträgen verbringen müssen, die so schlecht sind und inhaltlich dermaßen überholt sind.

(Beifall)

Ich möchte jetzt auch ausdrücklich - Herr Kollege Wolter hat das getan, ich möchte es für die SPD-Fraktion tun - die Stadtverwaltung für ihren Einsatz für unsere beiden Städtepartnerschaften loben. Da geht es zum einen um das erwähnte Zurverfügungstellen der Transportkapazitäten und zum anderen um das Sammeln der Spenden - Medikamente und alles Mögliche -, die dann in die beiden Partnerstädte Katowice und Cluj-Napoca gebracht werden. Ich habe jetzt mehrfach mit Cluj-Napoca telefoniert.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 81

Wir, die Stadt Köln, und CologneAlliance haben ja auch ein Spendenkonto initiiert. Inzwischen haben wir allein darauf 42 000 Euro - heutiger Stand - gesammelt, über das Ehrenamt usw. In einer ersten Aktion konnten wir Kattowitz und Cluj jeweils 15 000 Euro zur Verfügung stellen. - Das sind Dinge, die wir tun. Das heißt, wir sind schon auf bestem Wege, und wir haben als Stadt Köln in dem Bereich schon längst die Summe von 100 000 Euro überschritten.

Außerdem ist der Antrag natürlich äußerst ungeeignet. Er nennt nämlich nur die Stadt Kattowitz. Wir haben ebenfalls eine Städtepartnerschaft mit Cluj. Die dortige Grenzregion zu Rumänien hat schon etwa 820 000 Kriegsgeflüchtete aufgenommen, in erster Linie Familien, Frauen und Kinder.

Gleichzeitig - es wurde auch schon erwähnt - ist es eine Frechheit, von den Mitteln für die Dinge im Etat, die wir zusätzlich finanzieren müssen, nämlich im Bereich der schulischen Unterbringung und Unterstützung gerade der ukrainischen Kinder in Kita und Schule, 100 000 Euro wegzunehmen. Das ist so was von unnötig und falsch; es ist traurig. Mich ärgert das sehr. Das will ich in einer solchen Diskussion zu einer späten Zeit deutlich sagen.

Liebe Fraktion Die FRAKTION, Sie haben am Anfang gesagt, dass Sie keine Kinder mögen. Dann sollten Sie jetzt vielleicht bei solchen Dingen, die wir gut machen, etwas rücksichtsvoller sein. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Ich ziehe meinen Wortbeitrag zurück.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr.

Dann bringe ich das zur Abstimmung. Wer dem Antrag mit der Ergänzung des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es

Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.16 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Stadtlogo - Das kommt nicht immer alles weg!“
AN/0914/2022**

Auch hier gebe ich zunächst Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, noch einmal vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Alle an den Geräten oder im Publikum! Marko, du bist noch da. Wow! Einer ist noch da. - Im Vorfeld zu dieser Sitzung wurden wir verschiedentlich gefragt, ob es denn nun wirklich notwendig sei, über das neue Stadtlogo zu sprechen; es sei Krieg, Corona, Landtagswahl usw. Mit der gleichen Begründung könnten wir fragen, ob es denn nun wirklich notwendig sei, in solchen Zeiten das Stadtlogo zu ändern.

Auch bei einigen Anträgen bzw. Redebeiträgen - ich schaue einmal auf die Uhr: zehn vor zehn - könnten wir fragen, ob es wirklich notwendig wäre, sie zu stellen bzw. zu halten. Beim vorigen Tagesordnungspunkt war übrigens auch bemerkenswert, dass gesagt wird, es sei so spät, und dann alle noch einmal fünf Minuten über unseren Antrag reden, von dem ohnehin klar ist, dass er abgelehnt wird. Egal.

Allerdings ist die Landtagswahl wahrscheinlich auch nicht Grund, wenig zu sprechen, sondern Grund, viel zu sprechen. Einige Anträge und Redebeiträge haben das heute verdeutlicht. Als Mitglied der Fraktion der extremen Mitte werde ich trotzdem versuchen, heute die Redezeit noch einigermaßen kurz zu halten.

Worum geht es eigentlich? Im Hauptausschuss wurden wir damit konfrontiert, dass ein neues Logo für die Stadt designt worden ist und dass das auch umgesetzt werden soll. Wir finden das neue Logo hässlich. Es gefällt uns nicht. Wo ist der Dom, und was macht dieser stramme Adler ohne entspannt hängende Flügel?

Das mag vielleicht eine Berliner Werbeagentur hip finden. Aber von Menschen, die obergäriges Bier mit ungefähr 1,8 Prozent zu wenig Alkohol, dafür aber mit Waldmeistersirup trinken, lassen wir uns

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 82

in Geschmacksfragen schon mal gar nichts erzählen -

(Beifall bei der FRAKTION - Heiterkeit
und Beifall bei der SPD)

egal, in was für einem schönen Werbesprech dieser Quatschvorschlag daherkommt.

Unserethalben kann das Logo ja geändert werden; meinetwegen, wenn es denn sein muss - dann aber bitte auf einer anderen Grundlage als dem Wunsch, zumindest irgendwie trendy zu wirken, wenn Köln realpolitisch schon nicht so richtig aus dem provinziellen und alten Trott herauskommt.

Das ist also ein bisschen cringe - ungefähr so cringe wie die Verwendung des Wortes „cringe“ von mittelalten Ratspolitikern; sprich: von mir.

Ein neues Logo, ein neuer Markenauftritt hat vor circa sechs Jahren ja schon mal stattgefunden. Damals gab es dieses Logo - vielleicht erinnert sich der eine oder andere - mit irgendwas mit Dom und Rhein. Es stammt übrigens von der gleichen Werbeagentur, die jetzt mit diesem sehr hippen Vorschlag um die Ecke kommt. Jedenfalls hat das damals vor sechs Jahren auch nicht geklappt.

Deswegen setzt doch bitte diesen Quatsch erst mal aus. Schaut, was es alles schon gibt. Und dann findet am besten unter Beteiligung der Kölner Bürger etwas, über das deren unmittelbare demokratische Vertretung - das wären wir, der Kölner Rat - dann noch mal abstimmt. Dann können wir durchaus darüber reden, dass wir das Logo ändern. Aber so, finde ich, ist auch das Vorgehen eher uncool.

Also mal wieder 100 Prozent plus X Zustimmung. Wir freuen uns darüber. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.16 abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und die SPD-Fraktion.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ihr müsst Fritz Schramma noch anrufen! Der würde auch zustimmen!)

Ich frage nach Enthaltungen. Wünscht sich jemand zu enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeit der beiden Anträge unter 3.1.17 und 3.1.18 ist nicht beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, daher komme ich zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Cradle to Cradle“ AN/0590/2022

**Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
0899/2022**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? Dann würde ich angesichts der Zeit darum bitten, sie schriftlich einzureichen. - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „PV-Potentialflächen an Autobahnen“ AN/0716/2022

**Antwort der Verwaltung vom 04.05.2022
1240/2022**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Nachfragen? - Ich sehe keine.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Zahlungs- und Forderungsabwicklung im Verkehrsdienst“ AN/0886/2022

**Antwort der Verwaltung vom 02.05.2022
1200/2022**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 83

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte einige Nachfragen zu der beantworteten Anfrage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es sind zwei Nachfragen möglich, und ich habe eben gebeten, sie angesichts der Zeit schriftlich einzureichen.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Ach so. Ja, gerne.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist Ihnen das recht? Das wäre sehr schön.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Ja. Das machen wir gerne.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke., Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) „Wie geht es weiter mit dem Kalkberg? Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Rats und der Bezirksvertretung Kalk“
AN/0941/2022

Antwort der Verwaltung vom 05.05.2022
1510/2022

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Die Antwort ist ja recht kurz ausgefallen, um das einmal so zu sagen. Deshalb werden wir zwei Nachfragen einreichen - schon allein, damit die Fragen, die wir gestellt hatten, bitte doch noch beantwortet werden. Mir blieb beim ersten Lesen eigentlich die Spucke weg, muss ich sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Ausgaben der Stadt Köln für Rechtsanwälte und Medien-Berater“
AN/0953/2022

Diese Anfrage ist nicht so schnell zu beantworten gewesen. Die Antwort wird zur nächsten Sitzung bereitgestellt. - Danke schön.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Erhöhtes Risikomanagement der Stadt Köln - 11.11.“
AN/0899/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.05.2022
1456/2022

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
0680/2022

Hierzu hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD fordert seit langer Zeit, dass endlich Ordnung in das Chaos um die E-Scooter auf Kölns Straßen gebracht wird. Lange mussten wir gegen den Widerstand von Verwaltung und Ratsbündnis argumentieren, damit mit dieser wilden Parkerei der E-Scooter Schluss ist und die Betreiberfirmen endlich in die Pflicht genommen werden.

Wir sind der Verwaltung sehr dankbar dafür, dass sie relativ schnell den jetzt vorliegenden Vorschlag für eine aktualisierte Sondernutzungssatzung auf den Weg gebracht hat. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um einen sachgerechten Vorschlag.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 84

Zwar beschwerten sich jetzt die Betreiberfirmen über die Gebühren, die wir ihnen auferlegen wollen. Das ist ihr gutes Recht.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die gleichen Firmen sich in den letzten Jahren die Taschen gefüllt haben und sich kaum um die Risiken und Nebenwirkungen der E-Scooter gekümmert haben. Das haben sie lieber anderen überlassen. Oder kann mir hier jemand sagen, wie viele Roller eigentlich aus dem Rhein gefischt worden sind? Wahrscheinlich nur sehr wenige. Das reicht nicht aus.

Deshalb stimmt meine Fraktion dieser Vorlage wohlwollend und freudig zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Lorenz. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Aufgrund der Zeit werde ich jetzt nicht auf die inhaltlichen Themen eingehen. Ich möchte aber eine Aussage von Herrn Lorenz durchaus berichtigen. Er hat ja gerade gesagt, das sei alles auf Initiative der SPD-Fraktion passiert.

Gerade was das Thema Barrierefreiheit angeht, möchte ich daran erinnern, dass es im letzten Sommer im Hauptausschuss einen Antrag der SPD-Fraktion gab, der hinterher durch einen Ersetzungsantrag durch unser Ratsbündnis verändert wurde. In dem ursprünglichen SPD-Antrag ging es nur darum, dass Gebühren erhoben werden sollen. Das Problem ist aber, dass es im Interesse der Barrierefreiheit vor allem darum geht, hinterher in einer Ausschreibung entsprechende Qualitätskriterien anzulegen. Diese Ausschreibung wird aufgrund unseres und nicht Ihres Bestrebens hier im nächsten Jahr dann auch von der Verwaltung vorgelegt werden.

Der Satzung werden wir natürlich zustimmen - wie Verkehrsausschuss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 10. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.2 Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln
0918/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.3 Änderung der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters
0927/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.1.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
Neufassung der Betriebssatzung
1201/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

**7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
0733/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 85**7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-
erhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO****7.2.1 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke
0588/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt

**7.3 Unterrichtung des Rates über die von der
Kämmerin/den Fachbeigeordneten ge-
nehmigten Mehraufwendungen, -auszah-
lungen und -verpflichtungen im Haus-
haltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85
Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der
Haushaltssatzung 2022
1329/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen
wir das zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt

**7.4 Ermächtigungsübertragungen in das
Haushaltsjahr 2022
0831/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Kenntnis-
nahme.

Tagesordnungspunkt

**7.5 Unterrichtung des Rates über die von der
Kämmerin/den Fachbeigeordneten ge-
nehmigten Mehraufwendungen, -auszah-
lungen und -verpflichtungen im Haus-
haltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85
Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der
Haushaltssatzung 2020/21
1326/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Kenntnis-
nahme.

Tagesordnungspunkt

**7.6 Unterrichtung des Rates über die An-
zeige der Gesamtabschlüsse 2010 und
2018 gem. § 1 des Gesetzes zur Be-
schleunigung der Aufstellung kommunaler
Gesamtabschlüsse NRW
1346/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Dann nehmen wir das
zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

**10.1 Fahrplanwechsel 2022 - Überarbeitung
des Abend- und Nachtverkehrs im Stadt-
bezirk Porz
0286/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.2 Fahrplanwechsel 2022 - Angebotsaus-
weitung Buslinie SB55/164
0395/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? -
Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Fahrplanwechsel 2022 - Anbindung Ge-
werbegebiet Porz-Eil
4246/2021**

Da habe ich eine Wortmeldung von Herrn Lorenz.
- Nein. Gut. Dann frage ich, ob es weitere Wort-
meldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, An-
lage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? -
Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist so be-
schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Fahrplanwechsel 2022 - Sonntägliche
Anbindung des Krankenhauses Hohen-
lind an Lövenich durch die Linie 136
4460/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstim-
men? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so
beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Fahrplanwechsel 2022 - Erschließung
des Gewerbegebiets Marsdorf sowie
Ausweitung der Betriebszeiten der Bus-
linie 143**

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 86**4475/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.07.2022 - 30.06.2024
0333/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtteil Lindenthal
0400/2022**

Ich möchte gerne noch ergänzen, dass unsere Raumkonzepte bei Grundschulen automatisch ein Gebäude vorsehen, das für den Gemeinsamen Unterricht geplant und vorbereitet ist. Die Inklusion wird also immer mitgedacht. Damit sind auch die Anregungen der BV 3 berücksichtigt.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage, wie Schulausschuss und wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die LINKEN enthalten sich. Dann ist das beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 METRO-KLIMA-LAB - ein interkommunales Projekt im Bundesprogramm zur „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“, hier: Beschluss über die Mitwirkung und Mittelbereitstellung
0512/2022**

Bitte schön, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin, leider haben wir im Stadtentwicklungsausschuss seit mehreren Sitzungen kein Protokoll mehr. Deswegen muss ich das jetzt hier zu Protokoll geben.

In unserer Fraktion hat wegen dieser Vorlage eine Diskussion stattgefunden, weil es Bedenken aus unserer Umweltpartei gab. Hier wird ja die Betrachtungsweise des Freiraumes im südlichen Porz verändert, in dem wir ja noch Großes vorhaben - Zündorf-Süd, Wahn-West, Umgehungsstraße, Rheinspange usw. Es gab die Bedenken, dass wir durch diese Änderung des Betrachtungswinkels diese Entwicklungen unmöglich machen.

Die Verwaltung hat uns zugesagt, dass das nicht der Fall ist. Das wollte ich hier auch noch einmal festhalten. Deswegen konnte ich auch unseren Vertreter im Umweltausschuss, den von uns ansonsten sehr geschätzten Rolf Albach, der im Umweltausschuss dagegengestimmt hat, überzeugen, dass wir heute als FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen werden, weil wir der Verwaltung glauben, dass es diese Entwicklung, die wir im Porzer Süden brauchen, eben nicht behindern wird. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe Herrn Beigeordneten Greitemann nicken. Damit ist Ihre Auffassung also bestätigt.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines 4/6-zügigen Gymnasiums (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Rondorf
0557/2022**

Dazu gebe ich als Erster Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 87

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Rat am 21. November 2018 den Planungsbeschluss für ein fünf- bis siebenzügiges Gymnasium in Rondorf gefasst. Der Beschluss für die Errichtung des Gymnasiums in Rondorf gehörte zu einem umfassenden Paket, in dem neben diesem Gymnasium auch zwei Gesamtschulen - eine in Ossendorf und eine in der Parkstadt Süd - enthalten waren.

Wir haben heute schon darüber diskutiert, wie viele Schulplätze für beide Schulformen fehlen. Wir respektieren auch die Wünsche der Eltern, die sich Gymnasialplätze für ihre Kinder wünschen. Das Verhältnis von zwei Gesamtschulen zu einem Gymnasium in unserem Paket zeigt deutlich, dass wir unserem Schwerpunkt, der Schaffung von Gesamtschulplätzen, treu bleiben.

Aber weiterführende Schulen sind eben nicht nur Schulen in den Stadtteilen oder nur Schulen für den Bezirk, sondern gesamtstädtische Schulen. In diesem Kontext müssen und wollen wir sie auch auf Ratsebene betrachten. Deshalb folgen wir dem Antrag der Bezirksvertretung Rodenkirchen, die sich für ein Ausschreibungsverfahren für eine Gesamtschule ausspricht, nicht.

Die Verwaltung hat die demografische Entwicklung und die Bedarfsdeckung bis 2026/2027 neu bewertet und empfiehlt deshalb in Rondorf den Bau eines vierzügigen/sechszügigen Gymnasiums.

Herr Greitemann hat uns im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft auch zugesagt, dass dafür schon Leistungsverzeichnisse erarbeitet wurden und nunmehr vorliegen, die schnell zur Ausschreibung und letztlich auch zu einem schnellen Bau des Projektes führen sollen.

Der Beschluss aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft sieht eine Ausschreibung von mindestens vier/sechs Zügen vor. Es soll im Verfahren dennoch die Möglichkeit mitgeprüft werden, gegebenenfalls für fünf/sieben Züge zu planen, wie es der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschlossen hat.

Die Empfehlung, bei den Räumlichkeiten auch die Möglichkeit für inklusiven Unterricht auszuloten, lässt sich ohne erheblichen Zeitaufwand nach Auskunft des Baudezernenten leider nicht realisieren. Unser Ziel ist es aber, endlich die Schule

in Rondorf am Start zu haben, bevor die Baugebiete fertig sind und bevor die Schülerinnen und Schüler vor Ort sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kämpfen auch nicht für jeden Grashalm, wie uns das vorhin unterstellt wurde. Wir wollen verantwortungsbewusst alle Spannungsfelder ausloten und dann bewusst eine Entscheidung treffen. Das ist für uns verantwortliches politisches Handeln, dem wir uns verpflichtet fühlen. Und wir haben etlichen Schulbaumaßnahmen zugestimmt, auch solchen, bei denen Baumfällungen unvermeidbar waren.

Wir werden den Beschluss des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft übernehmen und so wie dort abstimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Besser als meine liebe Vorrednerin Bärbel Hölzing kann man ja die Vorlage der Verwaltung nicht vorstellen. Sie hat auch noch einmal die Argumente dargelegt, warum man dieser Vorlage zustimmen sollte. Das will ich gar nicht wiederholen, um Sie jetzt, um kurz nach zehn, nicht zu langweilen. Ich möchte nur an zwei oder drei Punkte erinnern.

Ich freue mich darüber, dass wir heute den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung umsetzen. Er ist weit vor der Amtszeit der amtierenden Oberbürgermeisterin und auch weit vor der Amtszeit des amtierenden Schuldezernenten entstanden. Denn der ursprüngliche Vorschlag sah ein Gymnasium in Rondorf und eine Gesamtschule in der Parkstadt Süd vor.

Aus bis heute nicht geklärten Gründen hat eine frühere Verwaltung das geändert. Ich kann Ihnen die Gründe nicht nennen. Aber sie spielen ja auch keine Rolle. Das Ratsbündnis hat dann diesen Vorschlag der Verwaltung aufgenommen - genau so war es - und das gute, richtige Verfahren wieder verändert. Unter Schuldezernentin Klein und

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 88

Oberbürgermeister Roters ist also der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung geändert worden, der in der ersten Version das Gymnasium in Rondorf und die Gesamtschule in der Parkstadt Süd vorgesehen hat.

Genau das, was damals vorgesehen war, wollen wir jetzt auch wieder machen.

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen. Es ist also nicht nur so, dass wir der Verwaltung das glauben, was sie ursprünglich vorgelegt hat. Denn es geht doch gar nicht allein für den Stadtbezirk Rodenkirchen um Gymnasium oder Gesamtschule. Sie bekommen beides - was ja auch richtig ist und was in vielen anderen Stadtbezirken ebenfalls richtig ist. Sie bekommen in Rondorf ein Gymnasium und in der Parkstadt Süd eine Gesamtschule.

Lassen Sie uns jetzt noch einmal einen Blick auf die Zahlen werfen. Sie müssen sich ja nicht anschließen, Herr Homann. Jeder darf seine Meinung haben. Die muss nicht immer gut begründet sein. Unsere Meinung ist auf den Zahlen der Verwaltung begründet. Schauen Sie sich einmal die Zahlen aus dem Anmeldeverfahren 2021/22 - die neuesten Zahlen haben wir ja noch nicht vorliegen - an.

Wie viele Gesamtschulplätze gibt es im Stadtbezirk Rodenkirchen? Sie werden es mir sagen können. Okay, ich sage es Ihnen: 378. Und wie viele Anmeldungen gab es für diese 378 Plätze? 309. Das heißt, dass 69 Gesamtschulplätze gar nicht nachgefragt waren.

Und womit sind diese Plätze aufgefüllt worden? Mit Kindern aus anderen Stadtbezirken. Das ist auch völlig okay.

Aus diesen Zahlen, die in den ganzen letzten zehn oder 15 Jahre so waren, abzuleiten, dass wir im Stadtbezirk Rodenkirchen ein gravierendes Gesamtschulproblem hätten, ist nicht legitim.

Schauen Sie sich bitte Ehrenfeld an; schauen Sie sich Nippes an; schauen Sie sich andere Stadtbezirke an. Da ist es genau andersherum. Da reichen die Plätze nicht aus.

Genau aus diesem Grund haben wir überlegt - Bärbel Hölzing sprach es an -: Wir können nicht alles auf einmal machen. Was machen wir in bestimmten Stadtbezirken bevorzugt? - Und da fiel

die Wahl nicht auf eine Gesamtschule im Stadtbezirk Rodenkirchen, weil es dort noch reichlich freie Plätze gab.

Ich darf Ihnen sagen, dass ich der Bezirksvertretung Rodenkirchen sehr dankbar bin. Dort gab es nämlich eine Anfrage der CDU, deren Beantwortung im März dieses Jahres erfolgte. Das sind zwar noch ältere Zahlen, weil neuere nicht vorlagen. Aber 637 Schülerinnen und Schüler aus anderen Stadtbezirken besuchen weiterführende Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen. Das ist ja eine tolle Sache. Und wie viele von diesen 637 gehen auf das Rodenkirchener Gymnasium? Sie werden es nicht glauben: sechs. Wohin gehen die anderen 631? Auf die Hauptschule? Ach nein; die haben sie in Rodenkirchen ja gar nicht mehr; die haben wir ja mal abgeschafft; sorry. Auf die eine Realschule? Nein.

Also werden ungefähr 600 Kinder aus anderen Stadtbezirken die Gesamtschule in Rodenkirchen besuchen. Das ist ja auch nicht schlimm und okay. Aber noch schöner wäre es, wenn wir diesen Kindern in Zukunft auch in ihren Stadtbezirken Gesamtschulplätze anbieten könnten. Jetzt sind wir dabei, das sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, meinem Beitrag können Sie entnehmen, dass ich den ursprünglichen und jetzigen Vorschlag der Verwaltung ausdrücklich begrüße und dass wir natürlich auch in jedem Stadtbezirk die noch fehlenden Schulformen im Blick haben. Aber das muss jetzt vorangehen, damit, ich sage mal, in spätestens drei bis fünf Jahren auch das Gymnasium als weiterführende Schule in Rondorf steht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, um ein bisschen Zeit zu sparen. - Herr Dr. Schlieben hätte auch abkürzen können. Ideologisch sind Sie eben noch in der Steinzeit, was Gesamtschuldebatten angeht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 89

Von der CDU kann man das natürlich noch erwarten. Dass die Grünen sich da mitnehmen lassen, lasse ich jetzt auch einmal so stehen. Das ist so, wie es ist. Es ist bedauerlich.

Den Bedarf, die Unterschriftenlisten, die Petitionen: Das kennen Sie alles. Ebenso wissen Sie, dass sich die Experten, die Schulleitungen, ausschließlich für diese Gesamtschule starkgemacht haben. Das ignorieren Sie alles.

Daher ist klar, dass wir dem hier nicht zustimmen. Aber wir bleiben natürlich unserer Haltung, dass wir für jeden Schulplatz kämpfen, treu. Deshalb werden wir hier auch nicht dagegenstimmen.

Was mich allerdings noch interessiert, ist - vielleicht auch mit einer Frage verbunden -, wie es denn sein kann, dass wir im Schulausschuss lange darüber diskutieren, die Zügigkeit zu erhöhen, um dann im Nachgang mitzubekommen, dass das gar nicht möglich ist. Das kann natürlich - ich gebe mir die Antwort dann in Teilen schon selbst - auch damit zu tun haben, dass wir seit eineinhalb Jahren im Schulausschuss überhaupt keinen Zugang zu Menschen der Gebäudewirtschaft und des Bauwesens haben. Dann könnten genau solche Fachfragen nämlich auch direkt beantwortet werden. Stattdessen müssen wir aber immer im Trüben fischen und können immer nur spekulieren. So etwas kommt dann dabei heraus. Insofern brauchen wir uns nicht zu wundern, dass bestimmte Dinge nicht weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich fasse mich auch kurz und spreche vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei unserem zweiten Punkt der heutigen Sitzung, der aktuellen Stunde, habe ich das Thema der Diskussionen um die Schulformen schon angesprochen. Da geht es hin und her und immer wieder hin und her.

Oliver Seeck, Schulentwicklungsplanung bei weiterführenden Schulen wird nun einmal stadtweit betrachtet und nicht auf den Kleinbezirk zugeschnitten.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen reichen auch nicht die Kenntnis vor Ort und der Willen vor Ort. Vielmehr müssen wir immer einen etwas größeren Bereich betrachten.

Ich finde, dass diese Diskussionen endlich aufhören müssen. Wenn in der Schulentwicklungsplanung an einer Stelle ein Gymnasium und an anderer Stelle eine Gesamtschule geplant sind, müssen wir sagen: Das machen wir jetzt. - Sonst bekommt das Ganze wieder ein Ungleichgewicht und kommt durcheinander. Lasst uns mit diesen Diskussionen bitte aufhören und, verdammt noch mal, Schulen bauen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur empfehlen, es so wie wir zu machen. Wir haben Schul- und Baupolitik in Personalunion. Mir war klar, dass die Ausschreibungen auf eine vierzügige/sechszügige Schule ausgelegt sind. Da eine Zügigkeitserhöhung nicht nur erfordert, drei Klassenzimmer mehr vorzusehen, sondern Auswirkungen auf alles in dieser Schule hat, kann man das nicht mal eben umschalten. Deswegen sollten wir uns damit nicht aufhalten. Lasst uns bitte, verdammt noch mal, die Schule auf den Weg bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Angemeldet ist jetzt noch ein Redebeitrag von Herrn Wortmann. Herr Wortmann ist aber nicht da. Der Redebeitrag wird von Herrn Hock übernommen.

Michael Hock (Die FRAKTION): Der Redebeitrag wird zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Anlage 2, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE und die SPD-Fraktion enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 90**10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2020 - 31.12.2020
0565/2022**

Wortmeldungen? - Herr Sterck. - Nein. Das war eine Fehlmeldung. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wortmeldungen sehe ich keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Wirtschaftsplan 2022 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0721/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss Ebertplatz - Weiterführung der Zwischennutzung
0744/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Die Linke. und FDP
AN/1001/2022**

Hier hat Frau Schneeloch als Erste das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt gleich halb elf, und es wird sicherlich schwierig, heute noch irgendjemanden hier vom Hocker zu reißen. Ich bemühe mich trotzdem. Es geht nämlich um ein wichtiges Thema und ein Herzensthema von mir: den Ebertplatz. Für die einen ist er das Kölner Paradebeispiel für gelebte Urbanität in unserer Großstadt oder gar das Comeback des Jahres 2018. Für andere ist er ein Ort, mit dem sie nichts anzufangen wissen und den sie deswegen am liebsten zuschütten möchten. Aber das sind jene, die den Platz nicht verstanden haben.

Endlich beschließen wir nun diese Vorlage zur Verlängerung der bisherigen Zwischennutzung -

aber eigentlich schon viel zu spät; denn die Vorlage zur Fortführung der erfolgreichen Zwischennutzung war eigentlich schon vor langer Zeit beschlossen und sollte uns auch schon im ersten Quartal 2021 als Beschlussvorlage zugehen. Ich bin ja in diesem Rathaus öfter mal ein bisschen verwirrt, weil man sich hier oft, wie auch heute, in einem schrägen Paralleluniversum befindet, in dem Zeit und Raum ein wenig verschwimmen. In diesem Paralleluniversum scheint auch der 5. Mai 2022 das erste Quartal 2021 zu sein; denn jetzt bekommen wir diese Vorlage, Dringlichkeit hin oder her.

Weil viele hier auch gerne persönliche Befindlichkeitspolitik - das haben wir auch heute wieder gesehen - statt Politik im Sinne der Stadt und für ihre Bürger*innen machen, nehme ich mir das jetzt für den Ebertplatz auch einmal heraus. Denn die Zwischennutzung, die offiziell schon im Juni 2021 geendet hat und ausgelaufen ist, macht einen in mehrerer Hinsicht betroffen.

Mich macht es als Anwohnende betroffen, dass durch die verzögerte Vorlage die schon längst wieder im Betrieb befindliche Gastronomie auf dem Platz immer noch nicht wieder geöffnet ist. Und diese ist nicht nur ein beliebter Veedelstreffpunkt geworden, sondern ermöglichte dort auch eine soziale Kontrolle.

Es macht mich auch betroffen, dass wir als Stadt den Anspruch als verlässlicher Partner für die Engagierten vor Ort am Platz nicht realisieren können und ihm nicht gerecht werden, wenn wir in versprochenen Fristen nicht liefern können und die Akteur*innen in der Luft hängen lassen.

Ich finde es nach wie vor gut, dass wir heute endlich die Fortführung der Zwischennutzung beschließen.

Zum großen Engagement am Ebertplatz werden bestimmt auch einige meiner Nachredner*innen noch etwas sagen. Ich fasse mich da kurz. Sie ist da. Sie ist ideenreich. Sie ist kreativ. Sie geht von Gärtnern im eigenen Beet bis zu anspruchsvollen Konzerten und Kunstausstellungen und wird damit vielen vor Ort gerecht. Hier geht noch einmal großer Dank an alle, die jetzt diese Hängepartie mitgemacht haben.

Heute geht es aber auch, was leider der großen Geschichte um den Ebertplatz nicht ganz gerecht wird, um die Winterbespielung und um die Eisbahn. Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 91

Denn ich habe selber gesehen, dass sie gut angenommen wird, was aber nicht gleichzeitig heißt, dass eine Eisbahn die einzige Möglichkeit ist. Wir haben heute schon viel über Kinder gesprochen - die armen Kinder, die hier entweder gehasst werden oder an die niemand denkt. Ich glaube nicht, dass die Eisbahn die einzig mögliche Winterbespielung auf diesem Platz ist, um Kinder glücklich zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kinderglück und Kinderlachen, die ja so vielen hier auch immer am Herzen liegen, sind nicht von einer Eisbahn abhängig. Denn was vermitteln wir den Kindern damit? Einen weißen Winter, den es in Köln schon lange nicht mehr gibt und auch nicht mehr geben wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit wollen wir uns nur unsere Weihnachtsfeier irgendwie erhalten.

Unser Petition ist, hier mit dem Vorschlag der Verwaltung zu gehen, auch eine alternative Bespielung zu prüfen und uns diese wieder vorzulegen. Denn die Eisbahn ist nicht das Einzige, dessen Nutzung Kindern im Winter Spaß macht. Warum sollten wir auch das kreative Engagement auf dem Platz untergraben? Insofern sollten wir uns auch Alternativen vorstellen lassen. Dann können wir immer noch darüber befinden, ob wir sie gut oder schlecht finden.

Jetzt nur auf die Eisbahn zu setzen, ist aus der Zeit gefallen; wir hatten die Diskussion hier schon. Im Übrigen haben die armen Kinder am Ebertplatz 850 Meter weiter eine weitere Eisbahn,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

nämlich im Lentpark. Diese kann man auch nutzen.

Nach Ihrer Auffassung soll es jetzt rein um die Eisbahn gehen. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum wir hier mit einer solchen Vorfestlegung die Kreativität der Akteure vor Ort untergraben. Und dreimal ist in Köln bekanntlich Tradition und dann auch direkt wieder Brauchtum, muss dann also weiter so gemacht werden.

Hinzu kommt das ganze Thema Stromverbrauch. Wir haben doch alle nicht unterm Stein gelebt und wissen, was in den letzten Wochen und Monaten in Europa passiert ist und dass wir jetzt alle auch

ein bisschen zurückfahren müssen. Das ist keine individuelle Konsumkritik. Aber wenn wir als Stadt in den Bädern eine kältere Wassertemperatur einstellen oder diese später öffnen, um Strom zu sparen, müssen wir uns echt noch einmal überlegen, ob wir uns eine solche Eisbahn leisten wollen.

Letzter Satz: Ich freue mich tatsächlich über den Beschluss zur Zwischennutzung, die viel mehr ist als diese Eisbahn, und kürze das jetzt ab. Wir würden gerne so beschließen, wie die BV 1 es vorgeschlagen hat, aber zusätzlich noch mit dem Punkt 4 der Verwaltung, nämlich der Prüfung beider Optionen, also auch einer Alternative zur Eisbahn. - Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, die vielleicht auch um diese Uhrzeit noch im Stream sind! Es ist gut, dass wir uns jetzt mit der Zwischennutzung des Ebertplatzes befassen. Gut sind auch die Ideen. Sie sind wertvoll und begrüßenswert. Die Vorlage ist in diesen Punkten sehr gut gelungen.

Ich möchte aber an einer Stelle etwas sagen. Viele von Ihnen wissen ja noch aus dem letzten Jahr, dass ich damals mit dem Kollegen Ralph Sterck im Stadtentwicklungsausschuss sehr für die Eisbahn geworben habe. Wir haben sie beschlossen, und sie hat stattgefunden. Ja, der Platz mit der Eisbahn wurde gut angenommen. Vielleicht können Sie sich an die Kinderaugen erinnern. Das war schon schön - nach der langen Zeit der Pandemie, aus der wir ja noch nicht wirklich heraus sind; die Krise sucht uns immer noch heim.

Ich bin schon enttäuscht - das muss ich hier auch noch einmal loswerden -, dass von der Verwaltung das Thema der Eisbahn nicht mehr aufgenommen worden ist oder sie gar nicht in den Vorlagen auftauchte, sondern wir es erst wieder im Stadtentwicklungsausschuss zum Thema machen mussten - zumal das ein politischer Beschluss war, auch wenn dieser sich erst einmal auf 2021 bezogen hat. Deshalb hätte ich mir da doch ein bisschen mehr erhofft.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 92

Natürlich ist das Klima ein sehr wichtiger Aspekt. Aber an dieser Stelle muss man auch konsequent sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir in der Innenstadt-Nord andere klimatische Bedingungen haben als in der Innenstadt-Mitte. Das muss man dazu einfach sagen.

Der Unterschied zur Eisbahn am Heumarkt ist, dass die Eisbahn am Ebertplatz kostenfrei ist, also ein niederschwelliges Angebot.

Ja, der Lentpark ist nicht weit. Aber dort ist eine ganz andere Atmosphäre, und man zahlt Eintritt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Von dem Schlittschuhverleih möchte ich gar nicht sprechen.

Wir sind jetzt ein halbes Jahr vor den Wintermonaten. Ich kann mir gut vorstellen, dass sechs Wochen Eisbahn nicht sofort die klimatischen Bedingungen in diesem Jahr zum Wanken bringen.

Selbstverständlich macht es Sinn, auch Alternativen zu prüfen. Aber ich möchte nächstes Jahr nicht lesen, dass eine Alternative am Ebertplatz ein Trampolinspringen in Skianzug oder Daunenjacke ist.

(Vereinzelt Beifall)

Als Mutter von zwei Jungs, die auch gerne zum Trampolinspringen gehen, kann ich bestätigen, dass das eine der gefährlichen Sportarten ist. Geht mal in die Notaufnahme und schaut euch an, wie viele Unfälle beim Trampolinspringen geschehen.

Daher bin ich schon jetzt gespannt, wie die Vorlage im nächsten Jahr zum Winterprogramm aussehen wird. Das darf auch kein Weihnachtsmarkt sein. Davon haben wir ja genügend und sehr gute in der Innenstadt.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal das Zitat von Frau Schneeloch aufgreifen. Sie haben gesagt, dass man Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen muss. Das ist richtig. Ich zähle die Kinder auch dazu. Und ich begrüße die Eisbahn an dieser Stelle, weil das wirklich ein tolles Angebot ist. Deswegen freue ich mich auch darüber, dass der Änderungsantrag breit gestellt worden ist.

Um unsere Zustimmung besser zu erläutern: Wir wollen der Vorlage der Verwaltung zustimmen, allerdings mit dem Änderungsantrag zur Eisbahn. Außerdem können wir uns vorstellen, von der Bezirksvertretung Innenstadt die Punkte 5 und 6 zu übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon erwähnt, ist es begrüßenswert, dass wir heute über den Ebertplatz sprechen, und zwar nicht über die Herausforderungen, sondern vor allem auch über die Chancen, die dieser Platz mit sich bringt, und hier zu dieser doch recht fortgeschrittenen Tageszeit über die Fortsetzung der Zwischennutzung und die dazugehörige Stärkung der örtlichen Akteursgruppen diskutieren.

In dem heute sehr SPD-freundlichen Klima sei mir erlaubt, daran zu erinnern, dass dieser Platz nach Friedrich Ebert benannt ist, also einem Sozialdemokraten, der bekanntlich für Vielfalt eingetreten ist. Mit „Vielfalt“ meine ich heute einmal nicht die unterschiedlichen Meinungen über die bauliche Zukunft dieses Platzes, sondern die Vielfalt, die sich dank des wunderbaren Zwischennutzungsprogramms ihren Weg auf den Platz und in dieses graue Herz der Innenstadt gebahnt hat.

(Beifall bei der SPD)

Erstens meine ich also die Vielfalt der Programme und somit die Erhöhung der Aufenthaltsqualität.

Zweitens meine ich die Vielfalt der Positionen. Ganz nach dem Motto „Kunst statt Werbung“ verwandeln sich die Plakatwände des Ebertplatzes nun regelmäßig in wechselnde Kunstflächen, die Platz für junge Künstlerinnen und Künstler unserer Stadt bieten. Großartig war auch zum Beispiel der Begehbare Adventskalender im Dezember des letzten Jahres.

Drittens meine ich die Vielfalt der visuellen Kanäle und Interventionen, also die künstlerischen Offspaces. Ganz besonders sei hier auch das beim diesjährigen Kulturpreis zum Kulturereignis des Jahres nominierte Transit-Projekt erwähnt,

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 93

dem wir sicherlich alle dafür sehr die Daumen drücken.

Nun war Friedrich Ebert als Namensgeber jemand, der sich nicht nur für Vielfalt ausgesprochen hat, sondern auch für Chancengleichheit.

(Zuruf)

- Ich habe es gehört. - Hier möchten wir mithilfe unseres Ergänzungsantrags und der Forderung nach der Fortführung der Eisbahn folgende Fragen in den Mittelpunkt rücken: Wieso hierarchisieren wir die Angebote der vergangenen Jahre? Ist auf dem Ebertplatz nicht Platz für alle beliebten Angebote der letzten Jahre? Sollte sich die stadtgesellschaftliche Vielfalt nicht auch weiterhin in der Nutzung dieses Platzes wiederfinden?

An dieser Stelle möchte ich ein Zitat aus der - übrigens sehr guten, wenn auch nicht ganz meiner Meinung entsprechenden - Rede von Frau Schneeloch wiedergeben: Sollten wir uns die Eisbahn leisten? - Darauf haben wir nur eine Antwort: Ja, das sollten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN und der FDP)

Auch hat der Ebertplatz beispielhaft gezeigt, dass die Bespielung öffentlichen Raums gerade durch den Dreiklang aus Kultur, Soziokultur und Familienangeboten zunehmende Sicherheit im Umgang mit dem Platz ergeben kann. Es ist nachgewiesen, dass vulnerable Gruppen sich sicherer an öffentlichen Plätzen fühlen, die durch die kohärente Bespielung und öffentliche Attraktion als ein Stück weit kalkulierbarer empfunden werden.

Lassen Sie uns die Frage des vielfältigen Angebots und somit des vielfältigen Nutzens des Ebertplatzes also nicht zu einem Antagonismus von Familienfreundlichkeit und Ökologie werden. Eine mit Ökostrom klimaneutral betriebene oder durch CO₂-Zertifikate ausgeglichene Eisbahn erhöht die Attraktivität des Platzes für Familien und Kinder zusätzlich.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Köln ist schließlich - das hatten wir heute schon sehr oft - kinderfreundliche Kommune. Die entsprechende Handlungsempfehlung der Bundesregierung deklariert Spiel und Bewegung im öffentlichen Raum sowie wohnortnahe Bewegungsangebote als unverzichtbar.

Die Vorteile, die eine Eisbahn für diesen Platz hätte, habe ich, glaube ich, dargelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich darüber, dass wir das Zwischennutzungsprogramm fortsetzen. Es freut mich auch, dass wir dieses gut angenommene Angebot weiterführen wollen. Bitte mit Eisbahn; denn der Ebertplatz hat auch dafür Platz.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der LINKEN das Wort gewünscht?

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir können uns der SPD und der CDU anschließen. Wir freuen uns sehr darüber, dass sich eine Mehrheit abzeichnet. Ich freue mich jetzt auch auf den Redebeitrag von Herrn Breite und schließe mich, wie gesagt, meinen beiden Vorrednerinnen an. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In diesem Fall ist Vorfreude die schönste Freude. Jetzt bekommt nämlich Herr Sterck das Wort.

(Heiterkeit)

Ralph Sterck (FDP): Michael Weisenstein, du musst jetzt ganz stark sein. Es tut mir leid.

(Zurufe: Zweite Runde!)

Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und wenn noch jemand zuhört - zumindest einer sitzt noch oben auf der Tribüne -: Meine Damen und Herren! Ich habe mehr als die Hälfte meines Lebens rund um den Ebertplatz gewohnt und dabei natürlich auch mitbekommen, wie er sich nach unten oder schlecht entwickelt hat. Das müssen wir uns leider auch selbst ins Stammbuch schreiben. Das haben unsere Vorväter mit passieren lassen, indem sie zum Beispiel Rolltreppen abgeschaltet haben, was die Situation dort weiter verschärft hat.

Ich bin dankbar, werte Frau Oberbürgermeisterin - diesen Dank möchte ich einmal persönlich an Sie richten -, dass Sie da einen anderen Kurs eingeschlagen haben. Schon allein dieser Brunnen, von dem uns von Generationen vorher gesagt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 94

worden ist, er sei überhaupt nie, nie, nie wieder in Betrieb zu setzen, löst im Sommer dort ein so lebendiges Treiben aus, dass es wirklich eine Wonne ist, dem zuzuschauen.

(Beifall bei der FDP)

Daher kann ich mich in weiten Teilen der Rede von Frau Schneeloch anschließen. Das beinhaltet auch die Dankbarkeit für diese Zwischennutzung. Es ist ein Glücksfall für den Ebertplatz, was dort heute alles stattfindet. Durch das ganze Treiben hat sich auch das Klima dort verändert. Man muss als normaler Bürger keine Angst mehr haben, sich dort aufzuhalten, dort zu verweilen und dort herüberzugehen. In diesem Zusammenhang bin ich auch allen Kräften bei der Stadt, also im Ordnungsamt, und bei der Polizei dankbar.

Eines können Sie sich aber vorstellen, Frau Schneeloch. Das war wahrscheinlich auch der schwerste Part Ihrer Rede. Ich hatte von Ihnen auch schon Zitate gehört, dass Sie der Eisbahn eigentlich doch ganz wohlwollend gegenüberstehen. Aber manchmal muss man hier dann auch Reden halten, die ins Fraktionsportfolio passen. Ich würde einfach sagen: Never change a winning team. Die Sache war ein Erfolg. Deswegen ist es angesagt, diesen Erfolg beizubehalten und da gar nicht lange herumzudoktern.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir haben letztes Jahr schon eine Diskussion oder sogar einen Kampf um diese Eisbahn gehabt, und die Mehrheit dieses Hauses hat sich für die Eisbahn entschieden.

Frau Oberbürgermeisterin, jetzt muss ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dann ist man als Ratsvertreter und Demokrat schon überrascht, wenn es eine Verwaltungsvorlage gibt, in der das Wort „Eisbahn“ erst einmal gar nicht vorkommt. Ich habe sie zweimal gelesen und habe gedacht: Was ist denn mit der Eisbahn? - Man hätte sie vonseiten der Verwaltung ja wenigstens wegdiskutieren können, wenn das gewünscht gewesen ist. Ich habe ja in Ihrem Gesicht gesehen, dass Sie auch überrascht waren. Ich kann mir vorstellen, dass Sie auch nicht alle diese Sachen lesen müssen.

Liebe Verwaltung, die diese Vorlage erstellt hat, das ist politische Sabotage.

(Beifall bei der FDP - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Ja, das mag euch nicht gefallen als Grünen, die hier vielleicht in die Vorlagen hineinschreiben oder so etwas.

(Widerspruch vom Bündnis 90/Die Grünen)

Aber das ist Demokratie. Wenn dieser Rat entschieden hat: „Wir wollen eine Eisbahn“, ist es eine Missachtung des Rates, diese Eisbahn gar nicht mehr in die Vorlage hineinzuschreiben. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dann kommt am Ende die Ergänzung um einen Punkt 4 heraus, der eine Prüfung vorsieht. Meine Damen und Herren, wir wissen ja, was bei solchen Prüfungen herauskommt: Dann wird das Ding nachher totgeprüft.

Sie können sich vorstellen, dass das die Freunde der Eisbahn hier nicht mit sich machen lassen. Deswegen bin ich froh, dass wir heute eine Mehrheit zusammenbekommen, mit der eine Eisbahn ohne Wenn und Aber herauskommt. Ich bin den Partnern dankbar - Teresa hat es schon angesprochen -, dass wir uns hier zusammengefunden haben - bis hin zur SPD und zu den LINKEN - und es dann eine Mehrheit für eine so wichtige Einrichtung gibt.

Die Grünen stehen sich da selber mit ihrem Beschluss zum Klimanotstand im Wege. Als wir damals dagegengestimmt haben, haben wir gesagt: Wenn Sie den Kölnerinnen und Kölnern sagen, dass das Klimanotstand ist, dann haben Sie ein Problem, die Klimawende durchzusetzen.

Nein, wir müssen das deutlich machen. Das ist eben auch von der Kollegin gesagt worden. Wir müssen die Klimawende hinbekommen. Wir müssen sagen: Das geht auch mit einer Eisbahn. Das muss ausgeglichen sein. Das muss klimaneutral sein. Das muss möglich gemacht werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sonst funktioniert die Klimawende hier nicht.

Meine Restredezeit beträgt null Sekunden. Herzlichen Dank. Es ist ein guter Tag für die Kinder und für die Familien nicht nur im Eigelstein und nicht nur im Agnesviertel, sondern in ganz Köln, wenn wir heute eine solche Mehrheit hier hinbekommen. - Herzlichen Dank.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 95

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht von Volt zu sprechen? - Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe, ehrlich gesagt, gerade überhaupt keinen Bock, über dieses Thema zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Es wurden gerade so viele Sachen gesagt, die einfach absolut nicht stimmen. Aber okay; ich will mich jetzt nicht weiter aufregen. Ich will bei den Fakten bleiben.

Eine künstliche Eisbahn, die hin und her transportiert werden muss, die aufgebaut und abgebaut werden muss und die bei circa 5 bis 10 Grad Celsius betrieben werden muss, weist nun einmal eine schlechte Klimabilanz auf. - Fakt Nummer eins.

Nicht nur aus Klimasicht ist der Betrieb einer Eisbahn nicht wirklich richtig, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass wir hier den Klimanotstand ausgerufen haben. Wir befinden uns durch den Krieg in der Ukraine auch in einer Situation, in der wir angehalten sind, Energie zu sparen. - Fakt Nummer zwei.

Darüber hinaus wird ja auch über ein Öl- und Gasembargo diskutiert. Das betrifft also die Versorgung in den nächsten Monaten. Da müssen wir noch extrem diskutieren.

Trotzdem ist Ihnen aus Prinzip eine Eisbahn wichtiger, weil unsere Kinder, weil die Familien, weil die Jugendlichen - - Sie stellen die Situation so dar, als ob diese Zwischennutzung auf dem Ebertplatz nichts, rein gar nichts für die Kinder anbieten würde. Haben Sie sich vielleicht einmal angeschaut, was in der Vorlage alles an Programmpunkten drinsteht?

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt extra Kinderprogramme. Es gibt Spiel- und Sportaktionen. Sport ist - wer hat das gesagt? - unfassbar wichtig. Ja, das haben die Verwaltung

und die Akteure vor Ort mitgedacht. Weitere Aktionen finden statt. Es gibt künstlerische Installationen, die für alle einen Mehrwert bieten und wunderbar sind.

Und wer zum Schlittschuhlaufen gehen möchte: Kein Problem. Keinen Kilometer entfernt befindet sich der Lentpark. Und damit eure Nerven beruhigt sind: Es wird weiterhin auch am Heumarkt eine Eisbahn geben.

Und bevor hier die Verwaltung gebasht wird und behauptet wird, dass die Verwaltung hier politische Sabotage betreibt: Das, was letztes Jahr diskutiert worden, betraf 2021. Das war für 2021.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Keiner hat gesagt: Das gilt übrigens auch für 2022, liebe Verwaltung; das ist nämlich hier Beschlusstext. - Das war nicht so.

Ach so, noch ein Fakt: Die Eisbahn auf dem Ebertplatz war nicht kostenlos - nur mal nebenbei.

Zudem hat die Verwaltung, damit es noch mehr attraktive Angebote für Familien und Kinder während der Winterzeit gibt, einen pragmatischen und konstruktiven Vorschlag gemacht. Sie hat nämlich vorgeschlagen, eine ökologische Variante der Winterbespielung am Ebertplatz als Alternative zu einer Eisbahn zu prüfen. Aber nein, aus Prinzip lehnen die Fraktionen das ab. - Ich habe mich zu sehr aufgeregt.

Die Voltfraktion ist natürlich ebenfalls froh darüber, dass diese Vorlage jetzt gekommen ist - auch aus unserer Sicht zu spät. Sie hätte eigentlich sehr viel früher kommen können, damit die Akteure vor Ort auch eine gewisse Sicherheit haben. Aber nun ist sie da. Wir sind sehr froh darüber. Wir unterstützen das.

Wir unterstützen auch das, was gerade gesagt wurde. Wir möchten auch so beschließen wie die BV 1 und mit dem zusätzlichen Punkt, den die Verwaltung noch eingebracht hat, also der Alternativenprüfung.

Habe ich noch irgendeinen Fakt vergessen? Nein, ich glaube nicht. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 96

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte auch ich - sie wurden gelegentlich erwähnt - die Akteur*innen vor Ort in Erinnerung rufen. Herzlichen Dank an diese Leute und vor allem auch an die Leute, die sich schon lange um den Ebertplatz kümmern! Lange, bevor wir den Ebertplatz auf dem Radar hatten, gab es dort bereits jede Menge Initiativen. Ich nenne nur allein die Betreiber*innen der ganzen Kunsträume in der Passage, die sich um den Ebertplatz gekümmert haben. Wir kamen erst aufgrund der tragischen Tötungsdelikte auf die Idee, uns um diesen Platz einmal intensiver zu kümmern. Danke also an die Akteur*innen, aber auch danke für diese Vorlage, die nun endlich kommt und endlich die Hängepartie beendet und Sicherheit für die nächste Zeit schafft.

Zur Eisbahn: Ich gehöre ganz klar zur Fraktion pro Eisbahn. Ich war mit meinen Kindern in beiden Jahren da und finde das super.

Ich unterstütze natürlich auch den Klimanotstandsbeschluss. Herr Sterck hat das schon kurz angerissen. Ich möchte es auch noch einmal erwähnen. Wir haben einen Klimanotstandsbeschluss; das ist ganz klar. Wir wollen aber die Versorgungssicherheit mit grünem Strom in Zukunft weiterhin haben. Jetzt ist nur die Frage: Wie verwenden wir diesen grünen Strom? Er wird produziert. Natürlich wird momentan noch zu wenig produziert. Aber warum sollten wir grünen Strom, bitte schön, nicht für eine Eisbahn nutzen, wenn dies in der Bevölkerung eindeutig so gewünscht wird?

(Beifall bei der FDP)

Da hat Herr Sterck recht. Wie will man denn vermitteln, dass man sagt: „Wir machen uns auf in eine Energiewende und in eine ökologische Wende, was die Energieversorgung angeht“, wenn den Grünen als Erstes einfällt: „Jetzt streichen wir euch einmal die Eisbahn, weil wir Klimanotstand haben“?

(Beifall bei der FDP)

Das kommt nicht gut an. Und wenn der Strom grün produziert ist, sehe ich überhaupt kein Problem damit. Natürlich sprechen wir jetzt nicht von Zertifikaten etc., sondern von echtem grünem Strom, am besten regional produziertem Strom - am besten auf den Kölner Dächern produziertem Strom; das wäre das Allerschönste. Dann sehe ich gar kein Problem damit.

Bei diesem Strom, der produziert wird, muss man sich dann wirklich fragen - das müssen sich auch die Grünen fragen -: Produzieren wir ihn auch für eine Eisbahn, oder produzieren wir ihn nur, damit wir dicke SUVs elektrisch durch die Stadt fahren lassen können? - Ich gebe den Strom gerne für eine Eisbahn her. Das ist mir lieber, als den Tesla von Herrn Houben damit zu betanken. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Ich fasse mich kurz und mache es auch vom Platz aus. - Wir hatten hier ja das Thema Energiesparen und Ähnliches. Wir gehen auch alle gerne zum Schlittschuhlaufen. Insofern sollte die Eisbahn beibehalten werden.

Frau Venturini, eine Lösung für die drohende Energiearmut ist eigentlich ganz einfach. Herr Stamp von der FDP hat sich auch schon für den Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke - eigentlich heißt es: Kernkraftwerke - ausgesprochen.

(Beifall bei der AfD)

Daher haben wir, glaube ich, eine Lösung, um der Energiearmut perfekt entgegenzutreten.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir haben eine einigermaßen komplizierte Abstimmung vor uns, meine Damen und Herren. Ich stelle sie Ihnen jetzt einmal vor. Zunächst würde ich gern über den Änderungsantrag von CDU, SPD, LINKEN und FDP zu Ziffer 4 abstimmen lassen, dann über den mündlichen Änderungsantrag von Frau Schneeloch und Frau De Bellis - nein,

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 97

das stimmt nicht; doch, das war insoweit übereinstimmend - auf Ergänzung um die Ziffern 5 und 6 des Beschlusses der BV 1 in Anlage 4 und anschließend über die gegebenenfalls geänderte Vorlage.

Zunächst lasse ich also über den Änderungsantrag von CDU, SPD, LINKEN und FDP zu Ziffer 4 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die Grünen, Die FRAKTION und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Jetzt lasse ich über den mündlichen Änderungsantrag auf Ergänzung um die Ziffern 5 und 6 des Beschlusses der BV 1 in Anlage 4 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Tagesordnungspunkt

**10.13 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr
2020/2021 des Gürzenich-Orchesters
Köln
0924/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Beschaffung und Aufstellung von Modulbauten für Schulen zum Erhalt bestehender und zur Schaffung dringend notwendiger zusätzlicher Schulplätze
3278/2021**

Wortmeldungen? - Keine.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim finden Sie übrigens in der Anlage 7; sie ist nämlich mittlerweile eingegangen.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage, wie Schulausschuss und wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Erweiterter Planungsbeschluss zu Bahnsteiganhebungen an den Stadtbahnhaltestellen Subbelrather Straße/Gürtel und Nußbaumerstraße
3358/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0368/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0962/2022**

Ich bitte um Wortmeldungen. Auf meiner Liste steht Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, über den es gleich auch abzustimmen gilt, der auf der Erwartung der Verwaltung beruht, dass die ansonsten vorgeschlagene Variante zu Rückstaus auf dem Gürtel führt, die bis auf die A 57 zurückreichen.

Wenn man hier schon von der Verwaltung ein solches Szenario präsentiert bekommt, kann man das nicht einfach kritiklos beschließen und offenen Auges in ein solches Problem laufen, weil wir die Rückstaus auf der A 57 ja heute schon häufig haben. Wenn sie sich dann noch verlängern, wird es wirklich gefährlich. Wir wissen alle, was am Ende solcher Stauerscheinungen passieren kann. Daher halten wir es für unverantwortlich, hier diese Lösung zu beschließen.

Wir sprechen uns für die andere Variante aus, die die Verwaltung ja auch ins Gespräch gebracht hat, bei der der Verkehr an der Ecke Subbelrather Straße/Gürtel besser abfließen kann, und möchten entsprechend über diesen Änderungsantrag der FDP abgestimmt haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 98

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass der Kollege Sterck, wenn er hier das Wort „Verkehr“ benutzt, vor allen Dingen vom Autoverkehr redet. Wir betrachten ja den Verkehr in dieser Stadt ganzheitlich und reden auch über - -

(Ralph Sterck [FDP]: Ja! Auf der A 57 ist kein Radverkehr!)

- Wenn man sich anschaut, wo überall in dieser Stadt sich auch schon Radfahrende stauen, erkennt man, glaube ich, die Notwendigkeit, dass wir mit dem Ausbau der Radinfrastruktur in dieser Stadt vorwärtsgehen.

Lieber Ralph, du hast es ganz richtig gesagt: Die Verwaltung selbst prognostiziert, dass es zu Stauerscheinungen kommen könnte und dass es da gegebenenfalls auch noch Schwierigkeiten geben könnte - Konjunktiv.

Wir halten den Verwaltungsvorschlag insofern für zustimmungsfähig, auch mit der entsprechenden Spurwegnahme. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung uns hier ja keine unmöglichen Vorschläge vorlegt. Wenn sich am Ende herausstellen sollte, dass das alles doch nicht funktioniert - und so steht es ja auch in der Vorlage -, wird man noch einmal in andere Richtungen weiterdenken müssen. Wir können daher der Verwaltung auf jeden Fall folgen und mehr Platz für den Fußverkehr und den Radverkehr schaffen.

Wir haben uns als Bündnis natürlich länger damit auseinandergesetzt und deswegen auch noch unseren Änderungsantrag eingebracht. Darin geht es darum, dass in Bezug auf die Pkw-Stellplätze, die für entsprechend breite Radinfrastruktur an dieser Stelle wegfallen müssen, der Versuch unternommen werden soll, diese im Quartier zu kompensieren. Dafür soll sich auch, wie wir es ja auch schon in unserem Masterplan Parken vorgesehen haben, angeschaut werden, wie die Parkplätze für Lehrerinnen und Lehrer, die nachts bisher leer stehen, gegebenenfalls noch weiter und besser ausgenutzt werden können.

Daher würden wir uns über Zustimmung auch zu unserem Änderungsantrag freuen, der die Verwaltung hier auf dem Weg unterstützt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Seeck und dann Herr Weisenstein.

Oliver Seeck (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Änderungsantrag des Bündnisses ist leider überhaupt nicht durchdacht. Genau dazu ist auch schon im Schulausschuss diskutiert worden. Es geht darum, hier fair und gerecht vorzugehen. Sie picken sich jetzt eine Schule heraus. Es gibt aber nicht nur das Albertus-Magnus-Gymnasium, sondern auch die Paul-Klee-Grundschule. Hier nehmen Sie eine Schule heraus, ohne ein Konzept zu haben, das wir diskutiert haben, das fair ist und das gerecht ist. Im Übrigen - das ist das Allerwichtigste; da waren wir uns im Schulausschuss auch zum Beispiel mit den Kolleg*innen der FDP einig - geht es nur mit einem Konzept für ein Jobticket für Lehrer. Das lassen Sie völlig außen vor und preschen jetzt vor.

Deshalb stimmen wir der Verwaltungsvorlage zu - und dem Änderungsantrag natürlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, in aller Kürze: Wir stimmen der Verwaltungsvorlage zu, weil sie gut und richtig ist. Beiden Änderungsanträgen stimmen wir nicht zu, sondern lehnen sie ab.

Herr Sterck hat sich ja freiwillig selbst entlarvt, warum er diesen Antrag gut findet: weil er nach wie vor nicht die Verkehrswende will.

Ein bisschen überraschender ist es schon bei dem Bündnis-Antrag. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Grünen, sobald man ein bisschen aus der Innenstadt herauskommt, wegfallende Stellplätze kompensieren wollen. In der Innenstadt wird gepredigt, dass wir weniger Autos haben müssen, und hier wird geguckt: Wo können wir denn die wegfallenden Stellplätze kompensieren? - Das ist völlig überflüssig. Dementsprechend ist der Änderungsantrag des Bündnisses abzulehnen, weil auch er die Verkehrswende untergräbt.

(Beifall bei der LINKEN)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 99

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der FDP, danach über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und dann über die Vorlage.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der FDP. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, Volt, Die FRAKTION und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage in geänderter Fassung beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium, Zusestraße, Köln-Widdersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022, Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss 3478/2021

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Anpassung der Umsetzungsanweisung zum Kooperativen Baulandmodell in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.05.2017 4229/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Neubau einer Unterkunft zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung obdachloser Personen in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7 in 51063 Köln-Mülheim 1037/2021

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage und wie Bauausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevals-session am 11.11. und des Straßenkarnevals Weiterführung des erhöhten Risikomanagements und der sich daraus ergebenden Maßnahmen ab 11.11.2022 für die Dauer von vier Jahren 0014/2022

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. AN/0994/2022

Hier habe ich eine Rednerliste. Sie beginnt mit Herrn Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde will ich es nicht lang machen. Aber diese Vorlage und auch unser Änderungsantrag verdienen zumindest ein paar Worte.

Ich will ganz ausdrücklich betonen, dass die Stadt vor einigen Jahren hingegangen ist und aufgrund der Erfahrungen, die wir in Köln gemacht hatten, bei solchen Veranstaltungen wie beispielsweise dem 11.11. oder dem Straßenkarneval jetzt als fiktiver Veranstalter auftritt, damit es für die Dinge, die dort geschehen, eine Verantwortlichkeit gibt. Das ist ausdrücklich richtig. Die Stadt hat damit eigentlich Verantwortung übernommen. Aber dann muss sie diese Verantwortung auch tatsächlich wahrnehmen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 100

Gerade in diesen Fällen wie hier, in denen die Stadt als fiktiver Veranstalter auftritt, soll sie sich und kann sie sich aber unseres Erachtens auch nicht der Anforderungen, die damit einhergehen, entledigen, indem sie sie auf Private überträgt.

Ich weiß, dass wir 2018 einer sehr ähnlichen Vorlage zugestimmt haben. Das wird auch zugestanden. Allerdings gilt da - das habe ich auch schon im AVR gesagt - mit Bertolt Brecht:

Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.

Wenn ich mir anschau, wie die Sessionseröffnungen der letzten Jahre - Corona hat da natürlich zeitweise im Weg gestanden - gelaufen sind, sage ich Ihnen: Das ist nichts, bei dem wir der Meinung sind, dass wir unbedingt auf dieser Schiene weitermachen müssen.

Es ist natürlich zu differenzieren. Dass die Stadt Hilfstätigkeiten durch andere erledigen lässt, ist völlig in Ordnung und wird nicht anders gehen. Beispielsweise für die Flaschenkontrolle an der Zülpicher Straße ist das Ordnungsamt von der Manpower her einfach nicht ausgestattet. Das steht auf einem anderen Blatt. Aber damit haben wir auch nicht das entscheidende Problem. Wir haben auch kein Problem damit, wenn beispielsweise ein privater Gutachter eingeschaltet wird, um im Rahmen von Crowd Management Fluchtwege etc. zu berechnen. Alles das verstehen wir als Hilfstätigkeiten.

Aber das eigentliche Konzept, die eigentliche Sicherheitskonzeptionierung, muss bei der Stadt liegen. Dafür ist - davon sind wir überzeugt - im Ordnungsamt auch durchaus genügend Sachverstand vorhanden. Das ist nichts, was man jetzt unbedingt an einen Privaten auslagern muss. Wenn man als fiktiver Veranstalter auftritt, sollte man bitte auch die Verantwortung in Gänze übernehmen und das Sicherheitskonzept selbst erstellen.

Das ist im Prinzip das, von dem wir mit unserem Änderungsantrag fordern oder zur Beschlussfassung stellen, dass es so geschieht, und zwar nicht nur an Karneval, sondern durchaus auch bei anderen Gegebenheiten. Wenn Sie den Änderungsantrag genau lesen, sehen Sie, dass es darin ja nicht nur um Karneval geht, sondern auch um Sicherheitslagen an anderen Tagen, bei denen sich die Stadt einmal ihrer Kompetenz und auch ihres Know-hows bewusst werden muss, das im Ordnungsamt vorhanden ist, und sich durchaus die

Mühe machen kann, ein solches Konzept selbst zu erstellen.

Noch einmal: Es geht nicht um untergeordnete Hilfstätigkeiten. Es geht um den Kern des Ganzen, die Konzepterstellung. Das und nichts anderes fordert unser Antrag.

Wenn er gleich abgelehnt wird, müssen wir bei allem Verständnis sagen: Der 11.11. kommt. Aber bei der jetzt vorgesehenen Verlagerung der Konzeptionierung an Externe können wir so nicht mitgehen. Deshalb würden wir uns dann bei der Verwaltungsvorlage enthalten - wohl wissend, dass der 11.11. natürlich kommt und es auch keinen Sinn macht, völlig darauf zu verzichten, ein Konzept entwerfen zu lassen. Das soll mit der Enthaltung zum Ausdruck kommen.

Aber bitte geben Sie sich einen Ruck. Die Kompetenz ist im Ordnungsamt vorhanden. Daher sollten wir sie auch nutzen. Dann sollte die Stadt sich dieser Verantwortung auch stellen und selbst das Konzept entwerfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Der Vorteil von Ausschüssen ist ja, dass dort die Debatten geführt werden und man sie hier nicht eins zu eins wiederholen muss. Obwohl ich Gerrit Krupp sehr gerne zuhören muss ich sagen: Zweimal muss nicht dasselbe gesagt werden - alles noch einmal.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir hatten ja im AVR die Fragen gestellt, die da auch den richtigen Platz hatten. Für uns war es wichtig, dass die Gesamtverantwortung bei dem Thema „Sicherheit an Karneval“ bei der Stadtverwaltung liegt und dass auch etwaige neu ausgewiesene Flächen nicht vom Dienstleister, sondern von Verwaltung und Politik beschlossen werden. Alles das, was von Frau Stadtdirektorin dort mündlich gesagt wurde, liegt in einer fünfseitigen Beantwortung als Anlage zur Vorlage auch schriftlich vor. Insofern: Alles check-check; wir können zustimmen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 101

Der SPD-Antrag zielt ja darauf ab, dass Sicherheitsmaßnahmen nicht nur für den 11.11., sondern auch für die anderen Feier-Hotspots entwickelt werden sollen. Hier ist nur der Hinweis, dass das heterogene Situationen sind, für die sehr heterogene Konzepte gebraucht werden. Wer das Ganze in den letzten Monaten verfolgt hat - wie auch die SPD -, wird gesehen haben, dass dort an den anderen Feier-Hotspots gearbeitet wird. Insofern: Nein, wir können nicht zustimmen.

Auch die Botschaft, dass man mit einer Konzeptvergabe an einen Dienstleister als Auftraggeber keine Arbeit mehr hat, ist falsch. So ist das ja nicht. Wenn man Dinge vergibt, muss man auch als Auftraggeber sehr eng dabei bleiben, Sachen bewerten und einschätzen, steuern und noch koordinieren. Auch das ist in der Hand der Verwaltung, was dort bestätigt wurde.

Daher werden wir, wie gesagt, der Vorlage zustimmen und den SPD-Antrag ablehnen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort. Diese Reihenfolge ergibt sich, weil es ein Änderungsantrag ist. Die Reihenfolge ergibt sich nicht aus der Antragstellerfunktion. Ich habe Herrn Dr. Krupp als Ersten aufgerufen, weil er bei mir auf der Rednerliste stand. Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen. Der Oberverantwortungshut, den wir in der Stadt ja schon häufig weitergereicht haben, ohne dass er dann einen Endverwender hatte, ist in dieser Sache ganz klar im AVR von unserer Stadtdirektorin übernommen worden. - Das ist die erste Kernaussage.

Das Zweite ist - und da sollte die SPD auch noch einmal überlegen -, dass es hier um die Skalierung von Manpower bei Großereignissen geht. Das passiert bei allen anderen Großereignissen in dieser Stadt auch, weil solche Themen einfach den normalen Rahmen einer Behörde überfordern. Im Übrigen sind die Anforderungen gerade an Großereignisse wie diese spätestens seit der großen Katastrophe in Duisburg noch einmal größer geworden. Deshalb sind hier Spezialkräfte und ein zusätzliches Know-how erforderlich. Das

muss gebündelt werden und dann entschieden werden. Der Letztentscheider ist die Verwaltung bzw. in Teilbereichen dann auch der Rat, wenn es ihm entsprechend vorgelegt wird.

Insoweit macht das Sinn. Deshalb hat sich gegenüber der Einschätzung, die wir schon vor einigen Jahren hatten, nichts geändert. Wir brauchen jetzt im Prinzip eine Fortsetzung dieser Ausschreibung. Sie europaweit durchzuführen, um damit vielleicht auch noch günstigere Preise zu erzielen, ist absolut legitim.

Daher Zustimmung zur Vorlage und Ablehnung des Änderungsantrags. - Vielen Dank. Und die Debatte haben wir, wie Kollege Richter bereits gesagt hat, eigentlich im AVR schon geführt. Wir hätten sie heute hier nicht mehr führen müssen, vor allem nicht um diese Uhrzeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich war ja vertretungsweise im AVR. Debatten hat es dort nicht gegeben, Herr Petelkau, sondern es sind Fragen gestellt worden. Weil anschließend eine Stadtwerke-Veranstaltung stattgefunden hat, konnte auch gar nicht mehr diskutiert werden.

In der Anlage 3 zur Beschlussvorlage sehen Sie die zahlreichen kritischen Fragen von SPD und LINKEN, aber auch von den Grünen. Danke an die Verwaltung für die Beantwortung.

Es gibt ein unterschiedliches Herangehen für die Festlegung der Bedarfe und für deren Umsetzung. Die Verwaltung muss Herrin des Verfahrens sein. Das ist unsere Position, und das sieht die SPD auch so. Wir reden hier über den öffentlichen Raum und über hoheitliche Befugnisse der Stadt Köln. Man kann und muss Aufgaben ausgliedern; das ist überhaupt nicht der Streitpunkt. Das haben wir im Ausschuss gesagt, und das bekräftige ich hier noch einmal. Diese Ausgliederungen müssen aber von der Verwaltung in jedem Moment steuerbar sein. Das ist die entscheidende Frage. Das ist auch eine Diskussion von strategischer Bedeutung. Das muss man konkret sagen. Ich werde im Folgenden noch Beispiele nennen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 102

Ich war etwas entsetzt, als Frau Blome in der AVR-Sitzung die Stadt Köln mit einem privaten Unternehmen verglichen hat und gesagt hat: Die gliedern ja auch aus. Warum sollen wir das nicht auch machen? - Die Stadt Köln ist in enger Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei gerade bei derartigen Anlässen und Veranstaltungen Träger der öffentlichen Belange. Das ist etwas ganz anderes. Das muss bei dieser Situation immer bedacht werden. Das sieht die Stadtdirektorin meines Erachtens anders.

Deshalb fordern wir in Punkt 1 unseres gemeinsam mit der SPD gestellten Änderungsantrags, dass die Verwaltung ein eigenes Konzept erarbeiten muss. Wir können auf die vielfältigen Erfahrungen der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche - es ist dann ja nicht immer eine Verwaltung, sondern es sind unterschiedliche Bereiche: Eventmanagement, Ordnungsrecht usw.; verschiedene Sachen spielen da zusammen - nicht verzichten. Ganz im Gegenteil: Diese unterschiedlichen Erfahrungen müssen gebündelt und zusammengeführt werden. Das kann kein Privater.

Herr Petelkau, Duisburg hat doch gezeigt, dass der entscheidende Fehler war, dass die Stadt eben nicht mehr aktiv war, sondern angefangen hat, Politik zu machen, und sich nicht auf ihre Verwaltungsaufgaben konzentriert hat. Das war doch der entscheidende Fehler.

Wir brauchen im Zusammenhang mit dieser Konzept-Diskussion für das Quartier Latäng eine weitere, zusätzliche Fläche. Das Problem dieser zusätzlichen Fläche kann meines Erachtens nur die Verwaltung mit ihren Erfahrungen und ihrem Hintergrundwissen lösen. Dieses Problem kann nicht ein Privater lösen. Das ist ein gutes Beispiel, an dem man es sehen kann. Wenn der Private das könnte, könnten wir ja darüber nachdenken. Aber er kann es einfach nicht.

Zum Zweiten muss die Verwaltung meines Erachtens auch die Probleme diskutieren, die konkret anstehen. Da will ich ein Beispiel nennen. Auf die Frage „Wer kümmert sich um diese zusätzliche Fläche, und wie soll sie bearbeitet werden?“ hat Frau Blome gesagt - und das hat mich völlig irritiert -, diese zusätzliche Fläche dürfe keine Anziehungskraft haben. Das ist doch vom Versammlungsrecht her völlig falsch. Jede Fläche, die ich zusätzlich bespiele und die ich nutze, muss eine Anziehungskraft haben. Sie müssen da eine An-

ziehungskraft haben, damit die Leute dort hingehen. Sie wollen ja eine zusätzliche Fläche schaffen, damit da etwas stattfindet. Man muss diesen Leuten also ein Angebot machen. Das ist doch eine ursächliche Erfahrung im Versammlungsrecht in der Stadt Köln.

Lieber Herr Hammer, Sie schütteln gerade den Kopf. Ich kann als Anmelder und Leiter von großen Demonstrationen - auch von kleinen Demonstrationen; das ist immer das gleiche Problem - nur sagen: Wenn ich als Veranstalter keine Angebote mache und keine Möglichkeiten habe, dass die Breite oder Vielfältigkeit der Veranstaltung berücksichtigt wird, läuft so eine Veranstaltung generell aus dem Ruder.

Also muss doch die Lehre sein - das sollte auch die Verwaltungsmeinung sein -: Wir brauchen Angebote, die auch attraktiv sein müssen. - Das ist eine grundsätzliche Lehre. Ich war, wie gesagt, völlig irritiert, dass Frau Blome im Prinzip genau das Gegenteil vertreten hat. Das hat mich in der ganzen Angelegenheit auch noch einmal missverständlich gemacht.

Ich stehe zu unserem gemeinsamen Antrag. Ich finde ihn richtig. Es geht überhaupt nicht darum, zu bestreiten, dass die Verwaltung Dinge ausgliedern kann, sondern es geht darum, dass die Verwaltung Herrin des Verfahrens ist. Ich glaube, dass die Verwaltung sehr viele, sehr große Erfahrungen mit Versammlungen hat. Daher habe ich auch grundsätzlich ein hohes Vertrauen. Dies muss aber bei der Verwaltung bleiben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Nein, Kinder, Kinder, Kinder. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen, Herr Detjen, Ihre Erfahrungen als Veranstalter von Demos nicht nehmen. Da habe ich nicht die Erfahrung. Aber ich habe Erfahrungen aus großen Veranstaltungen, bei denen ich auch Verantwortung getragen habe. Und ich kann Ihnen sagen: Das kann man privat machen.

Die hoheitlichen Aufgaben - das hat die Stadtdirektorin klipp und klar gesagt - bleiben ja bei der

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 103

Polizei und beim Ordnungsamt. Das Ordnungsamt wird bei den tollen Tagen präsent sein. Aber es muss nicht bessere Türsteheraufgaben übernehmen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und es muss auch keine Veranstaltung in der Form machen.

Was die Münchner mit ihrem Oktoberfest hinkriegen, werden wir doch wohl im Kwartier Latäng auch hinbekommen, wo wir von einer Straße reden, in der wir Kneipen haben.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Bei Ihren Demos gibt es sicherlich ein ganz anderes Problem; das kann ich mir bei Ihnen schon vorstellen. Aber hier geht es um unsere Karnevalstage, an denen wir ganz klar Sicherheitsvorkehrungen treffen müssen und auch Absperrungen vornehmen müssen.

Wir müssen hier auch kein Angebot machen. Für den Fall - das hat die Stadtdirektorin auch immer wieder deutlich gemacht -, dass das Kwartier Latäng überfüllt ist und auf der Zülpicher Straße nichts mehr geht, muss man irgendwie ein Ventil schaffen. Dafür braucht man einen Ersatzstandort. Diesen macht man aber nicht sofort, sodass noch mehr Leute kommen, sondern so, dass sie nachher dort hingehen können. Natürlich muss dort ein bisschen Musik sein, damit sie auch weiterhin dableiben. Aber wir machen diesen Ersatzstandort ja nicht sofort attraktiv. Er soll nur die Notlösung sein. Eigentlich soll das Ganze dort stattfinden, wo es immer stattgefunden hat.

Diese Konzeption haben wir 2018 schon beschlossen. Es war sehr geschmeidig, Herr Krupp, wie Sie hier die Kurve gekriegt haben. Da haben Sie nie von Privatisierung gesprochen. Es hat nämlich 2018 wortwörtlich auch so dringestanden, wie wir das jetzt ausschreiben. Da haben die SPD und DIE LINKE freudig zugestimmt. Jetzt sagen Sie: Man muss nicht sofort diesen Weg gehen. - Aber wenn wir das genauso wie damals ausgeschrieben haben, können Sie jetzt doch nicht plötzlich sagen: Oh, oh, oh; jetzt machen wir aber eine Privatisierung.

Nein, meine Damen und Herren. Das war 2018 richtig. Dann muss es auch 2022 richtig sein. Darum stimmen wir dem auch so zu, wie es in der Verwaltungsvorlage steht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir hatten ja verabredet, unsere Redebeiträge kurz zu halten. Deswegen werde ich das jetzt auch wirklich tun.

Wir lehnen den Änderungsantrag selbstverständlich ab. Ich begründe das mit einem Zitat von Frau Blome. Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Glas-hagen in der letzten Sitzung des AVR hat sie erklärt:

Die zu verantwortende Entscheidung liegt jedoch bei der Stadt Köln als Ordnungsbehörde.

Damit ist eigentlich alles dazu gesagt, wer die Verantwortung behält. Es steht schwarz auf weiß in der Verwaltungsvorlage.

Diesen Vertrauensvorschuss sollten wir der Verwaltung geben. Deswegen stimmen wir auch zu. Und wenn es dann doch anders kommt, liebe SPD und liebe LINKE, können Sie uns in sechs Monaten sagen: Wir haben es euch doch gesagt. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte sehr, Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Danke. Ich spreche auch vom Platz aus und halte mich kurz. - Ich möchte mit einem Zitat anfangen, und zwar aus einem Film, den vielleicht der eine oder andere gesehen hat. In dem Film „Der König von Köln“ sagt der - natürlich fiktive - Bauunternehmer Asch an einer entscheidenden Stelle zu dem Baudezer-nenten:

Du glaubst, Wissen ist Macht. Stimmt aber nicht. Machen ist Macht. Und du machst nicht. Ich mache aber.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 104

Aus diesem Grund lehnen wir auch diese Beschlussvorlage ab. Ich versuche, das einmal ganz kurz in Praxis und Theorie zu umreißen.

Zunächst die Theorie: Frau Blome, Sie sagten natürlich, dass hoheitliche Aufgaben, die nicht delegiert werden können, nicht delegiert werden sollen. Aber die Abgrenzung ist relativ schwierig, glaube ich. Man braucht eine Begründung, wenn man das im Einzelfall machen will. Ich weiß nicht, inwiefern das in dem Fall hier möglich ist. Das müsste man sich noch einmal genauer angucken. Mir ist aus der Beschlussvorlage auch nicht ganz klar geworden, inwiefern da eine Delegation erfolgt. Jedenfalls: Tendenziell lehne ich es ab, lehnen wir es ab, sind wir dagegen.

Zur Praxis kurz ein Beispiel: An Karneval kommen ja nicht nur Fastelovend verstehende Menschen aus Kölle und Umgebung hierher, sondern auch Touristen. Stellen wir uns jetzt einmal vor, dass da ein Rudel in bei Deiters gekauften Uniformen mit FBI-Aufnähern unterwegs ist. Diese Leute kann man fast nicht von einem privaten Sicherheitsunternehmen unterscheiden. Auch der Ausbildungsstand dürfte sich gar nicht so sehr unterscheiden, glaube ich. Das ist wahrscheinlich so etwas wie „Stirb langsam“, Teil 1 bis 3 oder 5, geguckt und dann einen Sicherheitslehrgang oder eine Stadtführung vom Langen Tünn mitgemacht.

Ich denke, dass ich einen Platzverweis vom Langen Tünn akzeptieren würde; zumindest in den 70er-Jahren hätte ich ihn akzeptiert. Aber ob so ein Rudel thüringischer FBI-Agenten das noch akzeptiert, wage ich einmal zu bezweifeln. Das kann eskalieren. Es kann auch nach hinten losgehen. Deswegen sind wir dagegen.

Ich komme zu der einigermaßen unwitzigen Pointe dieser Rede. Die ideenlose Gründung von irgendwelchen GmbHs zur Durchführung von öffentlichen Aufgaben oder die Beauftragung von PR-Agenturen und Unternehmensberatungen mit Analyse und Kommunikation städtischer Belange, wie wir es in jüngster bis mittlanger Vergangenheit hier im Rat beobachten konnten, sind weitere Meilensteine auf dem Weg in ein entmündigtes, schwaches Köln.

Natürlich begrüßen wir das aufs Schärfste; denn all die zu erwartenden Missstände werden das Wahlvieh in unser Lager, das Lager der Unzufriedenen und Resignierten, treiben. Trotzdem woll-

ten wir es einmal gesagt haben. Aus Ironiegründen stimmen wir selbstverständlich gegen die Beschlussvorlage.

Gegen den Änderungsantrag ist eigentlich nichts zu sagen. Natürlich kann man Aufgaben delegieren, wenn es in einem bestimmten Umfang passiert. Aber der Kern der Aufgabe sollte doch bei der Stadt verbleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION - Zuruf: Kann ich auch was von dem Stoff haben?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier wird nicht geraucht, egal was.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich lasse jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD und LINKEN und dann über die Vorlage, eventuell in geänderter Fassung. Ich bitte daher noch um etwas Konzentration.

Wer wünscht dem Änderungsantrag von SPD und LINKEN zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE und Die FRAKTION stimmen dagegen. - Enthaltungen? - Es enthält sich die SPD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Aufwendungen im Zuge der Bereitstellung von mobilen Sanitärsystemen für die Öffentlichkeit als Teil des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln anlässlich der Eröffnung der Karnevalssession am 11.11., Silvester, dem Straßenkarneval und sonstiger Anlässe.
0910/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Stärkung des Auszugsmanagements
1087/2022

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 105

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024
Festsetzung der bezirksbezogenen
Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO
NRW
1222/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die
Linke.
AN/1000/2022**

Dazu liegen mir zwar keine Wortmeldungen vor. Aber wahrscheinlich will doch DIE LINKE ihren Änderungsantrag begründen. Oder?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Bitte, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz und knapp vom Platz aus: Wir haben einen Antrag vorgelegt, der vorsieht, dass die bezirksorientierten Mittel, also die Mittel, über die die Bezirke tatsächlich eigenständig verfügen können, moderat angehoben werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir diesen Antrag hier stellen. Aber er ist immer noch wichtig und richtig. Wenn wir in andere Großstädte gucken, werden wir sehen, dass der Anteil der bezirksorientierten Mittel, die die Bezirke zur Verfügung haben, am städtischen Gesamtetat in vielen Großstädten weit über das hinausgeht, was in Köln die Bezirke zur Verfügung haben.

Es ist sowohl eine Anhebung des Sockelbetrages als auch eine Erhöhung des Pro-Kopf-Betrages vorgesehen. Ich bitte um Zustimmung. Die Zahlen will ich jetzt nicht im Einzelnen vorlesen. Aber es sind insgesamt sehr moderate Beträge. Bei der Größe der Bezirke, die ja teilweise den Umfang einer normalen Großstadt haben, ist das im hohen Maße bescheiden, glaube ich. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrags. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich erst eine Wortmeldung von Herrn Klemm und dann eine Wortmeldung von Herrn Homann. Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es auch vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Mensch draußen am Bildschirm! Wir werden diesen Änderungsantrag der LINKEN, der heute gekommen ist und nach dem Motto „Wir legen überall eine Schippe drauf“ verfährt, ablehnen, weil er am Kern der Sache vorbeigeht.

Der Kern der Sache ist die Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Bezirke. Hier muss man erstens feststellen, dass die Oberbürgermeisterin sich, nachdem sich da jahrzehntelang nichts getan hat, diesem Thema gewidmet hat. Zweitens hat Schwarz-Grün in der letzten Wahlperiode die bezirksbezogenen Mittel um ein Drittel erhöht. Elf Jahre in der Bezirksvertretung haben einem drittens auch gezeigt, dass man mit dem jetzigen Etat für diese Aufgaben in den Bezirken gut auskommt.

Es geht - und ich hoffe, dass die Kommission zur Stärkung der Entscheidungskompetenzen da demnächst ein paar Vorschläge vorlegt - um die Ausweitung der Kompetenzen. Das könnte gegebenenfalls auch unsere Ratssitzungen etwas verkürzen,

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

was nach den heutigen Erfahrungen durchaus nicht schlecht wäre.

Wenn diese Kompetenzen dann tatsächlich real bei den Bezirken sind, kann man für diese Aufgaben auch mehr Geld aufbringen. Aber jetzt einfach nach dem Motto „Wir legen eine Schippe drauf“ zu verfahren, ist falsch.

Und wenn man einen Inflationsausgleich will, dann bitte auch einen Inflationsausgleich für Sportvereine, für Kulturvereine, für Soziales usw. Insofern ist dieser Antrag der LINKEN noch nicht einmal stimmig. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 106

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wer mich in den letzten 16 Jahren in meinem vorherigen politischen Amt erlebt hat, weiß, dass ich über die Stärkung der Bezirke und die Umstrukturierung der Bezirksfinanzen hier locker noch bis 2 Uhr sitzen und vortragen könnte. Ich will Ihnen das ersparen. Ich will Ihnen das wirklich ersparen.

Aber es ist so, dass mein Vorredner, Herr Klemm, an dieser Stelle recht hat. Es geht tatsächlich darum, dass wir die Finanzen der Bezirke strukturell verändern. Die anderen Städte, die deutlich höhere bezirksorientierte Mittel haben, haben auch gleichzeitig in den Bezirken andere Verantwortungsbereiche, sodass die Bezirke mit den Geldern andere Dinge machen müssen.

Früher konnte bei uns beispielsweise der Mitarbeiter vom Grünflächenamt in einem Bezirksratshaus verfügen, dass diese Fläche, diese Fläche und diese Fläche gemäht werden. Dafür hatte er sein Budget. Es gab also ein Verwaltungsbudget vor Ort. Das ist heute alles nicht mehr der Fall.

Ich will nicht sagen, dass dieser Antrag deswegen zu kurz gesprungen ist; das überhaupt nicht. Aber wir müssen tatsächlich - da gebe ich meinem Vorredner recht - einmal vom Grundsatz her an die Sache herangehen.

Das hier ist ein Inflationsausgleich. Wir können natürlich nicht alles ausgleichen, was irgendwo mit der Inflation zu tun hat. Aber bei den Bezirken ist das sicherlich möglich, weil sie keinen eigenen Haushalt an sich haben, sondern wir den Haushalt der Bezirke hier vergeben. Wie wir alle wissen, explodieren die Preise gerade alle. Sie steigen zwar nicht ins Unendliche, aber auf jeden Fall erheblich.

Wir würden daher bei dieser moderaten Erhöhung, die unter 100 000 Euro liegt, mitgehen und kündigen schon einmal an, dass wir vielleicht einmal eine gemeinsame Initiative zu der Frage starten, was die Umstrukturierung der Finanzen für die Bezirke bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über die Vorlage.

Wer wünscht dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme zur Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Stadtwerke Köln GmbH - Gründung und Beteiligung an der „KLAR GmbH“ (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH); Unterbeteiligung der Stadtwerke Bonn GmbH
1273/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0993/2022**

Meine Damen und Herren, ich gebe als Erstem Herrn Brust das Wort.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wollen Sie nicht zuerst dem Änderungsantragsteller das Wort geben?)

- Nein. Der Änderungsantrag - das sage ich in jeder Sitzung und auch immer wieder ungern - führt nicht zu einer Veränderung der Rednerreihenfolge. Das klingt immer so rechthaberisch. Aber ich kann doch auch nichts dafür. Sie können ja Ihre Geschäftsordnung ändern.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Prinzip bräuchten wir heute gar nicht lange hier zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Denn alles zu diesem Thema ist ja in den letzten Jahren gesagt worden. Es ist auch im letzten Jahr entschieden worden.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 107

Der einzige Grund, warum wir heute diese Vorlage haben, ist, dass die Stadt Bonn einen höheren Anteil an der Beteiligung der SWK haben will und wir als Stadt Köln als Eigentümerin der SWK zustimmen müssen, dass die SWK der Stadt Bonn 7 Prozent abgibt.

Es scheint der LINKEN ein bisschen peinlich zu sein, dass sie heute noch einmal über dieses Thema reden muss. Deswegen stellt sie einen Änderungsantrag, den man nur ablehnen kann. Nach meiner Einschätzung ist es auch die Intention des Antrags, dass wir ihn ablehnen, damit DIE LINKE nachher sagen kann: Wir können dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen - so wie sie es ja auch schon im letzten Jahr nicht gemacht hat, obwohl sie natürlich inhaltlich gar nicht gegen dieses Projekt sein kann.

Noch einmal kurz dargelegt: Wir ersetzen das einzige, das letzte Kohlekraftwerk in Köln durch eine wesentlich kleinere Anlage, die CO₂-neutral ist. Wir werden erhebliches Verkehrsaufkommen von Lkws in Köln einsparen. Wir werden einen Einstieg in die grüne Fernwärme haben. Wir werden die grüne Stromproduktion ausdehnen.

All das spricht dafür, dass man dieses Projekt unterstützt. DIE LINKE sucht jetzt einen Grund, warum sie dem nicht zustimmen kann.

Warum der Antrag der LINKEN so gestellt worden ist, ist klar: Man will hier eine Ablehnung provozieren. Deswegen schreibt man Dinge hinein, die völlig unsinnig sind.

Beispielsweise wird beantragt, die beiden Kraftwerke, also das jetzige Kohlekraftwerk und die neue Klärschlammverbrennung, dürften nicht parallel laufen. Es ist geplant, das Kohlekraftwerk 2025 stillzulegen. Die Klärschlammverbrennung soll 2028 in Betrieb gehen. Sie soll auch Teile der Infrastruktur des jetzigen Kraftwerks nutzen. Daher geht es technisch schon gar nicht, dass sie parallel laufen werden. Deshalb ist das ein völlig unsinniger Antrag.

Das gilt auch, was das Thema Asche angeht. Im Antrag wird gefordert, einen anderen Standort zu suchen. Bisher ist überhaupt kein Standort festgelegt. Es ist gar nicht geplant, die Phosphorrückgewinnung in Merkenich zu machen. Deswegen können wir auch nicht der Forderung zustimmen, dass der Aschetransport an einen Standort erfolgen soll, an dem die Rückgewinnung stattfinden

soll. Dieser Standort ist doch noch gar nicht bekannt. Es ist bisher geplant, dass die Asche auf der Ville deponiert werden soll. Im Übrigen weiß die DIE LINKE auch, dass wir im Aufsichtsrat der AVG im Herbst beschlossen haben, die Aschetransporte ab 2024 generell per Bahn durchzuführen. Auch deshalb ist dieser Antrag völlig überflüssig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Der letzte Punkt ist wirklich sehr ärgerlich. Da wird jetzt verlangt, dass der Klärschlammtransport von der Stadt Bonn nach Köln, falls das mal per Schiff nicht möglich sein sollte, per Bahn erfolgen soll. Jeder, der die Diskussion kennt, weiß, dass allen Kommunen, die anliefern, angeboten wird, per Bahn anzuliefern. Aber wir können hier im Kölner Rat natürlich nicht für die Stadt Bonn entscheiden, dass sie eine Verladeanlage für die Bahnverladung bauen muss.

Wenn das hier ernsthaft beschlossen würde, müssten wir in neue Verhandlungen mit der Stadt Bonn eintreten. Das würde bedeuten, dass das Projekt wahrscheinlich tot wäre. Wir haben durch die Verhandlungen mit der Stadt Bonn jetzt schon ein Jahr verloren. Ein weiteres Jahr Verlust können wir uns einfach nicht leisten, wenn die Anlage 2029 auch tatsächlich laufen soll.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Daher finde ich das wirklich erbärmlich von den LINKEN.

(Zuruf von der LINKEN)

- Nein, das muss man tatsächlich so hart sagen. Ihr seid für dieses Projekt, weil ihr generell dafür seid, dass die Kommunen ihre Aufgaben selber lösen. Hier handelt es sich wirklich um ein einmaliges Projekt, bei dem Kommunen sich zusammenschließen, um gemeinsam ein Problem zu lösen. Das müsste ganz in eurem Sinne sein. Ihr provoziert hier aber ein Scheitern dieses Projektes, nur damit ihr ein billiges Argument habt, mit dem ihr bei euren verbliebenen Wählern in Chorweiler vielleicht punkten könnt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Diesem Antrag werden wir heute natürlich nicht zustimmen. Wir hoffen, dass ihr euch trotzdem

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 108

endlich dazu durchringen könnt, der Anlage zuzustimmen, und dass ihr nicht länger Angst vor euren Wählern haben werdet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Rede meines Vorredners ist nichts mehr hinzuzufügen. Wir stimmen der Originalvorlage zu und lehnen den Änderungsantrag der LINKEN ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon viele haben angekündigt, sich kurzzufassen. Ich mache es jetzt wirklich kurz. Aber ich glaube, dass es tatsächlich notwendig ist, noch einmal auf das einzugehen, was gerade gesagt wurde.

Ich kann in vielen Punkten dem Kollegen Brust zustimmen, komme allerdings von der anderen Seite. Das Allermeiste hat sich durch das Konzept und durch die Beschlussvorlage erledigt, meine ich. Daher sehen wir auch keine Notwendigkeit, diesem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen. Es gibt einfach objektive Gesichtspunkte, die wir hier gar nicht beschließen können. Insofern kommen wir da im Ergebnis auch zusammen.

Mir ist aber wichtig, noch einmal zu betonen - deswegen stehe ich jetzt auch hier -, dass wir diese Einheitlichkeit, die wir ansonsten bei dieser Frage im Kölner Rat haben, dann aber auch in den nächsten Tagen des Wahlkampfes vor Ort im Kölner Norden gemeinschaftlich so vertreten sollten.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt ja den einen oder anderen Kollegen und Vertreter auch aus diesen Reihen hier, der oder die - in diesem Falle aber der - dann auch schon

mal abweichende und sehr dezidiert abweichende Meinungen vertritt.

Mir wäre es wichtig, dass wir hier in aller Geschlossenheit ein solches Projekt, das tatsächlich für Köln, für die Region und für das überregionale und interkommunale Zusammenarbeiten extrem wichtig ist, gemeinschaftlich vertreten, es aus den Wahlkampfaktivitäten der nächsten Tage heraushalten und insofern hier auch eine Verantwortung übernehmen.

Es wäre mir - das adressiere ich jetzt noch einmal klar an die CDU - wichtig, dass das in aller Klarheit hier im Hause, aber auch darüber hinaus verkündet wird. Denn ich finde, dass wir in solchen Fragen Einigkeit haben müssen. Die haben wir hier. Die müssen wir auch nach außen tragen und dürfen uns dann nicht vor Ort in billigem Wahlkampfgetöse auseinanderdividieren lassen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und fürs gemeinschaftliche Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin hat das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Danke schön. - Bei jedem einzelnen Wähler, selbst den angeblich wenigen in Chorweiler, handelt es sich um Menschen, die man in einem Amt wie unserem vertreten sollte. Abwerten würde ich diese wenigen Wähler*innen also auf jeden Fall nicht. Und die Klärschlammverbrennungsanlage ist nun einmal bei vielen Anwohner*innen im Kölner Norden nicht so ganz willkommen. Das sollte man auch ernst nehmen.

Es bestehen zum Beispiel die verständlichen Befürchtungen, dass es aufgrund der Klärschlammverbrennungsanlage zu viel mehr Verkehr und Lärm sowie verstärkter Geruchsbelastung kommt. Die Anwohner*innen machen sich Sorgen um ihre Gesundheit durch vermehrte Feinstaubbelastung und die Belastung durch weitere giftige Stoffe in der Atemluft. Diese Sorgen sollte man doch auch ernst nehmen oder ihnen nehmen. Sie fühlen sich bereits durch die Vielzahl an Störbetrieben stark belastet und eingeschränkt und sollen jetzt auch noch den Bau der Klärschlammverbrennungsanlage hinnehmen müssen.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 109

Darum hat sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau dieser Anlage gebildet, die nun einmal existiert. Die Bedenken der Bürgerinitiative sollten in dem Beschluss zumindest eine gewisse Berücksichtigung finden.

Ihnen wurde ja zum Beispiel auch zugesichert, dass der Verkehr auf der Straße so gering wie möglich gehalten wird - unter anderem dadurch, dass der Transport des Klärschlammes von Bonn mit umweltfreundlichen Schiffen erfolgen wird. Aber wenn es beispielsweise Extremwetterumstände gibt, die dazu führen, dass der Rhein nicht beschiffbar ist, wollen wir nicht, dass zum Beispiel auf den Lkw umgestiegen wird, sondern, dass die umweltfreundlichere Variante des Zuges vorgezogen wird.

Die Feinstaubbelastung und die Belastung durch andere giftige Stoffe in der Atemluft sollen im Kölner Norden ja auch verringert werden, damit die Lebensqualität der Menschen dort steigt, weil im Gegenzug zur Klärschlammverbrennungsanlage die Kohleverbrennung eingestellt werden soll und damit eine große Feinstaubbelastung wegfällt. So wurde es jedenfalls den Anwohner*innen versprochen.

Damit dies auch genau so umgesetzt wird, wollen wir, dass im Punkt 1 außerdem beschlossen wird, dass der Beginn der Klärschlammverbrennung zeitlich nach dem Ende der Braunkohleverbrennung liegt, sodass ein gleichzeitiger Betrieb von Verbrennungsanlage und Braunkohlekraftwerk zu keiner Zeit gegeben ist.

Alles andere findet ihr auf jeden Fall auch in unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin, ich fand den vom Kollegen Joisten gegebenen Hinweis sehr hilfreich, weil wir ja in dieser Frage hier auch mit einer großen Mehrheit zusammenstehen. Deswegen möchte ich eine Frage stellen, die sich eigentlich mehr auf die Geschäftsordnung bezieht.

Inwieweit wird denn, beispielsweise mit dem Protokoll, dokumentiert, wie vollständig die Fraktionen hier anwesend sind? Ich sehe ja, dass der eine oder andere Platz frei ist. Hat sich jemand offiziell von der Ratssitzung abgemeldet? Oder können wir sagen, dass wir immer noch mit 91 Ratsmitgliedern hier vor Ort sind und auch entsprechend abstimmen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir waren keine 91. Und bei mir hat sich jetzt niemand abgemeldet. Aber das heißt nichts. Es wird ja erfasst, wer sich abmeldet. Das wird dann aus der Niederschrift hervorgehen.

Ralph Sterck (FDP): Ich höre gerade, Herr Welter von der CDU sei nicht da. Das ist ja eine wichtige Information, finde ich. Aber dann wird er sich sicherlich abgemeldet haben oder so etwas. Er wird ja nicht einfach gehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben sich ja bestimmt auch schon draußen abgemeldet. Man trägt sich nämlich draußen ein.

Ralph Sterck (FDP): Eingetragen. Eingetragen bin ich, ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber gut. Also, wir werden sehen, wer sich abgemeldet hat. Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen: Ich überblicke auch nicht mehr, wer sich jetzt umzieht - das gibt es nämlich auch - oder sich abmeldet.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, bitte entschuldigen Sie, dass ich da nachfrage. Aber es gibt ja Leute, die - - Deswegen war der Hinweis von Herrn Joisten richtig. Auch ich finde es nicht richtig, wenn man vor Ort im Wahlkampf das eine erzählt und hier nachher für das andere stimmt oder sich einer Abstimmung entzieht -

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ich habe das Problem verstanden.

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 110

Ralph Sterck (FDP): - und vorher nach Hause geht. Das finde ich nicht fair.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das Problem habe ich verstanden. Wir werden draußen nachforschen, wer bei der Abstimmung teilgenommen hat.

Herr Achtelik hat jetzt das Wort. - Er verzichtet. Wird zum Tagesordnungspunkt 10.23 weiter das Wort gewünscht?

(Christian Joisten [SPD] meldet sich zu Wort)

- Machen wir jetzt eine zweite Runde, Herr Joisten?

(Christian Joisten [SPD]: Ja, machen wir!
- Zurufe: Nein! - Christian Joisten [SPD]:
Doch! Ich habe mich gemeldet!)

Dann eröffnet Herr Joisten jetzt die zweite Runde.

Christian Joisten (SPD): So ist das. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte und will jetzt doch noch einmal auf den Redebeitrag der LINKEN eingehen, weil hier nicht der Eindruck entstehen soll, als würden wir die Sorgen und die vielleicht auch begründeten Nöte gerade im Stadtteil Merkenich, der durch viele Dinge und durch einen Ring von Industrie um sich herum durchaus in einer schwierigen Situation ist, nicht ernst nehmen.

Daher will ich für die SPD-Fraktion noch einmal deutlich machen, dass wir - das gilt auch für viele andere hier, glaube ich, aber gerade für uns - uns um diesen Stadtteil und auch um viele andere da in den letzten Wochen und Monaten sehr stark gekümmert haben.

Meines Erachtens sollten wir uns alle gemeinsam bemühen, vielleicht sogar zusammen mit den Akteuren, die da jetzt aktiv werden, Lösungen für die sich vor Ort stellenden infrastrukturellen Fragen zu finden.

Weil jetzt noch einmal ganz dezidierte Punkte angesprochen worden sind, auch was den Transport betrifft, würde ich mir wünschen, dass vielleicht Dieter Steinkamp für die RheinEnergie bzw. für KLAR auch noch einige einordnende Worte zu dem sagt, was DIE LINKE hier vorgetragen hat.

Das wäre mir wichtig. Denn eines ist ja richtig: Da sind tatsächlich Menschen unterwegs, die Ängste, Sorgen und Nöte haben. Das kann man in der Tat nicht ganz wegbügeln. Da sie uns möglicherweise trotz der späten Stunde noch zuhören oder am Ende des Tages ins Protokoll schauen, wäre es mir wichtig, dass wir auch noch einmal klarstellen: Hier geht es nicht um zusätzliche Belastungen für die Menschen vor Ort, sondern im Gegenteil darum, dass wir den Menschen auch Verbesserungen in ihrer Infrastruktur bringen.

Zu Ersterem kann vielleicht Dieter Steinkamp stellvertretend für die rund um die KLAR angesiedelten Unternehmen etwas sagen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Steinkamp, bitte.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Im Prinzip hat Herr Brust die Inhalte aus unserer Sicht völlig korrekt beschrieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Transport, der angesprochen worden ist, ist in einem relativ aufwendigen Verfahren so optimiert worden, dass die Verkehrsströme nicht durch den bewohnten Bereich fließen, sondern, soweit das von der Straßenführung her irgendwie möglich ist, daran vorbei - auch über einen ganz anderen Weg als bisher - auf das Gelände geführt werden.

Die Tatsache, dass der Schiffstransport der Standard ist, ist hinlänglich kommuniziert worden. Das war auch Grundlage nicht nur unserer Entscheidung, sondern auch der Bonner Entscheidung. Dass wir irgendwann mal durch Niedrigwasser Ausnahmezustände haben, gehört dazu. Aber das sind dann die wirklich wenigen Ausnahmen, die dann unter Umständen eine Alternative erfordern.

Die Anlage wird voraussichtlich 30 Jahre in Betrieb sein. Das ist die planmäßige Nutzungsdauer. Ich glaube nicht, dass wir heute schon vorhersehen können, welche Transportmöglichkeiten wir in zehn, 15 oder gar 30 Jahren haben werden.

Aber ich bin sicher, dass die Belastung von allen Verantwortlichen so gering wie möglich gehalten

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 111

wird. Das haben wir hinlänglich vor Ort kommuniziert und auch mit den Bürgern schon in verschiedenen Runden ausgetauscht. Dass man am Ende nicht jeden überzeugen kann, ist normal. Damit können wir auch gut leben. Aber ich glaube, dass wir wirklich so ziemlich alles getan haben, was man an einer solchen Stelle tun muss.

Per Saldo wird die Luftbelastung, im Prinzip die Betriebsbelastung, unterm Strich allein durch die Stilllegung unseres Braunkohleblocks so gigantisch weniger werden, dass die Restgrößen, die ja aus Biomasse stammen - wir reden ja über das, was wir alle selbst produzieren -, der Emissionen, die dann noch da sind, ein Bruchteil dessen betragen, was heute Standard ist.

Und für Verkehre über die Autobahn oder sonst etwas kann man nun wirklich eine Klärschlammverbrennung nicht verantwortlich machen. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für die Klarstellung. - Wird weiter das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. DIE LINKE will ihren Änderungsantrag aufrechterhalten, nehme ich an. Oder?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, klar! Natürlich!)

- Gut. - Dann lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der LINKEN und danach über die Vorlage abstimmen.

Wer wünscht dem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen? - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Vorlage so zugestimmt.

Zu TOP 10.24 wurde Beratungsbedarf geltend gemacht.

Tagesordnungspunkt

10.25 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 1196/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): In Anbetracht der Zeit will ich es ganz kurz machen. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen der Änderung des Gesellschaftsvertrages für die Kliniken der Stadt Köln zu und finden es sehr positiv, dass er geändert wird und dass es demnächst mehr als einen Geschäftsführer bei den Kliniken geben kann. Das war ja auch in der früheren Vergangenheit der gGmbH der Fall gewesen. Ich finde es toll, dass das jetzt wieder dahin gehend geändert wird. Ich war als Interessenvertretung nie damit einverstanden, dass das nur einer war, und hoffe, dass wir dadurch dann auf einen guten Weg bei den Kliniken kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem auch zu. Wir halten das in Anbetracht der Ereignisse der jüngeren Vergangenheit, die ja presseöffentlich sind, für notwendig, um die Handlungsfähigkeit jederzeit sicherzustellen. Daher werden wir als Fraktion zustimmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Zurufe: Nein!)

- Ich frage ja nur auftragsgemäß.

(Heiterkeit)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob der Gesellschaftsvertrag geändert werden soll. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 112**10.26 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen in Köln
hier: Bedarfsfeststellung
1316/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank, dass Sie uns in dieser Situation auch flexibel und leistungsfähig halten.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nummer 63474/02
Arbeitstitel: Subbelrather Straße 486-494 in Köln-Ehrenfeld
0561/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 664382/02
Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Altstadt/Süd
0621/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 62460/02
Arbeitstitel: Vitalisstraße/Girlitzweg, 1. Änderung Gesamtschule Wasseramsweg in Köln-Vogelsang
0661/2022**

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 67410/11
Arbeitstitel: Mertener Straße in Köln-Marienburg
0679/2022**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich habe darauf hinzuweisen, dass heute die BV 2 per DE zugestimmt hat. Das ist in Anlage 12 nachzuvollziehen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

**16.1 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich „Krebelspfad“ in Köln-Worringen
0239/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**16.2 Satzung über die abweichende Herstellung von Erschließungsanlagen im Bereich „Sürther Feld“ in Köln-Rodenkirchen
0240/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.3 280. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 113**Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4241/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.4 281. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0236/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Entsendung von sachkundigen Einwohner*innen in die Ausschüsse des Rates auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 0139/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Flughafen Köln/Bonn GmbH hier: Vorschlag für die Wahl in den Aufsichtsrat 0858/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Berufung von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln 0882/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter*innen in der Zweckverbandversammlung zur Wahl von Dienstkräften im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn 0678/2022

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass der Verwaltungsratsvorsitzende dazu das Wort ergreifen möchte. Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Wir haben ja damals beschlossen, dass wir uns streng an die Liste der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerwahl halten. Deswegen rückt jetzt zunächst einmal als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates Herr Markus Pohl auf - streng nach Liste. Wenn ich dann weiter nach Liste gehe, rückt Herr Daniel Falterbaum auf die frei werdende Stellvertretungsstelle auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Vorschlag ist also, dass erst Herr Pohl aufrückt und dann Herr Biskup Stellvertreter wird?

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Falterbaum. Herr Biskup ist schon Stellvertreter.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, Herr Biskup ist schon Stellvertreter. So ist es. Herr Pohl rückt auf, und Herr Falterbaum wird Stellvertreter.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Umbesetzung im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ AN/0992/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Neubesetzung von Gremien“ AN/0995/2022

16. Sitzung vom 5. Mai 2022 Seite 114

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Dann komme ich zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln 1118/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.2 Nationales Bewerbungsverfahren des Deutschen Fußballbundes e. V. zur Ausrichtung der FIFA Frauenweltmeisterschaft 2027 hier: Unterzeichnung der Teilnahmeerklärung durch die Stadt Köln und die Kölner Sportstätten GmbH 1330/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen, meine Damen und Herren.

(Schluss: 23.54 Uhr)